



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

Bernd
Nellessen

**Die
verbotene
Revolution**

Aufstieg
und
Niedergang
der
Falange

LEIBNIZ



BERND NELLESSEN

Die verbotene Revolution

Aufstieg
und
Niedergang
der
Falange

LEIBNIZ-VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE BAND I

*In Verbindung mit der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
herausgegeben von
Dr. Werner Jochmann
und Dr. Bernd Nellessen*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1963
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung und Typographie Alfred Janietz
Gesamtherstellung
Kleins Druck- und Verlagsanstalt GmbH,
Lengerich (Westfalen)
Printed in Germany

INHALT

Vorwort	9
---------	---

ERSTES KAPITEL

Die geschichtlichen Voraussetzungen	
Die »beiden« Spanien	15
1. Zum spanischen Liberalismus – Politik und Ideen	18
2. Zum spanischen Traditionalismus	
Politik und Lehre	27
3. Die Kirche als politische Macht	31
4. Zur Problematik der Arbeiterschaft	
Sozialismus	35
Anarchismus – Syndikalismus	37
Kommunismus	39
5. Die Armee als Faktor der Innenpolitik	40
6. Rückblick und Ausblick	43

ZWEITES KAPITEL

Die Vorhut der Falange	49
1. Ramiro Ledesma Ramos und seine Zeitung:	
La Conquista del Estado	50
2. Onésimo Redondo und sein Kreis in Valladolid	54
3. Die Nationalsyndikalistischen Angriffsgruppen	57

DRITTES KAPITEL

Die »stürmische« Periode der Falange	65
1. José Antonio Primo de Rivera	66
2. Von der Gründung der Falange bis zur	
Verschmelzung mit den J.O.N.S.	73
3. Der erste Kongreß: Ein Führer wird gewählt	81

6 INHALT

VIERTES KAPITEL

Die verworrenen Jahre Vom ersten Kongreß bis zur Zerschlagung der Partei durch die Volksfrontregierung 89

1. Innere Auseinandersetzungen 90
2. Wahlniederlage 92
3. Verhaftung und Verbot 98

FÜNFTES KAPITEL

Das Programm der Falange de las J. O. N. S. 101

1. Die faktischen Forderungen 107
2. Merkmale des Totalitären 112

SECHSTES KAPITEL

Die geistigen Anleihen 116

1. José Ortega y Gasset 117
 - Die Interpretation der Geschichte 120
 - Die Definition des Staates 121
 - Elite und Masse 122
2. Ernesto Giménez Caballero 125

SIEBTES KAPITEL

Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen der politischen Umwelt 130

1. Die »Acción Española« – Ramiro de Maeztu
und José Calvo Sotelo 131
2. Gil Robles und die »Acción Popular« 136

ACHTES KAPITEL

Die Falange bis zum Ausbruch
des Bürgerkrieges 139

1. Aufstandsvorbereitungen durch Armee
und Requetés 140
2. Die Verneinung des Aufstandes
durch die Falange-Führung 142

NEUNTES KAPITEL

Das Vereinigungsdekret vom
19. April 1937 147

1. Voraussetzungen des Dekrets 150
2. Die Beschlüsse von Salamanca 152
3. Die Niederschlagung falangistischer Opposition 155

ZEHNTES KAPITEL

Schlußbetrachtung
Die »alte« und die »neue« Falange 158

Los 27 Puntos 163

Anmerkungen 169

Quellen- und Literaturverzeichnis 204

Personen- und Sachregister 214



Vorwort

Nicht weit entfernt vom Escorial ragt in den Himmel Kastiliens ein übermächtiges Kreuz. Es krönt ein gewaltiges Tonnengewölbe. Hineingeschlagen in die basaltenen Hänge der Guadarrama-Berge bewahrt es die Gebeine der Gefallenen aus Spaniens wildestem Bürgerkrieg. Alles an dieser Stätte der Gefallenen ist ungefügt und überdimensional. Als ob der spanische Genius sich selbst ein Denkmal seines ungestümen Eifers setzen wollte, der zu den Höhen imperialer Universalität wie zu den Tiefen selbstzerstörerischer Gewalttätigkeit führte, mutet diese Architektur des Monumentalen an. Sie verachtet Natur und Raum. Und in der himmelstürmenden Höhe des Kreuzes wie in der verbissenen Tiefe der Gruften im zyklischen Gestein spiegelt sich Spaniens Wesen: Alles oder nichts – das ist sein Ruf und seine Forderung. Es kennt und will nur die Extreme.

Die Toten, die in den Gebeinkammern ruhen, zeugen wie der granitene Boden, der sie umschließt, von den Klüften spanischer Mentalität. Sie kämpften im Bürgerkrieg auf der Seite Francos oder stritten wider ihn und seine Scharen als Verteidiger der republikanischen Volksfront. Als im April 1939 der Brudermord endete und Franco als der neue Herr Spaniens in Madrid einzog, stieg mit dem Hosanna der Sieger auch das Wehklagen der Trauernden in den kastilischen Himmel. Der Bruderkrieg war vorüber, aber um den Preis von nahezu fünfhunderttausend Toten.

Hat Spanien seitdem seine Ruhe wiedergefunden? Gewiß insofern, als seit Beginn des 19. Jahrhunderts keine Zeitspanne seiner Geschichte so unblutig verlief wie die vom Ende des Bürgerkrieges bis zum

Heute. Das ist – wie man auch zu Franco stehen mag – viel für ein Volk, dessen Innenpolitik sich nahezu eineinhalb Jahrhunderte lang in einem meist mit Waffengewalt ausgetragenen Streit der Ideen erschöpfte. Aber auch die Ruhe von heute – Ruhe, sofern man spanisches Temperament als Maßstab anzuerkennen gewillt ist – täuscht nicht darüber hinweg, daß Klüfte geblieben sind, die Kluft, die das fordernde »Alles oder Nichts«, die Kluft, die die Kompromißunwilligkeit spanischen Temperaments aufreißt.

Der spanische Bürgerkrieg war ein vulkanischer Ausbruch dieses Temperaments. Es ist nicht erloschen, es brodeln weiter, auch wenn die Zeitungen zensiert und die Parteien verboten sind. Es gibt nur die eine, die Staatspartei, kurz Falange genannt. Aber so, wie sie vom Wort her ein Widerspruch in sich ist, sofern ja ein Teil, ein pars, das Ganze sein will, so widerspricht sie auch unseren Vorstellungen von einer Einheitspartei unseligen Angedenkens.

Der Einfluß der Falange ist gemindert. Nur eine, und gewiß nicht die wichtigste Säule, stellt sie im Herrschaftsgefüge des Caudillo dar. Wir verbuchen dies allzuleicht nur als einen Erfolg ausländischen Drucks und der Geschmeidigkeit Francos, sich nach dem Göttersturz von Nationalsozialismus und Faschismus den neuen Gegebenheiten anzupassen. Aber war die Falange je – und selbst dann, als sie in den Jahren 1940 bis 1943 im Zenit ihrer Macht stand – ein erraticer Block, ideologisch festgefügt, ein politisches Heer, das nur den Gleichschritt kannte? Wäre sie es je gewesen, dann hätten große spanische Denker wie Ortega, wie Madariaga und Menéndez Pidal falsch und vergeblich über die Mentalität ihres Volkes meditiert, die von Don Quijote bis zu den Toten in den Guadarrama-Bergen vom trotzigem, nicht zu bändigendem Individualismus und dem Wildwuchs der Ideen kündigt.

Nie ist, sobald sie von Franco am 19. April 1937 – neun Monate nach Beginn des Bürgerkrieges – auf dem Balkon des Bischofspalastes in Salamanca dekretiert worden war, die Falange mehr gewesen als eine Ansammlung verschiedener Kräfte. Francos Geschick bestand darin, sie auszubalancieren, die Monarchisten oder die Verfechter eines Ständestaates in ihr hervorzuheben und die Faschisten in ihr zu zügeln – oder umgekehrt –, je, wie es ihm die politische Situation zu verlangen schien.

Gewiß geht es vor allem auf das Konto einer simplifizierenden Propaganda, die das Geschehen während des Bürgerkrieges begleitete,

gewiß aber ist es auch der Ausdruck einer der innerspanischen Problematik verständnislos gegenüberstehenden Betrachtungsweise, daß in der Publizistik wie in der Literatur die Staatspartei Francos als ein ideologisch festgefügtter Block angesehen wird. Publizisten und Politiker sprachen – und sprechen – von der Falange, ohne sich je der Frage zugewandt zu haben, welche Strömungen denn in ihr eingefangen und inwieweit dabei ihre Zielsetzungen verändert und ihre Eigenständigkeiten beschnitten wurden. Und vor allem: Es wurde und wird übersehen, daß dieser von Franco verfügten Einheitspartei ja eine politische Formation vorausgegangen war, die ihr zu dem weltbekannt gewordenen Namen »Falange« verhalf. Was war das für eine Falange? Was wollte sie? Wurde sie zum bestimmenden Element in der Einheitspartei oder lieb sie ihr nur den Namen?

Mit diesen Fragen stoßen wir ins Zentrum spanischer Innenpolitik vor. Ohne die Antwort zu kennen, bleibt uns der Weg verbaut zu den Antriebskräften, den Ideen und Taten, die den Bürgerkrieg und die spätere Zeit beeinflussen werden. Doch mit der Falange, ihrer Herkunft, ihrer ungezügelter Entwicklung, ihrer staatspolitischen Konzeption sich zu beschäftigen, heißt sich auf ein noch kaum erforschtes Gebiet der Zeitgeschichte begeben. Das liegt sowohl an der nicht leicht zugänglichen Problematik einer im Denken und Handeln höchst eigenwilligen Nation als auch an dem umfassenden geistesgeschichtlichen und gesellschaftspolitischen Phänomen des Totalitarismus, das erst in den letzten Jahrzehnten erlebt und erlitten wurde und dessen Ursachen und Motivationen sich uns erst heute zu erschließen beginnen.

Denn im Denken und Handeln der Falange kreuzen sich zwei große geschichtliche Prozesse. Der eine ist bedingt durch die besondere innerpolitische Situation Spaniens seit Beginn des 19. Jahrhunderts, seit den Cortes von Cádiz, die eine Revolutionsepoche einleiteten. Die alte Ordnung der absoluten Habsburger Monarchie, die auf dem Glauben und nicht auf dem Rationalismus aufbaute, die Stände unterschiedlicher Rechte, aber keine gleichmachenden Stimmen kannte, bricht zusammen. Liberale Ideen überschwemmen das Land. Der Kampf zwischen Tradition und liberaler Erneuerung wird zum Kriterium dieses Jahrhunderts. In ihm formt sich das widerspruchsvolle politische Denken des modernen Spaniens. Gegensätzliche Auffassungen werden mit einer den Kompromiß verachtenden Ausschließlichkeit verkündet. Drei Bürgerkriege erschütterten Spanien. Wenn die Schar der jungen Falangisten dann in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts ihr

Spanien der Eintracht und der Einheit und einen »Neuen Staat« propagieren wird, dann ist dies auch die Antwort der Jugend auf die brudermörderische Zerrissenheit der Nation. Der Nährboden, dem die Falange entstammte, war die Zwietracht des Vaterlandes.

Unerlöst von diesen Auseinandersetzungen ging Spanien ins zwanzigste Jahrhundert. Erst wenn wir diesen Weg verfolgen, der sich fortsetzt, auch als 1931 der König verjagt und die Republik ausgerufen wird, verdeutlicht sich uns der zweite geschichtliche Prozeß, der auf die Falange einwirkt: Es ist die in den zwanziger und dreißiger Jahren in Europa aufkommende Tendenz, der Strukturkrise des liberalen Staates mit neuen, totalitären Vorstellungen zu begegnen. Die Falange nimmt sie unter Berufung auf das Vorbild von Faschismus und Nationalsozialismus auf. In den nach Ausrufung der Republik noch schärfer werdenden politisch-sozialen Spannungen wird das von Hitler und Mussolini propagierte Credo eines »Neuen Staates« zur messianischen Heilslehre der Falange. Beide Prozesse – die geschichtliche Erfahrung der Nation seit den Cortes von Cádiz wie die im Ausland verkündeten Ideen totalitärer Herrschaftsform – bestimmen Denken und Handeln der Falange. Nicht Spanien allein, aber auch nicht das Beispiel des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien allein, brachte die Falange hervor. Was an ihr war spanisch, worin war sie der gelehrige Schüler Mussolinis und Hitlers?

Dies aufzuzeigen ist Absicht dieses Buches. Im Titel, der von einer »verbotenen Revolution« spricht, ist das Ergebnis angedeutet. Was die jungen Falangisten wollten: die nationale und die soziale Revolution, ist in dem Augenblick zum Scheitern verurteilt, als mit dem Putsch der Generale der Bürgerkrieg beginnt. Franco macht sich ihr revolutionäres Programm nicht zu eigen. In seiner Staatspartei, der Falange, ist die »Falange der ersten Stunde« nur noch ein Torso, eine Gruppe unter vielen.

Wieder sucht der Blick das übermächtige Kreuz im »Tal der Gefallenen«. Unter seinem basaltenen Fundament ruht nun auch José Antonio Primo de Rivera, der brillante und ungestüme Führer jener sozialrevolutionären Falange, der Franco ihre Revolution mit harter Hand verbot. José Antonio wurde, in die Hände der Volksfront gefallen, hingerichtet. Nach dem Krieg ruhte sein Leichnam zuerst im Escorial, vor den Stufen des Hochaltars. Als er dann ins »Tal der Gefallenen« überführt wurde, war es wie eine letzte Bestätigung seiner

und seiner Anhänger politischen Niederlage: Im Escorial ruhen Könige und Herrscherfamilien. Für den Führer der alten, sozialrevolutionären Falange ein unangemessener Platz; nach Francos Willen gehörte er dorthin, wo Kreuz und felsumschlossene Krypta vom Brudermord der in Extremen versteiften Nation künden. Jene Falange, die einst der junge José Antonio zu totalitärer Macht führen wollte, hat nichts mehr gemein mit der Falange, mit der Franco als einer von vielen Kräften seine Macht und seinen Einfluß absichert.

Dem Verfasser bleibt zu danken für viele Hilfen, die ihm in Spanien wie in Deutschland bei den Vorarbeiten für dieses Buch zuteil geworden sind. Wollte er sie alle nennen, die spanischen Freunde, die Gesprächspartner der alten Falange, ihre alten Gegenspieler in Spanien und Südamerika, die journalistischen Kollegen und die Wissenschaftler – er käme in Verlegenheit, die rechte Reihenfolge einzuhalten. Doch da dieses Buch aus einer Dissertation hervorgegangen ist, gedenkt er in besonderer Dankbarkeit zweier Hamburger Lehrer, des Historikers Professor Dr. Fritz Fischer und des Hispanisten Professor Dr. Rudolf Grossmann. Ihre Anteilnahme spiegelt die vieler anderer wider. Ohne deren Hilfe läge dieses Buch jetzt nicht in der Hand des Lesers.

Hamburg, im Februar 1963

Bernd Nellessen

ERSTES KAPITEL

Die geschichtlichen Voraussetzungen Die »beiden« Spanien

Spaniens 19. Jahrhundert ist gekennzeichnet durch den Machtverfall seines Imperiums und das hemmungslose Aufeinanderprallen gegensätzlicher politischer Ideen im Mutterland. Es ist »das Jahrhundert brudermörderischer Selbstkritik«¹⁾. In ihm kommt die These von den »beiden« Spanien auf.

Als das Jahrhundert beginnt, rüsten sich die Kolonien Mittel- und Südamerikas zu ihrem Freiheitskampf gegen die spanische Krone. Als es endet, erlebt Spanien mit der schmachvollen Heimkehr der im amerikanisch-spanischen Krieg geschlagenen Truppen und dem Verlust auch der letzten amerikanischen und pazifischen Besitzungen das Ende seiner imperialen Größe. »Hinter sich abgeschlossen hatte Spanien«, so sagt Madariaga, »einen Zyklus der Weltherrschaft, eine Weltmission und ein Jahrhundert politischer Wirren«.²⁾

Kein großer spanischer Historiker, kein Geschichtsphilosoph, der nicht dieses Jahrhundert qualvoll abgetastet hätte. Kein Literat von Rang und Namen, den nicht die turbulenten Szenen dieses Jahrhunderts zu einer harten Kritik und Selbstanklage herausgefordert hätten. Für sie alle ist der Verlust der spanischen Weltmachtstellung nur das äußere Zeichen der sich im Mutterland vollziehenden Selbstauflösung.

Es schreit die berühmte »Generation der Achtundneunziger« ihren Protest gegen Verfall und Niedergang hinaus. Für die großen Litera-

ten wie Joaquim Costa, Angel Ganivet, Ramiro de Maeztu, Miguel de Unamuno, José Ortega y Gasset wird das Jahr tiefster Schmach – 1898 – zum Ansatzpunkt ihrer leidenschaftlichen Kritik³⁾. So verschieden auch die Lösungen sind, die sie zur Überwindung der geistigen und politischen Krise vorschlagen – überein stimmen sie darin, die Gründe für den Niedergang nicht in der machtvollen Rivalität anderer Staaten, etwa Englands und Frankreichs, sondern im geistigen und moralischen Versagen ihres eigenen Landes zu suchen.

Ihre literarisch vehement vorgetragene Selbstanklage deckt sich mit der Themenstellung spanischer Historiker und Geschichtsphilosophen. Auch für sie ist das 19. Jahrhundert ein quälendes, in seinen Fragen wie in seinen Antworten niederdrückendes Thema. Wie den Literaten der »Achtundneunziger-Generation« geht es auch ihnen um die Erforschung des eigenen Versagens: Wer sich von den spanischen Historikern mit dem 19. Jahrhundert befaßt, befaßt sich einzig und allein mit spanischer Innenpolitik. Der Einfluß des Auslandes wird mit einbezogen, sofern er in den geistigen Strömungen Spaniens seinen Niederschlag findet; die Umstände aber, die andere Mächte in die Lage versetzen, das spanische Imperium zu überflügeln, klingen in der historischen Forschung nicht an.

Der Hinweis auf den spanischen Wesenszug, Geschichte stets im Sinne eines persönlichen Engagements mit- oder nachzuvollziehen, erklärt nicht allein die ausschließliche Selbstbetrachtung, die die spanische Literatur über das 19. Jahrhundert kennzeichnet⁴⁾. Das 19. Jahrhundert zerreißt Spanien in zwei Lager, in das des Traditionalismus und des Liberalismus. Tradition oder liberale Erneuerung sind die Kriterien dieses Jahrhunderts. Spanien erlebt die gleiche geistige Auseinandersetzung wie die anderen Staaten Europas. Aber nirgendwo wird diese Auseinandersetzung mit solcher Radikalität geführt wie in Spanien, nirgendwo mit solchen die Zerstörung der Nation beschleunigenden Ergebnissen.

Tradition und liberale Erneuerung stehen gegeneinander, bekämpfen und schmähen sich gegenseitig als das Anti-Spanien und Anti-Vaterland, und beide schwören, die gegnerische Hälfte auszulöschen, um ohne sie alles zu sein. Dieser Kampf der »beiden« Spanien läßt das Land nicht zur Ruhe kommen; er wird, wie für die Literaten so auch für die Historiker, zum großen, alles beherrschenden Thema.

Das Wort von den »beiden« Spanien nehmen die Historiker wie die Geschichtsphilosophen von den verschiedensten Positionen her auf.

Für Menéndez y Pelayo, den frommen, die traditionale Gedankenwelt des habsburgischen Reiches verteidigenden Katholiken, wird es mit dem Einzug fremder, für Spanien atypischer Ideen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts relevant. Vom Denken und Handeln des Goldenen Zeitalters abzulassen, die der Nation größte Macht und höchsten Ruhm gebracht hatten, bedeutete nichts anderes, als dem eigenen Wesen abzusagen. Der Niedergang beginnt für ihn mit dem Einbruch voltairescher Gedanken, mit der Bekanntschaft der Enzyklopädisten am Hofe Karls IV. Von da ab datiert »ein ganzes Jahrhundert der Schmach«⁵⁾. Auch Ramiro de Maeztu vertritt die These, daß die Ursache für die Zerrissenheit und den Verfall in der Nachahmung Frankreichs zu finden sei, daß Spanien seit der Mitte des 18. Jahrhunderts »zu sein trachtet, was es nicht ist«⁶⁾. Joaquim Costa und José Ortega y Gasset suchen die Ursachen für den Niedergang Spaniens in einer noch fernerer Zeit. Eine Dekadenz Spaniens ist für Ortega schon zur Zeit der Goteneinfälle gegeben. Es ist »das Zuviel des Wollens«, es ist vor allem der Mangel an führenden Minderheiten und zugleich die Unlenkbarkeit des Volkes, die zu der sich über Jahrhunderte hinziehenden und dann im 19. Jahrhundert bis zur Selbstaufgabe gesteigerten geschichtlichen Rückgratlosigkeit führten⁷⁾.

Jüngere Geschichtsphilosophen wie Calvo Serrer und Manuel García Morente vertreten ebenfalls die Ansicht, Spaniens Niedergang erkläre sich aus der Preisgabe des eigenen Wesens⁸⁾. Spanien habe sich, sagte García Morente, um 1700 von der Mitgestaltung Europas losgesagt und sei defensiv geworden, aber es hätte bereits verderbliche Keime – Laizismus, Positivismus – in sich aufgenommen, die es dann im eigenen Land bekämpfen mußte. Dies sei der Hintergrund der Auseinandersetzung im neunzehnten Jahrhundert.

So verschieden auch ihre Antworten auf die Frage nach den tiefsten Ursachen des Verfalls sind: den Beginn des 19. Jahrhunderts werten sie alle als historische Zäsur⁹⁾. Neue Kräfte erscheinen auf der politischen Bühne Spaniens. Sie versuchen, das Land politisch umzuformen. Traditionalismus wie Liberalismus beginnen sich ihre Parteien zu schaffen; nicht mehr in Zirkeln, sondern in Parlamenten treffen ihre Wortführer aufeinander. Die These von den »beiden« Spanien wird zur politischen Realität. Beide verwerfen einander, beide geben vor, allein das »wahre« Spanien zu sein. Aus dieser in Extremen versteiften Haltung knüpft Spanien nach einem Wort von Menéndez y Pidal sein Leichentuch. Unerlöst von dieser Auseinan-

dersetzung ist Spanien ins 20. Jahrhundert gegangen¹⁰). Auch der Bürgerkrieg der dreißiger Jahre ist ein Glied in der langen Kette innerspanischer Wirrnisse, auch seine Wurzeln reichen tief ins 19. Jahrhundert zurück.

1. Zum spanischen Liberalismus

Politik und Ideen

Mit den Bourbonen, die 1701 (Philipp V.) an die Macht kamen, begann in Spanien eine neue Epoche. Der Gedanke von der Allmacht der Staatsgewalt und nicht mehr die Idee vom katholischen Weltstaat bildete das Grundprinzip der bourbonischen Dynastie. Zwar trachteten auch die Bourbonen danach, mit dem katholischen Empfinden des Volkes in Berührung zu bleiben, aber ihnen fehlte das religiöse Selbstverständnis der nun erloschenen habsburgischen Monarchie. Das von rationalistischen Gedanken beherrschte Jahrhundert verschob den Akzent vom Religiösen auf das Politische¹¹). Weltkluge Franzosen gehörten zum Hof der neuen Dynastie. Handwerker wurden aus Frankreich und Italien herangeholt. Französische Besatzungstruppen und die »ökonomischen Gesellschaften der Freunde des Landes«, die sich der Pflege der Künste und dem Fortschritt widmeten, erleichterten die Verbreitung rationalistischer französischer Ideen. Der Herzog von Floridablanca gründete 1764 die »baskische Gesellschaft«. Andere Vereinigungen folgten. Sie trieben die wirtschaftliche Entwicklung voran, vermittelten Studienaufenthalte in Frankreich und propagierten die Lehren der Physiokraten.

Der Katholizismus verlor viel von seinem Einfluß. Der höhere Klerus war jansenistisch, die Inquisition gelähmt. Die Bourbonen sahen im Klerus nicht, wie die vorige Dynastie, eine Kraft zur Förderung ihrer Pläne; sie schränkten die Macht der Kirche ein. An die Stelle des religiösen Absolutismus, wie er im 16. und 17. Jahrhundert in die Substanz Spaniens eingegangen war, trat mit den Bourbonen ein rationalistisch und zudem zentralistisch geprägter Absolutismus.

Er veränderte die Struktur des Staates. Die Bourbonen vermißten die von Frankreich her geläufige Einheitlichkeit des Staates und Übersichtlichkeit der Verwaltung. Sie schränkten die Sonderrechte (fueros)

der Landschaften ein. 1714 kam Katalonien unter kastilisches Gesetz. Das Zunftwesen, ohnehin schon erstarrt, wurde aufgegeben, der Gemeindebesitz beschnitten, weil beides, den Ideen der Physiokraten entsprechend, die freie Entfaltung des Individuums behinderte. Es zeigt sich in diesem ersten Jahrhundert der bourbonischen Regierung eine über den Adel hinausgreifende einflußreiche, kapitalkräftige Bürgerschicht, die sowohl bereichert durch den Erwerb von Gemeindebesitz wie durch Intensivierung von Handel und Gewerbe einen mächtigen Auftrieb erfährt.

Am Ende des Jahrhunderts gibt es noch keine politischen Parteien, wohl aber weltanschauliche Strömungen. Die befreiende Wirkung, die die Fortschrittsidee auf das Individuum ausübt, ruft aber gleichzeitig den Unmut derer hervor, denen die *fueros* und Privilegien eingeschränkt werden. Ebenso fordern die veränderte Staatsauffassung, das Verhältnis von Thron und Altar, sowie die straffe Zentralisierung den Widerstand der Anhänger einer theokratischen und dezentralistischen habsburgischen Reichsidee heraus. Die Umrisse zweier gegensätzlicher Geistesrichtungen werden deutlicher. Was sie noch verbindet, ist die Ablehnung des Nepotismus und Despotismus der Bourbonen. Als mit dem Zusammenbruch der spanischen Bourbonen unter der Gewalt Napoleons diese Klammer gemeinsamer Unzufriedenheit wegfällt, wird der Zerfall in zwei gegensätzliche Lager relevant. Zwar geht es beiden um die Sicherung gegen einen zügellosen Absolutismus, nur sind die Ideen, die sie verwirklichen wollen, und die Wege, die sie dazu einschlagen, verschieden.

Am 2. Mai 1808 erhoben sich die Bürger von Madrid gegen die französische Besatzung. Der Aufstand dehnte sich über das ganze Land aus und verstrickte das Volk in einen sechs Jahre währenden, erbittert geführten Guerilla-Krieg. Es gab keine staatliche Ordnung mehr; in den Städten bildeten sich Juntas, die mehr oder weniger stark mit einer Junta Central verbunden waren¹²⁾. Von ihr wurde 1810 eine Nationalversammlung nach Cádiz einberufen. 1812 beschlossen die Cortes von Cádiz die berühmte neue Verfassung, die den Grundgedanken der parlamentarischen konstitutionellen Monarchie verwirklichte. Daß diese revolutionäre Verfassung zustande kam, ergab sich aus dem Übergewicht liberaler, fortschrittlich denkender Abgeordneter. Wegen der Kriegsergebnisse waren nur wenige

aus den besetzten, traditionell gebundenen Hochlandprovinzen nach Cádiz gekommen. Die diputados aus den aufstrebenden, aufgeklärten Küstenlandschaften, besonders den Handelstädten, beherrschten die Cortes. Das von ihnen durchgesetzte Verfassungswerk entsprach nicht den Auffassungen und der Denkweise des spanischen Volkes. Es war der Ausdruck einer sich an Frankreich orientierenden, intellektuellen Minderheit. »Die Patrioten von Cádiz«, sagt Verdaguer¹³⁾, »waren direkte Nachkommen (hijos directos) der französischen Revolution . . . Für die Vergangenheit Spaniens hatte sie nur eine Mischung aus Haß, Scham und Geringschätzung übrig – Frucht der Übereinstimmung mit den Ideen der Enzyklopädisten.« »Die Verfechter der Volkssouveränität und des Wahlrechts erarbeiteten ein System, das in allem dem entgegengesetzt war, was das Volk fühlte und wollte¹⁴⁾.«

Das Volk kämpfte in diesen Jahren gegen die französischen Eindringlinge für Thron und Altar. Ferdinand VII., von Napoleon gefangengehalten, wurde zur legendären Gestalt. Das Volk wollte nicht mehr als die Wiederherstellung der Ordnung. Die Frage nach Absolutismus und Konstitutionalismus lag außerhalb seines Horizontes. Daran aber entzündeten sich die Verfassungsgeber von Cádiz.

Die kleine Gruppe traditionalistisch denkender Abgeordneter wollte die Erneuerung der Monarchie nach altem kastilischen Vorbild. In der Nationalversammlung wurden sie jedoch zugunsten einer zentralistischen, untraditionellen, Königtum und Kirche einschränkenden Verfassung überstimmt. Die Nationalversammlung von Cádiz sah ihre wichtigste Aufgabe in der Beschränkung der königlichen Gewalt. Als Regierungsform wurde die erbliche, gemäßigte Monarchie mit dem Prinzip der Gewaltenteilung beschlossen. Die Gesetzgebung lag bei den Cortes. Privilegien für Granden und Prälaten wurden abgeschafft. An die Stelle der bereits in der Bourbonenzeit erloschenen Reichsstände trat das Parlament. Das Volk war nicht mehr durch Stände, sondern durch Stimmen vertreten.

Die Cortes von Cádiz blieben der zentralistischen Tendenz der Bourbonen treu. Die Provinzen wurden nach dem französischen Vorbild der Departements umgestaltet. Durch die Bodenreform¹⁵⁾ wurde die Selbständigkeit der Gemeinden praktisch ausgelöscht. Der kommunale Grundbesitz wurde, als dem freien Spiel privater Initiative hinderlich, in Privatbesitz übergeführt. Die Überführung minderte durch die Aufsplitterung nicht nur die Ertragsfähigkeit des Bodens,

sondern hatte auch zur Folge, daß er reichen Ankäufern zugute kam. Der Einfluß der Großgrundbesitzer verstärkte sich, und da gleichzeitig auch das traditionelle, genossenschaftliche Eigentum (auf der Basis gemeinschaftlicher Benutzung und Bebauung) in Privatbesitz überging, vergrößerte sich die Abhängigkeit der niederen Schichten von den Großgrundbesitzern. Hier liegt eine wesentliche Ursache für die gesellschaftliche und politische Krise, in die der Liberalismus später hineintrieb.

Mit der Bodenreform war gleichzeitig die Säkularisierung des Kirchenbesitzes (*desamortización*) verbunden. Ansätze dazu waren bereits im 18. Jahrhundert gemacht worden. Der unrechtmäßige König Joseph I. hatte sie durch die Aufhebung von Zweidrittel aller Klöster zugunsten des Staates fortgeführt. Die Abgeordneten von Cádiz machten diesen Schritt nur formal rückgängig. Sie verfügten die Aufhebung dieses Dekrets, gleichzeitig erklärten sie aber, daß die enteigneten Güter zur Weiterveräußerung oder Rückgabe einstweilen in Staatsbesitz bleiben sollten.

Der freiheitliche Geist von Cádiz fand seine Krönung schließlich im Gesetz über die Meinungsfreiheit. Die Freiheit, politische Schriften abzufassen und zu verbreiten, wurde garantiert, die Inquisition drei Monate später, am 22. Januar 1813, als unvereinbar mit der Verfassung abgeschafft. In der Tat öffnete die Meinungsfreiheit jedem Schrifttum Tür und Tor. So wurde Cádiz mit Schrifttum der Freimaurer überschwemmt. Die Gedanken von Montesquieu, D'Alembert und Voltaire kamen als Schriften der Zeit vollends ungestört zum Zuge. Sie trafen auf ein unvorbereitetes, streng katholisch empfindendes Volk, dem die Nationalversammlung eine Reife bescheinigt hatte, die es gar nicht besitzen konnte.

Die Verfassung von Cádiz hatten die Liberalen unbekümmert um monarchische Einsprüche beschließen können. Aber hatten sie auf vorschnelle Art mit der tief eingewurzelten konservativen Gesinnung des Volkes gebrochen, so löschte die Rückkehr Ferdinands, zwei Jahre später, das Erreichte wieder aus. In diese Zeit fällt der Beginn einer geschlossenen liberalen Bewegung. Sie formiert sich im Kampf gegen den absolutistisch regierenden König. Die Aufstände gegen ihn werden in den Städten inszeniert. Dort konzentriert sich der Liberalismus. Sie werden zudem geleitet von liberalen Generalen, auf deren Unterstützung die Abgeordneten von Cádiz angewiesen sind, da der Liberalismus nicht vom breiten Volk getragen wird¹⁶).

So gesellt sich von Anfang an zu der Teilung Spaniens in ein sich unversöhnlich gegenüberstehendes liberalistisches und traditionalistisches Lager die Scheidung der liberalen Minderheit vom Volk. Man spürt wohl, daß es notwendig ist, die Kluft zu überbrücken. Aber während ein Teil der Liberalen meint, durch maßvollen Gebrauch der erkämpften Rechte einen behutsamen Übergang von der absolutistischen zur konstitutionellen Monarchie herbeizuführen, verfißt der andere um so unnachgiebiger die fortschrittlichen Thesen. Darüber zerfällt die liberale Bewegung in zwei Flügel, in »moderados« (Gemäßigte) und »progresistas« (Fortschrittliche). Diese Richtungen werden die beiden bestimmenden Regierungsparteien bis zum Sturz der Monarchie 1931.

Den Traditionalisten gelingt es nicht mehr, die Monarchie in ihrem Sinne umzugestalten. Sie bleiben als das »andere« Spanien in erbitterter, aber fruchtloser Opposition, während sich die beiden Richtungen der liberalen Bewegung zuerst als moderados und progresistas, dann nach dem unheilvollen Zwischenspiel der Ersten Republik, (1873-1874) als konservative und liberale Partei in der Regierung abwechseln.

An die Stelle des ungestümen Elans, der die Liberalen zu Beginn des Jahrhunderts auszeichnete hatte und der von der Hoffnung getragen war, ein liberales Spanien noch zu ihren Lebzeiten zu schaffen, tritt bald die Einsicht, daß ihre Ziele ohne die Mithilfe der Militärs nicht zu verwirklichen sind. Der Ausgangspunkt der Liberalen war nicht die Autorität und Gehorsam fordernde Person des Monarchen, sondern das selbstbewußte, Krone und Staat schaffende Individuum gewesen. Daraufhin war die Verfassung von Cádiz entworfen und beschlossen worden. Aber die am französischen Vorbild orientierte Form mußte sich als platonisch erweisen, da ihr die geistige Struktur des Landes wie die Mentalität seiner Einwohner widersprach. Weder wurde das für Spanien neue Stimmrecht dem überentwickelten, elementare Kollektivinteressen übersehenden Individualismus des Spaniers angepaßt, noch wurden die Wahlen durch die Regierenden selbst zuverlässig gehandhabt.

Ihre Ideale zerstoben in der Praxis des Parlamentarismus. Die Autorität der Monarchie hatten sie eingeschränkt, sie selbst verstanden nicht, eigene Autorität anstelle der verlorenen zu entwickeln. Die Unordnung ihres Systems, die eigene Unduldsamkeit, dazu die kriege-

rischen Auseinandersetzungen mit den Karlisten stärkten daher den Einfluß jener, die noch Macht und Autorität verkörperten: der Generale. Was parlamentarisch nicht gelang, erreichten sie unter der Zustimmung der »Fortschrittlichen« oder der »Gemäßigten«, auf dem Wege der pronunciamientos. »Den starken Arm zu bieten, der allenthalben fehlte, konnte niemand williger sein als jene Männer. Hatten sie doch die Hand von Berufs wegen am Säbel«¹⁷⁾.

So wird die Zeit bis zur Ersten Republik bestimmt von der Macht einzelner Generale und dem Gelingen ihrer jeweiligen pronunciamientos. Sie ergingen zwar im Namen liberaler Grundsätze und fanden die Zustimmung wechselnder Mehrheiten in den Cortes. Indem sie zur Erringung und Stabilisierung der Macht auf ihre Soldaten angewiesen blieben, stellten sie aber selbst wieder ihr liberales Credo in Frage.

Mit der Restauration der Monarchie wird dann zwar ab 1874 eine Zeit eingeleitet, die unter dem Signum ziviler Politiker steht, aber an der Manipulation der Wahlen ändert sich nichts. Die Regierungen haben selbst durch die straffe Zentralisierung des Staates, durch ihre Zivilgouverneure in den Provinzen und die Bürgermeister in den größeren Gemeinden genügend Einfluß, zum andern wirkt sich der Zwang der Wähler aus, sich dem Kandidaten zu fügen, von dem sie wirtschaftlich abhängig sind. Joaquim Costas Angriff wider den caciquismo¹⁸⁾ bezeichnet den Höhepunkt des Kampfes einzelner gegen permanenten Wahlmißbrauch, Parteien- und Beamtenkorruption. Freilich vermag er nichts zu ändern: die liberale Bewegung steht im beginnenden 20. Jahrhundert als Formation zweier Parteien da, die zwar das Ohr des Königs, nicht aber die Anerkennung des Volkes hat.

Die Ursachen dafür sind nicht nur in der Gewalttätigkeit politisierender Generale und dem caciquismo der beiden Parteien zu finden. Die Anhänger der liberalen Bewegung sind Adelige, Professoren, Advokaten und handeltreibendes Bürgertum. Mit der Beschneidung königlicher Gewalt ändert sich ihre Einstellung zum Königtum überhaupt. Die politische Souveränität geht nicht mehr von der Person des Monarchen aus. Sie liegt im Parlament. Nicht mehr ein absoluter König fordert Gehorsam, Verehrung und Treue. Verpflichtungen und Freiheiten ihm gegenüber ergeben sich aus der Verfassung, die die Abgeordneten sich selbst setzen. Zum Zuge kommt damit ein neues Denken, das die Monarchie aus politischen Erwägungen ableitet, die betont utilitaristisch sind. Fühlen sich die Liberalen mit der Monarchie ver-

bunden, so auch deshalb, weil sie in ihr eine Sicherung ihrer neuen Position sehen. Sie haben sich neue Rechte erkämpft und ihren Besitz vermehrt. Der Aufkauf von Gemeindebesitz, mehr aber noch der Erwerb von Kirchenbesitz¹⁹⁾ mit der Zustimmung der Krone hat ihre Position gestärkt. Es gilt, sie nicht nur weiter auszubauen, sondern auch gegen Nachdrängende und gegen diejenigen zu verteidigen, deren beherrschende Stellung beschnitten wurde. Körperschaften, die früher den einzelnen eingegliedert, ihm aber auch Schutz gewährt haben, werden bei dem nun vorherrschenden individualistischen Denken mißtrauisch betrachtet. Das gilt für die Kirche, gegen deren Vormundschaft die Liberalen aufbegehren. Gleichzeitig bemühen sie sich aber auch, ihre neue Stellung gegen Nachdrängende abzusichern. Noch 1848 behandelt der Staat alle Verbände als gesetzwidrig. Der schüchterne Versuch des Jahres 1862, ein Koalitionsrecht durchzusetzen, »um mit würdigen und friedlichen Mitteln gegen das Kapital ankämpfen zu können«, bleibt im Ansatz stecken. Noch die Verfassung von 1876 zwingt die Arbeiterbewegung, an den Grenzen der Gesetzlichkeit zu leben. Die Liberalen verharren in ihrer Position, sie öffnen sich nicht nach links. Damit treiben sie Kleinbürgertum und Arbeiterschaft in eine immer wilder werdende Opposition, und da die Monarchie sich auf den engen, die Apparatur des Staates beherrschenden Kreis der Generale und der Caciquen-Parteien stützt, wird mit der Kluft zwischen Regierenden und Besitzenden einerseits und dem breiten Volk andererseits auch die Kluft zwischen Monarch und Volk zusehends größer.

Hinzu kommt, daß die Monarchie selbst an Ansehen verliert. Der Kampf zwischen Haupt- und Nebenlinie der Bourbonen, der Druck der Cortes, tragen ebenso dazu bei wie die Aufstände gegen die Krone in Heer und Flotte. 1868 wird Isabella vertrieben. Das kurze Zwischenspiel des Königs Amadeo, des zweiten Sohnes des Königs von Italien, unterstreicht die Brüchigkeit des monarchischen Gedankens. Auf ihn folgt die Anarchie der Ersten Republik, und ebenso, wie sie durch ein pronunciamiento beendet wird, kommt Alfons XII. nur mit Unterstützung königstreuer Militärs auf den Thron. Er, wie auch sein Sohn Alfons XIII., scheitern an der Aufgabe, eine neue, widerspruchsvolle Gesellschaft, zu der sich das spanische Volk entwickelt hat, unter ihrer Herrschaft zusammenzuhalten. »... no tengo hoy el amor de mi pueblo« – ich besitze heute nicht die Liebe meines Volkes! Dieser erste Satz in der Abschiedsbotschaft Alfons XIII. ist das

offene Eingeständnis der bis zur letzten Konsequenz gediehenen Entfremdung zwischen Monarch und weiten Teilen des spanischen Volkes.

Die antimonarchische bürgerliche Strömung innerhalb des Liberalismus beginnt in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Dem General Narváez gelingt es noch, die Revolution von 1848 niederzuschlagen, aber der Wellenschlag, der von Frankreich her Europa erfaßt, erreicht Spanien trotzdem. Die Forderungen nach politischen Reformen werden um so entschiedener, als sich die alten Parteien als enge, ihre Interessen verteidigende Cliques verfestigen. Wie zu Beginn des Jahrhunderts der Liberalismus von den aufgeklärten wirtschaftsstarken Küstenlandschaften ausgegangen war, beanspruchten sie auch in der Mitte des Jahrhunderts als erste wieder ein größeres Mitspracherecht. Sie wehren sich gegen die zentralistische Politik Madrids²⁰). Es sammeln sich um den Katalanen Pi y Margall, der der progressistischen Partei angehört, »demokratische Föderalisten«. Ihr Ziel ist die Anerkennung der regionalen Unterschiede durch ein föderatives Staatssystem. Den gleichen Weg bejahen Castelar und Salmerón. Auch sie wenden sich von der versteinerten progressistischen Partei ab. Castelar wird der Führer einer Gruppe, die sich fortan »partido democrata« nennt. Pi y Margall, Castelar und Salmerón wollen die Mitverantwortung für den Staat erweitern. Die Unduldsamkeit der Parteien, die wechselnde Folge von pronunciamientos, in der die Krone zum Spielball der Interessengruppen wird, entfremdet sie von den alten Institutionen ebenso, wie sie der Druck ihrer Anhänger auf einen radikaleren Kurs treibt. 1868 kommt es zur blutigen Oktoberrevolution, die die Königin Isabella zur Abdankung zwingt. Die provisorische Regierung erläßt am 25. Oktober ein Manifest, das zum ersten Mal auf unüberhörbare Stimmen hinweist, die sich zum Anwalt einer Republik machen²¹). Die Wahlen für die Cortes bringen zwar eine Mehrheit für die Monarchie, jedoch bleibt von nun an der Republikanismus parlamentarisch vertreten.

Die Suche nach einem neuen König an den Höfen Europas, die latente Bürgerkriegsstimmung, Aufstände der Karlisten, sowie Zerwürfnisse innerhalb des monarchistischen Lagers steigern Einfluß und Anhängerschaft der Republikaner. 1873 wird, die Verwirrung im monarchistischen Lager ausnutzend, die Republik ausgerufen. Unter den vier Präsidenten der Republik sind die aus der liberalen Bewegung hervorgegangenen Politiker Pi y Margall, Salmerón und Castelar.

In der hemmungslosen Anarchie der Ersten Republik geht die Entwicklung sowohl über Pi y Margall wie Salmerón und Castelar hinweg. Die republikanische Bewegung zerfällt in eine Vielzahl von Parteien, die fortan von Unitaristen über Föderalisten bis zum nun keine Ruhe mehr gebenden katalanischen Separatismus reicht.

Einen merkwürdigen geistigen Einfluß übten auf die liberale Bewegung die Gedanken des deutschen Philosophen K. Chr. Krause aus. Seine in Deutschland kaum beachtete Lehre²²⁾ hatte um die Mitte des Jahrhunderts der Philosoph an der Madrider Universität Julián Sanz del Rio übernommen. Als »krausismo« entwickelte sie sich zu einer außerordentlich einflußreichen Schule auf politischem wie auf pädagogischem Gebiet. Sie wurde zur Philosophie²³⁾ liberaler Politiker, verstärkte die Gegensätze im Liberalismus und stieß auf den erbitterten Widerstand des Katholizismus.

Als Sanz del Rio Krauses Harmonielehre propagierte, traf er damit die idealistische, vom Willen zur Erneuerung beseelte Stimmung, die Männer wie Salmerón, Castelar und Pi y Margall dem Claque- und Kazikendenken in der Politik entgegengesetzten. Unter den erneuerungssüchtigen Gedanken gesellschaftlicher Harmonie, religiöser und politischer Toleranz löste sich ihre Verbindung zur Monarchie und den sie stützenden Institutionen. So weigert Sanz del Rio sich, ein Treuegelöbniß für Monarchie und Kirche abzugeben. Er und seine Anhänger werden verfolgt. Andererseits müssen sie in den Revolutionsjahren und der Zeit der Ersten Republik selbst erkennen, daß ihr Harmonismus, der eine politische Idealethik, nicht aber ein konkretes politisches Programm abgab, an dem blutigen, unfruchtbaren Spiel politischer Leidenschaften zerschellte. Giner de los Rios, der bedeutendste krausistische Anhänger Sanz del Rios, zog den Schluß, daß erst eine freie, dem engen pädagogischen System der offiziellen Bildungsanstalten entgegengesetzte Erziehung eine politische Reform ermöglichen könne. Während sich so am Ende des 19. Jahrhunderts ein stark von dem pädagogischen Werk Giner de los Rios bestimmter geistiger Aufbruch²⁴⁾ ankündigte, steuerte das politische System in seine große Krisenzeit hinein. 1898 verliert Spanien seine letzten Kolonien, in Marokko führt es einen das Land schwächenden, erfolglosen Kampf um die Stabilisierung seines Besitzes. Eine Kette von Attentaten, Streiks, schnell wechselnden Kabinetten bestimmen die innerpolitische Situation²⁵⁾. Den Regierungen gelingt es nicht, Herr der Lage zu bleiben. Die beiden Parteien, die das 19. Jahrhundert

mit neuen Ideen eingeleitet hatten, sehen sich im 20. Jahrhundert der Kritik einer jungen, unorthodoxen geistigen Elite und dem wilden Ansturm radikaler Strömungen ausgesetzt. Starr verteidigten Konservative wie Liberale nicht mehr Ideen, sondern Positionen.

2. Zum spanischen Traditionalismus

Politik und Lehre

Der *carlismo* entwickelte sich aus der Opposition der in den Cortes von Cádiz überstimmten, traditionell denkenden Minderheit. Ihre Vertreter, vorwiegend landaristokratischer Herkunft, nannten sich *realistas*. Auch sie wollten Reformen, die ebenso kühn und umfassend waren wie die der liberalen Mehrheit. 1816 überreichte man Ferdinand VII. das von 69 Abgeordneten unterzeichnete »manifesto de los persas«. Es übte im ersten Teil bittere Kritik an dem in Cádiz beschlossenen, französisch orientierten, zentralistischen und seiner liberalen Grundsätze wegen antikatholischen Werk. Es sei von einer für das Volk nicht repräsentativen Mehrheit beschlossen worden. Die Maßnahmen, die im zweiten Teil vorgeschlagen wurden, galten der Erneuerung von Krone und Cortes im alten habsburgischen Sinne. Dem liberalen Konstitutionalismus wurde der absolute Legitimus, der Vertretung des Volkes durch gleichwertige, die Gesellschaft nivellierende Stimmen das alte Prinzip der Ständevertretung entgegengestellt. Das Manifest wandte sich also ebenso gegen die Liberalen wie gegen die bourbonische Auffassung des Königstums.

Während der ersten Regierungsperiode der Liberalen (1820-1823) brechen vor allem im Norden des Landes Aufstände aus; es bilden sich örtliche »partidos (oder »movimientos«) *realistas*«. Als die *realistas* erkennen, daß sich Ferdinand auch nach der Ausschaltung der Liberalen der Erneuerung der Monarchie nach altem kastilischen Vorbild widersetzt, denken sie an die Proklamation eines neuen Königs, dann finden sie durch die Auseinandersetzung im Hause Bourbon um die Thronfolge in Don Carlos einen Führer, der ihre Forderungen anerkennt. Aus der Anhängerschaft des Kronprätendenten entsteht der *carlismo* als Parteiformierung. Er bedeutet die Verkörperung der Tradition im politischen Bereich. Der *carlismo* übernimmt

mit dem »manifiesto de los persas« das geistige Erbgut der Realisten. Das Bekenntnis zu Don Carlos geschieht weniger um der Person als um ihres Symbolwertes willen. »Hätte diese Gestalt nicht existiert, dann hätte man sie erschaffen müssen«²⁶).

Im ersten Karlistenkrieg (1833-1839) erringt die Kronprätendentenpartei keinen Erfolg. Sie formuliert zwar ein politisches Programm, das ebenso entschieden verwirft, was die Liberalen propagieren, aber es kann sich nicht an der Praxis erproben. Zudem bedeutet die Anerkennung Isabellas durch den Papst nach dem Vertrag von Vergara 1839 für die Karlisten eine Schwächung ihrer Position. Don Carlos (Carlos V.) dankt 1845 zugunsten seines Sohnes ab. Erst unter der entschiedenen Führung von Don Carlos de Bourbon y Austria-Este (Carlos VII.) gelingt in den Jahren von 1868-1874 eine Wiedergeburt des Karlismus. Die Revolutionswirren wie die Brüchigkeit der konstitutionellen Monarchie unter Isabel II. haben Übertritte aus dem gemäßigten liberalen Lager in das der Karlisten zur Folge. Die Requetés finden als milizähnliche Freiwilligenverbände unter Don Carlos eine feste Form und verleihen dem Karlismus Geschlossenheit²⁷).

Das Wort »tradicionalismo« erscheint als Parole des politischen Kampfes erst zu Beginn der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Es wird gleichsam zum Titel für das politische System, das die Karlisten fordern. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bleibt die karlistische Partei die Verkörperung der Tradition im politischen Bereich. Doch ist nicht mehr unter allen Umständen Karlismus und Traditionalismus gleichzusetzen.

Zu den großen Autoren und Verfechtern des Traditionalismus werden mit vollem Recht Männer wie Juan Donóso Cortés und Jaime Balmes gezählt. Sie sind keine Karlisten, sie sind auch keine entschiedenen Gegner des von den Karlisten als Usurpatoren auf dem Thron bezeichneten regierenden Zweiges der Bourbonen. So war Juan Donóso Cortés (1809-1853) Sekretär der Königin Maria Christina und ging später als Gesandter nach Berlin. Er gehörte der gemäßigten liberalen Partei an. Jaime Luciano Balmes (1810-1848), ein Theologe, gehörte keiner Partei an und bemühte sich lange – und vergeblich – um eine Aussöhnung zwischen Karlisten und Liberalen. Aber die Thesen, die Cortés wie Balmes, erschreckt über die politische wie gesellschaftliche Krise von Krone und liberalem Parlament, zur

Gesundung Spaniens entwickeln, liegen auf der gleichen Linie wie die der beiden anderen großen Autoren des spanischen Traditionalismus, der Karlisten Antonio Aparisi (1815–1872) und Juan Vázquez de Mella (1861–1928). Beide waren viele Jahre Abgeordnete der karlistischen Partei. Aber so sehr sie parteipolitisch differieren: Donóso Cortés wie Balmes geht es ebenso wie Aparisi und Mella um ein politisches System, das mit Geschichte und Kultur des spanischen Volkes übereinstimmen soll. Ihre Einstellung zur Person des Monarchen mag verschieden sein, gleich ist ihnen die Interpretation der Monarchie, des Staates und der Gesellschaft in den wichtigsten Grundzügen.

Die traditionalistische Lehre²⁸⁾ geht von dem Gedanken aus, daß die Grundelemente der spanischen Nation Tradition, Katholizismus und Monarchie sind. Der Liberalismus, »das logische Ergebnis der Aufklärung«, hat alle drei und damit die geschichtliche Ordnung Spaniens zerstört. Soll die Ordnung zurückkehren, so muß wieder an die Vergangenheit angeknüpft werden. Sie wird dem revolutionär liberalen Anspruch, von der individuellen Vernunft aus Gesellschaft und Staat aufzubauen, entgegengestellt. Die Traditionalisten verneinen die von den Liberalen propagierte Gleichheit der Menschen und die Volkssouveränität. Beides widerspricht der geschichtlichen Ordnung und dem natürlichen Sein. »Mit der Gleichheit aller Menschen vor Gott«, sagt Aparisi in seiner Kritik am liberalistischen Freiheitsbegriff, »läßt sich durchaus gesellschaftliche Ungleichheit auf Grund physischer oder geistiger Unterschiede vereinbaren . . . ; an deren unausweichlichem Vorhandensein wird die Demokratie immer wieder zerschellen.« Die Traditionalisten setzen an die Stelle des liberalistischen Freiheits- und Souveränitätsbegriffs die Gedanken der Hierarchie und des in ihr waltenden Organismus. Sie sprechen vom Stufenbau der Gesellschaft und des Staates.

Die Souveränität und ganz allgemein die staatliche Gewalt kommt von Gott. Sie offenbart sich im Träger der Souveränität, dem vor Gott verantwortlichen Monarchen. Königliche Gewalt kann nicht von einer Verfassung konstituiert oder gar eingeschränkt werden; sie ist ihrem Wesen nach unbeschränkt. Monarchie und Kirche sind »Verkörperung und Symbol der katholischen Einheit und des Staates«. Da die Kirche göttliche Stiftung ist, besitzt sie indirekte Gewalt über den Staat. Der Staat hat nicht das Recht, Freiheit zur Verbreitung des Irrtums zu gewähren, er ist verpflichtet, die Kirche bei

der Verfolgung ihrer Ziele zu unterstützen. Ihre Gebote bewahren den Monarchen vor Mißgriffen, sie stellen ihm seine Aufgaben.

Diese dem Konstitutionalismus widersprechende Auffassung heißt nun nicht, daß die Traditionalisten jeden Freiheitsanspruch mißachtet hätten. Die Monarchie, die das traditionalistische Spanien fordert, orientiert sich nicht an der Herrschaft der Bourbonen, sondern an dem mittelalterlichen, mehr patriarchalischen Königtum der katholischen Könige. Er weist den Absolutismus der Bourbonen ebenso zurück wie die Liberalen, glaubt jedoch – damit wieder im schroffen Gegensatz zum liberalistischen Denken –, daß die Freiheit des einzelnen nicht im abstrakten Sinn der Liberalen, sondern durch seine Zugehörigkeit zu bestimmten Gemeinschaften und Verbänden innerhalb der Gesellschaft und des Staates »eingebettet« und so gegen willkürliche Gewalt geschützt sei: Die Traditionalisten fordern eine von unten aufbauende Monarchie. Sie reicht in ihrer hierarchischen Ordnung von der Gemeinde über die mit selbständiger Jurisdiktion ausgestatteten Provinzen bis zur Nation »als dem Zusammenschluß aller Landschaften, die sich geographisch und historisch verbunden wissen«.

Neben dieser föderalistischen These propagieren die Traditionalisten den Gedanken der Stände. Auch hier wird eine bereits im »manifesto de los persas« erhobene Forderung weiter entwickelt. Die Stände sind nach den Bedürfnissen der Gesellschaft zu formen. Die Cortes, die dem Monarchen beratend zur Seite stehen, sollen diesem Prinzip und nicht den Parteifraktionen entsprechend gebildet werden. Das parlamentarische System der Liberalen wird entschieden verurteilt.

Dem Traditionalismus bleibt es versagt, seine Lehre in der Praxis zu erproben. Er bleibt eine in der Tradition des alten Spanien verwurzelte Minderheit, deren Glaubenseifer sicherlich ernst ist, die aber genau wie die liberale Bewegung an der Aufgabe versagt, neue Formen zu entwickeln, um den Sturm neuer, begehrllicher Schichten abzufangen. Der Traditionalismus hält starr an einer dem Mittelalter verhafteten Interpretation von Monarchie, Staat und Gesellschaft fest, als das Land bereits von neuen revolutionären Ideen überflutet wird. Und er verharret ebenso unbeirrbar in seiner Lehre vom föderativen Aufbau des Staates, obwohl die föderalistischen Bestrebungen liberaler Politiker bereits in der ersten Republik in wilde Anarchie umgeschlagen waren. Zudem bleibt der Traditionalismus als Ausdruck politischen Wollens auf die karlistische Partei beschränkt. Der Zwist der Dynastie verhindert ein stärkeres anhaltendes Hinübergreifen.

Für die Karlisten sind die Könige von Isabel II. bis Alfons XIII. Usurpatoren.

Die Erfolglosigkeit des dritten Aufstandes führt zu folgenreichen Kontroversen innerhalb der karlistischen Partei. Zum ersten Male spaltet sie sich 1876, eine weitere Aufsplitterung folgt 1919. Unter der Diktatur Primo de Riveras setzt sich die Zersetzung fort. Der Diktator wird von einem Teil der Karlisten unterstützt; sie werden aus der Partei ausgeschlossen. Geschwächt wird die karlistische Partei außerdem durch das Erlöschen der direkten Linie. 1909 stirbt Don Carlos (Carlos VII.). Als Kronprätendent übernimmt Jaime de Bourbon (Jaime III.) die Führung der Partei. Als er wenige Monate nach der Ausrufung der Zweiten Republik, am 2. Oktober 1931, kinderlos stirbt, wissen die Monarchisten, daß mit seinem Nachfolger, dem ebenfalls kinderlosen Don Alfonso Carlos, der letzte des karlistischen Zweiges den spanischen Thron für sich fordern wird.

3. Die Kirche als politische Macht

Das Verhältnis von Kirche und Staat, das schon im 18. Jahrhundert nicht frei von Spannungen gewesen war, mußte in dem Moment zu einer entschiedenen Frontstellung führen, als mit den Cortes von Cádiz die neuen Ideen vollends zum Durchbruch kamen. Zwar ist der Verfassung von 1812 noch die Anrufung der Dreieinigkeit vorangestellt, die Duldung anderer Konfessionen neben der Religion der Nation blieb verboten. Aber mit der Proklamierung der Meinungsfreiheit, der Zurückdrängung der Macht und des Besitzes der Kirche, wurde Hand an die Wurzeln einer Institution gelegt, deren souveräne Stellung bisher gerade darauf gegründet gewesen war, was nun nicht mehr gelten sollte: Zwei Credos gegensätzlicher Herkunft – das individueller geistiger und politisch-wirtschaftlicher Liberalität und das des katholischen Absolutheitsanspruches – prallten offen aufeinander. Ihr Kampf nahm von Anfang an heftige Formen an. Die Kirche sah sich nicht nur durch die Meinungsfreiheit als alleiniger Verkünder und Hüter der Lehre, sondern auch als traditionelle politische und wirtschaftliche Macht bedroht.

Die folgenden Jahre sind gekennzeichnet durch die wechselnden Erfolge und Niederlagen der widerstreitenden Kräfte. Die Kirche

stellt sich auf die Seite Ferdinands, der alle Beschlüsse von Cádiz aufhebt, die Reaktion der Liberalen ist während ihrer ersten Regierungszeit (1820–1823) um so härter: Sie verfügen erstmalig ein totales Erwerbsverbot für die Kirche, heben Zweidrittel aller Klöster auf und konfiszieren deren Besitz, verbieten den Jesuitenorden und weisen zahlreiche Prälaten aus. Die letzte absolutistische Regierungsperiode rehabilitiert wiederum die Kirche. Ferdinands hartes Regiment mit dem Einsatz der »Bandas de Fé« (Glaubenstruppen) gegen die Liberalen steigert deren Erbitterung gegen Ferdinand, und da sie sich mit ihm identifiziert, ebenso gegen die Kirche.

Wenige Jahre später kommt es zur letzten Konsequenz dieser in Extremen versteiften Haltung, es kommt zum Bürgerkrieg. Er findet die Kirche eindeutig auf der Seite der Karlisten. Die politische Stellung, die sie bezieht, präjudiziert diesen Krieg als Glaubensfeldzug und treibt damit die kämpfenden Parteien in eine Entscheidung für oder gegen die Kirche hinein. So wird die Niederlage der Karlisten auch zur Niederlage der Kirche. Das wirkt sich verhängnisvoll im religiösen wie im politischen Bereich aus: Die Radikalität des Krieges äußert sich in Kloster- und Kirchenstürmen und in der Vertreibung von Priestern. 1837 ist mehr als die Hälfte aller Diözesen ohne Bischof. Die Verfassung, die die Liberalen noch während des Krieges erarbeiten, läßt zum ersten Male den Begriff der Staatsreligion fallen und schließt die Priester von der Wählbarkeit aus. Mehr als die Hälfte aller Orden wird aufgelöst; ihr Besitz wird zur Bestreitung der Kriegskosten veräußert. Von diesem wirtschaftlichen Aderlaß hat sich die spanische Kirche nicht mehr erholt. Ihr gelingt es nicht mehr, ihren Landreichtum zurückzuerwerben²⁹⁾.

Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß dieser Aderlaß nicht nur die Kirche allein traf. Die Käufer des Kirchenbesitzes, die fortan taube Ohren für die Rückgabeforderungen der Kirche haben, operieren mit dem neuerworbenen Besitz nach rein privatwirtschaftlichen Interessen. Damit aber verschiebt sich das soziale Gefüge des Staates. Aus ihrem Besitz hat die Kirche bisher die Armenfürsorge bestritten und Krankenhäuser unterhalten. Sie ist gezwungen, diese karitative Tätigkeit wesentlich einzuschränken. Diese Aufgaben fallen nun dem Staat zur Last. Unter der finanziellen Not des rückständigen und sich in politischen Wirren erschöpfenden Landes kann er dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Durch seine Maßnahmen verschärft er die Situation, statt sie zu entspannen.

Jedoch ist die These unhaltbar, die spanische Kirche habe keinen Einfluß auf den Verlauf der neueren Geschichte ausgeübt, sondern müsse als Opfer der Ereignisse betrachtet werden³⁰). Aus dem Karlistenkrieg kam sie geschwächt an Ansehen und Einfluß heraus. Die folgenden Jahre wechselnder fortschrittlicher oder gemäßigter Regierungen unter dem Diktat von Generalen sieht sie – ebenso eindeutig wie im Bürgerkrieg auf Seiten der Karlisten – nun auf der Seite der gemäßigten Partei, die mehr und mehr zum Sammelbecken betont konservativ denkender Liberaler wird. Sie bleibt im Hin und Her der pronunciamientos parteipolitisch gebunden. Unter gemäßigten Regierungen gelingt es ihr, ihren Einfluß auszubauen. Der nicht nachlassende Widerstand der Progressisten schaltet ihn, sind sie an der Macht, wieder aus. Das unter einer gemäßigten Regierung 1851 abgeschlossene Konkordat wird zur Quelle ständiger Unruhen. Mit seiner kompromißlosen Betonung der Staatsreligion, der episkopalen Aufsicht über die Lehrtätigkeit widerspricht es der selbst in der gemäßigten Verfassung von 1845 garantierten Meinungsfreiheit. Es verpflichtet den Staat zum Unterhalt von zwei alten und einem dritten, neuen Orden, den dann die spanische Kirche trotz liberaler Revolten in einer unklugen Überschätzung ihrer wahren Position für jede einzelne Diözese je neu und verschieden konstituiert. Als Kompensation für die päpstliche Anerkennung des verkauften Kirchenbesitzes wird die Bezahlung der Priester durch den Staat besonders günstig geregelt. Die Folge aber ist, daß in der Leidenschaftlichkeit antiklerikaler Angriffe der wirtschaftlich abhängige Kleriker nun um so mehr als der offizielle Vertreter des Staates erscheint, dem mit der Bezahlung nicht ein Recht, sondern ein – wie die Antiklerikalen sagen – »unzumutbares Privileg« eingeräumt wird. Es ist nicht verwunderlich, daß die Bezahlung des Klerus, den wechselnden Regierungen entsprechend, verschieden ausfällt oder ganz gestrichen wird.

In der Auseinandersetzung mit dem liberalen Gedankengut verharret die Kirche in der einmal bezogenen Position. Eine Versöhnung von liberaler Freiheit und Glauben erfolgt nicht. Die Unduldsamkeit, mit der sich die beiden Auffassungen begegnen, läßt das Pendel immer weiter ausschlagen. Von der Mitte des Jahrhunderts an wird mit dem wachsenden Widerstand gegen die Krone auch der Widerstand gegen die Kirche stärker. Ein scharfer Antiklerikalismus erfaßt weite Kreise vor allem im Mittelstand. Ihm fehlt, da er sich für aufgeklärt hält und realpolitisch wie geistig die Sache des Fort-

schritts im Sinne der Harmonie eines Sanz del Rio vertritt, die innere Beziehung zu dem starren und gerade deshalb provozierenden Katholizismus der spanischen Kirche.

Der Kampf gegen ihren Einfluß, wie er sich vor allem in der Beherrschung des gesamten Unterrichtswesens ausdrückt, wird immer mehr zum Kampf gegen die Kirche selbst. In den Revolutionswirren von 1868 sind mit dem Aufstand gegen die Krone ebenso Kirchenstürme, Ordensverbote, Ausweisungen und Konfiskationen verbunden. Aber über diese schon oft erprobte Praxis gehen die Verfechter der Revolution nun hinaus. Sie propagieren zum ersten Male die Kulturfreiheit, die Zivilehe wird obligatorisch, die Geistlichkeit in allen Zivilsachen der staatlichen Gerichtsbarkeit unterworfen. Die Erste Republik bringt mit ihrem hemmungslosen Extremismus gegen die bestehende Ordnung auch den Höhepunkt des Kampfes gegen die Kirche. Der Ruf: »Guerra a Dios« ist Ausdruck des Gotteshasses. Die Verbannung aller Kulthandlungen in geschlossene Räume und der Erlaß, das Wort Gott aus allen Dokumenten zu streichen, machen die Schwere der Niederlage deutlich: Mit der Kirche als Institution wird nun auch Gott radikal verneint. Dagegen nahm sich die geschwächte Position der Kirche nach dem ersten Karlistenkrieg noch wesentlich günstiger aus.

Mit der Restauration der Monarchie (1874) schlägt das Pendel wieder zurück. Die neue Verfassung verleiht mit der Anerkennung der einen, allein erlaubten Staatsreligion, der Aufsicht in Schulen und Universitäten, der wirtschaftlichen Sicherung und der Berufung der Erzbischöfe als geborenen Senatoren in den Senat wieder der Kirche jene Rechte und Einflußmöglichkeiten in den politischen Bereich des Staates, den ihr ein Teil des Volkes seit Jahrzehnten immer entschiedener abgesprochen hatte. Unter der Bedrohung der aufkommenden revolutionären Arbeiterparteien und der republikanischen Opposition verlieren die Gegensätzlichkeiten der den Staat lenkenden Kräfte an Intensität. Krone, Kirche, Armee und monarchistische Parteien gehen eine enge Verbindung ein. Das Verhalten der Kirche gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft bleibt ebenso passiv wie gegenüber den Warnungen und Beschwörungen, die vor allem die soziale Dichtung Spaniens um die Jahrhundertwende durchziehen. Erneuerungsbestrebungen durch Presse und Literatur finden keinen

bemerkenswerten Widerhall in der Kirche. Soziale Probleme beschäftigen die Kirche im 19. Jahrhundert nur im Sinne althergebrachter Caritas. Erst 1905 kommt es zur Bildung katholischer Gewerkschaften. Sie bleiben aber eine unbedeutende Minderheit. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft, vor allem in den Industriegebieten, steht der Kirche bereits ausgesprochen feindlich gegenüber.

Die politisch abgeklärte Lage zwischen Kirche und Staat beruht auf der Übereinstimmung herrschender Organisationen und Cliquen, sie spiegelt nicht die Volksstimmung. Das gegen Staat und Kirche opponierende Spanien wird in übersteigerter Selbstsicherheit oder, was auf dasselbe hinausläuft, aus introvertierter Angst nicht beachtet. Alfons XIII. bestätigt im November 1923 in einer Ansprache vor dem Papst die innige Verbindung von Kirche und Staat und erklärt, das heutige Spanien sei die Fortsetzung Spaniens unter Philipp II., »eine Streiterin im Namen der Kirche«. »Wenn Eure Heiligkeit... zu einem neuen Kreuzzug wider die Feinde unserer geheiligten Religion aufrufe, so würden Spanien und sein König nie von ihrem Ehrenplatz weichen.« Solche phantastische Übersteigerung des offiziellen Spaniens verdeutlicht die Krankhaftigkeit des Systems, mit dem sich die spanische Kirche auch im politischen Bereich innig verbunden wußte.

4. Zur Problematik der Arbeiterschaft

Sozialismus

Es gehört zur Tragik der spanischen Arbeiterbewegung, daß ihr Kampf gegen die starre Klassenherrschaft der Liberalen von Anfang an unter dem Signum der Zerrissenheit im eigenen Lager steht. Der kompromiß-unwillige, leidenschaftliche Zug, der als ein wesentliches Merkmal in der Auseinandersetzung innerhalb der liberalen Bewegung wie in dem Aufeinanderprall von Liberalen und Traditionalisten erscheint, zeigt sich in gleicher Stärke bei der Arbeiterschaft und mit den gleichen verhängnisvollen Folgen für sie selbst wie für das Land. Zwar hatten die verschiedensten Ideen sozialistischer Theoretiker wie Cabet, Fourier, Blanc und Proudhon in den vierziger und fünfziger Jahren auch in Spanien ihren Niederschlag in Zeitschriften und sozialkritischer Literatur gefunden³¹). Arbeitervereine,

die um 1840 vor allem in Katalonien entstanden waren, hatten sich 1854 zum ersten Arbeitnehmergebundnis zusammengeschlossen. Das Jahr 1855 hatte auch den ersten Streik von 40 000 Arbeitern in Barcelona gesehen. Aber alle diese Bestrebungen hatten vorerst keine wesentlichen Ergebnisse für die Arbeiterschaft erbracht. War doch die staatliche Macht gegen sie gerichtet.

Erst die Oktoberrevolution von 1868, in der Schlagworte wie »Diktatur des Kapitals«, »Unsittlichkeit des Eigentums« ertönten, verbreitert die Basis der Arbeiterschaft und durch die liberale Experimentierfreudigkeit, die das staatliche Leben der folgenden Jahre zeigt, auch ihre Einflußmöglichkeiten. So gehört zu den Ergebnissen der Revolution die Anerkennung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Sie kann zwar in der Zeit der monarchischen Restauration für gewisse Zeitspannen eingeschränkt werden – was wieder stimulierend wirkt; jedoch ist sie nicht mehr generell zu suspendieren.

In der Zeit der Revolutionswirren wirkt die Internationale. In Spanien spiegelt sie in äußerster Heftigkeit die Auseinandersetzungen und den späteren Bruch zwischen Bakunin und Marx. Während sich, von Barcelona ausgehend, vor allem in Katalonien und Andalusien die Doktrinen Bakunins schnell durchsetzen, bleibt die Marxsche Richtung mit ihrer auf Madrid konzentrierten Anhängerschaft in der Minderheit. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen führen auf dem zweiten Arbeiterkongreß der spanischen Sektion 1872 in Zaragoza zur Trennung von Bakuninisten und Marxisten³²). 1879 wird in Madrid die sozialdemokratische Arbeiterpartei – Partido democrático socialista obrero – gegründet; 1888 entsteht mit der UGT – Unión General de Trabajadores – die erste Gewerkschaft. Jedoch erweist es sich von Anfang an als unmöglich, die spanische Arbeiterschaft im Sinne eines orthodoxen Marxismus zu organisieren. Viel zu ausgeprägt ist die individualistische Tradition, als daß sich breite Schichten in einer straff organisierten Massenpartei erfassen ließen. Wenig erst ist das Land industrialisiert, die soziale Frage drängt vor allem als Agrarfrage. Damit aber sehen sich die marxistischen Agitatoren vor der unlösbaren Aufgabe, die Interessen eines Stahlarbeiters in den nordspanischen Minen mit denen eines umherziehenden andalusischen Landarbeiters auf einen Nenner zu bringen. Sowohl die Funktions- als auch die Temperamentsunterschiede des spanischen Proletariats stellen sich gegen gemeinsame Forderungen und Betrachtungsweisen. Die marxistische Richtung

bleibt deshalb zuerst auf das Industrieproletariat der Hauptstadt beschränkt und faßt dann im Minen- und Schwerindustrieggebiet des Nordens langsam Fuß. Die Möglichkeiten, in dem vom Anarchismus Bakunins beherrschten Katalonien Positionen auszubauen, bleiben gering. Der zentralistische Kurs wird in Katalonien durch Sonderinteressen getrübt, die bei der zweiten sozialistischen Gewerkschaft, der CGT (Confederación General de Trabajo) noch auf einen Regionalismus beschränkt bleiben, in der Union Socialista Catalana aber den separatistischen Protest sozialistischer Katalanen bedeuten. Der Zerfall der liberalen Bewegung in Katalonien findet seinen Widerpart in dem der Sozialdemokratie.

Der spanische Sozialismus geht unter der Führung Pablo Iglesias den Weg legaler Eroberung der Macht. Nicht Aufstand und blutige Revolution sollen zum Sozialismus führen, sondern die Organisierung von Partei und Gewerkschaften, die ihrerseits eine parlamentarische Mehrheit und damit die legale Umwandlung in den sozialistischen Staat zu ermöglichen haben. Das sozialdemokratische Bekenntnis zum parlamentarischen, liberalen Staat bleibt aber dauernden Anfechtungen ausgesetzt. Auf der einen Seite verhindert die staatliche Macht mit ihrem Kazikentum und ihrer defensiven Starre eine Festigung des liberal-parlamentarischen Credo der Sozialisten, auf der anderen Seite treibt sie der Separatismus, gepaart mit dem gewalttätigen Linksextremismus, selbst in die Radikalität hinein. Bis 1909 rufen die sozialdemokratischen Gewerkschaften keinen Streik aus. Erst von der tragischen Woche in Barcelona³³⁾ an bedienen sie sich dieses Mittels, gewiß mit der dem Volkscharakter gemäßen Heftigkeit, aber immer noch in ihrer Methodik und in ihren Argumenten in klarer Distanz zum Anarchosyndikalismus. Ihre Staatsbejahung läßt die Sozialisten dann auch ein freundschaftliches Verhältnis zu der sozial aufgeschlossenen Diktatur Primo de Riveras finden. Freilich: Sein Sturz wird sie dann – eine Flucht nach vorn – auf den Weg treiben, den der Linksextremismus bereits vorgezeichnet hat.

Anarchismus – Syndikalismus

Daß Bakunins Maßlosigkeit, die Grenzenlosigkeit seines Protestes gegen jedwede Autorität gerade im Süden und Südosten Spaniens eine Welle der Begeisterung und der Hingabe an seine messianischen

Doktrinen auslöste, erklärt sich sowohl aus der Sozialstruktur wie aus der Mentalität. In Katalonien war die Industrialisierung am weitesten gediehen. Der hier kraß hervortretende wirtschaftliche Notstand der Industriearbeiter war den revolutionären Ideen besonders günstig. Da Bakunins Gewaltpropaganda zudem an kein parteipolitisches Credo gebunden war und nicht so stark wie der Marxismus von industriellen Aspekten ausging, zündete sie in den Elendsmassen des Landproletariats ebenso schnell. Wir finden es in seiner – der Zahl wie dem Elend nach – ausgeprägtesten Form in Andalusien. So verbindet sich unter den flammenden Aufruhrideen katalanisches Industrie- und andalusisches Landproletariat; die Gewalttätigkeiten, die Andalusien und Katalonien in einer nicht endenden Folge von Terror und Attentaten erleben, entspringen der gleichen anarchistischen Quelle.

Mit dem Hinweis auf den im Süden und Südosten Spaniens am tiefsten liegenden Punkt des Sozialgefälles haben wir aber erst den einen Aspekt anarchistischer Erfolge. Madariaga hat darauf hingewiesen, daß sich schon in den Bezeichnungen »Autoritarios« und »Antiautoritarios« die Temperamentsgegensätze zwischen Madrid und Barcelona dokumentieren³⁴). Dem institutionellen kastilischen Denken, mit dem Sinn für Autorität und Zentralismus, das eine Entsprechung in der straffen Organisation des Sozialismus findet, wie ihn Pablo Iglesias vertritt, steht die sprunghafte, hyperindividualistische, gegen Bindung und Bevormundung rebellierende Mentalität der Randprovinzen gegenüber. Freilich: Ihre Bindungslosigkeit erlaubt den Anarchisten selbst auch keine Organisierung. Erst nach vielen vergeblichen Versuchen kommt es 1908 unter dem Einfluß der Theorien Sorels zur Gründung der Confederación Nacional del Trabajo (CNT), durch die sich der bisherige Anarchismus in den Anarchosyndikalismus wandelt. Die 1913 entstehende »Federación Nacional de Agricultores«, die gleiche Organisation für das Landproletariat, geht in der CNT auf und bekundet damit die totale Verflechtung von Stadt und Land unter gleichem revolutionären Vorzeichen.

Das Ziel des Anarchosyndikalismus bleibt die Revolution. Seine Mittel sind der Generalstreik und die direkte Aktion, durch die der bürgerliche Staat aus den Angeln gehoben, die Sozialordnung umgestürzt und die Macht vom Proletariat übernommen werden soll. Wahlen, wie auch die Ausrufung der Zweiten Republik, werden von ihr verhöhnt. Die Syndikate, in denen sich die Mitglieder, den Industrie-

zweigen entsprechend, organisieren, bezwecken nicht eine soziale Stützung. Sie sind gedacht als »Koordinationszentren« der Arbeitsverrichtungen in einer vom Staat befreiten Gesellschaft. Da die Voraussetzungen dazu nicht gegeben sind, erschöpft sich ihre Tätigkeit in der Agitation und in der Streikplanung.

1918 schafft sich der Anarchosyndikalismus mit dem »sindicato único« ein straff diszipliniertes Kampfinstrument. Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind nicht mehr frei auszutragen, sondern haben nach Beschluß und Plan der »Junta General« zu erfolgen. Der sindicato único wird zum Schrecken des Staates und erfaßt fortan mit seiner Terrororganisation das ganze Land. Auf seinem Kongreß in Madrid, 1919, proklamiert der Anarchosyndikalismus erneut die Abschaffung des Staates und lehnt die Zusammenarbeit mit anderen Parteien ab. Sein Kampf gilt der Sozialdemokratie genau so wie anderen Vereinigungen und Institutionen. 1925 wird dann in der Illegalität unter der Diktatur Primo de Riveras die FAI (Federación Anarquista Ibérica) gegründet. Es ist eine Geheimorganisation der CNT, die mit etwa 10 000 Mitgliedern die Elite des Anarchosyndikalismus erfaßt und konspirativ tätig ist, wie sie reformistische Bestrebungen innerhalb des Anarchosyndikalismus abzuwehren hat. Zu den Absplitterungen jener Jahre gehört auch eine kleinere Gruppe unter Pestaña. Sie wird uns als ein Element der Falange wieder begegnen.

Kommunismus

Um Entwicklung und Einfluß der kommunistischen Partei vor der Ausrufung der Zweiten Republik zu skizzieren, bedarf es nur weniger Striche. Die Organisationen des Sozialismus und des Anarchosyndikalismus sind den Weg der kommunistischen Internationale nach dem ersten Weltkrieg nicht mitgegangen. Aus Dissidenten beider Gruppen bildet sich 1921 eine kommunistische Partei sehr bescheidenen Umfangs, die selbst wieder aus der Reaktion gegen die doktrinäre Befehlsgewalt der Komintern wie durch Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen einem fortwährenden Spaltungsprozeß ausgesetzt bleibt. Der Kern der Partei wird bald als trotzkistische Splittergruppe aus der Komintern ausgeschlossen, und dann als P.O.U.M. (partido obrero de unificación marxista) nur in Katalonien eine geringe

Anhängerschaft halten. Vom verbliebenen Teil der kommunistischen Partei wird 1932 ebenfalls wieder, unter Manuilskij, ein Teil wegen Linksextremismus ausgeschlossen. »Zurück blieb ein Politbüro von Nullen... und eine gebrochene Partei ohne jeden Einfluß außer in Málaga«³⁵). Festzuhalten ist, daß der Kommunismus bei der Ausrufung der Republik keine Rolle spielt. Sevilla Andres schätzt für 1932 die Partei auf etwa 12 000 Mitglieder. Erst 1933 gelingt es der Partei, ihren ersten Abgeordneten in die Cortes zu entsenden. Die Partei steht zu dieser Zeit noch in schärfster Opposition gegen alle Formierungen der Linken; Bedeutung erhält sie erst im Zusammenhang mit der Volksfronttaktik, die der 7. Kongreß der Komintern 1935 beschließt³⁶).

5. Die Armee als Faktor der Innenpolitik

Verflochten in die parlamentarischen Rivalitäten, die pronunciamientos ihrer Generale und die Abwehr der karlistischen Ansprüche, hatte sich die Armee bis zur Restauration der Monarchie schlechthin als das entscheidende Element auf dem Felde der Innenpolitik erwiesen. Die außenpolitischen Aktionen, an denen sie sich beteiligte, hatten allesamt mit einem Fehlschlag geendet³⁷). Ihre Geschlossenheit war in der Rivalität ihrer Generale zerbröckelt – die Armee bedurfte dringend einer Erneuerung. Sie schien möglich, als nach der Restauration der Monarchie Konservative und Liberale über-einkamen, sich in der Regierung abzulösen. Damit wurde die Armee aus der parlamentarischen Rivalität herausgezogen. Aber da, wie wir gesehen haben, weder die Krone noch die beiden maßgeblichen Parteien die Fähigkeit besaßen, sich neue Stützen im Volk zu schaffen, und da die Radikalität nachdrängender Schichten und sozialrevolutionärer Strömungen mehr und mehr die Grundfesten des Staates erschütterten, blieb die Armee für die Garantie des Regierungssystems äußerst wichtig. Sie wechselte ihren Platz, nicht die Aufgabe.

Hatte sie bis in die Revolutionswirren von 1868 hinein für oder gegen eine der beiden monarchistischen Parteien Stellung bezogen, so stand sie nun in der Verteidigung beider gegen neue andrängende Kräfte. Aufs engste verbunden mit dem caciquismo jener Jahre, erlebte sie das Gegenteil einer Erneuerung. Sie erstarrte, wurde zur

bürokratischen Maschinerie, die der Honorierung von Offizieren, nicht aber der Kriegsbereitschaft diene. Das Heer zählte 1898 (!) 499 Generale, 578 Obristen und mehr als 23 000 Offiziere niederer Ränge. Für dieses Übermaß im Verhältnis zu einer Truppe von höchstens 80 000 Mann wurden an Gehältern, Sondervergütungen und Ehrensold 60 Prozent des Kriegsbudgets ausgegeben.

Ihr großes Desaster erlebte die Armee im spanisch-amerikanischen Krieg; es setzte sich in den Niederlagen fort, die in Spanisch-Marokko hingenommen werden mußten wie etwa 1909, dann vor allem 1921 mit der Katastrophe bei Annual. Gleichzeitig verstärkte sich in diesen Jahren die Agitation des Linksextremismus, sowie die Kritik einer oppositionellen, nationale Erneuerung fordernden geistigen Schicht, für die die jüngeren Angehörigen der literarischen Bewegung der sogenannten Achtundneunziger repräsentativ sind. Die Reaktion der Armee ist vorerst defensiv. 1905 erzwingt sie ein Kompetenzgesetz, wonach die Gerichtsbarkeit über Angriffe gegen Offiziere und militärische Einrichtungen den Militärgerichten übertragen wird. Daß sie dieses Gesetz gegen den Sturm der republikanischen Minderheit und selbst gegen die Bedenken eines liberalen Kabinetts erzwingen kann, ist in mancherlei Hinsicht aufschlußreich. Es unterstreicht die gereizte Stimmung der Armee. Es macht aber auch ihren Einfluß innerhalb der die Krone tragenden Institutionen deutlich. Auf das Heer angewiesen, werden die Kabinette seinen Wünschen gefügiger. Es entwickelt ein Eigengewicht, das der Regierung aus der Kontrolle zu geraten droht.

Die folgenden Jahre sind gekennzeichnet durch die wilder werdende Opposition einerseits und eine sich überstürzende Folge von Kabinetten andererseits. 1914 gibt es in Spanien 264, 1918 bereits 620, 1920 insgesamt 1316 Streiks. 1920 werden in Spanien in Terroraktionen und Straßenkämpfen 757 Menschen getötet, davon in Barcelona 394. Die Regierungsparteien erweisen sich als unfähig, die Krise zu steuern, die Armee trumpft mit neuen Forderungen auf.

Der Gedanke des Syndikalismus, wie ihn der Linksextremismus aufnahm, findet auch seinen Widerhall in der Armee. Es bilden sich 1916/17, bezeichnenderweise zuerst mit dem Schwergewicht in den süd- und südöstlichen Garnisonen des Landes »sindicatos militares« oder »juntas de defensa«. Dem Terror und Separatismus setzen sie die Solidarität des Berufsstandes entgegen. Ebenso opponieren sie aber auch offen gegen die Regierungsparteien, die sie für die militäri-

sche Misere verantwortlich machen. Der Unterschied zum Jahre 1905, in dem die Armee das Kompetenzgesetz erzwang, wird deutlich: Zur scharfen Abwehr einer Verächtlichmachung des Heeres durch die Linksparteien tritt die offen verkündete Opposition der Armee selbst gegen die Regierung. Auch in diesem Fall bleibt die Armee Sieger. Der Aufforderung der Regierung, sich aufzulösen, kommen die Juntas nicht nach. Die Verhaftung ihrer »junta general« beantworten sie am 25. 5. 1917 mit der Drohung eines Staatsstreiches. Daraufhin kapituliert die Regierung. Sie entläßt nicht nur die Verhafteten, sondern erkennt die »juntas« offiziell an.

Mit dieser Kapitulation der Regierung vor ihrem eigenen Exekutivorgan ist faktisch die mit der Restauration eingeleitete Periode des Regierungswechsels von Konservativen und Liberalen beendet. Sie sind nicht mehr Herr ihrer Entschlüsse. Im wilden Ansturm von links, der Schwäche der Parteien, wie in der Unbotmäßigkeit der Armee, die zudem vom Monarchen durch seine das Kabinett mißachtenden Handlungsweisen forciert wird, zerfällt der Staat³⁸). Was monarchistische Parteien und Armee noch verbindet, ist ihr Bekenntnis zur Monarchie und die Abwehr der oppositionellen Kräfte. Aber unter der Oberfläche gemeinsamer Interessen haben sich die Machtverhältnisse verschoben. Als sich am 13. September 1923 der Generalkapitän von Katalonien, Miguel Primo de Rivera, gegen die Regierung erhebt, trifft er in den monarchistischen Parteien auf keinerlei Widerstand. Sein pronunciamiento erscheint wie eine öffentliche »Legalisierung« derer, die im Lager des Monarchen tatsächlich und seit langem als einzige noch über Macht verfügen.

Für die Dauer von knapp sieben Jahren gelingt es Primo de Rivera, dem Land durch sein militärisches Regime die Situation eines latenten Bürgerkrieges zu ersparen. Durch die Auflösung der Cortes, das Verbot aller Parteien, eine strenge Zensur und die Unterdrückung jeder separatistischen Tendenz, kann er zwar die Unruhenherde ausschalten. Aber da er – in der Tradition des 19. Jahrhunderts stehend – auf eine Festigung seiner Macht im Volk verzichtet, bleibt er allein auf die Zustimmung der Armee angewiesen³⁹). So kommt er auch durch eine Auseinandersetzung innerhalb des Offizierkorps zu Fall. Als sich Primo de Rivera am 26. Januar 1930 bei den Generalkapitänen der Militärdistrikte und den Truppenkommandeuren die Zustimmung zur Fortsetzung seiner Diktatur einholen will und sich die Mehrheit der Offiziere gegen ihn erklärt, reicht er

beim König die Demission ein. Mit dem Fortgang des Generals brechen dann verstärkt jene alten Spannungen wieder auf, die er nicht zu lösen, sondern nur zu verbieten verstanden hatte. Die beiden folgenden Regierungen, an deren Spitze wieder Generale stehen, werden bei dem Versuch, die Freiheiten der Verfassung in einem allmählichen Prozeß wieder herzustellen, von den Ereignissen überrollt. Am 14. April 1931 wird die Republik ausgerufen.

Die Diktatur Primo de Riveras ist insofern bedeutsam, als sie den völligen Verfall der alten Kräfte augenfällig macht. Als sie 1930 mit der Demission des Generals erlischt, stehen die monarchistischen Parteien, deren beherrschende Stellung in der Staats- und in den Provinzverwaltungen eingeengt worden war, als verstümmelte, desorientierte Gruppen da. Ein Teil von ihnen kehrt der Monarchie den Rücken, andere schließen sich neu zusammen, fordern aber die Abdankung des Königs und den Thron für einen seiner Söhne.

So wie die Diktatur den Zerfall der monarchistischen Parteien nur beschleunigte, so stimulierte sie auch die antimonarchistischen Strömungen in der Armee. 1926 hatte sich eine Gruppe von Offizieren und Unteroffizieren zur ersten »Asociación Militar Republicana« zusammengeschlossen. Mit dem Ende der Diktatur sind republikanische Bünde in allen Garnisonen anzutreffen. Den Erhebungen, die republikanisch gesinnte Offiziere inszenieren, bleibt der Erfolg verwehrt, doch die Proteste, die in der Armee gegen die Bestrafung der putschenden Offiziere laut werden, lassen das Maß an Mißtrauen und offener Abneigung erkennen, das den alten Institutionen entgegengebracht wird. In sich selbst uneins, zerrissen in verschiedene Kreise, die entweder die staatliche Form bewahren wollen oder sie ablehnen, erweist sich auch die Armee, die letzte Stütze der Monarchie, als unzuverlässig. Die Auflösung, der alle alten Institutionen ausgesetzt waren, hatte auch sie erfaßt.

6. Rückblick und Ausblick

Wir werfen einen Blick zurück. Der Kampf, der in ganz Europa zwischen Revolution und Tradition entbrannt war, nahm in Spanien Züge äußerster Heftigkeit an. Die beiden Strömungen, die seit den Cortes von Cádiz auf dem politischen Feld in Erscheinung traten, unterschieden sich in ihrer geistigen Herkunft ebenso radikal, wie in

den Zielen, die sie verfolgten: Der Liberalismus wurzelte in der französischen Aufklärung; er propagierte die Freiheit des Individuums und wies mit seinem Anspruch, den Staat durch seine Stimmen selbstverantwortlich zu vertreten, die Bevormundung durch Thron und Kirche zurück. Der Traditionalismus forderte die Rückkehr zur Habsburgischen Reichsidee; er verfocht die These vom Stufenbau der Gesellschaft und ihrer ständischen Repräsentanz in den Cortes. Staat und Kirche als Wesenseinheit sollten verkörpert sein in der Person des Monarchen, dessen Macht lediglich die Gesetze der Kirche beschränken.

Dem Traditionalismus blieb die Verwirklichung seines Programms versagt. Er unterlag in seinem Kampf mit der liberalen Strömung. Ob das traditionalistische Programm zu besseren Ergebnissen geführt hätte, ist – historisch – eine müßige Frage. Wir wissen, daß die Wahlergebnisse unter den liberalen Regierungen verfälscht wurden, daß sich ihre Politik am Parteiinteresse orientierte und daß ihre für Spanien neue Verfassungs- und Regierungspraxis nicht auf die besonderen historischen Voraussetzungen und geistigen Eigenheiten von Staat und Volk zugeschnitten waren. Trotzdem können wir den Wert des Traditionalismus nicht an den Mißerfolgen des Liberalismus messen. Niemand weiß, ob eine traditionalistische Herrschaft nicht auch Ständewahlen verfälscht und sich an Ständesinteressen orientiert hätte. Zudem lief die Lehre der Traditionalisten dem Liberalismus der konstitutionellen Monarchie genau so zuwider wie den im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufkommenden Strömungen, die gegen die Staats- wie gegen die bestehende Gesellschaftsform rebellierten. Schwerlich wurde der Traditionalismus mit seiner Stufenlehre und der damit verbundenen Hervorhebung privilegierter Stände den Problemen einer sich wandelnden Sozialstruktur gerecht. Sein Festhalten an der Wesenseinheit von Staat und Kirche, an dem Verbot der Meinungsfreiheit und an einer absoluten königlichen Gewalt widersprach den Auffassungen weiter Teile des Volkes.

Freilich: jeder Versuch einer Antwort auf die tatsächliche Bewährung des Traditionalismus muß zwangsläufig in den Bereich der Spekulation führen. Was uns an ihm, im Hinblick auf unser Thema, wichtig erscheint, ist dies: Der Traditionalismus bleibt über den Beginn der Zweiten Republik hinaus entschieden bei seiner Forderung nach einer Rückbesinnung auf das ruhmreiche Goldene Zeitalter. Er hält an dem Gedanken eines absoluten Führertums fest, wie es sich für

ihn in der Person des Monarchen manifestiert, und er lehnt konsequent Parlament und allgemeines Wahlrecht als Ausdruck der Volkssouveränität ab.

Die parlamentarische Monarchie, wie sie die liberalen Parteien erst mit Hilfe wechselnder militärischer Erhebungen entwickeln, dann gemeinsam gegen den republikanischen und linksextremistischen Ansturm verteidigen, läßt in ihrem Ansatz bereits den fehlenden Bezug zu den gegebenen Verhältnissen erkennen. Wir können dies als eine latent vorhandene mangelnde Anpassungsfähigkeit definieren. Sie zeigt sich zuerst in dem Versäumnis, die von Frankreich übernommenen Verfassungsgedanken an die spezifischen Merkmale spanischer Geschichte und spanischer Mentalität anzupassen. Die prononciamientos, mit denen sich liberale Regierungen wechselseitig aus dem Sattel heben, sind ein beredtes Zeichen für dieses Versäumnis.

So wie der spanische Liberalismus von seinen Verfassungen her an dem Gegensatz zwischen gesetzter Norm und politischer Realität leidet, so versagt er auch an der zweiten Aufgabe, sich den wandelnden sozialen Bedingungen der Zeit anzupassen. Er scheitert an der schwerwiegenden Frage, wie er dem Druck von unten begegnen und die aufdrängenden Schichten eingliedern soll. Regierung und bürgerliche Parteien kapseln sich ab; es kommt zu keinem Kontakt mit den nachdrängenden Schichten. In Unverständnis und Starre verharren die liberalen Parteien allzulange den sozialen Fragen gegenüber. Wenn wirtschaftliche Krisen auftreten, Arbeitslosigkeit entsteht und Armut in weiten Kreisen herrscht, so sind dies für die Liberalen unabwendbare Begleiterscheinungen des liberalen Wirtschaftssystems. Der liberale Staat, wie sie ihn verstehen, hat damit nichts zu schaffen. Er sieht seine Aufgabe darin, Freiheiten zu schützen, aber er sagt sich nicht, daß diese Freiheiten Fiktionen für die unteren Schichten bedeuten, da diese, mit ihrer Arbeitskraft den Besitzenden ausgeliefert, nicht teilhabendes Subjekt, sondern Objekt des freiheitlichen Programms sind.

Da die liberalen Parteien sich dieser Problematik nicht gewachsen zeigten, kommt es in der Folge unter ausländischem Einfluß (Marx, Bakunin) zu wilden Aggressionen und den Zusammenschlüssen derer, die sich benachteiligt fühlen. Aus dem sozialen Protest heraus greift der Gedanke des Syndikalismus um sich, entwickeln sich direkte Ak-

tion und totale Staatsverneinung. In der spanischer Mentalität entsprechenden Totalität – Alles oder Nichts – steuert der Staat in seine große Krisenzeit hinein. Armee und Kirche sind hineingezogen in den Verfall der konstitutionellen Monarchie. Und es ist nicht zu übersehen, daß sich in diesem Prozeß noch ein drittes Merkmal mangelnder Anpassungsfähigkeit des liberalen Staates manifestiert:

Wo er dem Druck der oppositionellen Kräfte nachzugeben gezwungen wird, geschieht dies mit den Argumenten seiner freiheitlichen Staatstheorie. Er legalisiert geradezu die Staatsverneinung, indem er z. B. anarchosyndikalistische Zusammenschlüsse, die diesem Staat offen den Kampf ansagen, mit dem Hinweis auf die Freiheit für alle und alles offiziell zuläßt. Er entläßt – 1917 – zu lebenslänglicher Haft begnadigte Revolutionäre in dem Moment aus dem Gefängnis, als sie zu Abgeordneten gewählt werden. Das Gleiche geschieht mit verhafteten Mitgliedern des die Zweite Republik vorbereitenden Revolutionskomitees von San Sebastian (August 1930). So konzessioniert der Staat selbst die Waffen, die gegen ihn erhoben werden – gewiß unter einem radikalen Druck, aber auch in der Konsequenz seiner Definition, daß der Staat zuerst und vor allem Hüter der Freiheit zu sein habe. Die parlamentarische Monarchie scheitert – drittes Merkmal – an der notwendigen Koordination von freiheitlichen Rechten und deren Begrenzung zur Sicherung der staatlichen Integrität.

Damit haben wir die Ausgangssituation für die Zweite Republik umrissen. Um den Gang der Untersuchung nicht aufhalten zu müssen, sei hier schon darauf hingewiesen, daß diese Republik in der Nachfolge des liberalen Staates des 19. Jahrhunderts bleibt⁴⁰). Sie verbannt zwar den König und läßt das Pendel – langgeübter, extremistischer Praxis entsprechend, zu verwerfen, was das gegnerische Spanien kreierte – weit ausschlagen. Eine stark nach links tendierende Regierung wird gebildet. Die Absage an die Vergangenheit wird formuliert. Artikel 3 der neuen, am 9. Dezember 1931 verabschiedeten Verfassung sagt: »Der Spanische Staat hat keine offizielle Religion.« Artikel 1, 4 vertauscht die historische Fahne gegen eine rot-gelb-dunkelviolette. – Manuel Azaña, ein bürgerlicher Republikaner, erklärt bei seinem Antritt als Ministerpräsident: »Spanien hat aufgehört, katholisch zu sein.« In der gleichen Rede heißt es weiter:

»Ich bin nicht der Mensch, der jetzt die alten Burgen zu besuchen denkt, der Isabella, die Katholische, beschwört, der von Amerika spricht und dem Ruhm und der Ehre unserer Vergangenheit. Hinweg damit – ins Museum!« Der Bruch vollzieht sich aber dennoch nur an der Oberfläche. Man tauscht den Namen der parlamentarischen Monarchie gegen den einer Republik aus, man bestreitet dem andern Spanien seine Existenzberechtigung, aber die Verfassung, die man sich setzt, die Normen, nach denen man regieren will, die Aufgaben, die dem Staat zuerkannt werden, sind von demselben Geist erfüllt, mit dem sich der liberale Konstitutionalismus bereits selbst entwertet hatte. Die gleichen Merkmale mangelnder Anpassungsfähigkeit sind zu verzeichnen. Wieder erhält die Verfassung keinen den spanischen Eigenheiten angepaßten Zuschnitt⁴¹⁾.

Ihr öffentlich gerühmtes Vorbild ist die Weimarer Verfassung, ohne daß man ihre Bewährung in der Praxis zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht hätte. Wieder zeichnet sich das nicht bedachte Problem einer notwendigen Koordination von freiheitlichen Rechten und deren Begrenzung zur Sicherung der staatlichen Integrität ab.

»Zu sehr auf Vergeltung erpicht, um vorausschauend den künftigen Staat zu bauen«⁴²⁾, unterdrücken sie zwar eine monarchistische Rechtsopposition, sehen aber nicht die Gefahren, die dem Staat aus der Überbetonung ihres eigenen Freiheitsanspruchs drohen. Sie glauben, daß die Fehler der Vergangenheit nicht im System, sondern in den Personen, die ihm dienten, ihre Ursachen hatten. So installiert man z. B. ein Einkammersystem. Der Einwand, ein Senat ermögliche eine nochmalige Beratung parlamentarischer Beschlüsse, wird als Zweifel an der Qualität des Parlaments zurückgewiesen. Bezeichnend für den nur in der Abstraktion gedachten Freiheitsbegriff ist der von Ministerpräsident Azaña in einer Rede über die ruinösen Wirtschaftsverhältnisse (17. Juli 1931) gemachte Ausspruch: »Der Staat kann sich ruinieren, wenn es ihm beliebt, er kann in Armut verfallen... wichtiger ist, daß er dabei sein Recht auf Freiheit unversehrt behält.«

Die Kluft zwischen Verfassungstheorie und politischen und wirtschaftlichen Realitäten ist evident. Was sich im Lande auch nach der Ausrufung der Republik an Wahlfälschungen, an Kloster- und Kirchenstürmen, an separatistischen Aktionen und gezielten Terrorhandlungen, an Streiks und Straßenkämpfen rivalisierender Gruppen ereignet, wird von den Verfassungstheoretikern nicht zur Kennt-

nis genommen. Schon ehe sie die liberale Verfassung verabschieden, sieht sich die provisorische Regierung gezwungen, ein »Gesetz zum Schutz der Republik« zu erlassen, das faktisch den latenten Ausnahmezustand dekretiert. Am 9. November 1931 verbietet ein Dekret, um bestimmten Zusammenrottungen vorzubeugen und die die Wirtschaft lähmende Wanderbewegung aufzufangen, Arbeit außerhalb der alten Steuerstelle anzunehmen. Artikel 31 der neuen Verfassung garantiert jedoch Freizügigkeit in der Wohnungs- und Arbeitswahl.

Diese Hinweise mögen genügen, um aufzuzeigen, daß Spanien unerlöst von der leidenschaftlichen Auseinandersetzung, die seit den Cortes von Cádiz evident geworden war, auch seinen Schritt in die Zweite Republik machte. Aus dem Protest gegen die Vergangenheit, aber ebenso aus dem Protest gegen die politischen und geistigen Strukturen, wie sie die beginnende Zweite Republik erkennen läßt, entwickelt sich eine neue politische Bewegung junger Menschen, die sich dann in der Falange Española vereinigen wird.

Wie sah sie das Problem des spanischen Staates und wie wollte sie es lösen? Das ist die Fragestellung, der wir uns nun im einzelnen zuwenden.

ZWEITES KAPITEL

Die Vorhut der Falange

Nach der Demission Primo de Riveras waren die politischen Fronten in Bewegung geraten. Monarchistische Gruppen versuchten sich neu zu formieren. Der bürgerliche Republikanismus teilte sich in eine Vielzahl von Parteien. Der Sozialismus schlug nach der für ihn ruhigen Zeit unter der Diktatur einen radikaleren Kurs ein; der gemäßigte Flügel der Partei unter Besteiro und Prieto wurde von Largo Caballero, der sich in der sozialistischen Jugend eine revolutionäre Hausmacht schuf, hart bedrängt. Der Anarchosyndikalismus trat wieder offen zum Kampf gegen die staatliche Ordnung an; separatistische Unruhen erfaßten vor allem Katalonien, griffen nun aber auch hinüber ins Baskenland und bis nach Galizien.

Die Hektik des politischen Lebens in der kurzen Übergangszeit zur Republik hatte ihre besonderen Kristallisationspunkte in den ohnehin seit dem Richtungsstreit zwischen liberalistischem und traditionalistischem, republikanischem und monarchistischem Gedankengut politisierten Universitäten des Landes. Seit ihnen von der einen Regierung Freiheiten eingeräumt, von der anderen wieder genommen worden waren, hatten sie im Spannungsfeld parteipolitischer Auseinandersetzungen gestanden. Männer wie Sanz del Rio, Giner de los Rios, Castelar, Salmerón oder Menéndez y Pelayo hatten sich als »politische Professoren« exponiert; der politische Einfluß der Universitäten war erheblich. Der aufrührerischen Stimmung an den Universitäten war Primo de Rivera mit scharfen Zensurmaßnahmen,

mit der Entfernung von Professoren (z. B. Unamuno, Ortega) und der zeitweiligen Schließung der Universitäten entgegengetreten, ohne jedoch mehr als eine nur vordergründige Ruhe zu erreichen. Die Universitäten wurden zu Kernzellen für die Vorbereitung der Zweiten Republik. Revoltierende Studentengruppen gehörten ins Alltagsbild der Universitätsstädte; Professoren standen in der ersten Reihe alter und neuer republikanischer Parteien.

An der Wende zur Zweiten Republik spiegeln die politischen Strömungen an den Universitäten die spanischen Parteien vom äußersten rechten bis zum linksextremistischen Flügel¹⁾. Die einzige Ausnahme macht ein kleiner Kreis, der zum 14. März 1931 die erste bescheidene Nummer einer Wochenzeitschrift herausbringt, die den anspruchsvollen Titel »La Conquista del Estado« (Die Eroberung des Staates) führt. Sie wendet sich gegen alle bestehenden politischen Formationen, verurteilt Monarchie und Republik und wirbt unter den Studenten für eine nationale Revolution zum Aufbau eines »Neuen Staates«.

1. Ramiro Ledesma Ramos und seine Zeitung:

La Conquista del Estado

Der Initiator dieser Wochenzeitung ist Ramiro Ledesma Ramos²⁾, 1905 in der kastilischen Ortschaft Alfaraz (Provinz Zamora) geboren. Er entstammte kleinbäuerlichen Verhältnissen und finanzierte sich als Angestellter der Post sein Philosophie- und Physikstudium selbst. Er war Schüler von Ortega und stand mit dem Schriftsteller Ernesto Giménez Caballero in enger Verbindung. Über den Einfluß beider Persönlichkeiten auf die Ideen, die Ledesma und seine Gesinnungsfreunde vertraten, wird noch zu berichten sein.

1930 befindet sich Ledesma für vier Monate in Heidelberg; er nimmt Kontakt mit Hitler-Anhängern auf. Man darf, ohne letzte Klarheit zu haben, annehmen, daß die Auszüge aus Hitlers »Mein Kampf«, die er dann ab 1931 in »La Conquista del Estado« veröffentlicht, in Zusammenhang mit diesem Aufenthalt in Deutschland stehen³⁾. Die erste politische Handlung von Ledesma ist im Februar 1931 zu registrieren. Er verteilt in der Madrider Universität ein von

ihm verfaßtes, von Giménez Caballero und einem dritten Freund, Juan Aparicio mit unterzeichnetes »Manifiesto Político de la Conquista del Estado«. Es ruft die Jugend zur Wiederherstellung der Größe Spaniens auf. Sie hätte einen »Neuen Staat« zu schaffen. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die »direkte Aktion«, gerichtet gegen den bestehenden Staat und die bestehenden Parteien. »Wir suchen keine Stimmen, sondern wagemutige Trupps junger Menschen. Unsere Politik verlangt militärisches Bewußtsein« (sentido militar). Diesem Appell an die Jugend zur Eroberung des Staates ist eine leidenschaftliche Verurteilung des liberalen Staates und des internationalen Marxismus vorangestellt. Der »Neue Staat« habe beides durch eine neue nationale und neue syndikalistische Ordnung zu überwinden. Es wird gefordert, daß alle Macht dem Staat gehöre und daß es Freiheit nur innerhalb der von ihm gesetzten Ordnung geben könne. Diese Ordnung ist syndikalistisch bestimmt. Durch geeignete Maßnahmen soll der Marxismus überwunden werden. Dazu gehört die Enteignung der Grundbesitzer (Punkt 14 des Manifestes), Verstaatlichung der enteigneten Ländereien und ihre Übergabe an Gemeinden und bäuerliche Syndikate (entidades sindicales de campesinos). Der letzte, 17. Punkt erklärt, daß die Revolution nicht eher ruhen werde, bis dieser »Neue Staat« geschaffen sei.

Mit diesem Manifest ist das Leitthema der einen Monat später erscheinenden Wochenzeitung angeschlagen. Weder ihr Erscheinen noch ihr Inhalt werden von den großen Organen vermerkt. Sie treibt als eines von vielen Blättern in der Flut der Broschüren, Flugzettel und Zeitungen, wie sie die turbulenten Monate hochspülen und wieder verschwinden lassen. Ledesma muß am 11. Juli 1931 wegen einer Schlägerei, in die er sich mit politischen Gesinnungsfreunden verstrickt hatte, eine kurze Gefängnisstrafe antreten. Damit ist auch eine vorübergehende Ausschaltung der Zeitung verbunden. Von da ab erscheint sie nur noch sporadisch, teils, weil der Absatz die Herstellungskosten nicht deckt, teils, weil einzelne Nummern beschlagnahmt werden. Oktober 1931 wird sie eingestellt*).

Bestimmendes Merkmal der in der »Conquista del Estado« erscheinenden Artikel ist ihr Protest gegen die politischen Methoden der Vergangenheit und Gegenwart. Schon in der ersten Nummer bezieht Ledesma Stellung gegen die kommende Republik: »Uns interessiert weder die Monarchie noch die Republik. Das sind Sachen für Greise. Welche Fahne auch triumphieren mag – wir werden dagegen sein.

Heute verfolgt uns die Monarchie mit Verhaftungen und Verleumdungen. Morgen wird uns ebenso der blödsinnige republikanische Staat (el imbécil Estado republicano) verfolgen, der sich ankündigt.«

In vielen, oftmals verletzend rauen Artikeln wird die Dekadenz Spaniens nachgezeichnet, wie sie der liberale Staat seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts offenbart hat. Er zeigte sich dem historischen Auftrag, der Verpflichtung, die das Wort Spanien bedeutet, unwürdig: Seit über hundert Jahren wird von der Freiheit des Individuums geredet, aber darüber ist der Staat zum Popanz geworden. Man huldigte dem »krausismo« und kam darüber zum Separatismus; man betete die Wahlurnen an und verlor darüber die Größe und die Würde Spaniens. Es ist der Appell an die Größe, der bei Ledesma immer wiederkehrt. Sie kann nur neu erreicht werden, wenn man den Staat nicht als ein bloßes Ordnungsschema ansieht, sondern als die Verkörperung des Willens der Nation. Beschworen wird das ruhmreiche Spanien der Katholischen Könige: »Unter Isabella und Ferdinand waren wir die erste Nation der Welt, in der Staat und nationales Wollen zu einer unauflösbaren, dauernden Wesenseinheit verschmolzen.« Was vor allem not tut, ist ein »Prozeß der Militarisierung« des ganzen Volkes. Es muß – die Dynamik des Staates verkörpernd – diszipliniert und heroisch sein, und es muß seinen höchsten Ausdruck in einem Heer finden, das aus dem Volk geboren ist und dessen nationalen Elan widerspiegelt.

Die ständige Berufung auf den für die Zeit der Katholischen Könige konstatierten »sentido nacional y militar« findet ihren sichtbaren Ausdruck in dem dem Titel der Zeitung beigefügten Emblem der Katholischen Könige: yugo y flechas, Joch und Pfeile³⁾. Sie werden das Emblem der Falange werden.

Für Ledesma bedeutet die Berufung auf das mittelalterliche Spanien nun aber nicht, daß er – wie die Traditionalisten – zurück zu alten Formen (den fueros und Ständen) und Prinzipien der katholischen Staatsidee will. Bei ihm ist die Berufung auf glorreiche Geschichte vor allem unter dem Aspekt eines kämpferischen, die ganze Nation erfassenden nationalen Wollens zu verstehen. Dies Ziel vor Augen, dient der Appell an die Historie als Stimulanzmittel. Geschichte wird den eigenen Zielen untergeschoben, und es wird dabei von Ledesma unterschlagen, daß die Ziele im Gegensatz zu dem so leidenschaftlich beschworenen Spanien stehen. So ist bei Ledesma ein für

Spanien akzentuiert a-katholischer Zug nicht zu verkennen. Er macht eine scharfe Trennung zwischen nationaler und religiöser Moral. Er schreibt: »Die nationale Revolution ist ein Unternehmen, das es als Spanier zu verwirklichen gilt; katholisches Leben hat damit nichts zu tun, denn es betrifft nicht den Spanier, sondern den Menschen, der seine Seele retten will.« Ledesma geht dabei von der politisch gewiß zutreffenden Erkenntnis aus, daß seine renovatio Spaniens nicht mehr im Sinne eines katholischen Nationalbewußtseins möglich ist. Die Menschen, die er vor allem aufruft: Arbeiter, landlose Bauern, ganz allgemein »sozial Benachteiligte« sind ja weitgehend der Kirche entfremdet oder bekämpfen sie sogar. Die Größe Spaniens, wie er sie versteht, ist grundverschieden von den katholisch geprägten Prinzipien des alten Spaniens. An seiner Wiederherstellung sollen ja nun jene mitwirken, die fern von jeder konfessionellen Bindung sind⁶⁾.

Mit dem Appell an den von seiner Sendung erfüllten Staat verbindet sich bei Ledesma der Gedanke sozialer Gerechtigkeit. Es heißt: »Wir verfolgen imperiale Ziele und solche sozialer Gerechtigkeit.« Was versteht er darunter? Die Antwort kann nur dürftig sein, weil es bei Ledesma kein klares Wirtschafts- und Sozialprogramm gibt. Was er offeriert, steckt voller Widersprüche und Ungereimtheiten. Sie ergeben sich aus der merkwürdigen Verwobenheit seiner Appelle an die nationale Einheit und dem vom Volk getragenen dynamischen Staat und der im gleichen Atemzug ausgesprochenen Forderung nach einer revolutionären Umkrepelung des Wirtschafts- und Sozialgefüges. An die Stelle kritischer Erörterungen über die Folge von Enteignungen, die technischen Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Agrarreform setzt er die »idea nacional profunda«. Er spricht von der Erfassung aller in Syndikate, aber es findet sich kein Hinweis auf deren Gliederung, und wie selbstverständlich wird die Zustimmung, gemäß der Größe der nationalen Aufgabe, vorausgesetzt.

Wesentlich ist, daß die konkreten Forderungen, die er erhebt, sich in keinem Punkte von denen unterscheiden, die zur gleichen Zeit die Sozialisten propagieren. Das Manifest vom Februar 1931 hatte noch als einzigen konkreten Punkt der Wirtschaftsreform die Enteignung der Grundbesitzer gefordert. In »La Conquista del Estado« kommt nun die Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien, der Banken, der Versicherungsgesellschaften, des Transportwesens und die Kontrolle des Staates über den Außenhandel hinzu. Ausländische Einflüsse sind verboten. Der Staat sichert sich zudem eine beherrschende

Stellung durch die zwangsweise Überführung aller Beschäftigten in Nationale Syndikate. Sie sind »die wirklichen Zellen des sozialen Lebens, sie lösen den Klassenkampf auf, in ihnen wird die Einheit von Staat und Gesellschaft hergestellt«.

Doch wird deutlich, daß Ledesma seinen Staat aus einer entschieden antibürgerlichen Position heraus aufbauen will: Mit dem Anarchosyndikalismus verbindet ihn der Gedanke der Syndikate und der »direkten Aktion«, von ihm trennt ihn dessen Staatsverneinung. Mit dem Sozialismus verbindet ihn die Radikalität wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, von ihm trennt ihn dessen liberal-parlamentarische Staatsauffassung. Mit den bürgerlichen Parteien aber, die von den Linksrepublikanern Azañas bis zu den monarchistischen Gruppen reichen, verbindet ihn nichts. Ihn trennt von ihnen sowohl deren Wirtschaftsliberalität wie deren liberale Staatsauffassung.

Seine Vorbilder sind Hitler und Mussolini. In jeder Nummer wird in irgendeinem Bezug »auf die in Europa triumphierenden neuen Staaten: Italien und das unter Hitler kommende Deutschland« verwiesen. Ledesma bekennt sich offen zu ihnen und hebt besonders hervor, daß die Erfolge von Faschismus und Nationalsozialismus auf ihrem Anti-Individualismus beruhen. Männer wie Hitler und Mussolini hätten erkannt, daß zu den Kennzeichen eines neuen Europas der Kollektivismus gehöre. Auch Spaniens »Neuer Staat« könne nur unter diesem Signum geschaffen werden. So wie diese Äußerung den der Großstadt mit ihren Arbeitermassen und nicht dem ländlichen Spanien zugewandten jungen nationalen Revolutionär typisiert, so bestätigt sie auch wieder seine antichristliche, materialistische Haltung. Er schreibt: »Man muß es mit Freude und Hoffnung sagen (und registrieren) als Fortschritt auf dem Siegesweg: das Individuum ist tot.«

2. Onésimo Redondo und sein Kreis in Valladolid

In der kastilischen Stadt Valladolid erscheint am 13. Juni 1931 die erste Nummer einer Wochenzeitung – »Libertad« – die mit einem kriegserischen Aufruf an die Studenten der Universität, mit Porträts von Hitler und Mussolini und einem »brüderlichen Gruß« an die Madrider Zeitung »La Conquista del Estado« (»... die erste faschisti-

sche Zeitung in Spanien«) ihren politischen Standort zu erkennen gibt. Sie ruft zum Kampf für ein einiges, großes, wahrhaft freies Spanien auf und läßt keinen Zweifel daran, daß dieser Kampf einem doppelten Zweck dienen soll: der Wiederherstellung der imperialen Würde Spaniens und, als Voraussetzung dazu, der sozialen Würde derer, die »die Tyrannis der Reichen« ausbeutet. Die Identität des Wollens mit dem von Ledesma in Madrid angeführten Kreis ist von Anfang an gegeben. Was als Merkmale der »Conquista« skizziert wurde: der äußerst beschränkte Aktionsradius, die fehlende Resonanz einerseits, dann als politisches Bekenntnis die Verurteilung des liberalen Systems, die Herausstellung des Staates als Verkörperung nationalen Wollens, die Verklammerung des nationalen mit dem syndikalistischen Gedanken, trifft auch für »Libertad« zu. Und ebenso ist bei ihr das Fehlen eines glaubwürdigen Programms festzustellen, das mehr erkennen läßt als jungenhaften, politischen Überschwang.

Jedoch sind Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen nicht zu verkennen. »Libertad« gibt sich äußerst aggressiv, bleibt aber, selbst im Vergleich zu Ledesmas »Conquista«, in einer geradezu staunenerregenden Unbekümmertheit jeder sachlichen Argumentation gegenüber. Ihr Kennzeichen ist ein ungestümer, lautstarker Elan, der sich in Appellen erschöpft und ganz auf die Jugend zugeschnitten ist. Auffallend ist die Betonung der Würde des ländlichen Spaniens. In langen Artikeln wird das Land als die Substanz Spaniens gefeiert; sie gilt es wiederzuerwecken. Dazu wird die Rückkehr der Massen aufs Land gefordert, ohne daß man sich freilich auch nur andeutungsweise bei der Problematik und den Konsequenzen dieser Forderung aufhält. Mit ihr zeigt sich der erste Unterschied zu dem der Großstadt und seinen Massenproblemen verhafteten Ledesma. Der zweite zeigt sich in der entschiedenen Katholizität der vom ländlichen Valladolid bestimmten Zeitung. Ein religiöses Problem existiert für »Libertad« nicht. Es wird mit einer aller Problematik baren Selbstverständlichkeit von der Identität katholischen und nationalen Wollens gesprochen. »Libertad« erweist sich in ihren ersten Nummern als eine ebenso großspurige wie gedankenarme Kampfzeitung für Jugendliche; – erst im Jahre 1932 wird sie, nachdem ein engerer Kontakt mit dem Kreis um Ledesma hergestellt ist, Profil gewinnen.

Der Herausgeber dieser Zeitung ist Onésimo Redondo Ortega, ein kirchentreuer Jurist von 26 Jahren, 1905 in Quintanilla de Abajo (bei Valladolid) geboren. Wie Ledesma in Madrid, so finanzierte Redondo

in Salamanca als Angestellter der Finanzverwaltung sein Studium, und wie Ledesma nimmt auch Redondo Kontakt mit dem Nationalsozialismus auf. 1930 ist er als Lektor für Spanisch an der Wirtschaftshochschule in Mannheim. Er ist, wie er selbst sagt, »begeistert von den Ideen und Taten des Nationalsozialismus«; Auszüge aus Hitlers »Mein Kampf«, in der Übersetzung von Redondo, erscheinen in »Libertad« von der ersten Nummer an⁷⁾.

Im August 1931 gründet Redondo die »Junta Castellana de Actuación Hispánica«; es ist der Versuch, die durch die Zeitung angesprochenen jungen Menschen auch parteipolitisch zu sammeln⁸⁾. Die »Junta Castellana« kommt über einen auf Valladolid beschränkt bleibenden Kreis nicht hinaus. Aufgrund eines Flugblattes, in dem die in »Libertad« formulierten, allgemein gehaltenen Ziele mit einer direkten Kampfansage verbunden sind – »Junge Landsleute, der geschichtliche Augenblick verpflichtet uns, die Waffen zu ergreifen«⁹⁾ – wird sie verboten. Die Junta geht daraufhin in den Untergrund. Sie setzt sich aus einem kleinen Kreis von Studenten zusammen, der sich nun an geheimen Orten trifft. Die Tätigkeit, die er entfaltet, entspricht dem jugenhaften Zuschnitt der Zeitung »Libertad«, als deren Stärke ja nicht originelles Denken, Argumentieren, Fragen und Zweifeln, sondern ein lautstarkes, um tatsächliche Probleme recht unbekümmertes vaterländisches Bekennen zu konstatieren ist. Auf heimlichen Treffen in Kellern und abgelegenen Plätzen vor der Stadt versammelt Redondo seine kleine Schar um sich. Dort spricht er von der Größe des Vaterlandes, vom Kampf und den Opfern und der Bereitschaft zu sterben. Mit Stolz wird die erste Pistole herumgereicht, nachts werden Häuserwände mit dem Wahlspruch der Junta: España una, grande, libre, bemalt; man prügelt sich auch mit Andersgesinnten – kurz: »man findet Gefallen an allem, was gefährlich ist«¹⁰⁾.

In diesem romantisch verbrämten Kellerdasein der jugendlichen Schar wird der Kontrast zu dem von Ledesma angeführten Kreis in Madrid deutlich: Der Junta Redondos fehlt der verbissene Intellektualismus Ledesmas. Sie gibt sich ungestümer, aber auch unproblematischer. Für Ledesma sind die wagemutigen Trupps, die er sich unter den Studenten sucht, Wegbereiter für einen »Neuen Staat«, der den Problemen der Masse, der Industrialisierung gegenübersteht. So verschwommen und unausgegoren auch seine Überlegungen und Formulierungen sind, man kann ihm nicht ein gewisses Profil ab-

sprechen, wie es sich in seiner antibürgerlichen Haltung und seiner Einstellung zur Kirche abzeichnet. Redondo dagegen bleibt mit seiner Zeitung und der Junta Castellana unklarer, noch unbekümmerter um eigene Lösungsvorschläge. Er protestiert gegen die Zerrissenheit seines Vaterlandes, er setzt dagegen den kämpferischen Einsatz der Jugend, er fordert imperiale und soziale Würde, ohne jedoch darüber hinaus seinen eigenen Standort und den seiner Junta durch mehr als seinen Katholizismus zu fixieren. Was Ledesma und Redondo verbindet, ist der kampfesfreudige Protest gegen das bestehende Spanien und das für beide gültige Vorbild von Hitler und Mussolini. Hinter diesem gemeinsamen Ansatz, aber auch hinter der Verschwommenheit der eigenen Vorstellungen und Ziele, brechen einstweilen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Madrid und Valladolid auf.

3. Die Nationalsyndikalistischen Angriffsgruppen

Der Anstoß zum Zusammenschluß beider Kreise zu einer Partei geht von Ledesma in Madrid aus. Er fürchtete, daß sich durch ein Verbot seiner Zeitung seine Gesinnungsfreunde verlaufen würden. Andererseits bot ein engerer Kontakt mit der in ihren Zielen verwandten Gruppe in Valladolid die erste Möglichkeit, über die Madrider Universität hinauszustoßen. Für Redondo war die Lage ähnlich: sein Kreis war verboten worden. Neben der Absicht, unter einem neuen Namen nun auf breiterer Basis die gleichen Ziele weiterzuverfolgen, mag ihn auch der Gedanke bewogen haben, daß in der Person des dem Madrider Kreis zugeneigten katholischen Schriftstellers Giménez Caballero eine Garantie für seine eigenen Auffassungen gegeben sei¹¹⁾. Ledesma und Redondo, die sich beide bisher nicht kannten, werden sich nach wiederholten Gesprächen im Spätsommer 1931 einig. Wir kennen nur das Ergebnis dieser Aussprachen: die Gründung der J.O.N.S. (Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista = nationalsyndikalistische Angriffsgruppen). Sie vollzieht sich nicht in einem offiziellen Gründungsakt, sondern in Erklärungen beider Zeitungen¹²⁾, in denen der kämpferische Einsatz für einen »Neuen Staat« beschworen wird. Er werde auf eine neue Art die Idee des Vaterlandes mit der eines nationalen Sozialismus verbinden. »Gegen den Egoismus . . . setzen wir die Verpflichtung, die uns die Juntas auf-

geben. Gegen den Verfall und die Feigheit... stellen wir die Moral unseres Angriffsgeistes, gegen erbärmlichen Verrat unsere nationale Idee. Und auf den Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsstrukturen antworten wir mit dem Staatssyndikalismus oder Staatskorporativismus, der die Produktion und die Verteilung des Reichtums zu ordnen hat.«

Mit den J.O.N.S. tritt die erste, nicht mehr örtlich gebundene politische Gruppe in Erscheinung, die ebenso gegen die Rechts- wie gegen die Linksparteien eingestellt ist und sich an Vorbildern des Auslandes orientiert. Sie vereinigt in sich die verschiedensten Elemente vom kämpferischen Materialismus (Ledesma) bis zu einem kämpferischen Katholizismus (Giménez Caballero, Redondo). Sie rekrutiert sich im wesentlichen aus der Studentenschaft Madrids und Valladolids. Über ihre soziologische Struktur zu diesem Zeitpunkt kann nur ausgesagt werden, daß Arbeiter, Handwerker oder Angestellte nicht zum Kern der J.O.N.S. zählen¹³).

Anfang November veröffentlichen Ledesma und Redondo ein Manifest, in dem sie zum Eintritt in die neuen Juntas aufrufen. Sie bezeichnen sie als »nationalsyndikalistische Milizen – entstanden aus dem unversöhnlichen Haß gegen die Ideen und Cliques derer, die aus unserem großen Volk ein schwächliches Volk ohne Mut und Schwung gemacht haben«. Das Manifest erläutert den hierarchischen Aufbau der Juntas:

Zehn »militantes« bilden eine Gruppe, ihr steht ein Gruppenführer vor. Zehn Gruppen bilden eine Junta, als Führungselement fungiert ein Triumvirat. Die Triumvirate aller Juntas in einem Gemeinwesen (localidad) bilden einen Lokalrat (consejo local), dem wieder eine Dreiergruppe als politische Spitze vorsteht (Triumvirato político local). Aus den Lokalräten werden die Vertretungen in die Provinzräte (consejos comarcales) entsandt, aus deren Abordnungen setzt sich der Nationalrat (consejo nacional) zusammen. Der consejo nacional ist die höchste Instanz der J.O.N.S.; seine Befehle, Richtlinien und Mitteilungen sind bindend (como algo decisivo y perfecto). Für die Geschäftsführung ist ein aus dem Nationalrat hervorgehendes Zentraltriumvirat zuständig.

Betrachtet man den Aufbau der J.O.N.S., so zeigt sich eine von aller Schüchternheit freie, großzügige Planung, die für die Gemeinwesen gleich mit mehreren Juntas (100 militantes pro Junta) rechnet, ehe ein Lokalrat konstituiert wird. Dann ist über Art und Zahl der

Vertreter-Entsendungen in die höheren Gremien nichts ausgesagt. Offen bleibt, ob sie durch Wahl von unten oder Befehl von oben erfolgen. Weder Ledesma noch Redondo nehmen dazu Stellung. Die quantitative Schwäche, in der die J.O.N.S. bleiben werden, wird eine Klärung der Frage auch nicht mehr nötig machen. Auch über die Stärke der höchsten Parteispitze ist nichts ausgesagt. In ihr muß der entscheidende Einfluß bei dem zentralen Dreierausschuß gelegen haben. Dies läßt sich aus den späteren Diskussionen schließen, in denen die Frage: ein allein verantwortlicher Führer oder Beibehaltung des alten Triumvirates?, eine entscheidende Rolle spielen wird. Wichtig ist, daß bei den J.O.N.S., dem Aufbau ihrer Partei nach, zwar die eigentliche Befehlsgewalt in den Händen einer kleinen Gruppe liegt, aber von unten bis oben ein Dreiersystem durchkonstruiert ist. Die absolute Befehlsgewalt eines einzelnen kennen sie noch nicht.

Der zweite, wesentliche Punkt des Manifestes ist mit dem Hinweis auf die Embleme der J.O.N.S. gegeben. Das Zeichen, das schon im Titel der Zeitung »La Conquista del Estado« zu finden war: Joch und Pfeile, wird übernommen. Dazu kommt nun die schwarz-rote Fahne. Es ist die Fahne des spanischen Anarchosyndikalismus. Als nationales Emblem und damit als Abgrenzung gegen den Anarchosyndikalismus, werden in die Fahne Joch und Pfeile eingefügt: in der Fahne soll sich das Wollen der J.O.N.S. – die national-syndikalistische Revolution – symbolisieren. So dokumentieren die J.O.N.S. auch äußerlich ihre radikale Position. Man muß sich vor Augen halten, daß zu der Zeit, in der die J.O.N.S. sich zu diesen Farben bekennen, eine Welle anarchosyndikalistischen Terrors mit seinen direkten Aktionen das Land erschüttert. Unruhen und Streiks gibt es überall im Land, aber darüber hinaus gehören besonders im Bogen Barcelona-Valencia-Sevilla, der Heimat des iberischen Anarchismus, die Wegnahme von Land und Häusern, »Unabhängigkeitserklärungen« von ganzen Dörfern, Morde und Bombenwürfe zu den Alltagserscheinungen.

Aber die J.O.N.S. kümmert die gefährliche Nähe zu der staatsverneinenden C.N.T., der F.A.I. und den berufsmäßigen Terroristen des *sindicato único* nicht. In einem aller politischen Geschmeidigkeit baren Draufgängertum propagieren sie die gleiche »direkte Aktion«, hissen sie die gleiche Fahne – in der Annahme, daß ihr nationales Wollen, symbolisiert durch Joch und Pfeile, die Distanz zum Linksextremismus genügend verdeutliche.

Der dritte Punkt des Manifestes umfaßt das Programm der J.O.N.S.

Punkt 1 bestätigt die Einheit Spaniens und sagt den separatistischen Tendenzen Verdächtigen einen unversöhnlichen Kampf an. Punkt 2 fordert eine nationale Kräftigung. Sie wird erreicht durch die Pflicht aller, sich den Zielen des Vaterlandes unterzuordnen. Punkt 3 versichert die Achtung vor der katholischen Tradition des Landes. Punkt 4 fordert die imperiale Ausdehnung Spaniens und eine diesem Ziel entsprechende Politik nationalen Ansehens im Ausland. Verlangt werden die sofortige Rückführung (*reinvindicación inmediata*) von Gibraltar, die Geltendmachung des Anspruchs auf Tanger und Bestrebungen zur Herrschaft über ganz Marokko und Algerien. Punkt 5 verlangt die Abschaffung des parlamentarischen Regimes zu Gunsten einer geeigneteren Macht. »Diese Macht wird sich gründen auf die nationalsyndikalistischen Milizen und auf die moralische und materielle Unterstützung des Volkes.« Punkt 6 fordert die Säuberung der Verwaltung, Punkt 7 das Verbot marxistischer, antinationaler Parteien. Punkt 8 sagt, daß gegen die rote Gewalt die nationalistische Gewalt, d. h. die direkte Aktion als Dienst für das Vaterland, gesetzt werde. Punkt 9 verlangt Syndikate für alle Berufszweige. Sie sind obligatorisch. Der Klassenkampf wird für illegal erklärt. Die nationale Wirtschaft unterliegt der Kontrolle des Staates. Punkt 10 sagt, daß Reichtum den nationalen Belangen unterzuordnen ist. Zu den nationalen Belangen gehören die Forcierung der spanischen Wirtschaft und die Prosperität des Volkes. Punkt 11 stellt die Syndikate unter den besonderen Schutz des Staates. Punkt 12 fordert die Forcierung der Landwirtschaft und den Kampf gegen eine zerstörerische, landfeindliche Propaganda. Punkt 13 fordert die Durchdringung der Massen mit hispanischer Kultur; den Unbemittelten (*hijos del pueblo*) soll der Besuch der Universitäten erleichtert werden. Punkt 14 verlangt die radikale Ausmerzungen aller ausländischen Einflüsse. Punkt 15 fordert schärfste Strafen für alle, die mit dem Elend und der Unwissenheit des Volkes spekulieren, sowie für Politiker, die verräterisch die Zerstückelung der Nation begünstigen. Punkt 16 erklärt, daß der nationalsyndikalistische Staat die mit der höchsten Verantwortung beladenen Ämter des Staates der Jugend des Vaterlandes anvertrauen wird, das heißt, nur Spaniern unter 45 Jahren.

Die sechzehn Punkte sind das genaue Spiegelbild der verworrenen, unausgegorenen Gedanken, wie sie Ledesma und Redondo in ihren Zeitungen veröffentlicht hatten. Sie sind der Ausdruck einer

ungestümen Vaterlandsliebe junger Menschen, die gegen die Zügellosigkeit der Situation rebellieren, doch ist ihre Antwort ebenso maßlos wie unreal. Sie treten mit dem Anspruch auf, einen Staat neuer Prägung schaffen zu wollen, aber sie haben selbst nur verschwommene Vorstellungen und bieten Ungereimtheiten an¹⁴). Überprüfen wir anhand des Programms die sie bewegenden Fragen – das imperiale Wollen und die soziale Gerechtigkeit –, so zeigen sich keine neuen Ansätze. Auch die zum ersten Male konkretisierten Gebietsforderungen (Punkt 4) kann man nur als passende Einfügung in das Bild ihres imperialen Wollens bezeichnen. Aber es fragt sich, ob nicht gerade auch die Ungereimtheiten des Programms wie ein Magnet wirken, der die ja nicht homogene Schar der J.O.N.S. zusammenhält und sogar neue Mitglieder anzuziehen vermag.

So versichert Punkt 3 des Programms die Achtung vor der katholischen Tradition des Landes. Von Ledesma wissen wir, daß er die Einheit von katholischem und nationalem Bewußtsein verwirft. Er selbst ist antikatholisch. Da das Programm der J.O.N.S. nichts darüber aussagt, wie sich der geforderte »Neue Staat« und der Katholizismus im Bereich ihrer Institutionen begegnen sollen, da in dem Manifest nicht an katholische, sondern an »militantes« schlechthin appelliert wird, bleibt für Ledesma genügend Spielraum, um unter den die Kirche ablehnenden jungen Menschen zu werben. Zudem verheißt das Programm eine neue soziale Ordnung. Es stößt auch da über Allgemeinplätze nicht hinaus (Punkt 9 und 10), aber gerade deshalb ist es in seinen Formulierungen flexibel genug, je nach Bedarf radikal oder beschwichtigend ausgelegt werden zu können. Unter diesen schon im Programm begründeten Möglichkeiten, ist es nicht überraschend, daß Ledesma Anhänger unter Dissidenten des Linksextremismus findet. Übereinstimmen sie in der Verwerfung des bestehenden Staates, die Mittel, die sie gegen ihn einsetzen, sind die gleichen, der antibürgerliche Protest verbindet sie. Ihr Kriterium ist nicht die Einstellung zu Religion und Kirche oder die propagierte soziale, sondern die nationale Revolution. Es sind einzelne, die auf die nationale Route eines Ledesma eingehen, so der Kommunist Mateo, der Trotzkiist Montero Diaz, der sich um den Aufbau einer J.O.N.S.-Gruppe in Galizien bemüht, dann junge Revolutionäre der anarchosyndikalistischen C.N.T. in Madrid, wie Sotomayor, Salaya, Olaya¹⁵). Spannungen in einzelnen anarchosyndikalistischen Sektionen, die sich der Kontrolle durch die Federación Anárquica Ibérica nicht unterwerfen wollen,

führen den J.O.N.S. ebenfalls einzelne Mitglieder zu. Im Frühjahr 1931 verliert Pestaña endgültig seine Führerstellung in der C.N.T., nachdem er schon zur Zeit Primo de Riveras in Widerspruch zur F.A.I. geraten war, und bildet nun, vollends abgesetzt, die »Gruppe der Dreißig«; auch davon profitieren die J.O.N.S. Im September 1933 schwenkt eine Gruppe von 12 jungen C.N.T.-Männern, die mit J.O.N.S.-Leuten wegen Aufruhrs in Madrid im Gefängnis saßen, zu den J.O.N.S. über. Ende 1933 sind die J.O.N.S. vor allem in Madrid durchsetzt von »national gewordenen« jungen Anarchosyndikalisten, und es ist bezeichnend, daß die wenigen neuen Stützpunkte, die die J.O.N.S. bis Ende 1933 außerhalb Madrids anlegen können, im anarchistischen Bogen Spaniens: in den Industrie- und Hafenstädten Barcelona, Valencia und Malaga liegen.

Konnte Ledesma mit diesem verschwommenen Programm den Zugang zum Linksextremismus finden, so hatte es Redondo im ländlichen Valladolid als Rechtfertigung für einen katholischen und landfreundlichen »Nationalismus« zu dienen¹⁶⁾. Die Ungereimtheiten des Programms, die Auslegungsmöglichkeiten, wie sie Punkt 3 oder auch der ebenfalls unklare Punkt 12 mit seiner sachlich nicht unterbauten Landfreundlichkeit zuließen, erlaubten Redondo weiterhin, von der Identität katholischen und nationalen Wollens zu sprechen¹⁷⁾ und von der Verteidigung katholischer Traditionen, ohne damit in Widerspruch zu den flexiblen Punkten der J.O.N.S. zu geraten. Es ist evident, daß sich in Valladolid die J.O.N.S. unter der Führung Redondos in einer Weise entwickeln, die mit dem sozialrevolutionären, proletarischen und städtischen Zuschnitt Ledesmas nicht übereinstimmt. Ledesmas »militantes« rufen: Vaterland, Brot und Gerechtigkeit!, in Valladolid dagegen heißt es: Groß, Einig, Frei! Redondo wirft in seinen Artikeln den im parlamentarischen Kampf stehenden Katholiken vor, daß sie die Tradition Spaniens mit unwirksamen Mitteln verteidigen, mit den »zum Dogma erhobenen Wahlurnen«, daß sie mit ihrer Schwächlichkeit die wahre Moral Spaniens: sein Christentum verraten, und daß, weil sie es nicht tun, die Jugend zum Kampf aufgerufen sei – »eine Jugend, die sich verneigt vor der Tradition, die aber handelt«.

Doch steht die lautstarke Aggressivität, mit der Redondo die Jugend zur »Eroberung des Staates« aufruft, in offenkundigem Ge-

gensatz zu den praktischen Ergebnissen. Redondos Gruppe bleibt auf Valladolid beschränkt, findet zwar weiteren Anhang unter Studenten und jungen Landleuten, ohne daß sich aber ihre Position im Vergleich zum Jahre 1931 merklich hebt¹⁸).

Die »direkten Aktionen« bestehen in nächtlichen Überfällen auf Parteilokale und Schlägereien mit politischen Jugendgruppen – Aktionen also, die man, auch in Spanien, nur wenn man jung ist, als »Vergeltung im Dienst für das Vaterland« klassifizieren kann. Am 10. August 1932 unternimmt General Sanjurjo in Sevilla einen Putschversuch, der in Valladolid durch General Ponte unterstützt wird. Es ist bezeichnend, daß Redondo sich dem General sofort zur Verfügung stellt¹⁹). Die politische Überlegung, hier an einer Erhebung zu partizipieren, die andere als im J.O.N.S.-Programm formulierte Ziele verfolgt, tritt zurück vor der sich bietenden Möglichkeit, in einem größeren und wirksameren Rahmen handeln zu können. Auch darin dokumentiert sich neben dem unproblematischen Draufgängertum die Verbundenheit Redondos mit dem katholisch geprägten Patriotismus, wie ihn die putschenden Offiziere verkörperten.

Der fehlgeschlagene Aufstand zwingt Redondo ins portugiesische Exil, aus dem er erst im Oktober 1933, während des Wahlkampfes für die Cortes, zurückkommt. Er hat zwar in Valladolid seine Schar vergrößern können, aber er selbst kann nur noch durch Veröffentlichungen in »Igualdad«²⁰) Einfluß auf seine Anhängerschaft nehmen. In den Jahren 1932/33 gibt es außer »Igualdad« keine periodisch erscheinende J.O.N.S.-Zeitung – was in dem veröffentlichungs- und zeitungsfreudigen Spanien besonders schwer wiegt²¹). Erst im Mai 1933 gelingt es, wenigstens ein Monatsheft, »J.O.N.S.« genannt, herauszubringen, das sich speziell an Studenten wendet, doch ist selbst dieses Heft nur unter größten wirtschaftlichen Opfern zu halten.

In dem fehlenden Propaganda-Apparat spiegelt sich die Situation der J.O.N.S.: Es fehlt ihnen nicht nur an innerer Geschlossenheit, sondern auch an Breitenwirkung. Die Partei steht unter einer ständigen Verbotsbedrohung durch Lokalbehörden. Der Staat, der den J.O.N.S. gemäß seinen liberalen Prinzipien ein Programm konzedierte, das die Abschaffung dieses Staates zum erklärten Ziel hat, hilft sich aus der Verlegenheit, indem er einzelne Versammlungen verbietet und »direkte Aktionen« bestraft. So stehen die J.O.N.S. ständig am Rande der Illegalität²²), was den Ausbau der Partei erschwert. Da es über ihre tatsächliche Stärke keine genauen Zahlenangaben

gibt²³⁾, können wir uns nur ein ungefähres Bild machen: Über eine bemerkenswerte Presse verfügen die J.O.N.S. nicht. Ihr im November 1931 erlassenes Manifest wurde von der spanischen Presse nicht beachtet. Für das Jahr 1932 gibt Ledesma die Zahl der Mitglieder in Madrid – »die Aktivität war fast gleich Null« – mit »kaum 25« an²⁴⁾. Zu dieser Zeit beläuft sie sich in Valladolid, wobei noch offen bleibt, ob es sich um eingeschriebene Mitglieder handelt, – auf knapp hundert. Ende 1933 dürfte die zahlenmäßige Stärke der J.O.N.S. insgesamt nicht über 200 eingeschriebene Mitglieder hinausgehen²⁵⁾.

Ihre Ausstrahlung ist also gering. Versuchen wir ihre innere Verfassung zu umreißen, wie sie sich aus der Position des Jahres 1933 zeigt, so ist als erstes das stärkere Auseinanderklaffen in zwei Flügel, in einen durch die Aktivität Ledesmas zum proletarischen, a-christlichen Linksextremismus hin erweiterten und einen sich auf das ländliche Valladolid beschränkenden katholischen Flügel zu konstatieren. Die Verschwommenheit ihres eigenen Programms, der fehlende Kontakt untereinander begünstigen ihren Zusammenhalt. Auseinandersetzungen über Ziele und Programm sind nicht festzustellen. Ebenso aber erfolgt auch keine gemeinsam erarbeitete Profilierung des Programms in den Jahren 1932/33. Unbekümmert um theoretische Erörterungen erscheint ihnen als das Vordringlichste die Tat. »In unserer politischen Konzeption gelten die Programme nicht viel. Unser Programm heißt: Poder dinámico!« (Redondo). »Eine einzige Tat ist hundertmal wichtiger als ein geschriebenes Programm!« (Ledesma). Die Tat manifestiert sich für sie in der »direkten Aktion als Dienst für das Vaterland«. Sie verwerfen Republik wie Monarchie und verstehen sich als eine zur Führung eines »Neuen Staates« berufene Jugend. Ihre Vorbilder sind Hitler und Mussolini²⁶⁾.

Wir können die J.O.N.S. definieren als eine protestierende junge Schar, die die Gefährlichkeit sucht, die als das wirksamste Mittel des politischen Kampfes die Gewalttätigkeit bejaht, als ihre Aufgabe die Herrschaft und als Ziel ein spanisches Imperium vor Augen hat.

DRITTES KAPITEL

Die »stürmische« Periode der Falange

In den Jahren 1931/33 regiert eine linksrepublikanisch-sozialistische Koalition. Sie versagt an der Aufgabe, die Probleme zu lösen, die auch die Monarchie nicht zu lösen verstanden hatte. Weder kann sie sich selbst freimachen von Rachegefühlen gegenüber den alten, die Monarchie stützenden Institutionen, noch versteht sie es, die notwendige Autorität zu entwickeln, um des anarchistischen Terrors Herr zu werden und separatistischen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Das Statut für Katalonien bestätigt am 9. September 1932 die Autonomie Kataloniens. Baskische und galizische Parteien fordern die gleichen Rechte; zum ersten Male in seiner Geschichte hört Spanien den Ruf: Hoch lebe ein freies Andalusien! Anarchisten und Sozialisten liefern sich Straßenkämpfe und bestreiken sich gegenseitig; der linke Flügel der Sozialisten unter Largo Caballero beginnt 1933 auf eine proletarische Revolution zu drängen. Die ebenfalls am 9. September 1932 verabschiedete Agrarreform bleibt, nachdem man nach dem Sanjurjo-Aufstand alle Granden und Großgrundbesitzer enteignet hatte, in der Planung stecken, da es an den notwendigen Mitteln fehlt. In Andalusien und Extremadura greift landloses Proletariat zur Selbsthilfe, verteilt nach eigenem Ermessen Grundbesitz oder versucht, Kollektivwirtschaften einzurichten. Mit der politischen Misere geht die Ruinierung der Wirtschaft Hand in Hand: Der Dollar steigt von April 1931 bis Mai 1932 von 9,09 auf 13,27 pts. Die Ausfuhr fällt von 960 Millionen pts (1931) auf 650 Millionen pts (1933).

Erschreckt über den Weg, den die Republik eingeschlagen hatte, wenden sich Männer, die zur geistigen Elite Spaniens gehören, enttäuscht von dem Werk ab, das sie selbst mit vorbereitet hatten. »Die Republik hat ihr Gesicht verloren«, schreibt der Rechtsgelehrte Sánchez Róman zum dritten Jahrestag der Republikverkündung. Zur gleichen Zeit konstatiert Unamuno die »Agonie des Regimes«. Ortega schreibt sein berühmtes: »no es esto! – Diese Republikaner sind nicht die Republik«. Enttäuscht löst er im Oktober 1932 die im Februar des Vorjahres erwartungsvoll gegründete, von Literaten und Professoren getragene »Gruppe im Dienst der Republik« auf.

Angesichts der Erschütterungen des Staatsgefüges konnte es nicht ausbleiben, daß das Beispiel Hitlers und Mussolinis auch außerhalb der Reihen der J.O.N.S. Anklang fand. So greift Ernesto Giménez Caballeros Buch »Genio de España« (1932) mit seiner Verdammung des liberalen Staates, der Herausstellung eines für Spanien notwendigen Cäsars, der Forderung nach faschistischer Katholizität weit über die J.O.N.S. hinaus. In bürgerlich-republikanischen und monarchistischen Zeitungen berichten Auslandskorrespondenten wie Rafael Sánchez Masas und Eugenio Montes über Italien und Deutschland. In der »Acción Española«, einer intellektuellen Monatszeitschrift eines Kreises von Monarchisten beider Richtungen, wird auf die beiden Staaten verwiesen und werden deren Regierungsformen ausführlich diskutiert. Das Spezifische dieser Italien und Deutschland wohlwollend gegenüberstehenden Richtungen wird uns noch bei der Betrachtung der politischen Umwelt, in der die Falange aufkam, beschäftigen. Hier ist festzuhalten, daß aus dem Protest gegen die bestehende autoritätslose Situation das Wort »Faschismus«, so verschiedenartig man es deutet und ummünzt, in oppositionellen Kreisen an Klang gewinnt, während es für die Regierungskoalition und die linken Parteien zum Sammelbegriff für alle diejenigen wird, die sich vom Regime distanzieren oder ihr Mißfallen an ihm ausdrücken.

I. José Antonio Primo de Rivera

Doch bleiben die J.O.N.S. bis zum Oktober 1933 die einzige politische Formation, die sich eng an das italienische und deutsche Vorbild anlehnt. Ein im Februar 1932 erfolgter Versuch, die »Natio-

nalistische Spanische Partei« des Dr. Albiñana wiederzubeleben, scheidet ebenso, wie eine zu Beginn des Jahres 1933 gegründete »Liga Patriótica Española«. Es ist eine unartikulierte, mit faschistischen Ideen sympathisierende Strömung, die sich in solchen Ansätzen, wie auch in der Publizistik bemerkbar macht. Doch fehlt ihr jegliche Geschlossenheit. Sie kennt keine profilierte Führerpersönlichkeit, die sie einzufangen versteht, und sie bekundet darüber hinaus die spanische Unlust, sich in einer straff disziplinären Partei zu formieren. Nicht mit einer Parteigründung, sondern genau wie bei der früheren Entwicklung der J.O.N.S. mit ihren vorbereitenden Zeitungen in Madrid und Valladolid, geht auch 1933 ein neuer Versuch, die Öffentlichkeit an das Beispiel des Faschismus heranzuführen, von einer neuen Zeitung aus.

Am 16. März, dem Todestag des 1930 verstorbenen Generals Primo de Rivera, erscheint in Madrid die erste Nummer einer Zeitung, die sich »El Fascio« nennt und ihren Sympathien für den Faschismus eindeutig Ausdruck gibt¹⁾. Die Zusammensetzung des Redaktionskollegiums ist das Ergebnis von persönlichen Kontakten zwischen J.O.N.S.-Mitgliedern und politisch Gleichgesinnten, die keiner Partei angehören²⁾. Im Redaktionskollegium vereinigen sich Ledesma Ramos, Juan Aparicio und Giménez Caballero – also der Kern der ersten Madrider Gruppe – mit dem Journalisten und ehemaligen Mitglied der spanischen Botschaft beim Vatikan während der Diktatur, Rafael Sánchez Masas, mit Manuel Delgado Barreto³⁾, mit Julio Ruiz de Alda⁴⁾ und José Antonio Primo de Rivera, dem ältesten Sohn des verstorbenen Diktators. Der Zeitung, die sie herausbringen, ist der Erfolg verwehrt. »El Fascio« wird sofort verboten, ausgelieferte Exemplare werden polizeilich eingesammelt; das Verbot, mit dem die Regierung der eindeutigen Haltung der Zeitung begegnet, gilt für dauernd.

Die Bedeutung dieser Ausgabe liegt ebenso in der Inhaltsrichtung wie in dem Kreis der Persönlichkeiten, der sich mit dieser Richtung identifiziert. Wir wissen, daß Rafael Sánchez Masas in einem Artikel Joch und Pfeile interpretiert und daß Ledesma in einem als Selbstgespräch angelegten Artikel die politische Situation umreißt. Giménez Caballero porträtiert Mussolini, steuert ein Interview mit Ruiz de Alda bei und skizziert die Aufgabe einer Bewegung, die die Eroberung des Staates zu vollziehen habe. Juan Aparicio befaßt sich ebenfalls mit Joch und Pfeilen und einer Ausdeutung der »Schwarz-

hemden« im faschistischen Italien. Von José Antonio erscheinen zwei Artikel, mit denen er sich zum ersten Male in die Reihe seiner Gesinnungsfreunde stellt. In einem Artikel: »Die Fundamente des liberalen Staates«⁵⁾ verwirft er das demokratische System. Er klagt den liberalen Staat einer inneren Unglaubwürdigkeit an, weil sein Maßstab der Wille einer Majorität sei. Recht sei, was die Majorität beschließe. »Der liberale Staat glaubt an nichts, nicht einmal an sich selbst. Er erlaubt, daß alles in Zweifel gezogen wird, selbst seine eigene Existenz . . . Der liberale Staat ist ein Staat ohne Glauben.« Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit seien Phrasen, die in politischer Hinsicht durch die Haß erzeugende Teilung in Parteien, in wirtschaftlicher Hinsicht durch den Zwang der Arbeiter, akzeptieren oder verhungern zu müssen, widerlegt würden. – Dem liberalen Staat stellt José Antonio den »Neuen Staat« gegenüber. Das Wort, dem er diene, heiße »Unidad« – verstanden als ein allen Interessen übergeordnetes Prinzip. Der Staat sei nichts als ein Instrument im Dienste jener überwirklichen Einheit (unidad transcendente). Klassenkampf und Parteienstreit seien unvereinbar mit dieser Auffassung von den Aufgaben des Staates.

Macht dieser Artikel schon deutlich, daß José Antonio im gleichen Sinne wie die Vertreter der J.O.N.S. den Staat als ein von allen respektiertes Organ zur Erfüllung einer Mission gewertet wissen will, so verbindet er damit in seinem zweiten Artikel ein Bekenntnis zum faschistischen Staat⁶⁾. Er erklärt, daß es ein Irrtum sei zu glauben, nur mit dem Leben Mussolinis verbinde sich der Faschismus. Der Faschismus sei eine bleibende, nationale Einrichtung (organización nacional permanente). »Auch uns geht es nicht um eine vergängliche Diktatur. Wir suchen die volle und endgültige Eroberung des Staates, nicht für einige Jahre, sondern für immer.« Freilich: Worin die Unvergänglichkeit dieses neuen Staates faschistischer Prägung liegen soll, wird von José Antonio ebensowenig begründet, wie er die Form des neuen Staates skizziert. Ein schwacher Anhaltspunkt für seine eigenen Vorstellungen bei seinem Debut läßt sich lediglich darin finden, daß er zum Schluß des kurzen Artikels verweist auf »die ausübende Macht, die regiert, und eine korporative Kammer, die die wahre Wirklichkeit der Nation verkörpert«.

Tasten wir diese einzige Aufgabe von »El Fascio« nach Besonderheiten ab, so ist ein Merkmal darin zu finden, daß die Bezüge zum italienischen Faschismus stark hervortreten. Giménez Cabal-

lero und Sánchez Masas sind begeisterte Propagandisten des Faschismus. José Antonio erwähnt nicht den Nationalsozialismus; Juan Aparicio befaßt sich ebenfalls mit faschistischen Theorien, während Ledesma zurückhaltend erscheint. Sodann fällt das Datum der ersten Nummer mit seiner Beziehung zum Todestag des Vaters von José Antonio auf. Von dem General wissen wir, daß er Sympathien für Mussolini hatte. In der Redaktion von »El Fascio« haben betont katholische, dem lateinischen Faschismus besonders nahestehende junge Männer das Übergewicht. Die Einbeziehung von José Antonio in diesen Kreis dürfte zumindest mit dem Zusammenfall von Erscheinungs- und Gedenkdatum dessen besondere Stellung deutlich machen. Wir müssen uns fragen, was diese Stellung rechtfertigen könnte.

Bis zum Tode seines Vaters am 13. März 1930 im Pariser Exil verlief das Leben José Antonios⁷⁾ im üblichen Rahmen der königstreuen, adeligen Gesellschaft Spaniens. Er entstammte einem alten andalusischen Soldatengeschlecht und wurde in Madrid am 24. April 1903 geboren. 1917 machte er auf einer Privatschule sein bacherato und schloß 1923 sein juristisches Studium an der Zentraluniversität ab. 1923 trat er in ein Reiterregiment in Barcelona ein, wo sein Vater (1921 waren auf diesen Titel und Würde eines Granden von Spanien übergegangen) als Generalkapitän residierte. Nach dessen Staatsstreich wechselte auch der junge José Antonio in ein Husarenregiment nach Madrid über und wurde Reserveoffizier. 1925 eröffnet er seine eigene Anwaltspraxis in Madrid. Wir können ihn uns vorstellen als einen feinfühligen, intelligenten, literarisch stark interessierten jungen Mann, der ganz in der katholischen Tradition seines dem Staate dienenden Elternhauses steht. Sein Geschlecht gehört nicht zum großagrarischen Adel, es ist auf die Staatsgehälter angewiesen. 1925 wird José Antonio als Erstgeborener eines Granden von Spanien Gentilhombre, Edelmann bei Hofe; nach dem Tode seines Vaters geht dessen Titel, Marqués de Estella, auf ihn über.

Als am 15. April 1931 die Königin Spanien verläßt, ist José Antonio unter den Edelleuten, die sie begleiten. Er steht einstweilen im monarchistischen Lager, das sich neu zu formieren versucht. Wir finden ihn bei der im April 1930 gebildeten »Unión Monárquica Nacional«, die den Versuch unternimmt, aus dem Freundes- und

Mitarbeiterkreis seines Vaters eine neue Partei zu bilden; er ist bei den ersten Beratungen der Monarchisten unmittelbar nach Ausrufung der Republik, in denen es um die Bildung eines Alfonsisten und Karlisten vereinigenden Blocks geht. José Antonio tritt dabei jedoch nicht in den Vordergrund. Erst Ende September 1931 stellt er sich zum ersten Male der Öffentlichkeit. Als 24 Vakanzen für die verfassungsgebenden Cortes besetzt werden müssen, kandidiert er in Madrid, kommt aber nicht durch. Die Argumente, mit denen er seine Kandidatur begründet, drehen sich ganz um die Verteidigung seines Vaters⁸⁾. So fungiert er auch 1932 als Verteidiger des Exministers der Diktatur, Galo Ponte. Im Dezember 1931 schreibt er ein Vorwort zu einem Buch, das Urteile über die Diktatur seines Vaters im Ausland wiedergibt. Er ist ein leidenschaftlicher Anwalt seines Vaters, jedoch klingt hier schon der Gedanke an, daß es der Fehler der Diktatur war, keine große zentrale Idee, keine bewegende, starke Doktrin gehabt zu haben.

Unter den Verleumdungen, denen sein toter Vater, unter den Nachstellungen, denen der Monarchismus ausgesetzt ist, steht er von Beginn der Republik an in einer persönlichen Verteidigungsstellung. Zweimal wird er verhaftet, zum ersten Male nach dem Sanjurjo-Aufstand im August 1932, obwohl er nichts mit ihm zu tun hatte, dann am 11. November 1932, als ein Jahresgedächtnis für den verstorbenen Kronprätendenten Don Jaime de Bourbon gehalten wird, das die Regierung als »monarchistische Konspiration« auslegt. Offensichtlich aber lockert sich zur gleichen Zeit auch sein Verhältnis zu den monarchistischen Parteien. Was er in ihnen antrifft, ist die gleiche Zerrissenheit wie im republikanischen Lager und das Fehlen konkreter Vorstellungen zur Überwindung der politischen und der sozialen Krise⁹⁾. Der Faschismus, in dessen erstem Repräsentanten er außerdem einen Freund seines Vaters sieht, wird von ihm aufmerksam studiert. Die »große Idee«, die er im Werk seines Vaters vermißte, sieht er im Faschismus verkörpert; bestärkt und gedrängt von Giménez Caballero und Sánchez Masas, die beide zu seinem Bekanntenkreis gehören, wird er aktiv in der Propagierung eines »Neuen Staates«. Als er der Redaktion von »El Fascio« beitrifft, bedeutet dies, daß damit der Träger eines berühmten Namens seine Abkehr von einem System offen zu erkennen gibt, dem sein Geschlecht bisher an führender Stelle gedient hatte, und daß er sich mit dieser Abkehr nicht nur gegen die republikanische Variante, sondern auch

gegen die monarchistischen Kreise wendet, die ihn seiner Herkunft und seiner politischen Einstellung nach zu den ihren zählen konnten.

Die Auffassungen, die José Antonio vertritt, die Mittel, die er einzusetzen gedenkt, erläutert er in einer Polemik mit dem Herausgeber der liberal-monarchistischen Zeitung »ABC«, dem Marqués de Luca de Tena, unmittelbar nach dem Verbot von »El Fascio«¹⁰). José Antonio verwarft sich dagegen, den Faschismus als eine sich in der Gewalt äußernde bloße Taktik anzusehen. Im Faschismus äußere sich vielmehr die Idee der Gemeinschaft, konträr zum Marxismus, dessen Dogma der Klassenkampf sei, und konträr zum Liberalismus mit seinem Parteienstreit. »Der Faschismus behauptet, daß es etwas über den Parteien und über den Klassen gibt, eine dauernde, überwirkliche, höchste Wesenheit: die historische Einheit, Vaterland genannt.« Er definiert das Vaterland nicht als Territorium, als räumlich zu fassende Vorstellung, sondern als historische Mission, der sich das Volk, im Faschismus geeint, verpflichtet fühlt. In diesem Glauben an die historische Mission liege die Fruchtbarkeit des Faschismus.

Als in der Polemik der Marqués de Luca de Tena ihn unter Hinweis auf die Praktiken in Italien und Deutschland fragt, mit welchen Mitteln er denn Liberalismus und Marxismus ausschalten wolle, verweist José Antonio wieder auf die Größe und das Ziel der Aufgabe: »Menschliche Würde gibt es nur, wenn man dient. Groß ist nur der, der bereit ist, mitzuwirken an der Erfüllung einer großen Aufgabe. Diesen wichtigen Punkt: die Größe des Zieles, nach dem man trachtet, willst du (Luca de Tena) nicht sehen...« Es sei typisch liberal, »nach dem Instrument zu urteilen, nicht aber nach dem Impuls«, der dahinterstehe.

Wir haben damit bereits entscheidende Merkmale seiner politischen Konzeption: den Begriff der geschichtlichen Mission, in der sich das Vaterland manifestiert, den Begriff der Würde, den der Dienst verleiht, und den der Rechtfertigung des Instrumentes aus dem Ziel heraus, das es zu verwirklichen gilt. Einwände gegen die Gewaltanwendung werden mit dem Hinweis auf den Triumph Hitlers beschwichtigt, die Notwendigkeit der Gewalt wird anerkannt, wenn es kein anderes Mittel gibt, um der Tyrannei zu begegnen. José Antonio läßt keinen Zweifel daran, daß er die Tyrannei in Spanien durch die »triumphierende Sekte«, die Zwietracht sät, die nationale Einheit verleugnet und ausländischen Weisungen (Internationale, Freimaurerei etc.) gehorcht, für gegeben hält. Ebenso weist er den Vor-

wurf zurück, der Faschismus sei antikatholisch. »Dieser Einwand paßt genau zu unserem Land, wo alle päpstlicher als der Papst sind. Während man in Rom den Lateran-Vertrag unterzeichnet, tadelt man hier das Antikatholische am Faschismus, der doch gerade in Italien nach 90 Jahren liberaler Freimaurerei den Schulen wieder Kreuz und Religionsunterricht gebracht hat.«

In dieser pragmatischen Argumentation trifft José Antonio sich mit einem Freundeskreis, der gleich ihm von der Idee eines »Neuen Staates« inspiriert ist. Es sind Bekannte aus Madrid und der andalusischen Heimat. Seine Polemik in »ABC« läßt neue Gesinnungsfreunde zu ihm stoßen. Ihrem Herkommen nach entstammen sie bürgerlichen, meist gutsituierten Familien. Der soziale Protest, den sie mit ihren Ideen verbinden, entspringt meist nur einer unklaren theoretischen Einsicht. Es ist nicht verwunderlich, daß sie in der radikalen Anhängerschaft Ledesmas mit Mißtrauen betrachtet werden. Zwar wird eifrigst der Gedanke einer Parteigründung diskutiert, für die Namen wie »Fascio Español«¹¹⁾ oder »Movimiento Español Sindicalista« genannt werden, aber ein Zusammenschluß der J.O.N.S. mit der kleinen Schar der »señoritos« von José Antonio kommt einstweilen nicht zustande. Er scheitert trotz vieler Besprechungen an der Gegensätzlichkeit von Ledesma Ramos und José Antonio¹²⁾.

Auf sich selbst vertrauend und den Kreis, der hinter ihm steht, entschließt José Antonio sich, eine eigene Partei zu gründen. Doch vorher fährt er nach Rom; am 19. Oktober 1933 wird er von Mussolini zu einer halbstündigen Audienz empfangen. Wir können der Audienz keinen bedeutsamen Wert beimessen. José Antonio, ein junger, in der Politik unbekannter Mann, kommt sich vor »wie ein Schüler, der zu seinem Meister geht«¹³⁾. Doch unterstreicht er mit dieser Audienz sein eindeutiges Bekenntnis zum Faschismus. Am 29. Oktober findet die Gründungsversammlung der »Falange Española«¹⁴⁾ statt. Ebensovienig wie wir in dem Zusammenfall vom Gedenkdatum für den General Primo de Rivera und dem Erscheinungsdatum von »El Fascio« einen Zufall sehen konnten, können wir es in der Datumswahl zur Gründung der Falange: Am 28. Oktober 1922 fand der Marsch auf Rom statt.

2. Von der Gründung der Falange bis zur Verschmelzung mit den J. O. N. S.

Als die Falange gegründet wird, tobt in Spanien der Wahlkampf zur Neubesetzung der Cortes. Am 19. November und 3. Dezember finden Wahlen statt, die das Pendel weit ausschlagen lassen und eine rechts-orientierte, republikanische Mehrheit bringen. Das Ergebnis der Wahlen war die Reaktion auf die Wirren der ersten Periode der Republik, auf ihre sozialistische Richtung und ihre antikatholische Haltung. Aber der allgemeine Wunsch nach Mäßigung, der aus dem Wahlergebnis herauszulesen war, wird illusorisch angesichts des Widerstreites der Parteien. Die Regierungen stehen im Kreuzfeuer der die Republik verneinenden monarchistischen Gruppen und der durch die Wahlergebnisse aufgestachelten Linksparteien. Für die Anarchosyndikalisten sind sie der Auftakt zu neuen, nicht mehr abreißen den Streiks und Attentaten; dazu brechen die Gegensätzlichkeiten in der sozialistischen Partei nach der Wahlniederlage zwischen evolutionärem und revolutionärem Flügel nun offen aus. Largo Caballero befürwortet am 31. Januar 1934 zum ersten Male vor der sozialistischen Parteiführung »den bewaffneten Aufstand zur Eroberung der Macht zum gegebenen Zeitpunkt«, der dann im Oktober 1934 blutige Wirklichkeit wird.

Auch die zweite Periode der Republik bleibt gekennzeichnet durch ihre Ordnungs- und Autoritätslosigkeit. Die auf die Zustimmung des starken rechten republikanischen Flügels angewiesene Regierung sieht sich gezwungen, möglichst viele der in der ersten Periode der Republik erfolgten Maßnahmen rückgängig zu machen. So schlägt das Pendel mit der Amnestie für die in der ersten Periode verurteilten Männer der Rechten, mit der Annullierung der entschädigungslosen Enteignung, der Abwendung der Agrarreform und der Außerkraftsetzung der antikatholischen Gesetze, begleitet von den wilden Demonstrationen des »linken Spanien«, wieder weit zurück. Die Fronten bleiben starr. In der ungezügelter Situation liegt das Jahresmittel der Arbeitslosen für 1934 bei 622 000. Über den Versuch, das Streikrecht durch bindende Urteile gemischter Kommissionen neu zu regeln, geht der Ansturm der Arbeiterschaft hinweg. Die Versuche, durch Verwaltungs- und Finanzreform Staatsapparat und Staatshaushalt zu sanieren, scheitern an dem Protest der ihre Interessen bedroht sehenden rechtsstehenden Gruppen. »Waren die zwei

Jahre der Linksregierung eine Periode großer Erwartungen und niederschmetternder Enttäuschungen, so wurden die zwei Jahre der Rechtsregierung eine Zeit eines einzigen kraftlosen, eintönigen Trotts«¹⁵).

Unter den Abgeordneten, die in die Cortes einziehen, befindet sich auch José Antonio Primo de Rivera. Die Schizophrenie der politischen Aktivität, die er im Herbst 1933 entwickelt, ist nicht zu übersehen. Denn zur gleichen Zeit, in der er mit der Gründungsversammlung der Falange in Madrid die Verwerfung des parlamentarisch-demokratischen Systems propagiert, kandidiert er selbst zwar als Unabhängiger, aber doch innerhalb einer von Rechtsparteien zusammengestellten Koalition in der heimatlichen Provinz Cádiz. In den Wahlreden, die er dort im November 1933 hält, erwähnt er nicht seine soeben gegründete Falange, sondern verspricht, an der Sicherung der Einheit und Katholizität Spaniens gemäß der parlamentarischen Normen mitzuwirken¹⁶). Der Kampf gegen den bestehenden Staat, den er mit seiner Falange zu führen gedenkt, wird also von Anfang an bewußt gekoppelt mit der Nutznießung der Institutionen des Staates, wie sie sich zum Beispiel ergibt aus der Immunität und den propagandistischen Möglichkeiten des Parlaments. Auf einer durch parlamentarische Funktionen gestützten Plattform wird erst das politische Wirken José Antonios gegen den bestehenden Staat möglich. Seinen Abgeordnetensitz verdankt er einer Wahl und der Unterstützung einer Parteienkoalition, die er gemäß seiner politischen Vorstellungen bekämpft. Durch die aktive Teilnahme am parlamentarischen Geschehen bleibt dieser Widerspruch bestehen. Er predigt fortan die nationale Revolution wider das unfähige System, aber er erkennt dessen Parlamentarismus gleichzeitig an, indem er ihn mit seiner Stimmabgabe mit vollzieht und sogar seine legislative Hoheit gegen Separatismus und Linksextremismus mit verteidigt¹⁷).

Demgegenüber verstärkt die Rede, die er zur Falange-Gründung¹⁸) hält, die Linie, auf der er seine uns nun schon bekannten Auffassungen begründet: Das Vaterland als eine geschichtliche Mission, der Staat als wirksames und autoritäres Werkzeug zur Erfüllung dieser Mission, die Verwerfung der Klassen und Parteien, die Würde des Dienstes und die Anwendung der Gewalt – dies sind die tragenden Gedanken seiner Rede. Er verspricht, daß seine Bewegung – »sie bedeutet keine Partei, sondern eine Bewegung schlechthin, ich

möchte sagen: eine Antipartei« – ihr Schicksal weder an Gruppen- noch an Klasseninteressen knüpfen werde. Ihre Aufgabe sei identisch mit der des Staates, nämlich »als Instrument einer unumstrittenen Einheit zu dienen, jener beständigen, unwiderruflichen Einheit, die wir Vaterland nennen«. Damit werden »Bewegung« und »Staat« zu einer Einheit verschmolzen. Die Aufgabe, die dem Staat zufällt, verkörpert sich personenhaft in der »Bewegung«. Es ist diese Identität von »Bewegung« und »Staat«, die José Antonio meint, wenn er in seiner Rede immer wieder von der »Schicksalsgemeinschaft« (unidad de destino) Spaniens, von der geschlossenen, vom Ernst getragenen Gemeinschaft spricht. Er sieht sie verwirklicht in dem »Zukunftsstaat, den zu errichten das Ziel all unseres Strebens ist«. In einer poetisch ausgemalten Passage deutet er auch auf den Führer hin, der an der Spitze des Zukunftsstaates zu stehen habe. José Antonio spricht vom Volk, das von Ortstyrannen geplagt, von politischen Gruppen vergessen, durch wirre Heilslehren vergiftet und unter sich uneinig sei, und er vergleicht es mit dem historischen Cid, der aus Burgos vertrieben, auf Kastiliens Feldern umherirrte. Von ihm sagte das Volk: »Mein Gott, welch guter Lehnsmann, wenn er einen guten Herrn hätte!« Das Volk sei heute in der gleichen Lage, ihm fehle der Herr, den der Tod nicht rauben könne... »Es muß ein Herr sein, der weder dem Interesse einer Gruppe, noch dem Interesse einer Klasse als Sklave dient.« Es ist nach den politischen Vorstellungen und Vorbildern, die wir bei José Antonio feststellen konnten, wie auch nach der Art der Bewegung, die er schaffen will, kaum spekulativ zu nennen, wenn wir in dieser Umschreibung einen Hinweis auf Beispiel und Vorbild Mussolinis sehen.

Freilich, es sind in seiner Rede wenig Ansätze vorhanden, die auf die Frage nach der Beschaffenheit des Zukunftsstaates konkrete Antworten geben. Es heißt, der »Neue Staat« soll die verderblichen, künstlich zwischengeschalteten Parteien nicht mehr kennen und stattdessen »die natürlichen Lebenskreise: Familie, Gemeinde, Berufsstand« zur Geltung bringen. Er soll jedem Menschen die Möglichkeit geben, sich durch seine Arbeit ein menschliches, gerechtes und würdiges Leben zu verdienen. Er wird in seiner Gemeinschaft keine Drohen mehr dulden. – Nur in diesen allgemeinen Formulierungen erschöpft sich die Behandlung sozialwirtschaftlicher Themen. José Antonio bekennt sich zum Schutz der Religion. »Wir wollen, daß der fromme Sinn, der Schlußstein in den schönsten Gewölben unse-

rer Geschichte, gebührend geehrt und geschützt wird, ohne daß sich der Staat in Aufgaben einmischt, die ihm nicht zukommen.« Aber mit diesem Bekenntnis zur katholischen Tradition Spaniens verbindet José Antonio gleichzeitig die Priorität des »Neuen Staates« vor der Kirche. Er sagt: »Der Staat darf aber auch nicht, wie er es manchmal, vielleicht aus anderen Gründen als denen der wahren Religion tat, Aufgaben (mit anderen) teilen, die er verpflichtet ist, selbst durchzuführen.« Doch bleibt das »Wie« auch hier unklar, konkrete, programmatische Vorschläge werden in der Rede nicht gemacht. José Antonio lehnt es sogar ausdrücklich ab, jetzt schon ein Programm mit Einzellösungen aufzustellen. Er verweist darauf, daß dann ja die »Bewegung« nur eine Partei mehr wäre. Nein, Lösungen würden schon vor dem konkreten Fall gefunden, gemäß dem hohen Ziele, das man vor Augen habe: »so wie die Liebe uns sagt, in welchen Fällen wir schelten und wann wir uns vertragen müssen, ohne daß die echte Liebe auch nur im geringsten ein Programm dafür entworfen hätte.«

Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser so stark vom emotionalen Wollen inspirierten Rede den breitesten Raum jene Parteien einnehmen, in denen das Bestehende verneint wird oder in denen die Größe der Aufgabe, die Würde des Dienstes herausgestellt werden. José Antonio spricht von der »manera de ser«, der Art des Seins. Sie werde bestimmt durch den Geist des Dienens und des Opfern, durch asketische und soldatische Lebensauffassung. Bezeichnend sind schon die Sätze, mit denen er seine Rede beginnt: »Keine langen Danksagungen! Danke, kurz und schlicht gesagt, wie es zu unserem knappen, soldatischen Ton paßt!« Er verweist auf die Herkunft seiner Anhänger und sagt dann: »Ja, wir tragen Krawatten, von uns könnt ihr (die Arbeiter sind gemeint) sagen, wir seien feine junge Herren (señoritos). Aber kämpfen wollen wir gerade für das, was uns als señoritos eigentlich gar nichts angeht. Wir suchen den Kampf, damit vielen aus unseren Klassen harte und gerechte Opfer auferlegt werden. Wir fordern den Kampf, damit ein allesumfassender Staat (un Estado totalitario) in gleicher Weise seine Güter auf die Kleinen wie auf die Großen verteilt.« Und es korrespondiert sowohl zur Bejahung der Gewalt wie zur völligen Abwendung vom bestehenden System, wenn José Antonio zum Schluß seiner Rede zu seiner jungen Schar sagt: »Unser Platz ist in frischer Luft, unter dem klaren Himmel, das Gewehr im Arm, und über uns funkeln die

Sterne. Die anderen mögen fortfahren, ihre Zechereien zu feiern. Wir stehen draußen auf gespannter Wacht, begeisterungsglühend und fest, und in unseren Herzen ahnen wir schon die Morgenröte der Zukunft¹⁹⁾.«

Der kampfesfreudige Elan bleibt keineswegs auf bloße Rhetorik beschränkt. In der fiebrigen politischen Atmosphäre, die sich mit Beginn der zweiten Etappe der Republik ja noch verdichtet, versucht die Falange, sich gegen die Maßnahmen der Regierung, wie in den Auseinandersetzungen mit den linken Gruppen zu behaupten. Die Regierung verweigert ihr die Erlaubnis, ihre Zentren offen zu halten. »Falange Española«, das neue Wochenblatt, das mit seiner ersten Nummer am 7. Dezember 1933 erschien, darf mit der zweiten Nummer erst wieder am 11. Januar 1934 erscheinen. Im Juli 1934 wird anstelle der bisher erfolgten Einzelverbote das Blatt für dauernd verboten. Insgesamt konnten von Dezember 1933 bis Juli 1934 nur 14 Ausgaben, meist in einem Umfang von vier kleinformatigen Seiten herausgebracht werden. Nach links hin ist die Falange dauernd in Tätlichkeiten verwickelt, bei denen es nicht möglich ist, Aktion von Reaktion zu unterscheiden: Was die Falange als Antwort auf Gewaltmaßnahmen linker Gruppen bezeichnet, erscheint denen wieder als Provokation. So entsteht eine Kette von Aktionen – Überfälle auf Parteilokale, Demolierungen, Prügeleien – nicht anders als die J.O.N.S. sie in den Jahren 1932/33 unternahmen, nur sind sie jetzt, da das Land auf den »roten Oktober« zutreibt, verbissener und brutaler in ihren Auswirkungen. Sozialistische Jugendgruppen halten sonntags in der Sierra de Guadarrama ihre Schießübungen ab; Zusammenstöße bei der Rückkehr in die Stadt werden von ihnen wie von der Falange und den J.O.N.S. provoziert. Ihr erstes Todesopfer haben die J.O.N.S. am 2. November 1933 während des Wahlkampfes zu beklagen. Am 11. Januar 1934 wird in Madrid der erste Falangist, ein Student, erschossen. Am 9. Februar wieder einer – bis zum Mai 1934 gibt es bei der Falange bereits neun Tote²⁰⁾.

Nicht anders als die J.O.N.S. interpretiert auch die Falange ihre direkten Aktionen als Dienst am Vaterland. Kameraden, die den Tod in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern finden, sterben in eben diesem Dienst für die Größe des zu schaffenden Staates.

Dem erschossenen Matías Montero (gest. 9. Februar 1934) dankt José Antonio am offenen Grabe »für sein Beispiel: ›Gott möge dir die ewige Ruhe schenken, sie uns aber verweigern, bis wir die Ernte Spaniens eingefahren haben, die dein Tod säte«²¹⁾. Und bei der Beerdigung Montesinos (gest. 8. März 1934) sagt er: »Der Tod! Einige werden glauben, daß wir ihn benötigen als Ansporn, andere, daß er uns niederdrücken wird. Aber weder das eine noch das andere geschieht. Der Tod ist ein Akt des Dienstes. Wenn einer von uns wie dieser hier fällt, gebt ihm ein Stück geweihter Erde und sagt ihm: Bruder, für deine Seele den Frieden – wir aber: vorwärts für Spanien²²⁾!«

Wenn der Tod hier nicht mehr wie in den früheren Gruppen Madrid und Valladolid nur in der Theorie, sondern nun auch, da er in einer haßgeladenen Atmosphäre Wirklichkeit wird, mystisch verklärt als Dienst für das Vaterland bestätigt wird, dann ist damit auch die Tat selbst, in deren Folge der Tod eintreten kann, sakrosankt. Gerade an der Einstellung zum Tode ihrer Leute bestätigen sowohl Falange wie J.O.N.S. die Selbsteinschätzung ihrer eigenen Aktionen. Es ist die Tat, die ihnen in jugendlichem Ungestüm als das Wichtigste und Edelste erscheint. Und es verwundert deshalb nicht, daß gerade unter Berufung auf den gleichen Einsatz die Frage nach dem Zusammenschluß von J.O.N.S. und Falange den Winter über nicht verstummt. Als Ergebnis langer Aussprachen²³⁾ kommt er am 13. Februar 1934 zustande. Die vereinigten Gruppen nennen sich fortan »Falange Española de las Juntas de Ofensiva Nacionalindustrialista«. José Antonio schließt seinen Artikel über den vollzogenen Zusammenschluß mit den Worten: »Das Blut unserer Toten hat uns verbunden, es hat unseren Pakt besiegelt... (Die Toten) sind gegenwärtig in unseren geschlossenen Reihen«.

Der Zusammenschluß der beiden Gruppen erscheint wie eine selbstverständliche Konsequenz ihrer gemeinsamen Vorstellungen und Leitbilder. José Antonio appelliert, wie es die J.O.N.S. taten, an die Jugend, doch fehlt bei ihm die Ausschließlichkeit des Herrschaftsanspruches für Männer unter 45 Jahren. Auf diesen Programmpunkt geht José Antonio beim Zusammenschluß ein. Er versichert ebenfalls, damit das Mißtrauen der J.O.N.S. gegen sein Herkommen und das seiner Schar beruhigend, daß keine Koalition mit anderen Parteien in Frage kommt – eine Versicherung, die seiner politischen Einstellung nach nur als erneutes Bekenntnis zu einer bereits gefällten

Entscheidung zu werten ist. Ebenso bekennen sich beide Gruppen erneut zur »acción directa revolucionaria« – also zu ihrer Praxis. In der Frage der Parteigliederung schwenkt die Falange, selbst noch fern jeder Organisation, auf die Linie der J.O.N.S. ein. Die neue Partei behält die J.O.N.S.-Gliederung bei. Der führende Dreierstab wird mit Ledesma Ramos, Julio Ruiz de Alda und José Antonio besetzt. Die Embleme der J.O.N.S. – Joch und Pfeile – und die dem Anarchosyndikalismus entlehnte schwarz-rote Fahne gelten von nun an als Zeichen der vereinigten Gruppe, der Falange de las J.O.N.S.

Wir stellen fest, daß sich durch den Zusammenschluß in technischer Hinsicht keine Neuerungen ergeben, sondern, daß das alte J.O.N.S.-Programm zum Zuge kommt. Aber es bleiben noch zwei Überlegungen anzustellen, die die sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Falange de las J.O.N.S. betreffen, wie die soziologische Struktur der Partei. War in der Gründungsrede zur Falange José Antonio nur mit wenigen Sätzen auf soziale und wirtschaftliche Fragen eingegangen, so erklärt er nach dem Zusammenschluß eindeutig, daß die syndikalistischen Bestrebungen der J.O.N.S. – »bei uns vielleicht nicht so ausdrücklich betont, wenn auch klar vorgezeichnet«²⁴⁾ – volle Gültigkeit hätten. Gleichzeitig heißt es jedoch in den Abmachungen zwischen Falange und den alten J.O.N.S.²⁵⁾, »daß die Falange de las J.O.N.S. ein konkretes Programm ausarbeiten wird, daß den wirtschaftlichen Sorgen . . . der Massen, der Arbeiter, der kleinen Gewerbetreibenden und der ländlichen Bevölkerung Rechnung trägt«. Wieder stellen wir hier fest, daß von den beiden großen Zielen, dem imperialen Wollen und der sozialen Gerechtigkeit, das eine mit entschiedener Selbstsicherheit verkündet wird, das andere jedoch die Unzulänglichkeit erkennen läßt, den eigenen Standort genau zu fixieren und zu umreißen, in welcher Form die »soziale Gerechtigkeit« praktiziert werden soll. Ließ schon das alte J.O.N.S.-Programm mit seinen Ungereimtheiten bei Ledesma eine andere Auslegung wie bei Redondo zu, so wird jetzt zugegeben, daß ein »programa concreto« ausgearbeitet werden muß. Im Grunde ist damit alles, was von den J.O.N.S. bisher an sozialen und wirtschaftlichen Punkten formuliert wurde – so verschwommen und vieldeutig es auch war –, wieder in Frage gestellt. Was bleibt, ist die eine, auch von der Falange akzeptierte Forderung, daß die Ordnung des »Neuen Staates« syndikalistisch sein werde. Aber die Frage nach dem »Wie« bleibt offen²⁶⁾.

Betrachten wir die soziologische Struktur der Falange de las J.O.N.S., so ist eine Verlagerung der Gewichte nicht zu verkennen. Wir erinnern uns, daß bei den J.O.N.S. für das Jahr 1933 ein stärkeres Auseinanderklaffen in zwei Flügel zu konstatieren war, einen durch anarchistische und trotzkistische Dissidenten verstärkten proletarisch revolutionären Flügel um Ledesma Ramos und den ländlichen, katholischen Flügel Redondos, der das nationale Element stärker betont als das sozialrevolutionäre. Schon an dem Eifer, mit dem gerade Männer wie Giménez Caballero und nach seiner Rückkehr aus dem Exil vor allem Onésimo Redondo mit seinen Anhängern für eine Verschmelzung von F.E. und J.O.N.S. eintreten, läßt sich ablesen, daß die Verschmelzung von den bürgerlichen, katholischen Gesinnungsfreunden erstrebt wird. Der Kreis, der hinter José Antonio steht, entspricht ihnen. Das bedeutet, daß mit dem Zusammenschluß die Falange de las J.O.N.S. in ihrer soziologischen Struktur auf dem rechten Flügel verstärkt wird. Aber diese Verlagerung geht wiederum nicht so weit, alle Gesinnungsfreunde José Antonios in der neuen Partei halten zu können. Die Vereinigung mit den J.O.N.S., der nun stärker hervortretende sozialrevolutionäre Anstrich, allein schon durch die Mitgliedschaft Ledesmas und seines Kreises, dazu die Absage an jede Rechtskoalition, haben einige Rücktritte zur Folge. So wendet sich der junge Professor García Valdecasas, der bei der Gründung der Falange mitgewirkt hatte, wieder ab²⁷⁾. Erst in Francos erster Koalitionsregierung wird er uns als Vertreter eines autoritären Monarchismus wieder begegnen. Ebenso wie auf der Rechten, gibt es aber auch auf der linken Seite Abspaltungen, weil in dem Zusammengehen mit dem »aristócrata« und seinen »señoritos« ein Verrat an den eigenen Auffassungen angenommen wird. So zieht sich der Chef der J.O.N.S. in Galizien, der dissidente Trotzkiist Montero Diaz, der in den Beratungen zum Zusammenschluß als einziger gegen jede Annäherung an die Falange gestimmt hatte, zurück, bleibt jedoch in Verbindung mit Ledesma Ramos. Doch abgesehen von diesen, nur immer einzelne und nicht ganze Gruppen betreffenden Abwendungen, vollzieht sich der Zusammenschluß reibungslos. Die Schar, von José Antonio als Träger des »fascismo español« bezeichnet²⁸⁾, ist größer geworden, aber nicht groß genug, als daß das Ereignis des Zusammenschlusses in der spanischen Publizistik einer ausführlichen Würdigung für wert befunden worden wäre.

3. Der erste Kongreß: Ein Führer wird gewählt

Wie verhält sich die Falange nach der Verschmelzung²⁹⁾, wie entwickelt sie sich als Partei, was läßt sich über eine Fortentwicklung ihrer Lehre sagen? Es gelingt ihr, über die alten J.O.N.S.-Zellen außerhalb Madriids und Valladolids hinaus kleine Zellen in anderen Städten, so in Sevilla, Murcia, León, Salamanca, Zaragoza zu bilden. Ihr Rückhalt bleiben die Universitäten; falangistische Studenten schließen sich im »Sindicato Español Universitario« (S.E.U.) zusammen – als eine von vielen politischen Gruppen an den Universitäten, die im übrigen politisch beherrscht werden von der sozialistischen Studentenvereinigung F.U.E. Der Versuch, die der Falange angehörenden Arbeiter ebenfalls zusammenzufassen, führt zwar im Sommer 1934 zur Bildung der C.O.N.S. (Central Obrera Nacionalindicalista); ihre Mitglieder sind Angehörige des Baugewerbes, graphischer Betriebe, Kellner und Bäcker, aber über einen schwachen Ansatz kommt die C.O.N.S. nicht hinaus. Weder hat die Falange finanzielle Mittel für eine gewerkschaftliche Unterstützung, noch hat sie genügend Propagandamöglichkeiten. Nach dem Verbot von »F.E.« steht die Falange wieder ohne zentrales Organ da. Erst im März 1935 wird es ihr gelingen, ein neues Wochenblatt »Arriba« herauszubringen, doch ist damit dann, obwohl es nur mit vier Seiten erscheint, die Einstellung des Lokalblatts »Libertad« in Valladolid verbunden. Der Versuch, eine Tageszeitung zu gründen, scheitert 1934 ebenso an den fehlenden Mitteln wie der Versuch, die im »Sindicato Español Universitaria« vereinten Studenten publizistisch zu betreuen. Über Aufrufe, die die Falange erläßt, über Versammlungen, die sie veranstaltet, wird von den Zeitungen Spaniens nicht berichtet; die Klage, in der Publizistik Spaniens nicht ernst genommen, nicht beachtet zu werden, wird bei der Falange nicht verstummen³⁰⁾.

Wer zur Falange stößt, muß schon seine Überzeugung mit der Bereitschaft verbinden, sich in gefährliche Auseinandersetzungen einzulassen. Was gefordert wird, ist der kämpferische Einsatz. Die organisatorischen Maßnahmen der Falange 1934 sind bestimmt von dem so oft beschworenen »sentido militar«. Im Mai gibt das Zentraltriumvirat ein Rundschreiben an die Provinzorganisationen heraus, das die Statuten für die Mitgliedschaft enthält. Es wird unterschieden zwischen den (aktiven) »militantes« und den (passiven)

»adheridos«, denen nur zweitrangige Aufgaben in der Organisation zugeteilt werden dürfen. Das Mitgliedsbuch enthält den von Sánchez Masas formulierten Schwur, den alle militantes vor der Fahne mit ausgestreckter Hand zu leisten haben: »Ich schwöre, mich ganz und immer dem Dienst für Spanien hinzugeben, keinen anderen Stolz als den des Vaterlandes und den der Falange zu kennen, ihr gehorsam und freudig, leidenschaftlich ergeben, schneidig und schweigend zu dienen.« Der dritte Absatz des Schwurs gilt dem ehrenden Gedenken an die Toten. Der vierte Absatz betont noch einmal die für jeden geltende Gehorsamspflicht, der fünfte die Verpflichtung, keine Äußerung zu beachten, die den Geist der Falange schwächen könnte. Zu beschwören ist weiter der Einsatz für die Idee der Einheit, territorial, sozial, geistig, und die Bereitschaft, in heiliger Brüderlichkeit mit den Kameraden zu leben.

Dieser Schwur ist mit seinem Ausschließlichkeitsanspruch für das Denken und Handeln, mit der Verpflichtung zum absoluten Gehorsam und zur Nichtbeachtung aller Auffassungen, die denen der Falange widersprechen, das getreue Spiegelbild der Ideen und Emotionen der jungen Schar. Er nimmt totalen Besitz von der Person, er fordert dementsprechend auch die Tat. In einer ebenfalls 1934 formulierten Verpflichtung, die von den militantes zusätzlich unterschrieben werden mußte, heißt es: »Du mußt jederzeit zum Opfer bereit sein. Denke daran, daß Opfer für das Vaterland niemals unfruchtbar sind. Du mußt verstehen, daß der entscheidende Faktor des Kampfes im Gehorsam liegt.«

Die alten »grupos« der J.O.N.S. mit elf militantes heißen nun »escuadras de acción« (etwa Sturmtrupps). Aus drei escuadras setzt sich nun eine falange, aus drei falanges die centuria, aus drei centurias der tercio, aus drei tercios die bandera, aus drei banderas die Legión zusammen. Freilich: Größenordnungen wie Tercio, Bandera, Legión sind Wunschvorstellungen, die weder der Zahl noch dem Namen nach konkretisiert werden können. In Erscheinung treten die Sturmtrupps, die man später »primera línea« nennt. Aber unter den Verboten und Verfolgungen, denen die Falange ausgesetzt ist, operieren auch sie meist getarnt als »Sportclubs«. So werden im Juni 60 Falangisten wegen illegaler Treffen verhaftet, in Madrid werden wieder die Zentren geschlossen und alle öffentlichen Akte untersagt. Die Falange von Valladolid nennt sich, nachdem nach einem mit Schießereien und Verwundeten geendeten falangistischen

Treffen ein örtliches Verbot verhängt worden war, z. B. »Club de Puerta de Hierro«. Auseinandersetzungen, vor allem mit der ebenso aggressiven sozialistischen Jugend, aber auch Aktionen gegen »antispansische Demonstrationen« reißen nicht ab. So wird am 9. August 1934 eine Ausstellung im Madrider Athenäum wegen ihrer »antifaschistischen« Tendenz zertrümmert; sie zeigte Bilder und Reproduktionen, die in Deutschland als entartet eingestuft und verboten worden waren. Das gleiche wiederholt sich am 12. August bei einer von der F.U.E. veranstalteten Kunstausstellung sozialistischer Maler. Haben Zusammenstöße tödliche Folgen, so wird Mord mit Mord vergolten. In Renedo werfen Falangisten im September ihre erste selbstgefertigte Bombe.

Was die Falange an Aktivität in organisatorischen, den Einsatz, die Tat betreffenden Fragen zu erkennen gibt, läßt sie dort vermissen, wo eine Profilierung ihrer Vorstellungen erwartet wird. Eine kritische Erörterung etwa über das Verhältnis von Kirche und Staat, über die Gliederung der Syndikate, über die mit soviel Aplomb vertretene gerechte Verteilung des Volksvermögens findet nicht statt. In den 14 Ausgaben von »F.E.« wie auch in den Versammlungen, die sie im Lande abhalten, fahren José Antonio und seine Mitarbeiter fort, den Reichtum und den Egoismus der Vermögenden anzuklagen³¹⁾ und die Irreführung der Arbeiter durch ihre Parteien und Gewerkschaften. Sie mokieren sich über das Parlament, »in dem geredet, aber nicht gehandelt wird«³²⁾. Doch über die bloße Verneinung hinaus tun sie selbst nur den Schritt in eine mystisch verklärte Vorstellungswelt, indem sie von der Schicksalsgemeinschaft und der Bestimmung Spaniens sprechen, von dem dynamischen, vom Volk getragenen Staat ihrer Observanz, der das Nationale mit dem Sozialen zu verbinden weiß. »An dem Tage«, sagt José Antonio im Parlament³³⁾, »an dem die Sozialistische Partei sich einem nationalen Auftrag verpflichtet fühlen würde, und die Republik, die vorgibt, national zu sein, das sozialistische Anliegen aufnehmen würde, – an diesem Tag würden wir nicht mehr auf die Straßen ziehen müssen, den Arm zum Gruß erheben und uns der Gefahr aussetzen, gesteigt und – was noch schwerer wiegt – mißverstanden zu werden. Glauben Sie mir, wenn Spanien die missionarische Verpflichtung dieser beiden zusammenhängenden Dinge (des Nationalen und des Sozialen) wieder erkennen wird, dann werden . . . wir friedlich an unsere Arbeitsstätten zurückkehren.«

Doch steht diese konziliante Formulierung in schroffem Gegen-

satz zur wahren Auffassung der Falange. Am 3. Juli, einen Monat später, widerspricht sich José Antonio im Parlament selbst, wenn er erklärt, daß die beiden Impulse »nicht mehr mit den Methoden und dem halben Dutzend Phrasen, mit denen Politik gemacht wurde und wird«, zu verwirklichen sind. Für die Falange ist »der Faschismus der Ruf zu einem neuen Glauben, der Europa entzündet hat«. »So wie Italien sich im Faschismus wiedergefunden hat, so wird sich auch Spanien im Faschismus wiederfinden.« Das Bekenntnis zum Faschismus geht so weit, daß er als »gültige, ewige Idee« hingestellt wird, die eben wegen der Tiefe ihres Gehaltes auch den Vorwurf entkräftet, durch die Falange bloß imitiert zu werden. Aus der Auffassung, der Faschismus sei ein Heilmittel wider das Chaos des liberalen Staates schlechthin, ist es zu erklären, daß die junge Schar der Falangisten nicht den Widerspruch zur Kenntnis nimmt, der darin liegt, daß sie einerseits Liberalismus, internationalen Marxismus und Anarchosyndikalismus als für Spanien verderbliche, vom Ausland importierte Lehren verdammt, andererseits aber den Faschismus für Spanien selbst übernimmt.

Auf dem Treffen in Valladolid am 4. März 1934, schon in seiner äußeren Form mit Fahnen- und Führereinmarsch und römischem Gruß »ein rein faschistischer Akt«³⁴⁾, verwarfen sich Onésimo Redondo und José Antonio gegen den Vorwurf, Nachahmer zu sein. »Wir sollen Nachahmer sein, weil diese unsere Bewegung der Rückkehr zum echten Kern Spaniens eine Bewegung darstellt, die es schon vorher in anderen Ländern gegeben hat. Italien und Deutschland haben sich auf sich selbst besonnen und mit dem Mute der Verzweiflung den albernen Märchen den Rücken gekehrt, die sie unfruchtbar machen wollten. Aber weil Italien und Deutschland das taten, sollen wir deswegen sagen, Spanien ahme sie nach, wenn es sich selber sucht³⁵⁾?«

Was die Falange zur Verteidigung und Erläuterung ihrer Vorstellungen im Jahre 1934 beisteuert, liegt dann auch ganz auf der Linie, den Faschismus als ein für Spanien adäquates Prinzip zu rechtfertigen. Kaum bemüht um die Klärung offener Sachfragen, wird mit um so mehr Vehemenz das emotionale Wollen in die Geschichte Spaniens eingeordnet. Die Disziplin und der soldatische Geist, die der Faschismus verlangt, entsprechen der Größe der Taten, die Spanien vollbrachte, ehe »das Jahrhundert der Dekadenz« begann. Nicht anders als Ledesma und Redondo interpretiert auch José Antonio den Faschismus als die Idee, unter der sich Spanien »zu seiner alten Größe,

zu einem führenden Land der Welt« emporschwingen kann. Nur in diesem Sinne, in der Rechtfertigung des Faschismus für Spanien als einer der Größe der Geschichte wieder gerechtwerdenden Idee, ist bei der Falange des Jahres 1934 eine ideologische Verfestigung festzustellen. Sie erfolgt unproblematisch, kritiklos dem Vorbild gegenüber und noch unbekümmert um dessen konkrete Institutionalisierung im eigenen Land.

In vorbereitenden Gesprächen, die das Führungsgremium der Falange im August 1934 führt, werden die Themen für einen ersten Nationalkongreß zusammengestellt. Es liegt auf der Linie des vorher Gesagten, daß der Beschlußfassung über die politischen Prinzipien die Entscheidung vorangestellt wird, ob die Falange bei einem Führungsgremium bleiben oder einen allein verantwortlichen Führer wählen soll. Die weiteren Punkte in dem Einberufungsschreiben zum ersten Kongreß lassen erkennen, daß der Kongreß sich mit Themen befassen will, die in den Äußerungen der Falange bisher höchst unklar geblieben oder noch gar nicht angeschnitten worden waren. So soll die Frage des Corporativismo diskutiert werden. Die Haltung der Falange zur Agrarfrage wie auch zum religiösen Problem soll modifiziert werden. Eine Aussprache über internationale Angelegenheiten wie die Erörterung einer vormilitärischen Ausbildung sollen ebenfalls erfolgen. Schließlich will die Falange sich mit pädagogischen und kulturellen Problemen befassen. Einberufen wird der Kongreß Ende August für die Zeit vom 4. bis 7. Oktober 1934 nach Madrid. Als stimmberechtigt gelten 53, teils von dem Triumvirat zusätzlich bestimmte, teils durch ihre leitenden Funktionen in der Parteispitze wie in den Provinzen, in denen die Falange über Mitglieder verfügt, prädestinierte Falangisten³⁶).

Als der Kongreß beginnt, steht Spanien am Vortag der Oktoberrevolution. Am 4. Oktober wird eine neue Regierung gebildet, in die zum ersten Male die rechtsrepublikanische, betont katholische CEDA drei Minister entsendet. Der Eintritt der auf eine Verfassungsreform drängenden CEDA in die Regierung löst in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober einen Generalstreik aus, der sich in Asturien sofort zu einer bewaffneten Erhebung von 30 000 Minenarbeitern ausweitet und in Katalonien in den Abendstunden des 6. Oktober zur Ausrufung der »Katalonischen Republik« führt. Die Regierung ist gezwungen, zur Niederschlagung des Aufstandes Militär einzusetzen; sie verhängt den Kriegszustand. In Madrid, wo der Aufstand

von Largo Caballero geleitet wird, bricht er sofort zusammen. Am 7. Oktober ist nach einem Sturm auf das Regierungsgebäude in Barcelona die separatistische Rebellion beendet. Der asturische Aufstand, der von seiten der Arbeiter mit Liquidationen und Kirchenstürmen in brutaler Härte geführt wird, kann erst durch den Einsatz des Tercio, der renommierten spanischen Afrika-Legion, bis zum 13. Oktober niedergeschlagen werden. An diesem sozialistischen Aufstand beteiligen sich zum ersten Male die Kommunisten³⁷⁾. Die blutigen Unruhen fordern insgesamt fast 4000 Tote.

Unter diesen Einwirkungen entwickelt sich der erste Kongreß der Falangisten zu einem Treffen, in dem die theoretischen Erörterungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden, der eigene Einsatz dagegen in diesen turbulenten Tagen zur wichtigsten Überlegung wird. »Es herrschte eine hochgespannte Stimmung, ein jugendlicher Schwung, weil die Kameraden die Möglichkeit sahen, vielleicht anstelle der heimlichen und isoliert ausgetragenen Aktionen gegen den Feind diesmal offen unter entrollten Fahnen kämpfen zu können... In Wirklichkeit hatten die Diskussionen wie Themen an Interesse verloren³⁸⁾.« Die Falange ruft denn auch sofort die militantes von Madrid zusammen: am Morgen des 5. Oktober billigt der Kongreß das von José Antonio vorgeschlagene Angebot an die Regierung, sich zur Niederwerfung des Aufstandes zur Verfügung zu stellen. Folgende Bedingungen sollten daran geknüpft werden: Bewaffnung aller militantes durch den Staat; Einsatz nach den Anweisungen der Staatsorgane, jedoch unter eigener Führung und ohne jede Vermischung mit anderen eingesetzten Kräften. Da dieses ebenso drastische wie irrealer Angebot unbeachtet bleibt, bereitet die Falange am 6. Oktober einen »nationalen Demonstrationmarsch« für den 7. Oktober vor. Dem verhängten Kriegszustand zum Trotz, der jede Ansammlung von mehr als drei Personen verbot, wird er durchgeführt³⁹⁾.

José Antonio weist vorher auf die Gefährlichkeit der Demonstration wie auf den Dienst, den man der Sache eines einigen Spanien trotz der Gefährlichkeit erweise, hin und erinnert in diesem Zusammenhang seine Schar an Lepanto, »die größte Tat, die die Jahrhunderte sahen«. Als die Schar der Falangisten loszieht, flattert ihnen die offizielle Fahne der Republik voran; man hatte sich dazu entschlossen, »weil unsere Fahnen die Truppen täuschen und sie das Feuer eröffnen lassen könnten, ehe sie sich über den wahren Zweck der Demonstration vergewissert hätten«⁴⁰⁾.

Mit dieser unblutig verlaufenen Demonstration der Falange schließt der Kongreß. Tasten wir ihn nach seinen äußeren Merkmalen ab, so zeigt sich wieder ein jungenhaftes Draufgängertum, das nach Taten der Bewährung sucht und darüber vergißt, daß es eben jener Regierung zu Hilfe eilen möchte, die genau so verworfen wird wie die rebellierenden Kräfte. Die Falange trägt die Fahne des republikanischen Staates, den sie bekämpft, durch die Straßen, und sie freut sich gleichzeitig ihres »Triumphes« über diesen Staat, der trotz des Ansammlungsverbotes die Demonstration der Gruppe hinnahm. Nicht die Form ist entscheidend, in der sich die Falange in klarer Übereinstimmung mit ihrer Auffassung zeigt, entscheidend ist, sich überhaupt zeigen zu können. Geistige Widersprüche, geht es, wie in diesem Fall, um eine besondere Tat, sind nicht existent. Man wird darin weniger eine bewußte taktische Manipulation als einen unbedrückten, forschenden Elan sehen dürfen.

Die burschikose Aktivität, die die Falange während ihres Kongresses an den Tag legt, läßt ihr Tagungsprogramm auf das Minimum der ihr am wichtigsten erscheinenden Beschlüsse zusammenschrumpfen. Grundsätzliche Referate werden zu keinem der im Einberufungsschreiben angeführten Themen gehalten. Entschieden wird am zweiten Tage des Kongresses die Frage der Parteiführung. José Antonio wird am 5. Oktober zum alleinigen, alle Macht in Händen haltenden Caudillo gewählt. Jeder ist ihm gegenüber, dem Schwur der militantes entsprechend, zu absolutem Gehorsam verpflichtet. Der Caudillo ist nicht absetzbar; seine Befehlsgewalt gilt »für immer«. Die Entscheidung kommt mit der knappen Mehrheit von einer Stimme (17:16) zustande. Die Front gegen eine in einer Person verkörperte Parteispitze läuft quer durch die Falange, ist jedoch am ausgeprägtesten in den Reihen der alten J.O.N.S., die das Triumvirat entwickelt hatten. Die Abstimmung wird jedoch akzeptiert. Am gleichen Tage noch schwören alle consejeros dem neuen, einunddreißigjährigen Führer José Antonio mit ausgestreckter Hand Treue⁴¹).

Am 6. Oktober wird dann über die Uniform der Bewegung beraten. Mit dem gleichen Hinweis auf die allzu enge, äußerliche Anlehnung an den Faschismus, mit dem Monate vorher der Name »Fascio Español« für die Partei verworfen worden war, wird jetzt auch der Antrag, das Schwarzhemd als Uniform zu kreieren, abgelehnt. José Antonio, nun schon als Parteiführer fungierend, beendet die wilde Diskussion, indem er sich für ein blaues Uniformhemd entscheidet:

»Genug jetzt. Ihr habt mich zum Chef gewählt und mich dadurch mit eurem Vertrauen geehrt. Jetzt muß die erste autoritäre Entscheidung akzeptiert werden. Die Falange de las J.O.N.S. muß jetzt noch mehr als vorher eine geschlossene, feste und mannhafte Organisation sein. Für uns ist eine einfache, strenge und proletarische Hemdfarbe angebracht. Ich befehle hiermit, daß wir ein blaues Hemd tragen. Darüber ist nun kein Wort mehr zu verlieren⁴²⁾.«

Die dritte und letzte Entscheidung, die der Kongreß in aller Eile am Abend des 6. Oktober trifft, besteht darin, daß dem Führer José Antonio auch das Recht zuerkannt wird, die Junta Política, den politischen Ausschuß der Partei, selbst neu zu ernennen. Dieser Ausschuß hat den Auftrag, die programmatischen Grundlagen der Bewegung auszuarbeiten. Damit ist auch in der Ausarbeitung des Programms der bestimmende Einfluß José Antonios gesichert.

Wir haben mit dem Abschluß des ersten Kongresses einen Kulminationspunkt in der Entwicklung der Falange erreicht. José Antonio steht jetzt an der Spitze der Schar; auch im Führungsprinzip ist, getreu den für sie geltenden Vorbildern, die Identität hergestellt. Als Ausdruck des soldatischen Dienstes, den sie zu erfüllen glaubt, hat sie sich eine Uniform zugelegt, auch darin eindeutig angelehnt an das faschistische Vorbild⁴³⁾. Der gewichtige Ernst einerseits, mit dem z. B. die Frage der Uniform als erste Autoritätsentscheidung gelöst wird, der impulsive Tatendrang mit seiner Zurücksetzung aller theoretischen Erörterungen andererseits, bestätigen den jungenhaften Zuschnitt der Partei. Im Ergebnis des Kongresses spiegelt er sich: Was den Falangisten in der Turbulenz der Tage vordringlich zu entscheiden erschien, war nicht die Profilierung ihrer geistig-politischen Konzeption, sondern die ihrer organisatorischen Form, des Führungsverhältnisses und der Uniformierung.

VIERTES KAPITEL

Die verworrenen Jahre Vom ersten Kongreß bis zur Zerschlagung der Partei durch die Volksfrontregierung

Wir haben die erste Etappe der Falange als eine stürmische Periode kennengelernt. Sie führt zum Zusammenschluß gleichgesinnter Gruppen in einer Partei, die schließlich dem Befehl eines Einzelnen, José Antonio Primo de Riveras, untersteht. Sie spielt innenpolitisch keine Rolle; eine Aussicht, ihre Vorstellungen verwirklichen zu können, besteht nicht. Die Freiheit von jeglicher politischer Verantwortung, verbunden mit dem jugendlichen Ungestüm, das ganz auf die Tat und ein fernes, emotional formuliertes Ziel hin gerichtet ist, überdecken graduelle Auffassungsunterschiede in den eigenen Reihen. Was die Falangisten verbindet, ist die Negation des Bestehenden und ein Glaube an eine neue, an Vorbildern des Auslands orientierte Ordnung, die zu setzen und zu verwalten sie sich bestimmt wähnen. Divergenzen in den Vorstellungen einzelner sind schon deshalb latent möglich, weil die »Neue Ordnung« konkret-sachlich noch nicht festgelegt ist. Aus der bisher dargestellten Entwicklung der Falange ergibt sich, daß ihre über vage Formulierungen und Appelle nicht hinausgehende Programmlosigkeit keineswegs deshalb beibehalten wurde, um dahinter irgendwelche wahren Ziele zu verbergen, deren Verschweigen ein Operieren auf weitestem Feld zuließe. Solche hintergründig taktischen Erwägungen sind der jungen Schar der Falan-

gisten fremd. Ihre eigenen Vorstellungen und Pläne gehen nicht über das hinaus, was sie in die Öffentlichkeit hineinzutragen bemüht sind.

1. Innere Auseinandersetzungen

Von dem Moment an, da José Antonio an der Spitze der Partei steht, unterliegt die Falange jedoch einer inneren Zerreißprobe. Denn zur Ablehnung durch die Regierung und zu den ständigen gewaltsamen Auseinandersetzungen mit linken Gruppen gesellt sich nun auch die Spannung ihrer eigenen Struktur: Die Befehlsgewalt in der Hand eines einzelnen bedeutet eine straffe Führung, der sich sowohl im organisatorischen Einsatz wie in der geistigen Zielsetzung zu unterwerfen ist. Der erste Kongreß hatte José Antonio mit der absoluten Befehlsgewalt ausgestattet und ihm das Recht zuerkannt, das Führungsgremium der Partei, den politischen Ausschuß (Junta Política) selbst zu ernennen. Sanktioniert von diesem Ausschuß erläßt José Antonio im November 1934 das 27 Punkte umfassende, von ihm aufgesetzte Parteiprogramm, dem wir uns im folgenden Kapitel zuwenden werden. So wenig die 27 Punkte in der Öffentlichkeit beachtet werden¹⁾ – in der Partei selbst bewirken sie Unruhe, die sich dann noch im selben Monat im Austritt von Falangisten niederschlägt. Es sind rechtsstehende, meist aus dem monarchistischen oder rechtsrepublikanischen Lager herübergewechselte junge Männer, wie der junge Marqués de la Eliseda, die das totale Programm mit seiner »Vergöttlichung des Staates« verwerfen und endgültig zu der Überzeugung kommen, daß es José Antonio durchaus Ernst ist mit der Absage an jede Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen²⁾.

Ist es für diesen Kreis vorwiegend die geistige Konzeption der Falange, die ihn den Bruch vollziehen läßt, so ist es im Januar 1935 eine vom linken Flügel kommende Rebellion gegen den Führer der Partei aus Gründen des organisatorischen Einsatzes. Diese Rebellion wird inszeniert von Ledesma Ramos. Er findet seine Combattanten unter alten, von ihm geworbenen J.O.N.S.-Mitgliedern und den zur Falange neu hinzugestoßenen Arbeitern, die in der C.O.N.S. (Central Obrera Nacionalindicalista) erfaßt sind. Es zeigt sich, wie bei der acht Wochen vorher abgesplitterten Gruppe, daß der Gehorsam, in Schwüren und Demonstrationen aufwendig bekundet, nicht

der Belastung absoluter Unterwerfung unter den Befehl eines Einzelnen standhält. Bemerkbar machen sich in diesen Auflösungserscheinungen die heterogenen Tendenzen der Partei. Erfolgt die erste Abspaltung aus einem bürgerlichen Unbehagen der »señoritos« an der Radikalität des Programms, so richtet sich die zweite nicht gegen die im Programm fixierten Ziele, sondern gegen diejenigen, die sie, führend, verwirklichen wollen. José Antonio wird die Fähigkeit abgesprochen, die Falange zur Macht führen zu können. Das Mißtrauen gegen den Adeligen, gegen den Intellektuellen, der sich in seinen Reden einer poetischen Ausdrucksweise bedient und der selbst in inkonsequenter Haltung als Parlamentarier am System partizipiert, entläßt sich in rüden Vorwürfen, die darin gipfeln, nicht den Mut zur schnellen, entscheidenden Tat zu haben, weil de facto zu viel Rücksicht auf die persönlichen Bindungen im bürgerlichen Lager genommen würde. Es ist der proletarische, stark von dissidenten Anarchosyndikalisten durchsetzte Flügel der Falange unter Ledesma Ramos, der hier seinen Anspruch anmeldet. Daß die Rebellion auf Madrid beschränkt bleibt, ist bezeichnend, war hier doch – wie erinnerlich – die Zusammensetzung vielschichtig und lag hier der wichtigste Wirkungsbereich Ledesma Ramos' 3).

Was den Rebellen mißfällt, ist, von den Einzelaktionen der Falange aus betrachtet, die dauernde, gewalttätige Auseinandersetzung mit linksgerichteten politischen Gruppen wie der sozialistischen Jugend Largo Caballeros, während sich die Gegensätzlichkeit der Falange zu den bürgerlichen Parteien zur gleichen Zeit nicht in Aktionen, sondern lediglich in Reden und Artikeln offenbart. Sie fordern mehr aggressive Aktivität. Sie wird ihrer Meinung nach nicht entwickelt, weil José Antonio und seine Anhängerschaft ihrem Herkommen nach selbst dieser antiproletarischen Zone entstammen und ihr verhaftet blieben 4). In der Forderung, den Kampf mehr nach rechts hin zu verlagern, ist im Grunde die Konstellation der Falange eingefangen: Der eine Flügel kommt aus dem bürgerlichen, der andere aus dem proletarischen Bereich, beide wollen eine nationalsyndikalistische Revolution, wobei die einen aber den Akzent mehr auf das Nationale unter Hinzufügung des Sozialen, die andern dagegen den Akzent mehr auf das Soziale unter Hinzufügung des Nationalen legen. Es ist die gleiche Problematik, die uns schon bei der Beschäftigung mit den Ansätzen von Onésimo Redondo und Ledesma Ramos in den J.O.N.S. begegnete. Blieb aber damals die Frage verdeckt, so tritt sie nun, da ein einzelner die Rich-

tung zu bestimmen hat, offen zutage. An ihr scheidet sich Ledesma Ramos von José Antonio. Es kommt zum Bruch der Partei; wenn dabei die Mehrheit bei José Antonio bleibt, so zeigt sich darin über die stärkere, persönliche Position José Antonios hinaus, daß die Falange in ihrer soziologischen Struktur nicht von den Anhängern Ledesmas, also vorwiegend Arbeitern, geprägt ist. Mit diesem Bruch stößt die Falange auch ihren Exponenten des betont a-katholischen Flügels ab. Die Partei erscheint jetzt fester gefügt, jedoch um den Preis, daß sie durch den Austritt der rechtsstehenden Gruppe im November 1934 und den Bruch mit Ledesma im Januar 1935 in ihrer ohnehin geringen Quantität noch Einbußen hinzunehmen hat⁵⁾.

2. Wahniederlage

Eine heimliche Zusammenkunft der Junta Política in El Parador de Gredos, Juni 1935, illustriert die politisch aussichtslose Position der Falange, den tiefen Kontrast zwischen Können und Wollen. Ihre Wirksamkeit beschränkt sich auf direkte Aktionen⁶⁾; ihr einziges, dürftiges, als periodische Wochenzeitung aufgelegtes Organ »Arriba« unterliegt der Kontrolle⁷⁾, in der Presse des Landes wird die Falange auch weiterhin nicht beachtet. Aus dieser ohnmächtigen Situation heraus ventiliert die Spitze der Falange den Gedanken, die Aufmerksamkeit der Nation durch eine falangistische Erhebung auf sich zu ziehen. Sie ist sich selbst darüber klar, daß ein Aufstand, von ihr inszeniert, scheitern muß. Sie gibt sich damit zufrieden, ein Fanal zu setzen – in der Hoffnung, »daß diese Geste von den Militärs aufgenommen würde... und daß sie, vereint mit unseren Kräften, dieses klägliche System zerstören würden, das von Wahl zu Wahl und Fiasko zu Fiasko Spanien kompromittiert«⁸⁾.

Die während der heimlichen Zusammenkunft besprochene Erhebungsabsicht bleibt illusorisch, Bedeutung kommt ihr nur insofern zu, als sich in den Motiven, die für die Erhebung angekündigt werden, die Situation der Falange spiegelt: Auf der einen Seite ist es die Sorge, daß die Unzulänglichkeit der sich in parteiischen Interessen erschöpfenden Regierungskoalition und die wirtschaftliche Misere des Landes bei den nächsten Wahlen der Linksoption einen Sieg einbringen wird. Für die Falangisten steht es außer Frage, daß in dem Moment

ihre eigene Aktivität vollends unterbunden würde. Zeigt sich schon darin aufs neue ihr trotz aller politischen Gegensätzlichkeit stärkeres Verhaftetsein in jenem bürgerlichen Lager, wie es die Regierungskoalition darstellt, so beweist die Falange darüber hinaus mit ihrer irrealen Hoffnung auf eine für den Erfolg eines Aufstandes unerläßliche Beteiligung des Militärs die Schwäche ihrer eigenen Position. Und wieder wird auch jene nun schon so oft bloßgelegte Unklarheit und Naivität ihrer eigenen Vorstellungen deutlich: sie gesteht, daß ihr Ziel – der Neue Staat, den sie schaffen und prägen will – nicht ohne die Hilfe anderer, der Falange fernstehender stärkerer Kräfte zu erreichen ist, aber sie beschäftigt sich nicht mit der Konsequenz dieses Eingeständnisses, daß nämlich das Paktieren mit einer wesentlicheren Potenz zwangsläufig ihren eigenen Einfluß auf die zukünftige Gestaltung reduzieren müßte.

Die bloß im Deklamatorischen steckengebliebene Erörterung eines Aufstandes⁹⁾ veranschaulicht die materielle Schwäche und geistige Unklarheit der Partei. Beides finden wir wieder bestätigt in den letzten Monaten, die der Falange als Partei in der Zweiten Republik noch gewährt sind. Als José Antonio für den 15. und 16. November den zweiten Nationalkongreß einberuft, formieren sich die politischen Fronten zur nächsten Cortes-Wahl. In der Regierung wechseln sich Tageskabinette ab. Da keine regierungsfähigen Mehrheiten zustande kommen, wird die Auflösung der Cortes zwingend. Dem Präsidenten der Republik gelingt es noch, ein toleriertes Übergangskabinett zu vereinbaren, dessen Auftrag darin besteht, Neuwahlen vorzubereiten. Sie werden dann für den 16. Februar 1936 angesetzt.

Schon Monate vorher haben die Parteien mit ihren Manipulationen zu diesen Wahlen begonnen. Sie führen die Linksopposition zur »Frente Popular«, der Volksfront. In ihr vereinigen sich über die Machtträger des ersten republikanischen bienio hinaus nun insgesamt acht oppositionelle Parteien, die von den Republikanern Azañas bis zu den Kommunisten reichen und auf die Wahlhilfe der Anarchosyndikalisten rechnen können. Diese erste Wahlhilfe des Anarchosyndikalismus ist das Ergebnis sich über den Herbst und Winter hinziehender Verhandlungen zwischen der von Largo Caballero beherrschten sozialistischen UGT und der anarchosyndikalistischen CNT und FAI. Die spanischen Kommunisten folgen mit ihrer eifrig betriebenen Einreihung in die Volksfront der Weisung des VII. Kongresses der 3. Internationale vom Juli 1935. Sie stellen noch keinen

entscheidenden Faktor innerhalb der Volksfront dar. Die brutal-revolutionäre Sprache, die der die Mehrheit der Sozialisten anführende Largo Caballero anschlägt, läßt ihnen, zahlenmäßig ohnehin gering, wenig Entfaltungsmöglichkeit. Aus der Wahl gehen die Kommunisten dann auch nur mit 16 Abgeordneten hervor.

Gegen den Zusammenschluß der erbitterten oppositionellen Kräfte – ihre Wahlparole heißt: Rache für den Oktober – bildet sich ein gegenrevolutionärer Block, die »Frente Nacional«, die aber vor allem durch die Gegensätzlichkeiten der starken rechtsrepublikanischen Acción Popular und der monarchistischen Parteien nur zu einem losen, in den Provinzen verschieden gehandhabten Wahlbündnis durchdringt. Ein gemeinsames Wahlmanifest, in dem sich die Parteien auf Grundsatzforderungen einigen wollten, kommt nicht zustande.

In dieser Situation, in der sich zwei Wahllager – die Volksfront und die Nationale Front – herauschälen, wird für die Falange die Frage zwingend, welche Haltung sie selbst in der Wahlkampfzeit einnehmen soll. Sie wird zum entscheidenden Thema des zweiten Kongresses. Fragen der Organisation, wie die Dienstgradabzeichen der Nationalräte – José Antonio verleiht ihnen dann ihre Führerschnüre – werden diesmal nur kurz behandelt. Die Besetzung der Junta Política soll fortan nach der Maßgabe dieses Kongresses erfolgen, wonach ihr insgesamt 12 Falangisten anzugehören haben, von denen sechs aus dem (zum überwiegenden Teil ja von José Antonio ernannten) Nationalrat zu wählen und weitere sechs durch un-diskutable Entscheidung des Parteiführers zu bestimmen sind, womit also die Prädominanz des Führers nicht angetastet wird¹⁰⁾.

Überschauen wir die Einstellung der Falange zur Wahl, so zeigt sich, daß sie sich mit ihrer Doktrin und Taktik, je näher der Wahltermin heranrückt, in ein Netz von Widersprüchen verstrickt. Auf dem zweiten Kongreß verkündet sie wieder – damit ganz der unbesonnenen, sich nicht mit politischen Konsequenzen aufhaltenden Einstellung folgend, wie sie für die Erörterungen in El Parador de Gredos skizziert wurde –, daß sie Feind aller Parteien sei und ihren Anspruch aufrecht erhalte, die führende Bewegung für ein neues Spanien zu sein, der man nur ganz zustimmen, von der man aber nicht Konzessionen erwarten könne. José Antonio erklärt: »Hier stehen wir . . . und erwarten euch alle: wenn ihr nicht kommen wollt, wenn ihr euch unseren Rufen gegenüber taub stellt, schlimm für uns, aber schlimmer für euch und für Spanien«¹¹⁾. Zwar wird die Möglichkeit einge-

räumt, angesichts der revolutionären marxistischen Bedrohung mit den antimarxistischen Kräften gemeinsam bei der Wahl zu operieren, doch verbunden bleibt damit die Bedingung, »die Bedeutung der Falange anzuerkennen«.

Die Forderungen der Falange für ein antimarxistisches Wahlbündnis formuliert José Antonio in »Arriba«, Nr. 22 vom 5. Dezember 1935. Mit den bekannten Metaphern der Falange erklärt er, daß die »Nationale Front« dem spanischen Volk einen neuen Glauben an seine Schicksalsgemeinschaft und den entschlossenen Willen zur Wiedergeburt zurückzugeben habe. Als materielle Forderungen nennt er, dem Programm der Falange entsprechend, a) eine Kreditreform unter Einschluß der Verstaatlichung des Bankwesens und b) eine Agrarreform, die revolutionär durchzuführen und bei der die Frage einer Entschädigung zweitrangig sei. Im gleichen Sinne äußert er sich wieder in »Arriba« Nr. 24 vom 19. Dezember.

Daß die Falange mit diesen radikalen Thesen bei den Parteien der Nationalen Front keinen Anklang findet, ist nicht verwunderlich. Sie widersprechen – materiell – der Einstellung dieser Parteien, und sie fordern von ihnen eine Selbstentblößung und Unterwerfung unter den Anspruch einer politisch unbedeutenden Partei. Wir wissen nicht, ob über die von der Falange offen verkündeten Bedingungen hinaus sachlichere und bescheidenere Gespräche zu diesem Zeitpunkt mit den Parteien der Nationalen Front geführt worden sind; der aggressive Ton, mit dem in »Arriba« im November und Dezember über das parlamentarische System allgemein und besonders über diese beiden Wahllager hergezogen wird, wie auch die bisher festgestellte taktische Unbekümmertheit lassen dies unwahrscheinlich erscheinen. Andererseits kann die Falange für die Nationale Front, ganz abgesehen von der politischen Gegensätzlichkeit, keine für die Wahl wichtige Potenz bedeuten, um die es sich lohnte, sich zu bemühen. Nach Artikel 36 der Verfassung gilt das Wahlrecht vom 24. Lebensjahr an; die Falange ist eine Partei junger Männer. Nach einer Äußerung José Antonios besitzen Zweidrittel der mit der Falange Sympathisierenden nicht das erforderliche Wahlalter.

Aber es hat die Falange trotz der stolz verkündeten Eigenständigkeit in dem wild entbrennenden Wahlkampf die Sorge bewegt, daß das Ergebnis der Wahlen ihre Lage entscheidend beeinflussen werde. Und sie hat sich aus dieser Sorge heraus gesagt, daß eine parlamentarische Repräsentanz ihre Existenz absichern könne. Ein Rundschrei-

ben José Antonios an die Provinz- und Lokalchefs der Partei vom 6. Januar 1936 macht diese mit dem Ergebnis einer Beratung der Junta Política bekannt, die am 24. Dezember stattgefunden hat. Sie offenbart das Dilemma der Partei in aller Schärfe. Es liege – erstens – darin, daß sie aus einem ihr wahrscheinlich dünkenden Wahlsieg der Volksfront die Konsequenz zu ziehen habe, dieser Sieg könne für sie selbst tödlich sein oder würde zumindest für viele Jahre die Möglichkeit eines Triumphes aufschieben. Es stelle sich die Frage, ob diese Aussicht nicht eine Unterstützung der Frente Nacional im Sinne der Sicherung der eigenen Partei rechtfertige. Dem aber stehe – zweitens – die eigene Doktrin entgegen. Sie formuliere den Prioritätsanspruch unmißverständlich. Die Junta Política verkenne nicht die Folgerung, daß nämlich gerade die Aufgabe dieses Anspruchs bei einem Wahlbündnis den glühendsten Falangisten das Argument liefere, es werde Verrat an der eigenen Doktrin begangen. Es heißt, die Falange könne ein solches Opfer nur dann rechtfertigen, wenn ihr innerhalb der Nationalen Front eine starke Repräsentanz von etwa 25 bis 30 Kandidaturen zugestanden würde. Doch sei sich die Junta Política – drittens – darüber klar, daß diese Zahl niemals von der Nationalen Front konzidiert würde.

Die Falange sieht dann – einerseits von den Parteien der Nationalen Front geringschätzig allein gelassen, andererseits verzweifelt bemüht, sich selbst parlamentarisch abzusichern – aus der Verstrickung keinen anderen Ausweg, als zumindest den Versuch zu unternehmen, durch einen auf wenige Provinzen konzentrierten eigenen Wahlfeldzug wenigstens ihre wichtigsten Vertreter ins Parlament zu bringen. Ohne die Stellungnahme der angeschriebenen Unterführer abzuwarten, proklamiert José Antonio am 9. Januar ein Wahlmanifest der Falange. Von diesem Tage an tritt sie, die Thesen ihres Parteiprogramms verkündend, im Wahlkampf mit dem Anspruch auf, die »wahre nationale Front« zu sein. Der Vorwurf an die Parteien der Nationalen Front, diese Idee zu verfälschen, wird zu einer immer wieder vorgebrachten Wahlparole. So erklärt José Antonio in einer Wahlrede in Madrid am 2. Februar 1936: »Dieses Gebilde da... ist nicht die Nationale Front, es ist ihr Trugbild. Dafür sind wir nicht zu haben... Gerade um sie zu bekämpfen, stellen wir unsere eigene unabhängige Kandidatenliste auf...«¹²⁾.

Die Verwirrung, die die Falange mit der Propagierung ihrer eigenen »nationalen Front« heraufbeschwört, schlägt auch zurück auf die

Falange selbst. Ihre Propaganda hatte, seit dem Bestehen der ersten Gruppen, darin bestanden, das parlamentarische System zu verwerfen. Nun aber, in dem ersten Wahlkampf, den die Falange erlebt, bewirbt sie sich selbst um Stimmen, die ihr eine Repräsentanz im verhöhten Parlament einbringen soll. Da sie an der Wahl selbst partizipiert, kann es nicht ausbleiben, daß diese Haltung junge Falangisten verwirrt. Der von der Junta vorhergesehenen Verwirrung in den eigenen Reihen tritt José Antonio mit einem Artikel in »Arriba« vom 9. Januar entgegen. Unter der Überschrift »In dieser Zeit, mehr denn je Vertrauen in die Führung!« erklärt er, daß das Eingreifen der Falange in den Wahlkampf nicht von allen verstanden werden könne, weil es ihnen, anders als der Junta Política und dem Nationalchef der Partei, an dem nötigen Einblick fehle. »Habt volles Vertrauen auf die Entscheidungen des Führers und bedenkt: Vertrauen ist leicht, wenn ein gegebener Befehl unseren Neigungen entspricht. Schwierig ist es, in der gleichen Treue auszuharren . . . wenn der Befehl nicht dem entspricht, was wir erwarteten, und wenn er in seinen Gründen dunkel bleibt.« Um allen Mißverständnissen in der Falange zu begegnen, befiehlt José Antonio am 27. Januar, daß in allen Provinzen, in denen die Falange nicht kandidiert, keine Notiz vom Wahlkampf zu nehmen sei, daß allgemein auch das geringste Anzeichen einer Wahlhilfe für andere Parteien zu unterbleiben habe und daß alle wahlberechtigten Falangisten in den Provinzen ohne eigene Kandidatur nur für den Nationalchef zu plädieren hätten – womit also ihre Wahlstimmen ungültig werden.

Am 16. Januar 1936 erscheint in »Arriba« (Nr. 28) die Kandidatenliste der Falange. Sie wird in fast allen Orten, in denen sich die Falange überhaupt Stimmen verspricht, von José Antonio angeführt¹³⁾. Laut F. Bravo gab sich niemand der insgesamt nur 16 Kandidaten der Illusion hin, einen Sitz in den Cortes zu erlangen¹⁴⁾. Diese nachträgliche Äußerung findet ihre Berechtigung im seltsamsten Kapitel der Wahlmanipulationen der Falange: Denn während sie ihren eigenen, gegen Nationale- wie Volksfront gerichteten Wahlkampf führt und dann ab 16. Januar ihre eigenen Kandidaten herausstellt, bemüht sich José Antonio aus der Erkenntnis dieser Unzulänglichkeit heraus seit Anfang Januar, als Kandidat der Nationalen Front wieder in Cádiz zugelassen zu werden, dem heimatlichen Wahldistrikt, dem er in einer Koalition der Rechtsparteien in den Novemberwahlen 1933 sein Mandat zu verdanken hatte. Er erklärt sich vor dem

für die Provinz konstituierten Wahlkomitee der Nationalen Front »eindeutig bereit, mit den gleichen Partnern wie 1933 gemeinsam den Wahlkampf zu bestreiten«¹⁵). Das Wahlkomitee lehnt ihn jedoch ab und verbaut damit – Versuche, doch noch zugelassen zu werden, gehen bis in die letzten Wahlwochen hinein – auch diese letzte erhoffte Möglichkeit.

Die »innere« Geschichte der Falange bei diesem Wahlkampf erweist sich von den Beschlüssen des zweiten Kongresses über die Konstituierung ihrer »Frente Nacional auténtico« bis zum Versuch ihres Führers, doch noch über die nationale Front der Rechtsparteien eine parlamentarische Basis zu finden, als die Geschichte ihrer eigenen Überschätzung und ihrer entsprechenden Fehldispositionen.

3. Verhaftung und Verbot

Wie nicht anders zu erwarten, erringt die Falange bei den Wahlen vom 16. Februar keinen Cortes-Sitz. Der Triumph der Volksfront läßt das Pendel wieder weit zurückschlagen. An die Zeit der ersten republikanischen Periode mit ihren sozialistischen und antikatholischen Vorzeichen wird jetzt unter noch stärkerer Verleugnung des »anderen« Spanien wieder angeknüpft. Die unverzüglich dekretierte Amnestie in weitester Auslegung, die sofortige Wiedereinsetzung des katalanischen Status, die Suspendierungen in Verwaltung und Armee vollziehen sich in einer trotz der Alarmierung des Heeres nicht aufzuhaltenden Welle offenen Straßenterrors. Kirchenbrände, Morde und politische Gewaltakte sind an der Tagesordnung¹⁶).

Der politische Druck, der nun auf die oppositionellen Parteien ausgeübt wird, führt für die Falange bereits am 27. Februar zur generell verfügbaren Schließung ihrer Zentren. Ihr Bemühen, nach der Wahl einen gemäßigten Ton gegenüber den linken Parteien zu finden, ist unverkennbar. Doch geht über diesen Versuch die Gewalt der wirklichen Verhältnisse hinweg: Am 14. März 1936 wird die Falange verboten; in einer großen Aktion werden am 14., 15. und 16. März der Führer der Partei, die gesamte Junta política und die meisten führenden Falangisten in den Provinzen verhaftet. Erst die Erhebung gegen die Volksfront im Juli 1936 wird die Führung der Falange dort, wo der Aufstand gelingt, aus den Gefängnissen befreien. Unter

dem Druck der Volksfrontregierung steht die Falange, nun völlig in den Untergrund gedrängt, seit dem 14. März ohne Führung da; und zeigt sich fortan auch, korrespondierend zu der fiebrigen Atmosphäre des Landes, ein gesteigertes Maß härtester direkter Aktionen aus der Illegalität heraus¹⁷⁾, so ist andererseits der Zusammenhalt der Falange nicht mehr gewährleistet. Da die Zentrale ausfällt, sind die lokalen Gruppen auf sich selbst gestellt.

Mit der Skizzierung der Situation der Falange im Frühjahr 1936 unterbrechen wir die Geschichte der Partei. Wir haben sie als Partei junger Männer kennengelernt, die ihre ersten Schritte in der Politik unternimmt. Der Anspruch, den sie erhebt, steht in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung. Das folgt aus der bisher dargelegten Geschichte der Partei. Damit aber ist die Frage nach ihrer effektiven Stärke nur umschrieben beantwortet worden. Um sie konkreter zu fassen, müssen wir uns mit bestimmten Schlüssen aus ihrer Geschichte heraus und einigen Hinweisen begnügen.

I. In ihrer soziologischen Struktur kommt die Falange, bestätigt durch die geschilderten Verschiebungen in der Partei und ihrer politischen Verhaltensweisen, vorwiegend aus dem bürgerlichen Lager, jedoch mit einer unverkennbaren, schon ihrer Doktrin entsprechenden und stark betonten Öffnung nach links. Davila¹⁸⁾ gibt für die andalusische Falange das Verhältnis von Studenten, Berufstätigen aus der Mittelklasse und Arbeitern mit 5:3:2 an. Dieses Verhältnis dürfte auch generell zutreffen. Es wird durch eigene Informationen bei Altfalangisten mit dem Hinweis bestätigt, daß vor allem die zur Mittelklasse gehörenden Falangisten dem Kleinbürgertum – »Proletarier mit Krawatte« – entstammen, die Studenten in ihrer Mehrheit wirtschaftlich besser gestellten Familien.

II. Der propagandistische Einfluß ist äußerst begrenzt. Wir erinnern uns, daß die erste Wochenzeitung »Falange Española« – Dezember 1933 bis Juli 1934 – mit insgesamt nur 14 Ausgaben erschien, »Arriba« – März 1935 bis März 1936 – mit 34 Ausgaben. Andere publizistische Versuche, wie »Haz« und »Informaciones« blieben im Ansatz stecken oder kamen, wie einige als lokale Ausgaben gedachte Blätter, über Flugblattcharakter nicht hinaus. Wir dürfen dabei als sicher hinstellen, daß diese geringe Wirksamkeit mehr einer finanziellen Misere als Zensurmaßnahmen entsprang. So mußte, um »Arriba« herausbringen zu können, das Valladolidler Lokalblatt »Liber-tad« eingestellt werden. »Arriba« konnte auch nicht vielseitiger ge-

staltet werden. Ebenso blieb der Wunsch des Jahres 1934 illusorisch, eine Tageszeitung herauszugeben. José Antonio appellierte auch wieder in »Arriba«, Nr. 17 vom 31. Oktober 1935 an seine Anhänger, Geld für die Auflegung einer Tageszeitung zu sammeln.

III. Läßt schon die finanzielle Lage Rückschlüsse auf die effektive Stärke der Partei zu, so können weitere Belege einen ungefähren Überblick verschaffen. Nach Informationen bei führenden Altfalangisten belief sich die Mitgliedszahl Ende 1935 auf rund 8000 eingeschriebene und davon rund 800 beitragszahlende Falangisten. Gewiß dürfen wir diese Zahlen nur als einen Anhaltspunkt betrachten. Doch scheinen sie in einem verständlichen Verhältnis zu dem zu stehen, was wir an Merkmalen und Verhaltensweisen in der Geschichte der Falange aufgezeigt haben.

Als Kerngebiete der Falange erwiesen sich Madrid und Valladolid. Sie waren die Schauplätze der wichtigsten Demonstrationen. Was darüber hinaus an lokalen Gruppen entwickelt wurde, kam über einen Stützpunktcharakter nicht hinaus. Wenn z.B. die erste Fahnenweihe der galizischen Falange erst im November 1935 geschieht, die erste und einzige Veranstaltung, zu der die Falange von Malaga aufruft, im Juli 1935 stattfindet, in Salamanca ein Parteibüro erst im Januar 1935 eingerichtet wird und die einzige Präsentation der Falange dort für den Februar 1935 zu verzeichnen ist – dann dürfen wir in diesen Hinweisen und unter Berücksichtigung der kurzen Frist, die der Falange mit ihren beschränkten Mitteln noch bis zum Verbot der Partei für jedwede organisatorische Bemühung blieb, allenfalls eine Partei in ihren Anfängen erkennen. Auch die Wahlen vom Februar 1936 bestätigen dies. Die Falange beschränkt sich, selbst nicht mit einem Erfolg rechnend, auf einige Wahlbezirke. In Madrid, der Zentrale der Falange, erhält sie ungefähr 5000 Stimmen – eine Zahl, die nicht ins Gewicht fällt. Als eine weitere Bestätigung für das Anfangsstadium der Partei kann schließlich ein Rundschreiben José Antonios vom 21. Februar 1936 gewertet werden, in dem er die Provinz- und Lokalchefs darauf aufmerksam macht, daß eine Sicherung der Doktrin und des Stiles gerade jetzt, nach dem Sieg der Volksfront, besonders wichtig sei. Er befiehlt deshalb, daß in Führerstellen nur Falangisten eingesetzt werden dürfen, »die mindestens vier (!) Monate der Falange angehören«¹⁹⁾.

FÜNFTES KAPITEL

Das Programm der Falange de las J.O.N.S.

Die von José Antonio im November 1934 aufgesetzten 27 Punkte haben folgenden Wortlaut¹⁾:

NATION – EINHEIT – IMPERIUM

1

Wir glauben an die hohe Wesenheit Spaniens. Seine Stärke, Größe und Macht zu mehren ist die vordringliche Gemeinschaftsaufgabe aller Spanier. Dieser Aufgabe haben sich unerbittlich Einzel-, Gruppen- und Klasseninteressen unterzuordnen.

2

Spanien stellt im Weltgeschehen eine Schicksalsgemeinschaft dar. Jeder Anschlag auf diese Gemeinschaft ist verwerflich. Separatismus ist ein unverzeihliches Verbrechen.

Die geltende Verfassung richtet sich, da sie zur Zersplitterung aufhetzt, gegen die schicksalhafte Einheit Spaniens. Wir verlangen daher ihre völlige Abschaffung.

3

Wir haben den Willen zum Imperium. Wir bekunden, daß die geschichtliche Erfüllung Spaniens das Imperium ist. Wir fordern für

Spanien einen hervorragenden Platz in Europa. Wir dulden keine internationale Isolierung. Ausländische Einmischungen sind uns unerträglich.

Hinsichtlich der Beziehungen zu den hispanoamerikanischen Ländern erstreben wir eine einheitliche Ausrichtung der Kultur, der wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen. Spanien ist die geistige Achse der hispanischen Welt; dies begründet unseren Anspruch auf Teilnahme am internationalen Geschehen an hervorragender Stelle.

4

Unsere Streitkräfte – zu Lande, zu Wasser und in der Luft – sollen die Wirksamkeit und den Umfang haben, die zur dauernden Sicherung der vollen Unabhängigkeit und der Spanien zukommenden Stellung in der Welt notwendig sind. Wir werden den Streitkräften zu Lande, zu Wasser und in der Luft die öffentliche Würde wiedergeben, die ihnen gebührt. Wir werden dafür sorgen, daß nach ihrem Bilde ein soldatischer Geist das gesamte spanische Leben be-seelt.

5

Spanien wird, wie einst, Ruhm und Wohlstand wieder auf dem Meere suchen. Spanien soll eine große Seemacht werden, um Gefahren abzuwenden und den Handel schützen zu können.

Ebenso fordern wir für das Vaterland eine starke Luftflotte und den Ausbau des Luftverkehrsnetzes.

STAAT – INDIVIDUUM – FREIHEIT

6

Unser Staat soll ein allesumfassendes Werkzeug im Dienste der Unversehrtheit des Vaterlandes sein. Am Staat sollen alle Spanier durch Familie, Gemeinde und Berufsstand teilhaben. Niemand kann über politische Parteien am Staate teilhaben. Rücksichtslos wird das System der politischen Parteien mit allen seinen Folgen wie dem unnatürlichen Wahlrecht, der Vertretung durch sich bekämpfende Gruppen und der bekannten Form des Parlaments abgeschafft.

7

Würde, Unverletzlichkeit und Freiheit des Menschen sind ewige und unantastbare Werte.

Wahrhaft frei ist jedoch nur, wer zu einer starken und freien Nation gehört.

Niemandem wird erlaubt sein, seine eigene Freiheit zum Schaden der Einheit, der Stärke und der Freiheit des Vaterlandes zu gebrauchen. Eine strenge Disziplin wird jeden Versuch der Vergiftung, Entzweiung oder der Aufhetzung der Spanier zu einem Handeln gegen die Berufung des Vaterlandes verhindern.

8

Der Nationalsyndikalistische Staat wird jede private Initiative zulassen, die mit den Interessen der Gesamtheit vereinbar ist. Er wird sie sogar fördern und anregen, wenn es von Nutzen ist.

WIRTSCHAFT – ARBEIT – KLASSENKAMPF

9

Wirtschaftlich verstehen wir Spanien als einen gewaltigen Berufsstand von Erzeugern. Wir werden die spanische Gesellschaft korporativ in einem System vertikaler Syndikate nach Produktionszweigen ordnen. Es hat der volkswirtschaftlichen Gesamtheit zu dienen.

10

Wir verwerfen das kapitalistische System. Es verkennt die Nöte des Volkes, es entmenslicht das Privateigentum, es drängt die Arbeiter in unförmige Massen zusammen, die für Elend und Verzweiflung anfällig sind. Unsere geistige Einstellung und unser nationales Bewußtsein verwerfen auch den Marxismus. Wir werden den Schwung der arbeitenden Klassen, die heute durch den Marxismus irreführt sind, in rechte Bahnen lenken, indem wir auf ihre unmittelbare Teilnahme am großen Werk des nationalen Staates dringen.

11

Der nationalsyndikalistische Staat wird sich nicht grausam dem wirtschaftlichen Kampf der Menschen versagen. Er wird auch nicht mü-

ßig der Unterdrückung der schwächeren durch die stärkere Klasse zusehen. Unsere Ordnung wird den Klassenkampf radikal beenden, da alle, die im Produktionsprozeß stehen, in ihr eine organische Einheit bilden.

Wir verwerfen und verhindern in Zukunft mit allen Mitteln den Mißbrauch von Sonderinteressen zum Schaden anderer und die Anarchie in der Arbeitsordnung.

12

Reichtum ist in erster Linie dazu bestimmt – und diesen Grundsatz wird unser Staat verwirklichen – die Lebensbedingungen aller Glieder des Volkes zu bessern. Es ist untragbar, daß ungeheure Massen im Elend leben, während eine kleine Schicht allen erdenklichen Luxus hat.

13

Der Staat wird das Privateigentum als rechtmäßiges Mittel zur Erfüllung der Zwecke des einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft anerkennen. Er wird es vor Übergriffen des Großkapitalismus, der Spekulation und der Geldverleiher schützen.

14

Wir sind dafür, das Bankwesen und, mittels der Korporationen, die für die Gemeinschaft wichtigen Betriebe zu verstaatlichen.

15

Alle Spanier haben ein Recht auf Arbeit. Die öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, alle zu unterstützen, die ohne Verschulden arbeitslos sind.

Bis zur Vollendung der neuen Gesamtordnung halten wir alle Vorteile aufrecht und bauen sie weiter aus, die die geltenden Sozialgesetze dem Arbeiter bieten.

16

Alle arbeitsfähigen Spanier sind zur Arbeit verpflichtet. Der national-syndikalistische Staat wird keine Rücksichtnahme denjenigen gegenüber kennen, die keiner Tätigkeit nachgehen und auf Kosten der anderen leben wollen.

GRUND UND BODEN

17

Unter allen Umständen sind die Lebensbedingungen auf dem Lande zu verbessern. Das Land ist die bleibende Lebensgrundlage Spaniens. Wir werden daher rücksichtslos die wirtschaftliche und soziale Reform in der Landwirtschaft durchführen.

18

Wir werden die landwirtschaftliche Erzeugung (Wirtschaftsreform) mit folgenden Mitteln steigern:

Für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird ein lohnender Mindestpreis sichergestellt.

Wir verlangen, daß ein großer Teil des Vermögens, das heute die Stadt für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke verschlingt, dem Land wieder zugeführt wird, damit es über ausreichende Mittel verfügt.

Wir werden ein wahrhaft nationales, landwirtschaftliches Kreditssystem schaffen, das dem Bauern zu niedrigem Zinssatz Geld leiht, ihm dabei sein Vermögen und seine Ernten garantiert und ihn vor Wucher und Ausbeutung schützt.

Die fachliche Schulung in Ackerbau und Viehzucht soll gefördert werden.

Die Ausnutzung des Bodens soll seinen natürlichen Bedingungen und den Absatzmöglichkeiten der Erzeugnisse angepaßt werden.

Die Zollpolitik soll so gehandhabt werden, daß sie Ackerbau und Viehzucht schützt.

Wasserbauten sollen beschleunigt durchgeführt werden.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind zu rationalisieren. Dadurch sollen sowohl die verschwenderischen und vernachlässigten Latifundien als auch die wegen ihres geringen Ertrages unwirtschaftlichen Zwergbetriebe beseitigt werden.

19

In sozialer Hinsicht werden wir die Landwirtschaft durch folgende Mittel ordnen:

Wir werden kultivierbares Land neu verteilen, um Familienbesitz zu schaffen, und den berufsständischen Zusammenschluß der Bauern energisch fördern.

Die Volksmassen, die heute ihre Arbeitskraft in der mühseligen

Bebauung unfruchtbarer Bodens erschöpfen, sollen aus ihrer elenden Lage befreit und auf neues, kultivierbares Land umgesiedelt werden.

20

Wir werden einen unermüdlichen Feldzug für die Aufstockung des Viehbestandes und die Aufforstung führen. Wir werden diejenigen mit schweren Strafen belegen, die dies zu stören versuchen. Wir werden sogar zeitweilig die gesamte spanische Jugend zwangsweise für diese historische Aufgabe der Wiederherstellung des Reichtums des Vaterlandes heranziehen.

21

Der Staat kann ohne Entschädigung unrechtmäßig erworbenen oder genutzten Boden enteignen.

22

Die Wiederherstellung des Gemeindebesitzes wird ein besonders wichtiges Vorhaben des nationalsyndikalistischen Staates sein.

NATIONALE ERZIEHUNG – RELIGION

23

Es ist eine wesentliche Aufgabe des Staates, durch eine straffe Disziplin in der Erziehung ein starkes und einheitliches Nationalbewußtsein zu schaffen und in die Herzen der kommenden Generationen die Freude und den Stolz auf das Vaterland zu pflanzen.

Die männliche Jugend wird eine vormilitärische Erziehung erhalten, die sie auf den ehrenvollen Dienst im Volksheer Spaniens vorbereitet.

24

Das Bildungswesen wird so gestaltet, daß kein Talent wegen fehlender wirtschaftlicher Mittel scheitert. Alle, die es verdienen, sollen leichten Zugang selbst zum Hochschulstudium haben.

25

Unsere Bewegung legt das katholische Bewußtsein – das in Spanien eine glorreiche Tradition hat und vorherrschend ist – der nationalen Erneuerung zugrunde.

Kirche und Staat werden ihre Rechte durch ein Konkordat regeln. Eine Einmischung wird ebensowenig geduldet wie irgendeine Tätigkeit, welche die Würde des Staates mindern oder die nationale Einheit schädigen könnte.

NATIONALE REVOLUTION

26

Die Falange Española de las J.O.N.S. erstrebt eine neue Ordnung nach diesen Prinzipien. Um sie durchzusetzen im Kampf gegen die bestehende Ordnung, trachtet sie nach der nationalen Revolution.

Als ihren Stil wird sie ein unmittelbares, leidenschaftliches und kämpferisches Handeln vorziehen. Das Leben ist Soldatentum; es muß vollzogen werden in untadeliger Dienstauffassung und glühendem Opfersinn.

27

Es ist unser heißes Bemühen, den Kampf nur mit den unserer Disziplin unterworfenen Kräften siegreich zu bestehen. Wir werden sehr wenig paktieren; nur in der Schlußphase zur Eroberung des Staates wird die Führung für eine notwendige Zusammenarbeit eintreten. Dabei muß jedoch stets unser Führungsanspruch gesichert sein.

1. Die faktischen Forderungen

Die Analyse dieses Programms beginnen wir mit einem Überblick über seine faktischen Forderungen:

1. Wie bei den 16 Punkten des J.O.N.S.-Programms aus dem Jahre 1931, finden wir wieder die beiden großen Komplexe: den des imperialen Wollens und den der sozialen Gerechtigkeit. Das Programm der Falange ist in seinen Formulierungen gemäßigter. Es hat nicht mehr den schreienden, Bestrafung und unverblümt gewalttätige Aggression fordernden Ton; es erschöpft sich auch nicht mehr in einer unsystematischen Aufzählung unausgeogener Gedanken, die zu den widersprüchlichsten Interpretationen verlocken könnten. Lauthals ver-

kündete imperiale Ziele wie die Beherrschung Nordafrikas oder die unverzügliche Rückgliederung Gibraltars fehlen nun ebenso wie die vermessene Forderung, Spanien dürfe nur von Männern unter 45 Jahren regiert werden. Doch können wir den Wert des FE-Programms nicht an dem Unwert des alten J.O.N.S.-Programms messen. Wir konstatieren nur allgemein beim FE-Programm einen gemäßigeren Ton, eine straffere systematische Gliederung und eine größere Ausführlichkeit.

II. Unverändert geblieben ist die Interpretation des Staates als eines Instruments zur Erfüllung einer Mission, eines geschichtlichen Auftrags, zu dem der Name Spanien verpflichtet. Er verlangt – als innenpolitische Prämisse – eine in soldatischem Geist und dynamischem Wollen geeinte Nation. So getrieben, hat sich Spanien in der Welt als Imperium zu dokumentieren. Mit der Berufung auf die Größe der Geschichte begründet die Falange ihre imperialen Bestrebungen. Sind sie auch nicht auf geographisch genau fixierte Ziele abgestellt, so heben sie doch eine allgemein beanspruchte, machtpolitische Vorrangstellung eindeutig hervor. Die Falange setzt zum Beispiel voraus, daß Spanien die *geistige* Achse der hispanischen Welt sei. Sie folgert daraus aber einen *politischen* Anspruch²⁾, der eine Bevormundung anderer Nationen bedeutet³⁾. Wenn sie erklärt: Wir dulden keine internationale Isolierung (Punkt 3), dann zeugt dies zwar von ihrer außenpolitischen Konstellationsmöglichkeiten nicht bedenkenden Unbekümmertheit, aber mehr noch von dem Maß an Respekt, das sie anderen Staaten aufgrund der Stärke ihres eigenen Staates abzufordern für selbstverständlich hält. Die Anerkennung und Teilnahme Spaniens in der Weltpolitik »an hervorragender Stelle« wird nicht mit der Bekundung einer achtungsgebietenden geistigen Substanz angestrebt, sondern mit ausschließlich machtpolitischen Argumenten. Für die Falange entscheidet, ihren imperialen Vorstellungen gemäß, über die Qualität des Staates die Quantität seiner Stärke.

III. Die drei großen Komplexe der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, die die Falange setzen will, betreffen a) die Erfassung der Berufstätigen in Syndikaten, b) die Verstaatlichung des Großkapitals und der für die Gemeinschaft wichtigen Betriebe, c) die Agrarreform.

a) Die Falange spricht von vertikalen Syndikaten. Was versteht sie darunter? Sie geht von dem Gedanken aus, daß auch die Formen der bestehenden Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern Ausdruck sich bekämpfender Klassen- und Wirtschaftsinteressen sind, die mit Aufgabe und Funktion des von ihr propagierten Staates nicht übereinstimmen. Um die im Arbeitsprozeß Stehenden zu integrieren, sollen sie in Syndikaten als den Gliedern des Staates, nach Berufszweigen geordnet, zusammengefaßt werden. Ausdrücklich erklärt José Antonio, daß die Falange über »die vorläufige Lösung« des italienischen Staates hinausgehe⁴⁾. Sie lehnt die Organisationsform Italiens, wo sich die gesonderten Berufsverbände von Arbeitgebern und -nehmern erst in ihrem zusammenfassenden Überbau, den Korporationen, treffen, als unzureichend ab, da sie mit ihrer horizontalen Sonderung den Klassengedanken und die Gegensätzlichkeit der Arbeitsparteien noch nicht voll überwinde. Für die Falange sind die vertikalen, nebeneinanderstehenden Syndikate »Ausgangs- und Endpunkt« zugleich. Sie erfassen Arbeitnehmer- und -geber in einer direkten Ordnung, die der Staat setzt. Er beherrscht Wirtschaft und Arbeit, gesteht den Syndikaten kein autonomes Recht zu, sie kennen weder Wahl noch haben sie beratende Stimme.

b) Mit der Forderung nach der Verstaatlichung des Großkapitals und der öffentlichen Betriebe versucht die Falange zugleich, eine Antwort auf Stellung und erlaubten Umfang des Privateigentums zu geben. Der privaten Initiative wird jegliche Form des Bank- und Kreditwesens entzogen. »Anstatt ein Privatgeschäft einiger weniger Bevorrechteter zu sein, wird jegliches kreditäres Arbeiten zu einer Aufgabe der ganzen Wirtschaftsgemeinschaft. Und diese Aufgabe muß erfüllt werden von dem dazu geeigneten Werkzeug, dem Staat. Der Finanzkapitalismus kann gänzlich abgebaut und durch die Nationalisierung des Kreditwesens ersetzt werden«⁵⁾.

Verbunden mit der Verstaatlichung des Bankwesens ist eine entschiedene Frontstellung gegen das Großkapital, wie es sich als konzentrierte wirtschaftliche Macht in Aktiengesellschaften und Trusts offenbart. Die Falange verwirft diesen »Industriekapitalismus«, der mit seinen in- und ausländischen Verflechtungen die Unabhängigkeit des Staates gefährdet, Aktien- und Schuldbriefbesitzern verwerfliche Vorrechte einräumt und die kleinen Betriebe einer unzumutbaren Konkurrenz aussetzt. Sie verkündet als eine eminente Bedingung für

die soziale und wirtschaftliche Wiedergesundung ihr Zurück zu den Kleinindustrien und Handwerksunternehmen, und sie läßt keinen Zweifel daran, daß sie mit der Verstaatlichung der für die Gemeinschaft wichtigen Betriebe die vornehmlich als Aktiengesellschaften arbeitenden Verkehrsbetriebe und Grundstoffindustrien des Landes meint⁶).

c) Das Leben Spaniens beruht auf seiner Landwirtschaft. Die Basis seines sozialen Lebens ist also an erster Stelle seine Agrarverfassung. Wegen des politischen Einflusses der Großgrundbesitzer und des Mangels an Stabilität in der Politik blieb Spaniens Zentralproblem: Grundbesitzumschichtung und Änderung in den Betriebsformen unerledigt. Die Falange geht nun mit dem ganzen Ungestüm ihres nationalen Erneuerungswillens an die Fragen der Landreform heran. Über die Kultivierung un bebauten Bodens als Saat-, Weideplätze oder Wald und die allgemeine Abstützung bäuerlicher Existenz hinaus propagiert sie eine soziale Umschichtung, die das Existenzniveau der weitgehend als Proletariat anzusprechenden Landbevölkerung auf Kosten des Großgrundbesitzes heben soll.

So verbietet sie die Ziehung von Renten durch Grundbesitzer, die, ohne selbst in der Landwirtschaft tätig zu sein, ihre Ländereien verpachten. Sie fordert weiter eine Neuverteilung des Bodens, die revolutionär vorgenommen werden müsse. Zu dieser Neuverteilung gehört die Beschneidung privater Latifundien. Bleibt auch im Programm der Falange die entscheidende Frage, in welcher Form eine Enteignung erfolgen soll, mit der Formulierung, sie *könne* entschädigungslos gehandhabt werden, unbestimmt, so ergibt sich doch aus den zahlreichen Äußerungen die Absicht der Falange, hier radikal vorzugehen. In einer Parlamentsrede vom 24. Juli 1935 plädiert José Antonio für eine Zwangsent eignung aus Gründen sozialer Nützlichkeit. In der Cortes-Sitzung vom Vortage erklärt er, daß eine Entschädigung die Landreform unter Berücksichtigung der knappen finanziellen Mittel des Staates auf Jahrzehnte hinauszögere. In einer Rede am 17. November 1935 heißt es: »Ihr fragt mich, ob die Eigentümer bezahlt werden sollen? Ich antworte: Das wissen wir nicht... Aber dies eine sage ich euch: bis es sich zeigt, ob wir geldlich in der Lage sind, den Boden zu bezahlen oder nicht, können unmöglich die seit Jahrhunderten Hungrigen die Ungewißheit ertragen, ob nun eine Agrarreform stattfinden wird oder nicht . . . Es ist gerechter und

menschlicher und rettet mehr Menschen das Leben, wenn bei der Durchführung der Agrarreform die Kapitalisten das Risiko tragen und nicht die Bauern.« In »Arriba« vom 7. November 1935 heißt es: »Eine kleine Schicht wird Opfer bringen müssen . . . Das spanische Volk muß leben. Und es hat nicht das Geld, um alles benötigte Land zu bezahlen.«

Zu der Agrarreform gehört schließlich noch die von der Falange propagierte Umsiedlung des Landproletariats auf neu erschlossenes oder umgeschichtetes Land.

iv. Uns scheint hier der Hinweis auf den gewaltigen Umfang dieser versprochenen Reformpläne angebracht, mit denen die Falange Spanien materiell wie geistig gesundmachen will. Sie sind ein Ausschnitt ihrer Gesamtversprechungen für den »Neuen Staat«. Er soll, Vollstrecker des Willens der Nation, aus dem Chaos des gegenwärtigen Spaniens hinausführen zu neuer Größe. Aber was die Falange an wirtschaftlichen Thesen verkündet, steckt, gemessen an den Möglichkeiten und Bedürfnissen des Landes, voller Ungereimtheiten. Sie will den von ausländischem Einfluß befreiten starken Staat, und sie strebt eine materielle Erneuerung an, die vom Aufbau einer großen Wehrmacht bis zu den gigantischen Projekten der Landreform reicht. Sie verspricht dazu die Hebung des materiellen Wohlstandes, gleichzeitig aber betont sie Vorteil und Förderung der Spanien adäquaten Kleinindustrie und des Handwerkerstandes, wiewohl ihre großartigen Projekte doch nicht (dazu unbeeinflusst vom Ausland) ohne eigene Großindustrien und stärkste finanzielle Rücklagen verifizierbar sind.

Sodann: Die Falange appelliert geistig an die Gemeinsamkeit des Wollens, an die von der Nation zu erfüllende Mission. Sie spricht von der Schicksalsgemeinschaft – verbunden damit aber ist zugleich das offengelassene Problem ihrer erbitterten Frontstellung gegen alle diejenigen, die sich mit ihren Zielen nicht identifizieren. Das Programm – so unfertig wie ungestüm und in manchen Partien auch hypertroph es ist – legt die Falange als die Essenz ihrer Vorstellungen und Absichten vor. Um seine Bedeutung in vollem Umfange klären zu können, müssen wir über die Erläuterung seiner faktischen Forderungen hinaus die Geisteshaltung präzisieren, die sich in ihm äußert.

2. Merkmale des Totalitären

Die Konzeption des Neuen Staates, den die Falange errichten will, beinhaltet als Kern eine Herrschaftsform, für die die bloße Charakterisierung als Diktatur nicht ausreicht. Denn was die Falange anstrebt, kann nicht allein als Versuch der Machteroberung und ihrer Stabilisierung im Sinne historischer Diktaturformen (wie etwa der des Generals Primo de Rivera) angesehen werden. Sie weist mit ihrer Politisierung der Gesellschaft, mit der Erfassung aller Lebensbereiche durch den Staat auf den Totalitarismus, auf die totale Herrschaft hin, wie sie sich als gesellschaftspolitische Erscheinung des 20. Jahrhunderts in den totalitären Staaten vom Typus des Faschismus – Nationalsozialismus auf der einen und des Kommunismus – Bolschewismus auf der anderen Seite darstellt. Die gesellschaftlichen, die historisch-politischen und die ideologischen Unterschiede dieser Herrschaftssysteme sind nicht zu verkennen, gleichwohl hat die politische Soziologie ungeachtet der spezifischen inhaltlichen Unterschiede die übereinstimmenden Merkmale herausgearbeitet, nach denen es möglich ist, ein System als totalitäre Herrschaft zu kennzeichnen⁷⁾.

Konfrontieren wir den Gegenstand unserer Untersuchung mit den von der politischen Soziologie als Grundbedingungen totaler Herrschaft erkannten Merkmalen, dann ist der von der Falange konzipierte »Neue Staat« als totaler Staat zu bezeichnen. Er strebt eine Politisierung auch derjenigen Bereiche der Gesellschaft an, die in den Demokratien außerhalb der politischen Sphäre bleiben. So verkündet er sein Erziehungsmonopol unter bestimmten ideologischen Vorzeichen, die vormilitärische Ausbildung der Jugend, die Einfügung allen Seins in die von ihm vertretene Ideologie. Er befiehlt, daß einer beruflichen Tätigkeit nur noch innerhalb der von ihm gesetzten politischen Machtaggregate, den Syndikaten, nachgegangen werden kann.

Verbunden damit ist eine erstrebte Umformung der Gesellschaft: Die Syndikate verwandeln bisher freie Gesellschaftsverbände in kontrollierte, gleichgeschaltete Lenkungsapparate. Sie unterwerfen damit den einzelnen einem Planungssystem, das ihn selbst funktionalisiert und sein Handeln reguliert: Raum ist ihm, dem Besitz wie der Tätigkeit nach, nur noch in einer an der kollektiven Produktionsleistung orientierten Gesellschaft zugewiesen.

Die totale Erfassung der Gesellschaft durch die Politisierung aller

Lebensbereiche, sodann durch ihre Umformung ist nur möglich bei unbedingter Unterordnung. Es widerspricht deshalb den Grundprinzipien der Falange, wenn sie in ihrem Programm (Punkt 7) die Freiheit des Individuums als unantastbaren Wert hinstellt. Diese Freiheit wird doch dadurch aufgehoben, daß dem Individuum keine andere »Entscheidungsfreiheit« als die der Unterordnung bleibt, es hat zu akzeptieren. Die Teilnahme am Staate durch »Familie, Gemeinde, Berufsstand« (Punkt 6) ist insofern fiktiv, als dem einzelnen auch darin keine Entscheidungsmöglichkeit, keine Bekundung seines freien Willens gestattet ist. Die Falange setzt ihre Ordnung, es gibt nur Akklamation.

Verkünder und Verwalter dieser zu respektierenden Ordnung ist eine bevorrechtete Minderheit. »Der letzte aus unseren Reihen darf sich immer noch höherwertig fühlen als der erste von denen, die außerhalb stehen«⁸⁾. Mit diesem elitären Anspruch begründet die Falange ihre Vorrangstellung (Punkt 26, 27). In sich selbst hierarchisch nach dem Führerprinzip, also dem absoluten Gehorsams aufgebaut, will sie in gleicher Weise selbst wieder über den Vollzug ihrer Ordnung wachen. José Antonio erklärt, daß ein Führer nicht dem Volk zu gehorchen, sondern ihm, dem unwissenden, zu *dienen* habe; daß entscheidend eine entschlossene Minderheit sei, die das Volk, »Opfer einer dekadenten Epoche«, leite (»... ihm zu dienen, heißt die Befehlsgewalt zum Wohle des Volkes ausüben, ... obwohl das Volk selbst nicht weiß, was sein Wohl ist«), bis es sich finde in der Klarheit der Neuen Ordnung⁹⁾. Wenn die Falange sich selbst definiert als eine »*milicia religiosa*« im Dienst des Staates¹⁰⁾, dann bekundet sie damit ihre elitäre Stellung, die erst die Organisationsform ihres Neuen Staates gewährleisten soll.

Das vierte Merkmal ist die Ideologie selbst, mit der die Falange im Sinne eines Messianismus ihre sozialen und politischen Heilslehren vertritt. Es sind bei ihr die dynamischen Definitionen des Vaterlandes, nicht als einer physischen und räumlichen Einheit, sondern als einer Mission und des Staates als des Instrumentes zur Erfüllung dieser Mission. Es ist ihre Propagierung einer sozialen Gerechtigkeit, in der soziale Verheißung für die einen mit dem Opferzwang für die anderen in Wechselbeziehung stehen. Ausdruck dieser Ideologie ist ebenso die erstrebte und als ethischer Anruf verkündete »Soldatisierung« der Gesellschaft wie die Herausstellung des »objektiven Gegners« (Arendt), der sich als Separatist, Kapitalist, Marxist usw. dem

eigenen Dogma widersetzt. Der Absolutheitsanspruch, mit dem die Falange ihre Ziele verkündet, schließt andere Ansichten aus. So liegt es in ihrer Ideologie selbst begründet, daß jeder Gegner sein muß, der nicht konform geht.

Schließlich ist festzustellen, daß die dem totalitären Herrschaftssystem eigene Personalunion von Staat und Bewegung auch die erklärte Absicht der Falange ist. Den Staat versteht die Falange als die von ihr geschaffene und von ihr zu bedienende Apparatur zur Verwirklichung ihrer Absichten. Spricht sie vom »Instrument«, dann ist damit in jeder ihrer Äußerungen der Grundgedanke verbunden, daß es Werkzeug der Mission, des Auftrags Spaniens, zu sein habe. Welches die Mission ist, wie auf innen- und auf außenpolitischem Sektor zur Erfüllung dieser Mission vorgegangen werden muß – das alles soll festgelegt sein durch die Ausschließlichkeit beanspruchenden Normen der Falange. Es nimmt sich seltsam aus, daß die Falange sich selbst als »den ersten Diener Spaniens« bezeichnet. Konsequenterweise aber macht sie die Konzeption ihres eigenen Staates vom Diener zum unumschränkt herrschenden Herrn.

Wie weit ihr Anspruch geht, illustriert auch besonders der Punkt 25 des Programms. Zwar bekundet er den katholischen Glauben, drängt aber zugleich den Einfluß der Kirche zurück. Auch hier verschiebt sich das Miteinander zweier Kräfte, die sich im Raum des Staates begegnen, zugunsten des Prioritätsanspruchs der Partei. Daß in Punkt 25 die historische Erfahrung mit der spanischen Kirche als Institution ihren Niederschlag findet, wird ebenso sichtbar wie er die allgemeine Einstellung der Falange zur Kirche ihrer Zeit verdeutlicht: Sie ist ja, wie wir sahen, keine in ihrer Struktur rein katholisch geprägte Partei. José Antonio hindert sein Katholizismus nicht, sich zur Toleranz denjenigen gegenüber zu bekennen, »die bestrebt sind, die göttliche Wahrheit auf anderen Wegen als denen des Evangeliums zu suchen«¹¹⁾. Auch steht die Falange mit ihrem totalitären Anspruch in offenem Gegensatz zu der päpstlichen Enzyklika »Quadragesimo anno«¹²⁾. Der totale Staat stürzt die beiden Grundsätze, auf denen die katholische Gesellschaftslehre beruht. Er verneint das Subsidiaritätsprinzip, indem er von vornherein alles an sich reißt. Er verfälscht das Solidaritätsprinzip, indem er aus der Bindung und Rückverbindung zu einseitigem Verhaftet- und Verfallensein an den Staat kommt.

Das Programm der Falange propagiert den totalitären Staat; es

trägt dessen Merkmale. Freilich: was die Falange verkündet, sind Absichten. Es fragt sich, ob sie sich selbst über die notwendige Radikalität der Methodik im klaren war, die die Verwirklichung dieses Programms mit sich bringen mußte. Erinnern wir uns an die Widersprüchlichkeit ihres Verhaltens, an ihren ungestümen, jungenhaften Elan, an den Kontrast zwischen Anspruch und realer Basis, besonders aber an die knappe Frist von 29 Monaten, die ihr als Partei während der Zweiten Republik nur zur Profilierung gegeben war, dann wird ein vorsichtiges Urteil zu dem Ergebnis kommen, daß dies nicht entschieden bejaht werden kann. Den Falangisten fehlt das berechnende, um Machtpositionen und deren Festigung kreisende Vorausdenken. Sie verkünden den »estado totalitario« unter ihrer Führung; sie wollen ihn sich mit aller Entschiedenheit erkämpfen. Doch die Falange erweckt dabei den Eindruck, daß die Auffassung von der Harmonie und Klarheit des Neuen Staates, den sie erstrebt, bei ihr selbst ebenso ehrlich gemeint ist wie die Auffassung, durch ihr Beispiel und ihre Taten würde die Nation tatsächlich in einer Neuen Ordnung gesunden können und sich in einem falangistischen Geist wieder versöhnen lassen. Die Falange, an ihrer Spitze José Antonio, erscheint zu unbekümmert und noch zu unerfahren, um selbst die Ausmaße dessen übersehen zu können, was sie propagiert.

SECHSTES KAPITEL

Die geistigen Anleihen

Die Falange hat in dem uns interessierenden Zeitraum niemals einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie sich als Überbringer der »dauernden Werte des Faschismus« fühlt. Ihre Bezogenheit auf Ideen und äußere Formen des Faschismus und Nationalsozialismus ist evident. Der totalitäre Staat, den sie schaffen, die Ideologie, die sie ihm zugrunde legen will, belegen die Übereinstimmung im Grundsätzlichen. Die Falange steht und bekennt sich zu ihren ausländischen Vorbildern.

Zur Erklärung dieser im wesentlichen doch unkritisch akzeptierten Anleihen muß auf die auffallende Parallele in der Ausgangsposition verwiesen werden. Wie in Italien und Deutschland, so ist auch in Spanien die Vorbedingung für die Entwicklung der Falange mit ungelösten sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Krisen gegeben, mit dem Zerfall echter Staatsautorität durch einen Wirrwarr von Parteien und durch die Aushöhlung der verfassungsrechtlichen Ordnung. Auch die Falange sieht ihre Chance in der Widerlegung der Demokratie. Sie wird ihr eingeräumt durch deren tatsächliche Funktionsunfähigkeit und – damit verbunden – deren Duldung von Oppositionen, die die Abschaffung dieses Staates zum erklärten Ziele haben.

Daß dann bei der Falange auch während des kurzen Zeitraums ihrer legalen Existenz keine wesentliche kritische Auseinandersetzung mit den übernommenen Ideen erfolgt, kann nicht nur auf ihren altersmäßigen Zuschnitt zurückgeführt werden. Sie erlebt ja die Recht-

fertigung ihrer geistigen Anleihen durch die Entwicklung in Italien und Deutschland, die sie um so mehr beflügeln muß, als zur gleichen Zeit der eigene Staat mehr und mehr verfällt. Und wenn sie selbst schon Ideen und äußere Formen der totalitären Bewegungen kritiklos übernimmt, dann widerspräche es geradezu ihrem Verhalten, wenn man von ihr Kritik an den totalitären Staaten selbst und deren politischen Aktionen erwarten wollte¹⁾.

Ihre Haltung bleibt die gläubiger Imitation. Doch wäre es eine unzureichende Antwort, es nur bei der Feststellung der Identität des Wollens in der Nachfolge ihrer Vorbilder bewenden zu lassen. Denn es steht außer Frage, daß die Falange sich in ihren politischen Aktionen wie in ihren Definitionen auch bezieht auf Meinungen und Auffassungen, die ihrer nationalen Umwelt entstammen, und die sie in sich aufnimmt und in Einklang zu bringen sucht mit den ihr beispielhaft dünkenden Ideen des Faschismus und Nationalsozialismus. Wir haben deshalb nach dem Spezifischen ihrer Auffassungen zu fragen und eine Antwort zu suchen auf das Maß und die Quellen ihrer Eigenständigkeit.

1. José Ortega y Gasset

Daß Ortega hier als erster genannt werden muß, findet schon eine äußerliche Bestätigung. Die Falange ist in ihrer Mehrheit ein Zusammenschluß von Studenten. Als sie sich entwickelt, lehrt an der Madrider Zentraluniversität Ortega, in seinen Vorlesungen ebenso vom Augenblick ausgehend wie in den Artikeln, die er als glänzender Publizist in intellektuellen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichte und veröffentlicht. Mit seinem, Thema wie Tenor nach, ganz der literarischen Bewegung der Achtundneunziger zugehörenden Buch »España Invertebrada« (1922) hatte er das Scheitern Spaniens in der Geschichte aufgezeigt und mit seinen Hinweisen auf die führungsunwilligen Massen und eine abwesende Elite bereits das Thema angeschlagen, das er dann im »Aufstand der Massen« (1930) mit der Gegenüberstellung von Masse und »*minoría selecta*« ausführlich darlegte²⁾. Politisch als einer der die Republik vorbereitenden und ihr den Wegweisenden Professoren engagiert, ist er für die unruhige Studentenschaft ein um die Deutung der Gegenwart bemühter Leh-

rer. Seine Ausstrahlung als Universitätsprofessor wie als Publizist ist beträchtlich; sie ist in der Falange aufzuspüren bis in die Definitionen und Formulierungen hinein³⁾.

Ortega gehört als junger Mensch zu den rebellierenden Geistern, die nach Auswegen aus der zerstörerischen politischen Starre der Restauration suchen. Er verschreibt sich schon früh der Politik, nicht im Sinne einer parteipolitischen Aktivität, sondern eines aggressiven Publizismus, der nach den Regenerationsmöglichkeiten seines Vaterlandes fragt. Unter den uns hier interessierenden Aspekten erscheint sein Vortrag, den er am 23. März 1914 im Madrider Theater »La Comedia« hält und in dem er zur Gründung der »Liga zur politischen Erziehung Spaniens« aufruft, als der Auftakt seines politischen Wirkens. Sein Thema heißt: »Alte und neue Politik«. Er protestiert gegen veraltete Formeln und Formen. Sie müßten eingetauscht werden gegen eine nationale Bewegung, die die Politiker wie die Massen zu erfassen habe. Die nationale Lebenskraft müsse geschürt werden. Ortega erscheint die Nationalisierung des ganzen Spaniens als Aufgabe und Ziel jedes reformerischen Ansatzes. Und er verbindet damit den zweiten Gedanken, daß für eine neue Politik nicht mehr die Form, in der die Politiker zu handeln hätten, das wichtigste sei, sondern daß sie zurückzutreten habe vor der Wirksamkeit, die es zu bekunden gelte: »Die neue Politik muß geschichtliche Handlung sein.«

Mit diesem Vortrag schlägt Ortega das Leitthema seiner politischen Konzeption an. Sie ist von Beginn an dynamisch. Mit Recht hat man seinen bekannten Satz: »vivir, vivir con intensidad« (leben, intensiv leben), als den Kerngedanken seines Philosophierens und seiner Handlungsweisen herausgestellt. Es ist der Gedanke des Aktiven und Drängenden, des auf die Nation übertragenen gemeinsamen Wollens, den er auch im politischen Raum verifiziert sehen will. Wir finden ihn wieder in seinen Artikeln, mit denen er nach dem Sturz der Diktatur seine Absage an die Monarchie und die Aufgaben eines besseren Staates formuliert. »Die Aufgabe von heute«, schreibt Ortega, »besteht darin, den spanischen Staat zu nationalisieren . . . , eine große Partei zu bilden, die ›rechts‹ und ›links‹ in sich aufnimmt . . . , eine Partei, die man kaum mehr Partei nennen kann . . . Laßt uns eine gigantische nationale Partei anstreben, die sich als Aufgabe einstweilen nur die . . . entscheidende Nationalisierung des spanischen Staates stellt, die, schlichter gesagt, dies meint: wiederherzustellen die volle Anständigkeit des öffentlichen Lebens«⁴⁾.

Am 15. November 1930 veröffentlicht Ortega in »El Sol« sein berühmtes »Delenda est Monarchia«, das in dem Appell gipfelt, nun ein »wahres Spanien« zu schaffen. Knapp drei Monate später, am 8. Februar 1931, gründet er mit Peréz de Ayala und Marañón die »Agrupación al Servicio de la República«. »Die Monarchie«, so schreibt er in dem Manifest, »muß abgelöst werden durch eine Republik, die alle Spanier gleichzeitig zu dynamischer Kraft wie zu Disziplin anspornt, die sie ruft zu dem erhabenen Unternehmen, die Geschichte Spaniens wieder zu beleben, das Leben auf der (iberischen) Halbinsel in seinem ganzen Ausmaß zu erneuern... Es geht nicht darum, eine neue politische Partei zu bilden. Nicht auf ein Trennen, sondern auf ein Vereinen kommt es an.«

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der politische Elan Ortegas sich dann bricht an den Realitäten der ungezügelter Republik, an dem horrenden Auseinanderfall der Vorstellungen von einer wahrhaft liberalen Republik und deren erschütternder Wirklichkeit. In »El Crisol« vom 17. November 1931 wird Ortegas Enttäuschung bereits in dem Satz spürbar: »Warum versuchen die Spanier nicht, sich in diesem großartigen Augenblick dazu durchzuringen, wahrhaft groß zu denken?« Seine beschwörenden Reden und Artikel aus den Jahren 1931/32, das Parteiische doch einem gemeinsamen nationalen Willen unterzuordnen, verhallen in dem Lärm der funktionsunfähigen Republik. Ortega legt seine parlamentarischen Ämter im Herbst 1932 resignierend nieder. Wenige Tage, ehe er seine Agrupación auflöst und dann endgültig der Politik den Rücken kehrt, erklärt er in Granada: »Es ist kläglich... Die Republik benutzt nur Programme und Postulate des 19. Jahrhunderts. Sie schafft keine neue Ideologie und keine neue sozialpolitische Philosophie.« Die nationale Dynamik, die Ortega propagierte, fand ihr Zerrbild im Spanien der Zweiten Republik, das sich in Racheaktionen, Streiks und separatistischen Anschlägen wand.

Die Falange nun verkündet ihre Parole, es besser zu machen als die Väter. Sie erlebt, wie sich die Großen der spanischen Geisteswelt enttäuscht von ihrer Republik abwenden und wie vor allem Ortega eingestehen muß, daß sein Appell an die geschichtliche Tat in der Zweiten Republik ungehört bleibt.

Die Falange will eine andere Form staatlicher Gemeinschaft. Doch tritt sie mit dem gleichen Anspruch auf: Wie Ortega geht es ihr um die umfassende Bewegung der von einem gemeinsamen Willen ge-

triebenen Spanier, wie Ortega spricht sie von dem erhabenen Unternehmen der Wiederbelebung Spaniens⁵⁾).

Es ist die gleiche Dynamik, zu der sie inspirieren will; das Vokabular, mit dem sie ihr nationales Wollen verdeutlicht, ist ortegianisch. Der Einwand, daß Ortega nur eine von vielen ähnlichen Stimmen ist, die sich in diesen Jahren an die Nation wenden, und daß folglich die Falange nicht etwas spezifisch Ortegianisches übernimmt, hält einer gründlicheren Untersuchung nicht stand. Denn die Bezogenheit der Falange auf Ortega ist in Einzelheiten nachzuweisen.

Die Interpretation der Geschichte

Es ist die gleiche geschichtliche Interpretation des Zerfalls Spaniens. Er stellt sich bei Ortega wie bei der Falange als ein über Jahrhunderte hinziehender Zersetzungsprozeß dar; die Teile, die im Weltreich zusammengeführt wurden, fallen wieder auseinander, und die Zersetzung setzt sich, über den Verlust der letzten überseeischen Besitzungen hinweg, im Mutterland fort. Das ist die Situation von der Jahrhundertwende an. Ortega spricht vom so entstandenen Partikularismus⁶⁾; die Falange im gleichen Sinne vom Separatismus⁷⁾. Sie stimmt mit Ortega auch darin überein, daß der Zerfall auf das Versagen Kastiliens zurückzuführen sei. Ortega sagt⁸⁾: »Wenn ein Gemeinschaftswesen dem Partikularismus zum Opfer fällt, kann man immer sagen, daß die Zentralmacht die erste gewesen sein muß, die davon ergriffen wurde. Das ist in Spanien geschehen. Kastilien hat Spanien gemacht, und Kastilien vernichtet es.« José Antonio verweist auf das von Kastilien geschaffene Imperium und seine Unfähigkeit, es dann halten zu können. Er beschwört vor seinen Gefolgsleuten die Aufgabe Kastiliens, dies große Spanien in einem neuen Ansturm wiederherzustellen. »Kastilien, noch einmal für Spanien!«⁹⁾ Und wie Ortega wendet sich die Falange gegen die Monarchie. Sie stimmt mit ihm darin überein, daß sie »mark- und inhaltlos« geworden sei. »Wir dürfen... den Tatendrang... nicht dafür einsetzen, eine Einrichtung wiederherzustellen, die wir als glorreich verschieden betrachten¹⁰⁾.«

Die Definition des Staates

Noch deutlicher wird die Nachfolge der Falange in ihrer Definition des Staates. Er ist ja für sie das Instrument, das die Nation sich schafft, um ihre historische Aufgabe erfüllen zu können. Der Staat ist für sie nichts anderes als der Ausdruck der Bewegung, in der sich die Nation befindet. Was die Falange so formuliert, ist bis in den Wortlaut hinein die voluntaristische These Ortegas¹¹⁾. Ortega geht von dem Gedanken aus, daß der Staat als solcher nicht physisch zu fassen sei. »Der Staat ist weder Blutsverwandtschaft noch sprachliche oder territoriale Einheit noch Nachbarschaft der Wohnplätze. Er ist ein reines Kräftespiel – er ist der Wille, etwas gemeinsam zu tun – und darum ist der Staatsidee keine physische Grenze gesetzt.«

Er vergleicht den Staat mit einem Pfeil, damit die Bewegung erklärend, in der sich der Staat befindet, stets ›kommend von‹ und ›gehend nach‹. Wie jede Bewegung habe der Staat einen ›terminus a quo‹ und einen ›terminus ad quem‹. »Man lege«, schreibt Ortega¹²⁾, »zu irgendeiner Zeit einen Schnitt durch einen Staat . . . und man wird die Einheit einer Lebensgemeinschaft finden, die auf diese oder jene materielle Eigenschaft gegründet zu sein scheint, von der die statische Interpretation sagen wird, eben sie schaffe den Staat, auf Blut und Sprache und ›natürlichen Grenzen‹. Aber wir bemerken alsbald, daß diese Menschengruppe mit Gemeinschaftsangelegenheiten beschäftigt ist, fremde Völker erobert, Kolonien gründet, sich mit anderen Staaten verbündet, das heißt, daß sie das scheinbare Prinzip ihrer Einheit unausgesetzt zu überwinden trachtet. Es ist der ›terminus ad quem‹, es ist der wahrhafte Staat, dessen Einheit gerade in der Überwindung jener gegebenen Einheit besteht.« Und Ortega folgert: »Wenn dieser Trieb zur Weiterbildung nachläßt, geht es mit dem Staat zu Ende . . ., der Staat zersetzt sich, lockert sich, zerfällt.«

Es ist die gleiche dynamische Interpretation des Staates wie bei der Falange. Ortega sagt: »er ist nicht mehr als die Maschine, deren sich die Nation bedient«¹³⁾; José Antonio sagt es wörtlich ebenso¹⁴⁾. Bei der Falange hat sich im Staat ein tatenfroher Impuls zu verkörpern. Auch das ist ortegianisch. Der maestro sagt: »Nationales Zusammenleben ist Aktivität, Dynamik; es ist kein ruhendes, statisches Zusammensein wie das eines Haufens Steine am Wegrand; es bildet sich im Anschluß an kraftvolle, anspornende Unternehmungen, die von allen Beteiligten höchste Hingabe und daher Zucht und gegensei-

tige Förderung verlangen¹⁵).« Er sagt, daß erst die Gefolgschaft aller die innere Stärke erzeuge¹⁶). Gemeinsamkeit, Erfülltsein von einem dynamischen Drang – das sind die Formeln in Ortegas gesellschaftspolitischer Betrachtungsweise. Die Schüler in der Falange nehmen sie auf. Sie formulieren ortegianisch, wenn sie ihre Embleme – Joch und Pfeile – so verdeutlichen: »Unser Joch ist die Stärke unserer Gruppen, es bezeugt ihren Zusammenhalt und ihre Wirksamkeit zur geschichtlichen Aufgabe. Unsere Pfeile stürmen in die Zukunft Spaniens . . . Sie zeigen den Angriff einer Jugend, die sich jetzt durchsetzen will¹⁷).«

Elite und Masse

»Die Gesellschaft ist immer eine dynamische Einheit zweier Faktoren, der Eliten und der Massen. Die Eliten . . . sind von spezieller Qualifikation; die Masse ist die Gesamtheit der nicht besonders Qualifizierten. Man verstehe darum unter Massen nicht nur und nicht in erster Linie die »Arbeitermassen«. Masse ist der Durchschnittsmensch¹⁸).«

Mit dieser einleitenden Begriffsbestimmung macht Ortega schon deutlich, daß sich seine Einteilung der Gesellschaft in Elite und Masse nicht nach sozialen, sondern nach qualitativen Kategorien richtet. Für ihn ist die Elite mit einer bestimmten Wertigkeit verbunden. Elite ist Auslese. Erinnern wir uns, wie die Falange sich selbst versteht, als »Orden im Dienst des Vaterlandes«, beherrscht, wie José Antonio sagt, »vom Geist des Dienens und des Opfern, verpflichtet zu asketischer und soldatischer Lebensauffassung«, und fragen wir nun nach den Quellen ihrer Prinzipien, dann zeigt sich auch hier wieder die Nachfolge Ortegas. Es spiegeln sich in den Gedanken der Falange die Ortegas. »Schöpferisches Leben«, sagt Ortega¹⁹), »verlangt eine streng hygienische Lebensweise, hohe Zucht und fortwährende Reize, die das Gefühl der Würde anfeuern. Schöpferisches Leben ist straffes Leben . . . Man herrscht oder man gehorcht. Gehorsam heißt nicht, daß man eine Herrschaft duldet – Dulden ist Erniedrigung –, sondern daß man sie bejaht und ihr folgt, weil man sich eins mit ihr fühlt, weil man sich freudig zu ihrer Fahne stellt.« Und auch die von der Falange immer wieder vorgebrachte Äußerung, daß die Ehre und Größe ihres Dienstes der Schwierigkeit ihrer Aufgabe entspreche, hat ihr Ortega mitgegeben: Elite » . . . ist derjenige, der gering schätzt, was ihm mühelos

zufällt, und nur seiner würdig erachtet, was über ihm ist und mit einem neuen Anspruch erreicht werden muß«²⁰). José Antonio wiederholt es: »Unser Werk trägt das auszeichnende Merkmal, schwierig zu sein, ja, unsere Aufgabe ist sogar die allerschwerste; gerade deswegen haben wir sie gewählt... Wir wollen, daß die Schwierigkeit nicht aufhört. Für uns soll das Leben schwer bleiben, vor dem Sieg und nach dem Sieg²¹).«

Der Elite, dem – um mit Ortega zu formulieren, »edlen Leben«, steht die Masse, das »gemeine Leben« gegenüber. Ihre Bestimmung ist es, nicht zu handeln. »Erhebt die Masse«, sagt Ortega²²), »Anspruch auf selbständiges Handeln, so steht sie gegen ihr eigenes Schicksal auf.« Es ist dies der Punkt, an dem sich die Falange von Ortega trennt; doch ehe wir uns im einzelnen damit befassen, müssen wir uns zum besseren Verständnis des Folgenden Ortegas Position noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Theorien, die er verkündet, in schroffem Gegensatz zu dem stehen, was er selbst tut. Wir erfahren von ihm ein blitzendes Feuerwerk von Einfällen und leidenschaftlich formulierten Appellen – was er vermissen läßt, sind konkrete Vorschläge. Er bleibt, obwohl er aktiv in die Politik einsteigt, merkwürdig abstrakt und selbst noch in diesem abstrakten Raum widerspruchsvoll, wenn man historische Maßstäbe anlegt: Als er der Republik den Weg mitbereitet, ist jede der in dem »Aufstand der Massen« stehenden Zeilen bereits geschrieben. Ortega hat bereits der Masse ihre politische Unbelehrbarkeit bescheinigt; er hat erklärt, daß die Masse sich nicht lenken läßt²³). Aber die Republik, die er öffentlich propagiert, ist eine Republik höchster liberaler Grundsätze, die allgemeine politische Reife voraussetzt. Ortega beschäftigt sich nicht mit der realen Konsequenz dessen, was er fordert: Ihm geht es um die Führung einer Elite, selbstverständlich in einem liberal-demokratischen Staat; daß die Akklamation der Elite aber in den Wahlen durch eben diese Massen erfolgen muß, für die er nur Geringschätzung übrig hat, bleibt bei ihm unerörtert. Und schließlich: wie weit kann man in seiner Propagierung des gemeinsamen nationalen Wollens, des Verbindenden und der Disziplin überhaupt mehr als nur den Ausdruck interessanter Rhetorik sehen, wenn er, da er dies alles als Politiker von der Nation fordert, zur gleichen Zeit als Literat von hohen Graden die Masse der Nation der Unzugänglichkeit zeih²⁴)? Es muß sein resignierendes Abwenden von der Politik und der Republik,

sein berühmtes »esto no es« – dies ist es nicht –, auch als Konsequenz seiner eigenen Irrungen und Widersprüche angesehen werden.

Die Falange steht denn auch in einer Art Haß-Liebe zu Ortega. Daß man von ihr kein Wort der Kritik über seine Elite-Vorstellungen, seine Interpretation spanischer Geschichte, seine dynamische Definition von Staat und Nation hört, überrascht nicht. Die Falange nimmt dies mit auf. Es ist die spanische Beigabe zu ihrer Konzeption eines »Neuen Staates«, die Einbeziehung von Gedanken und Formulierungen Ortegas in das Gerüst eines totalitär angelegten Staates. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß Ortega aus eben dem gleichen Grunde, aus dem heraus er der gemeinen Masse politische Qualifikation abspricht, den Faschismus verwirft. Er sieht in ihm den politischen Durchbruch des Massenmenschen, der nicht denkt, sondern nur primitiven Trieben folgt²⁵).

Am 5. Dezember 1935 veröffentlicht José Antonio in dem sporadisch erscheinenden Blatt für die falangistischen Studenten, »Haz«, aus Anlaß des silbernen Professoren-Jubiläums Ortegas einen Artikel unter der Überschrift: »Die Politik und der Intellektuelle / Huldigung und Tadel für don José Ortega y Gasset.« Der Artikel macht die Punkte deutlich, die die Falange ihre Abwendung von Ortega vollziehen läßt. Sie wirft ihm zweierlei vor: erstens, zu Unrecht der Masse die Fähigkeit abzusprechen, sich einer elitären Führung anvertrauen und ihr folgen zu können; zweitens, an einer Führungsform festgehalten zu haben, die sich als unwirksam erwiesen habe, um die von ihm propagierte nationale Dynamik zu verwirklichen.

Man darf den ganzen Artikel José Antonios als einen Protest gegen den Intellektualismus in der Politik bezeichnen. José Antonio erklärt, daß der Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik, personifiziert im Intellektuellen und im Politiker, darin bestünde, daß Wissenschaft den Zweifel erfordere, wahrhaft große Politik ihn aber verbiete. »Alle große Politik stützt sich auf die Strahlungskraft eines großen Glaubens.« Weil es dem Intellektuellen seiner Bestimmung nach nicht möglich sei, mehr als nur eine sachlich-geistige und ständig der Revision offene Kommunikation herzustellen, müsse er in der Politik scheitern. »Damit ein Volk sich nicht zersetzt, muß die Masse ihren Führern wie Propheten folgen.« Sie kann es nur, wenn zwischen beiden eine enge Verbindung bestehe; »sie gelingt nur durch einen Prozeß, der dem der Liebe ähnlich ist.«

José Antonio befürwortet entschieden, ganz auf der Linie Ortegas

bleibend, die Notwendigkeit der Führung. Aber er wendet sich gegen Ortega, weil er die Intellektuellen für unfähig hält, eine Führungsaufgabe als Mission zu verstehen, die die Geführten, die Masse, vertrauensvoll folgen läßt. Es ist die Identität des Wollens zwischen Führern und Geführten, die José Antonio als Ziel vor Augen hat: Glaube statt Zweifel und Fragen; Glaube, der von den Führenden nach unten ausstrahlt und mitreißt.

Diese Auffassung, die an die Stelle einer geistigen, Argumenten offenen Diskussion den gläubig-politischen Appell setzt, beinhaltet naturgemäß die Ablehnung des Parlamentarischen. Ortegas resignierendes »esto no es« zieht José Antonio als Bestätigung für die Richtigkeit des eigenen Weges an. Parlamentarismus ist für ihn der Ausdruck jenes Intellektualismus in der Politik, der sich für die Aufgabe, Spanien wieder erstarren zu lassen, unfähig erwiesen habe. »Andere Arme, die kräftiger und viel eindeutiger zuzuschlagen verstehen, nehmen diese Aufgabe jetzt auf sich.« Die Abwendung von Ortega in diesen beiden Punkten ist eindeutig. Doch bei aller Kritik, die José Antonio gegen ihn vorbringt, ist der Respekt vor Ortega unverkennbar. Er schwingt mit, wenn José Antonio, auf das Schweigen verweisend, das der maestro nach seinem Rückzug aus der Politik praktizierte, eben dieses Schweigen kritisiert: »Don José war streng gegen sich selbst, er legte sich ein langes Schweigeverbot auf. Aber es war nicht sein Schweigen, sondern es war seine Stimme, die die Generation nötig hatte, die er in dem Unwetter zurückließ. Seine prophetische Stimme und sein Kommando!« Und es erscheint wie eine öffentliche Bestätigung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses zwischen Ortega und der Falange, wenn José Antonio zum Schluß seines Artikels erklärt: »An diesem Festtag für don José Ortega y Gasset kann man ihm das Geschenk einer Voraussage anbieten: Bevor sein Leben verlöscht . . . kommt der Tag, an dem er beim Triumphmarsch dieser Generation, deren ferner Meister er war, beifällig ausrufen wird: dies, ja dies ist es²⁶!«

2. Ernesto Giménez Caballero

Ortega gehörte zu den geistigen Inspiratoren der Falange; Ernesto Giménez Caballero war ihr literarischer Propagandist. Mit ihm kam

der erste (und bis zum Bürgerkrieg einzige) der jungen Generation zu Wort, der einen spanisch-faschistischen Staat nach dem Vorbild Hitlers und Mussolinis forderte. Literarisch war für die Generation der Achtundneunziger das »tragische Lebensgefühl« – sentimiento trágico (Unamuno) – kennzeichnend gewesen. Mit dem jungen Giménez Caballero beginnt die etapa de fe, die Etappe des Glaubens.

Giménez wurde 1899 in Madrid geboren, er nahm 1921/22 am marokkanischen Feldzug teil. Sein erster literarischer Versuch »Notas maruecas de un soldado« (1923), voll ungestümer Kritik an den Verhältnissen in Spanien, zeigte ihn bereits in Opposition gegen die liberal-parlamentarische Monarchie; 1929 erscheint sein Buch »En torno al casticismo de España« (Wider Spaniens Bonzentum). Sein Hauptwerk »Genio de España« wird 1932 aufgelegt. Zu dieser Zeit ist er, wie wir gesehen haben, bereits aktiv in den J.O.N.S. tätig; auch seine starken familiären Bindungen im faschistischen Italien dürften für die Entwicklung seiner politischen Ansicht wichtig gewesen sein.

Die Haß-Liebe, die wir für die Falange in ihrer Einstellung zu Ortega konstatieren, findet auch in Giménez Caballeros literarischem Schaffen sichtbaren Ausdruck. Er beginnt sein Buch: »Genio de España« damit, daß er sich als Schüler Ortegas bekennt, »aber jetzt sehe ich mich verpflichtet, meine reine Zuneigung einem Manne wie Ortega aufzukündigen, der mich bis gestern noch mit fesselnden . . . Mythen genährt hat«²⁷⁾. In seiner quälenden, auf Selbstbeichtigung bedachten Geschichtsinterpretation folgt er ganz der großen literarischen Bewegung der Achtundneunziger. Aber Giménez setzt insofern neue Akzente, als er, »der Enkel der Achtundneunziger«, diese auch miteinbezieht in den Kreis der Verantwortlichen für den Zerfall Spaniens. Die Konstituierung der Republik bedeutete, so berechtigt sie auch angesichts der inneren Leere der Monarchie war, nur ein neues Glied in der sich über drei Jahrhunderte hinziehenden Katastrophenkette. Was Männer wie Ortega oder auch Unamuno wollten, führe nicht weiter. Das Volk wurde nicht geeint, sondern noch mehr auseinandergerissen. Der Grund dafür liegt für Giménez im Festhalten an einem hypertrophen Individualismus. »Alles, was ein schrankenloser Individualismus hervorgebracht hat, ist in Auflösung begriffen: Liberalismus, Demokratie, Parlamentarismus, Konstitutionalismus, Formalismus, rationalistische Philosophie, Kapitalismus, Industrialismus, Sozialismus. Alles in allem: . . . es ist die Krisis des Modernen«²⁸⁾.

Giménez verweist auf die glorreiche Zeit des 15. und 16. Jahr-

hunderts; die Größe dieser Zeit beruht für ihn darin, daß das Nationale der Staatswerdung mit dem Übernationalen der katholischen Religion verbunden war. Darin offenbarte sich die Wesenheit Spaniens: Kirche und Staat waren identisch; waren »ein Schwert und ein Kreuz – heiliges Imperium«. An diese Zeit gilt es wieder anzuknüpfen. Giménez beschreibt sie nicht anders als Ledesma Ramos und Onésimo Redondo es in ihren Kampfblättern tun und wie es dann bei der Falange ebenso zur unkritisch übernommenen Formel wird, als die Zeit der Einheit, des gemeinsamen Wollens, der imperialen Dynamik. »Wer spricht von ›links‹ und ›rechts‹ in dem größten Jahrhundert Spaniens, in dem randvollen 16. Jahrhundert²⁹⁾?«

Freilich: um zur Größe dieser Zeit zurückzufinden, sind neue Orientierungspunkte erforderlich. Der eine ist für Giménez eine neue Symbiose von »Rom und Madrid«, »Spanien muß wieder der rechte Arm einer neuen Katholizität der Welt werden«, verstanden als »der rechte Arm Roms«³⁰⁾. Spanien kann das aber nur wieder erreichen, wenn es dieses Ziel in einer neuen Form des staatlichen Zusammenlebens anstrebt. Vorbild und Beispiel sieht Giménez in Faschismus und Nationalsozialismus. Er sieht in ihnen den beispielhaften Ausdruck eines entschiedenen Wollens, das der nationalen Geschichte verpflichtet ist. Zwar handle es sich beim Nationalsozialismus um einen »heidnischen Faschismus«, bei der italienischen Bewegung dagegen um einen »christlichen Faschismus«, und beim einen sei das treibende Element der Rassismus, beim andern dagegen ein von der Frage des Blutes unabhängiger Katholizismus. Entscheidend für Giménez aber ist, daß »die Faschisten in Rom wie in Berlin« darin übereinstimmten, daß sie ein gemeinsames politisches Programm hätten: den Cäsarismus, die Suprematie des Staates, den Antimodernismus³¹⁾. Sein besonders emphatisch gefeiertes Vorbild ist Mussolini. »Ihm gehorcht das Volk, weil dieser Führer selbst etwas Höherem über ihm gehorcht. Dies ist das Geheimnis des italienischen Duce. Genius Italiens. Das heißt: Genius Roms³²⁾.«

Von daher nun führt Giménez wieder zurück in die historische Aufgabe, die seinem Vaterland zugewiesen sei. Was er formal fordert, ist die Übertragung faschistischer und nationalsozialistischer Theoreme auf Spanien: An der Spitze des Staates habe ein Cäsar, ein Heros, Führer der Truppen wie der enthusiastischen Massen zu stehen. Im Oekonomischen habe ein korporatives System Kapital und Arbeit in einer höheren Einheit, dem Staate, zu vereinigen. Dar-

über hinaus nennt er zur Fixierung der außenpolitischen Situation Frankreich und England die Feinde Spaniens³³), und er verabscheut Genf als »das falsche Rom«, als das Symbol der Parlamentarier, der Demokratien. »Wer da redet, wünscht Frieden, nichts als das³⁴).«

So kurz sich Giménez bei Einzelheiten – er berührt sie schlagwortartig quasi nur im Vorübergehen – der neuen Form des zu schaffenden Spaniens aufhält, so ausführlich befaßt er sich mit der geistigen Substanz als der prägenden Kraft dieses Spaniens. Er fordert die renovatio Spaniens im Sinne des Faschismus, aber er setzt den Faschismus gleich mit Katholizismus. »Faschismus in Spanien gibt es nur unter der Bedingung, daß er Katholizismus bedeutet«³⁵); ein Jahr später wiederholt er es noch unmißverständlicher: »Der Faschismus von heute ist die neue Katholizität der Welt³⁶).«

Wir haben es mit einem Totalitätsanspruch zu tun, der sich in doppelter Weise manifestieren will: faschistisch und katholisch. Es ist müßig, danach zu fragen, wer hier in wessen Dienst gestellt werden soll: der Faschismus als totalitäre Bewegung in den der Religion, oder die Religion in den der Bewegung. Beides verschmilzt bei Giménez zu einer Einheit, die in sich absolut ist und die folglich auch beiden, der Religion wie der Bewegung, absolute Erfolge zusichern soll. Spanien, das ist Giménez' Grundthese, ist die Verbindung von Orient und Okzident; in Spanien ging zudem »germanisches« und »romanisches« Element eine untrennbare Einheit ein. Diese auf spanischem Boden vollzogene universale Bindung zeigte sich als geschichtliche Macht unter der universalen Fahne Christi. Von Spaniens Stellung als Kohäsionsfeld wie als Wegbereiter des Katholizismus in der Welt her ist seine Aufgabe auch heute zu verstehen: Sie liegt darin, unter seiner Führung und als der rechte Arm Roms das katholische Gleichgewicht der Welt wiederherzustellen. Giménez dreht die Forderung Ortegas um. Ortega rief: Spanien muß europäisiert werden; Giménez sagt: Europa muß spanisiert werden. Er ruft den Spaniern zu: »Seid Katholiken und Herrscher! Glaubt wieder an euch. Der Spanier ist zum Herrschen geboren³⁷)!«

Dieser militant katholische Appell wird vorgetragen mit einer faschistischen Terminologie. In der Ideologisierung der Geschichte wird bei Giménez Karl V. zu »unserem Hitler«, wird ein »spanischer Faschismus« bestimmt als die dem Genius Christi (und damit Rom) verpflichtete Macht. »Cäsar und Gott, Schwert und Kreuz – so hat Spanien schon einmal Generation um Generation gelebt³⁸).«

Bei Giménez ist diese gewiß nur aus der fordernden Radikalität eines katholischen Spaniers zu verstehende Auffassung verbunden mit einer leidenschaftlichen Verehrung alles Kämpferischen. Der Krieg wird als trächtiges Element verherrlicht, in ihm zeigt sich Heldentum, Tapferkeit, Opfersinn. Was Giménez an Mussolini, an Hitler gefällt, ist vor allem deren Bekenntnis zu den Toten der Geschichte. Giménez legt es als Zeichen der Schwächlichkeit Spaniens aus, wenn das Land während des Weltkrieges neutral blieb; er beklagt es, daß mit der Pazifizierung Marokkos unter General Primo de Rivera die letzte Möglichkeit, sich im Krieg zu bewähren, ausgeschaltet worden sei. In dem kommenden Spanien werde auch das wieder anders sein.

In seinem 1933 erscheinenden Buch »La nueva catolicidad« bleibt Giménez auf der Linie dessen, was er in seinem »Genio« sagt. Er sieht die Aufgabe des Faschismus in Spanien darin, die Religion zu erneuern, »die ihren militanten Charakter verloren hat«³⁹⁾. Wissen wir auch aus dem dargelegten Verlauf der Geschichte der Falange, daß Giménez, selbst Falangist, mit seiner Auffassung der Identität von Katholizismus und Faschismus keineswegs der Mehrheit der Falange, nicht einmal der Auffassung José Antonios entspricht, so müssen wir sein literarisches Schaffen doch als ein treibendes Element für den Falangismus bezeichnen. Ihm geht es um eine spanische Interpretation von Faschismus und Nationalsozialismus – er findet sie in einem ideologischen Rückgriff auf Spaniens 15. und 16. Jahrhundert. Giménez fragt sich, wer denn diesen neuen Staat führen könne. Und es ist bezeichnend, daß er trotz seiner so entschiedenen und abrupten Abwendung von Ortega diesen auch nicht ausschließt. Daß er ihn nennt⁴⁰⁾, freilich mit der Einschränkung, Ortega müsse sich ändern und zurückfinden zu einem wahren Erkennen der spanischen Wirksamkeit, der Einheit Rom–Madrid, verweist wieder auf den politischen Respekt, den Ortega genießt. Von den Jungen nennt Giménez Caballero den Mitbegründer der Falange, den Flieger Ruiz de Alda, »vielleicht unser kommender Balbo oder Göring«, besonders aber hebt er den jungen José Antonio Primo de Rivera hervor: »Bei José Antonio . . . liegen fast alle Siegeschancen. Daß er sie mit Glück zu nutzen weiß, wünsche ich ihm. Als Faschist und als Freund⁴¹⁾.«

SIEBTES KAPITEL

Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen der politischen Umwelt

Die Zweite Republik ist ohne die Zustimmung eines weiten Volksteiles zustande gekommen. Von den Monarchisten und den Anarchosyndikalisten wird sie ohnehin abgelehnt. Da sie in ihrer ersten Periode einen hemmungslos antibürgerlichen und antikatholischen Kurs einschlägt, treibt sie auch bürgerliche Gruppen in die Opposition, die von ihr nach den Auflösungserscheinungen unter der Monarchie eine Besserung der Verhältnisse erhofft hatten. Echte Staatsautorität entwickelt sich nicht. Vor dem Staatsinteresse rangieren die Nützlichkeits erwägungen der Parteien und Organisationen. Auch in der zweiten, rechtsorientierten Regierungsperiode erweist sich die republikanisch-demokratische Herrschaftsform als unwirksam; nun stehen auch diejenigen, die in der ersten Periode die Macht hatten, in wilder Rebellion gegen ihre Nachfolger. Die Republik versagt an der Aufgabe, Spanien zu republikanisieren, und die Republikaner hören auf, es zu sein: Wer regieren will, kann es nicht mit der weitherzig liberalen Verfassung, sondern muß es gegen sie tun.

Die Hypotheken, die die Republik nicht abzutragen versteht, begünstigen die Verbreitung anti-parlamentarischer Auffassungen. Die Falange steht keineswegs allein. Da es der Republik an Autorität fehlt, wird auch der Ruf nach Autorität, nach einem starken Staat, eindringlicher.

Durch die Ausrufung der Republik werden zwei Tendenzen im

monarchistischen Lager ausgelöst. Die eine besteht darin, daß sich das während der Diktaturzeit des Generals Primo de Rivera vollends zerfallene Lager der Karlisten unter dem Prätendenten Don Alfonso Carlos wieder zusammenfindet. Es kommt zur Bildung der *Comunión Tradicionalista Carlista*. Die Partei hält ihren Anspruch der karlistischen Linie auf den spanischen Thron aufrecht und behält die bereits skizzierte traditionalistische Lehre bei. Unter ihrem energischen Generalsekretär Manuel Fal Conde beginnt 1934 der Ausbau der *Requetés*. Es werden unter der Anleitung karlistisch gesonnener Offiziere militärische Übungen abgehalten; die *Comunión Tradicionalista Carlista* kann mit rund 30 000 *Requetés* zählen.

Die andere Tendenz zeigt sich darin, daß sich Karlisten und Alfonsisten insofern nähern, als die alfonsinische Richtung nun auch von ihren liberalparlamentarischen Auffassungen abzuweichen beginnt. Es geschieht dies unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Monarchie wie unter dem des fortdauernden Fehlschlags parlamentarischer Praxis auch in der Republik. So erklärt einer der führenden Anhänger des verjagten Königs am 1. März 1933: »In Bezug auf die Traditionalisten trennte uns gestern viel, heute trennt uns schon fast nichts, in Zukunft wird uns nichts mehr trennen.« Diese optimistische Formulierung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur der Meinung einer Minderheit im monarchistischen Lager entspricht. Denn so sehr auch die alfonsinische Richtung Abstriche an ihrer liberal-parlamentarischen Auffassung vornimmt, bleibt auch während der Republik und trotz der Unterdrückung der Monarchisten im ersten bienio der Thronstreit das unübersteigbare Hindernis für die Verschmelzung aller Monarchisten in einer Partei. Gering ist die Zahl der Monarchisten, die darüber hinwegzusehen vermögen und die die sachlichen Fragen einer Neukonstituierung der Monarchie vor die persönliche Frage nach dem Monarchen stellen.

1. Die »Acción Española« – Ramiro de Maeztu und José Calvo Sotelo

Der geistige Ausdruck solcher Bemühungen ist die »Acción Española«. In ihr vereinigen sich führende Monarchisten beider Richtun-

gen, Mitarbeiter und Freunde des Generals Primo de Rivera. Um die Wende 1931/32 entstehen eine Zeitschrift wie ein kulturelles Zentrum gleichen Namens¹⁾. Der Kreis um die »Acción Española« ist betont katholisch. Er bejaht die Prämisse des Traditionalismus, daß die Kirche dem Staat übergeordnet sei. Über die Person des Monarchen ist der Kreis verschiedener Meinung, wie auch über die Art, wie der Staat in seiner gesellschaftspolitischen Struktur aufgebaut sein soll. Im Grundsätzlichen einer erblichen, mit effektiver Führungsgewalt ausgestatteten Monarchie wie in der Ablehnung von Parlamentarismus und allgemeinem Wahlrecht stimmt er überein. »Acción Española« wird zum Mittelpunkt intellektueller Monarchisten, die in Vorträgen und Artikeln ihre Auffassung einer »Instauration der Monarchie« zum Ausdruck bringen. Die führenden Vertreter sind der zur großen Generation der Achtundneunziger gehörende Schriftsteller Ramiro de Maeztu²⁾ sowie José Calvo Sotelo³⁾. Was die »Acción Española« zur staatspolitischen Diskussion beiträgt, tritt in den Auffassungen dieser beiden Männer klar hervor. Sie lassen uns Ideenverwandtschaft wie -verschiedenheit der Falange weiter abgrenzen.

Maeztu ist als der führende traditionalistische Theoretiker anzusehen, der im Spanien des 20. Jahrhunderts die Grundeinsichten von Balmes, Donoso Cortés und Vázquez de Mella fortführt. Er ist nicht Karlist, auch parteipolitisch tritt er, schon bedingt durch seine langen Auslandsaufenthalte, nicht hervor. Sein politischer Einfluß ist literarischer Art. Er gehört zum Kern der Achtundneunziger; sein erstes Buch »Hacia otra España« (Für ein anderes Spanien, 1899) ist noch der Ausdruck eines ungezügelten Temperaments, das zwar besonders das Soziale hervorhebt und die Notwendigkeit des Umbaus der Gesellschaft begründet, eine klare Konzeption aber vermissen läßt. Maeztu macht, darin Donoso Cortés ähnlich, einen Wechsel vom betont Rationalistischen zu einem glühenden Katholizismus durch; dieser gibt dann den Hintergrund für seine vehement vorgebrachten Themen ab: seine Auffassungen von Patriotismus und Hispanität, von Monarchismus und sozialer Befriedung. Mit seinem 1916 erscheinenden Buch »La crisis del humanismo« leitet er diese Schaffensperiode ein, die dann in den Artikeln, die er in »Acción Española« veröffentlicht und in seinem letzten Werk »Defensa de la Hispanidad« zu einer Apotheose spanisch-katholischer Universalität wird.

Es erübrigt sich, hier im einzelnen auf seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen einzugehen. Sein langer Aufenthalt in England (1905 bis 1919) bringt ihn mit dem Gildensozialismus und Fabianismus in Berührung. Die Anregungen, die sie ihm geben, weisen ihn auf den von der traditionalistischen Lehre bereits vorgezeichneten Weg. Maeztu schwenkt mit seiner Bejahung einer berufsständischen Ordnung, der Herausstellung einer Monarchie als Ausdruck geschichtlicher Kontinuität und hierarchischer Spitze ganz auf die Linie des Traditionalismus ein; Parlament und Parteien verwirft er.

Neben dieser entschieden antirepublikanischen Haltung liegt seine Bedeutung vor allem darin, daß er der Propagandist hispanischer Universalität ist. Man kann Maeztus Gedanken der »Hispanidad« definieren als die Verschmelzung der Universalität der katholischen Kirche mit dem spanischen Wesen: Die Mission des Katholizismus ist auch die Mission Spaniens. Mit dieser These greift Maeztu weit über die auf der traditionalistischen Lehre beruhenden Monarchie hinaus. Ihm geht es nicht allein um die innere Ordnung Spaniens. Sie ist nur Grundbedingung, Ausgangsbasis für die missionarische Aufgabe, die Spanien in der Welt zu erfüllen hat. Doch versteht Maeztu diese Aufgabe im Unterschied zur Falange und im Unterschied zu deren literarischem Exponenten, Giménez Caballero, nicht imperial im Sinne einer machtpolitischen Vorrangstellung – bei Maeztu fehlt da jeder Bezug –, sondern einer geistigen Strahlungskraft. Sie ist kein Problem der Politik, sondern des Seins. Auch Maeztu begründet die Mission Spaniens von dem glorreichen 15. und 16. Jahrhundert her, dem Werden der Nation im Zeichen des Katholizismus und dessen Verbreitung durch Spanien. Spanien war es, das den Universalismus der katholischen Kirche erst in die Welt trug. Der Geist, der dies bewirkte, sei verlorengegangen, erklärt Maeztu. »Er hat sich in einem bindungslosen Liberalismus aufgelöst, der zum Kriege aller gegen alle führte, im Innern zum Klassenkampf, im Äußeren zum Krieg der Völker.« Hier habe Spanien neu anzusetzen, seine Aufgabe sei es, den Universalismus der katholischen Kirche wiederherzustellen. Maeztu sieht – mit dem Hinweis auf das bolschewistische Rußland – die Gefahr einer großen Auseinandersetzung voraus. »Es ist«, schreibt er, damit in der ersten Nummer von »Acción Española« (Dezember 1931) sein Leitthema anschlagend, »für die Welt, will sie den Zusammenstoß zwischen Orient und Okzident vermeiden, notwendig... jenen spanischen Geist wiederzuerwecken, der

alle Menschen als Brüder betrachtet . . .« Der spanische Geist ist der des Katholizismus. Die Welt zu katholisieren, ist die größere und höhere Aufgabe Spaniens, der sich die Spanier in einer historischen Verpflichtung hinzugeben haben. Sie ist ideeller Art. Maeztu spricht, damit ein Wort des französischen Traditionalisten de Maistre aufnehmend, von der »Contrarrevolución«⁵⁾. Er versteht sie nicht als eine gegensätzliche, um der politischen Macht willen erstrebte Revolution, sondern als ein Gegenideal höheren Wertes. Sein Inhalt ist die Monarchie und die Ablösung des Klassenkampfes durch eine ständische Ordnung; sein höchster Wert kulminiert in der verpflichtenden Hispanität.

Maeztu liegt es nicht an einer Politisierung der Gesellschaft – sie widerspräche ja der traditionalistischen Lehre –, er befaßt sich auch nicht mit einer strukturellen Umformung des Besitzes. Es ist die Katholizität mit ihrem karitativen Anruf, die er in den Mittelpunkt stellt. Diese ideelle Haltung läßt ihn auch, trotz persönlicher Bewunderung Mussolinis und anfänglichem Respekt vor Hitler, kein inneres Verhältnis zu den totalitären Staaten finden. Für ihn rühren »die Fehler, die den Regimes Hitlers und Mussolinis anhaften, von den revolutionären Methoden her, die sie anwandten, um ihren Sieg zu erreichen«⁶⁾. Aus der Ablehnung des Revolutionären ergibt sich denn auch ein weiteres Merkmal der Gegensätzlichkeit zur Falange. Wir konstatieren die Übereinstimmung im Antiparlamentarismus und in der Herausstellung der Autorität. Was Maeztu als »Hispanidad« propagiert, wird bei der Falange zur gleichen Zeit mit machtpolitischen Akzenten versehen und unter die auch die Kirche zurückdrängende Hoheit der Staatsgewalt gestellt.

Calvo Sotelo ist, im Unterschied zu Maeztu, ein aktiver Politiker. Als junger Minister unter dem General Primo de Rivera hatte er sich einen Namen gemacht. Die Ablehnung des parlamentarischen Systems, die Schaffung einer korporativen Ordnung und einer in der Monarchie beruhenden autoritären Staatsspitze sind die von ihm auch aus dem Exil immer wieder in der »Acción Española« wie in den monarchistischen Zeitungen verkündeten Thesen⁷⁾. Die Betonung einer weltmissionarischen Aufgabe Spaniens tritt bei diesem Politiker zurück vor den konkreten Fragen der Staatsführung und der gesellschaftspolitischen Struktur. So bemüht er sich – erfolglos – um eine Beendigung des Dynastiestreits im Hause Bourbon wie um die, doch wiederum nur in zeitweiligen Wahlbündnissen zu-

standekomende Zusammenfassung aller Monarchisten in einem nationalen Block. Er ist als der führende Vertreter eines Neomonarchismus zu bezeichnen. Die traditionalistische Lehre ist bei ihm durchsetzt mit neuen Gedanken, die zum Beispiel in der Verwerfung der landschaftlichen Sonderrechte oder im wirtschaftlichen Interventionsrecht des Staates sogar im Gegensatz zur traditionalistischen Lehre stehen. Bei Calvo Sotelo sind die Tendenzen unverkennbar, dem Staat den Vorrang gegenüber dem Individuum und irgendwelchen Rechts- und Freiheitsansprüchen landschaftlicher Vertretungen zuzuerkennen. Während seines Exils in Paris nimmt er Kontakt mit Charles Maurras und den Anhängern seiner Action Française auf; Mussolini und seinem Regime werden offen Bewunderung gezollt. Obwohl Calvo Sotelos antirepublikanische Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen präziser als die Maeztus sind, lassen sie sich nicht als totalitär oder »faschistisch« klassifizieren. Eine den Staat bewegende politische Ideologie zur Politisierung der Massen fehlt, das Problem der Massen und der Massenführung ist kaum angeschnitten. Auch Calvo Sotelo gehört für die Falange zu den mit unzureichenden Mitteln einen autoritätsstarken Staat anstrebenden Männern der Rechten. José Antonio distanziert sich öffentlich von ihm⁸); seine persönliche Meinung über den ehemaligen Minister seines Vaters besteht darin, daß er ihn der Feigheit zeihet; er floh, als es galt, für seinen Vater einzustehen, und er ließ die Nation im Stich.

Daß gerade die Mitarbeiter und Freunde der »Acción Española« bei der Linken als »Faschisten« verschrien sind, resultiert nicht nur daraus, daß die meisten von ihnen mit dem von der Linken ohnehin als »Faschist« abgetanen General Primo de Rivera sympathisiert haben, daß sie antirepublikanisch bleiben und einen autoritär geführten Staat fordern. Die Propagierung des Nationalen, des Patriotismus, der immer wiederkehrende Hinweis auf die Geschichte Spaniens stimuliert den Gegensatz weiter. Maeztu veröffentlicht seine vehement formulierte »Defensa de la Hispanidad«. José Maria Pemán, ein eifriger Mitarbeiter an »Acción Española«, gibt zur gleichen Zeit mit seinen Theaterstücken, denen immer die Besinnung auf die katholische Tradition (»Cuando las Cortes de Cádiz«) und auf die ruhmreichen Jahrhunderte (»El divino impaciente«, »Cisneros«) zugrunde liegt, diesem »anderen« Spanien Ausdruck. Von Víctor Pradera, einem führenden Traditionalisten, erscheint 1935 die Interpretation der traditionalistischen Lehre unter dem Buchtitel »Der Neue

Staat«⁹⁾. Darüberhinaus zeigen die Artikel der »Acción Española« wie die Vortragsthemen im gleichnamigen Kulturzentrum das Interesse an, das vor allem dem italienischen Beispiel als einer Lösungsmöglichkeit entgegengebracht wird. So kommen in »Acción Española« Benito Mussolini mit einer umfangreichen Erläuterung der faschistischen Doktrin, Professor Costamagna mit mehreren Artikeln über das korporative System und die Arbeitsverfassung zu Wort. Zahlreiche Berichte widmen sich Einzelaspekten des Faschismus, in beschränktem Umfang auch des Nationalsozialismus und des in Portugal unter Salazar errichteten autoritären Staates. Diese wohlwollend-intensive Beschäftigung trägt dazu bei, daß auch sie »Faschisten« genannt werden.

2. Gil Robles und die »Acción Popular«

Als Reaktion katholischer Kreise gegen die religionsfeindlichen Handlungen bildet sich nach Ausrufung der Republik die »Acción Nacional«. Sie respektiert die neue Regierungsform und beschränkt sich in ihrer politischen Tätigkeit anfangs nur auf die Verteidigung von Religion und Kirche durch den indirekten Einfluß auf Parlamentarier. Erst die Verabschiedung der Verfassung veranlaßt sie, sich zu einer Partei zu formieren. Die Bereitschaft, zwar gegen die Regierung, nicht aber gegen die Republik als solche zu opponieren, führt zur Trennung der in ihr mitarbeitenden Monarchisten. Die »Acción Nacional« gerät in Gegensatz zum monarchistischen Lager – dieser inneren Belastung unterliegt der Katholizismus im politischen Feld. Auf Grund einer Regierungsanweisung muß die »Acción Nacional« ihren Namen in »Acción Popular« ändern. Es gelingt ihr die Verbindung mit anderen die Republik respektierenden Rechtsgruppen, die dann gemeinsam als C.E.D.A. (Confederación Española de Derechas Autónomas) die stärkste katholisch geprägte Koalition ist und ab Oktober 1934 die Regierung des zweiten bienio mitverantwortlich trägt.

Der Führer der »Acción Popular« – dem Kern der C.E.D.A. – ist Gil Robles, bei Ausrufung der Republik 33 Jahre alt¹⁰⁾. Dieser äußerst aktive Politiker kommt aus der katholischen Jugend- und Sozialarbeit; ihm geht es um die Profilierung eines Staates, der die be-

rufsständische Gesellschaftsordnung entsprechend den Sozialenzyklen der Päpste garantieren soll. Zwar ist in den Sozialenzyklen die Frage der Staatsform offengelassen, doch wird unter dem Eindruck der innerpolitischen Turbulenz die »Acción Popular« davon überzeugt, daß ihre Gesellschaftsordnung nicht in einer parlamentarischen Demokratie verwirklicht werden kann. Die »Acción Popular« bekennt sich zur Republik, ohne indes in ihr mehr als eine taktische Notwendigkeit zu sehen. »Die Demokratie«, sagt Gil Robles¹¹⁾, »ist für uns nicht ein Ziel, sondern ein Mittel, um . . . zu einem Neuen Staat zu kommen. Wenn es soweit ist, wird das Parlament verschwinden.« An seine Stelle soll die Repräsentation durch Berufsstände treten. Gil Robles, der seit März 1935 Kriegsminister ist, legt sich in der Frage der Staatsführung nicht fest; was er unmißverständlich fordert, ist Autorität in der Spitze. Offen bleibt bei ihm, wie diese Spitze gestaltet, inwieweit das Volk über die Berufsorganisationen beteiligt sein soll. Doch können wir aus der loyalen Haltung Gil Robles während der Republik wie auch aus seiner entschiedenen Ablehnung der politischen Systeme Deutschlands und Italiens¹²⁾ schließen, daß sich seine Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen nicht an totalitären Prinzipien orientieren. Er will durch Verfassungsänderungen zu einem autoritären Staat kommen; auch bei ihm und seiner »Acción Popular« klingt der Hinweis auf die verpflichtende Geschichte des katholischen Spaniens, auf die Unverletzlichkeit der Einheit und eine soziale Gerechtigkeit immer wieder an. Gil Robles ist bei der Linken als Faschist verschrien. Aber diese generalisierende Bezeichnung ist schon deshalb unzutreffend, weil er nicht an die Stelle überwundener Parteien die eine Partei setzen will, die die Gesellschaft politisiert und reglementiert. Er fordert und will das Gegenteil: die Entpolitisierung der Gesellschaft durch eine berufsständische Ordnung.

Hier liegt denn auch bei allen unterschiedlichen Nuancen, die die gegen die bestehende Verfassung eingestellten politischen Kräfte voneinander trennen, der ihnen gemeinsame Gegensatz zur Falange: Sie wollen durch die Überwindung der Parteien die Gesellschaft entpolitisieren. Diesem Gedanken gilt die Herausstellung einer starken Staatsspitze und einer innerstaatlichen Ordnung, die auf korporativen Zusammenschlüssen beruht. Das Verbindende ist für sie alle der Katholizismus als Wesenselement Spaniens, bei Maeztu mit dem Gedanken der Hispanität am weitesten gegriffen. Aber

keine dieser Kräfte will die Gesellschaft wie die Falange in eine dynamische Massenbewegung verwandeln und sie politisch in allen Lebensbereichen, denen der Privatsphäre wie der wirtschaftlichen Funktionen, »total« erfassen. Daß die Falange sowohl die Kreise um die »Acción Española« wie die »Acción Popular« des Ministers Gil Robles als »Reaktionäre« verwirft¹³⁾, hat in dieser Gegensätzlichkeit ihren tiefsten Grund. Der Ruf nach dem »Neuen Staat«, den die Falange wie die anderen Gruppierungen erheben, weist zwar Ähnlichkeiten, aber keine Übereinstimmung im Grundsätzlichen auf.

ACHTES KAPITEL

Die Falange bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges

Um das Programm der Falange zu präzisieren und es abzugrenzen gegenüber antirepublikanischen Tendenzen und Vorstellungen anderer Kräfte im Oppositionslager der Volksfront, hatten wir die Entwicklungsgeschichte der Falange unterbrochen. Wir verließen die Falange im Frühjahr 1936, da sie als geschlossene Partei aufgehört hatte zu existieren: die Partei war verboten, die Führerschaft verhaftet worden; da die Zentrale ausfiel, waren die Provinzorganisationen auf sich gestellt. An den Tumulten der Monate nach dem Sieg der Volksfront beteiligte sich die Falange mit ihren direkten Aktionen aus der Illegalität heraus.

Die gemeinsame Bedrohung, der das oppositionelle Spanien ausgesetzt war, verleitete die Falange nicht dazu, ihre Verneinung der monarchistischen und rechtsrepublikanischen Parteien aufzugeben. Der Punkt 27 des Programms, der den Führungsanspruch der Falange unmißverständlich formulierte, war der Ausdruck ihrer ja auch nach rechts vollzogenen Abgrenzung. Wir hatten gesehen, daß der Anspruch, den die Falange mit Punkt 27 anmeldete, in keinem Verhältnis zu der ihr zukommenden machtpolitischen Bedeutung stand. Es gab keine politische Gruppe, die es für zweckmäßig gehalten hätte, sich der Falange unterzuordnen. So blieb sie, in Opposition nach rechts wie nach links, auf sich gestellt und proklamierte weiter ihre eigene nationale Revolution.

Vom Sieg der Volksfront an verdichten sich nun die Pläne zu einem Aufstand, der dann im Juli den Bürgerkrieg einleiten wird. Sie gehen sowohl von führenden Militärs wie von Politikern aus und streben eine breite Basis für die Rebellion an. Wie verhält sich die Falange zur Vorbereitung des Aufstandes und wie wirkt der beginnende Bürgerkrieg auf ihr Programm und ihre politische Stellung? Das sind die Fragen, denen wir uns nun zu widmen haben.

1. Aufstandsvorbereitungen durch Armee und Requetés

In der zeitgeschichtlichen Forschung besteht heute Klarheit, daß die treibende und entscheidende Kraft für die Vorbereitung des Aufstandes das Militär war¹⁾. Die Konspiration fand ihren ersten Zirkel in der zu Beginn des Jahres 1934 gegründeten »Union Militar Española« – ein Zusammenschluß monarchistisch gesonnener oder auch von der Republik enttäuschter Offiziere. Ihr führender Kopf war der nach dem fehlgeschlagenen Aufstand vom 10. August 1932 in Portugal lebende General Sanjurjo, ein Monarchist traditionalistischer Richtung. Der Sieg der Volksfront, die damit wieder verbundene Entlassung von Offizieren und Umbesetzung der Kommandostellen wie die hemmungslose politische Lage allgemein, vergrößerten den Kreis der Konspiratoren. Zu den vielen höheren Offizieren, die zur »Union Militar Española« stießen, gehörte nun auch der General Francisco Franco²⁾.

Nach dem Sieg der Volksfront wechselten die Rebellionsabsichten aus dem Bereich unverbindlicher Erörterungen in den konkreter Planung über. Im April 1936 liegt der erste Plan vor, nach dem auf Grund der zugesicherten Mitwirkung der Kommandanten der wichtigsten Garnisonen und Marine-Einheiten innerhalb von 20 Tagen die Erhebung beginnen kann. Erstes Erhebungsdatum war der 24. Juni; es wurde noch einmal verschoben. Die heimtückische Ermordung Calvo Sotelos am 13. Juli löste dann den Aufstand am 17. Juli in Afrika aus, der dann, dem Plan gemäß, bis zum 19. Juli auf das Mutterland übergriff.

Als Zentrale der Aufständischen wurde Burgos benannt. Der General Sanjurjo, der Führer des Aufstandes, sollte am 19. Juli, von Por-

tugal kommend, dort eintreffen. Das Flugzeug mit Sanjurjo stürzte auf dem Flug nach Burgos ab. Damit verlor die Rebellion ihren Führer. Die zweite, nicht erwartete Änderung des Rebellionsplanes ergab sich daraus, daß nur in 29 von 50 Garnisons- und Provinzhauptstädten die militärische Erhebung gelang, wodurch von Anfang an das Land in unzusammenhängende Operationsgebiete zerrissen wurde. Der dritte, folgenreichste Fehlschlag stellte sich dann durch den Ausfall von Kriegs- und Transportschiffen ein, so daß eine schnelle Überführung der Truppen Francos von Afrika nach Spanien nicht erfolgen konnte. Durch die einsetzende Hilfe Italiens und Deutschlands für die Aufständischen wie Frankreichs und Sowjetrußlands für die Volksfront weitete sich der Bürgerkrieg zu einem internationalen Ereignis aus; festzuhalten bleibt hier, daß in den Plänen der Aufständischen eine ausländische Unterstützung weder fest eingeplant noch als eventuelle Möglichkeit vorher erwogen worden war³⁾.

Zu politischen Fragen hatten die Aufständischen nur sehr allgemein Stellung genommen. Sie hatten sich lediglich darauf geeinigt, die staatliche Gewalt in eigene Regie zu übernehmen und unter dem Vorsitz Sanjurjos ein militärisches Direktorium unter Ausschaltung der Parteien zu bilden. Die Entscheidung über die politische Struktur des Staates wurde zurückgestellt, jedoch die Monarchie, ohne sich im Dynastiestreit festzulegen, bei gleichzeitiger Ablehnung des liberal-parlamentarischen Systems, bejaht. »Prinzipiell stimmte man seinem Vorschlag zu (gemeint ist der Vorschlag Francos), daß sich die Bewegung... nicht endgültig festlegen soll, ohne sich aber... nach Wiederherstellung der Ordnung der Errichtung (instauración) jener Herrschaftsform zu verschließen, die sich für die Nation als besonders geeignet erwiesen hätte⁴⁾.«

Diese, wenn auch in Einzelheiten unbestimmte, so doch eine monarchistische Richtung traditionalistischer Tendenz erkennenlassende Absicht, findet Zustimmung bei Männern um die »Acción Española« wie bei den Karlisten. Die Karlisten unterstellen ihre Requetés für die Erhebung Anfang Juni voll und ganz dem militärischen Oberbefehl. Als der Aufstand ausbricht, erscheint ein Aufruf der Requetés, der mit dem Satz beginnt: »Wir stehen gehorsam dem Heer zur Verfügung...«

2. Die Verneinung des Aufstandes durch die Falange-Führung

Im Gegensatz zu den Requetés lehnt die Falange die Teilnahme an Aufstandsvorbereitungen ab. Die erste Stellungnahme des Führers der Partei wird bereits am 21. Februar in einem Zirkular allen Parteiorganen zur Kenntnis gebracht. Den militantes wird befohlen, »jedes Ansuchen zu mißachten, an Konspirationen oder Projekten für einen Staatsstreich, an Bündnissen der Rechtsparteien und ähnlichen Dingen mitzuwirken«. Nach der Verhaftung der Führerschaft übernimmt Alejandro Salazar die interimistische Führung des Generalsekretariats. In einem Rundschreiben vom 20. März an die Provinzchefs teilt er diesen die Deckadressen mit, unter denen er in Madrid zu erreichen sei. Gleichzeitig erklärt er zu den Anfragen einiger Provinzchefs, wie sie sich Anerbieten zu konspirativer Mitarbeit gegenüber zu verhalten hätten, daß die Falange dem Befehl des Nationalchefs gemäß in »absoluter Unabhängigkeit« zu bleiben habe⁵). Am 13. Mai sendet José Antonio aus dem Carcel Modelo, dem großen Madrider Gefängnis, in dem er mit seinen Kameraden inhaftiert ist⁶), wieder ein Rundschreiben, das von der Sorge um ein Paktieren von Falange-Gruppen getragen ist. »Durch das Land ziehen Personen, die unsere gegenwärtigen Kommunikationsschwierigkeiten ausnützen und unseren militantes versichern, daß man Vereinigungen oder Verbindungen mit anderen Parteien abgeschlossen habe. Entschieden wird darauf verwiesen, daß dies nicht der Fall ist. Es ist mit niemandem irgendein Pakt abgeschlossen worden. Diejenigen, die das propagieren, versuchen, unser Anwachsen für mysteriöse Gruppierungen auszunutzen. Sollte eines Tages unsere Bewegung mit irgendwem paktieren, dann wird diese Notiz direkt an euch, über unsere eigenen Befehlsstellen, gelangen⁷).«

Am 20. Mai 1936 erscheint die illegale Ausgabe eines Falangeblattes unter dem Titel »No Importa«, in dem wieder auf die Richtlinien der Falangeführung zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppen hingewiesen wird. Es heißt, die Falange würde sich nicht weigern, mit jenen gemeinsame Sache zu machen, die sich gegen die Zerstörung Spaniens wenden. Aber dies könne nur unter zwei Bedingungen geschehen. Erstens müsse es, dem Punkt 27 des Programms entsprechend, in einer Weise geschehen, daß sich andere Kräfte um die Falange zu gruppieren hätten. »Andernfalls sind die

Kräfte, die sich nicht auf diese bestimmende Achse konzentrieren, nicht mehr als formlose Anhäufungen ohne Doktrin und Wirksamkeit.« Zum ändern müsse jede Übereinkunft mit anderen Gruppen durch direkte Kontakte mit der Parteispitze zustande kommen. Kontaktaufnahmen auf der unteren Ebene seien nicht zulässig.

Am 24. Juni – wir erinnern uns, daß sich zu dieser Zeit die Requetés bereits für die Rebellion den aufständischen Offizieren unterstellt haben – wendet sich José Antonio, nun schon vom Gefängnis in Alicante aus, wohin er übergeführt worden war⁸⁾, mit einem Zirkular an die untergeordneten Chefs, in dem er sich in aller Schärfe dagegen wendet, daß Falangegruppen sich »in mehr oder weniger konfusen, konspirativen Unternehmen« selbst preisgeben würden. Dem Schreiben José Antonios nach muß angenommen werden, daß zu dieser Zeit bereits einige Provinzgruppen Kontakte mit militärischen Stellen aufgenommen hatten.

José Antonio verwirft dies. Sie wären wohl nur aufgenommen worden, weil die den Instruktionen zuwiderhandelnden Falangeführer geglaubt hätten, eine Zusammenarbeit mit Militärs sei in jedem Falle der Falange willkommen. »Das zwingt uns, die Dinge klarzustellen.« Und nun setzt sich José Antonio ausführlich mit der politischen Haltung des Militärs auseinander. Die generelle Bewunderung des Heeres beinhalte nicht die Übereinstimmung der Falange mit allen Gedanken, Reden und Projekten einzelner Militärs oder bestimmter Gruppen von ihnen. Politische Projekte der Militärs litten fast immer an einem Grundübel, nämlich zu glauben, daß die Mißstände Spaniens lediglich aus einer Art technischen Unordnung herrührten, die bloß beseitigt zu werden brauche. Wenn die Falange an unzureichenden und frühreifen Unternehmen als bloße Hilfstruppe, als Komparse teilnehme, so bedeute dies, selbst im Falle des Triumphes, ihre eigene Niederlage und ihre Auslöschung. Ihr ginge es um einen nationalsyndikalistischen Staat, den 27 Punkten entsprechend, und nicht um die Wiederherstellung einer bürgerlichen, konservativen Mittelmäßigkeit, für die man wohl die Falange gerne benutzen möchte.

José Antonio appelliert an Treue und falangistischen Geist der militanten und befiehlt dann, daß kein Falangist Kontakte aufnehmen oder zulassen dürfe. Es heißt: »Jeder Führer, welche Stellung er auch immer einnimmt, der lokale Pakte mit Militärs oder Zivilisten ohne ausdrücklichen Auftrag des Nationalchefs abschließt, wird

unverzüglich aus der Falange ausgestoßen. Sein Ausstoß wird mit allen verfügbaren Mitteln bekannt gemacht werden⁹⁾.)«

An diesem Schreiben wird besonders deutlich, wie José Antonio versucht, die Falange zusammenzuhalten, und wie er sich gegen eine Entwicklung stemmt, die die Falange zu überrollen droht. Er sieht in den auf eine Erhebung abzielenden Plänen die Gefahr, daß die Falange mitgerissen wird und dabei ihren Führungsanspruch nicht durchsetzen kann. Aber schon fünf Tage später, am 29. Juni, geht den Provinzfürhern durch persönliche Botschaften die Mitteilung der interimistischen Falangeführung aus Madrid zu, daß sie sich unter folgenden Bedingungen an einer militärischen Erhebung beteiligen dürfen¹⁰⁾:

- 1) Fühlungnahme nur mit dem *militärischen* Führer des Ortes oder der Provinz.
- 2) Teilnahme nur unter der Bedingung, daß die Falange ihre eigenen Einheiten selbständig führt, ihre Fahnen, Embleme und Uniformen beibehält.
- 3) Nicht mehr als ein Drittel der militantes dürfen dem militärischen Befehlshaber zum Einsatz unterstellt werden. Zweidrittel unterliegen dem Einsatzbefehl der FE-Führer.
- 4) Ausreichende Bewaffnung hat durch die Armee zu erfolgen.

Wir wissen weder, inwieweit diese, das letzte Zirkular José Antonios so schnell umstoßende Anweisung die Zustimmung oder auch nur Kenntnis des an der Mittelmeerküste im Gefängnis sitzenden Nationalchefs hatte, noch ob es wortgetreu befolgt wurde. Bei der angeführten Literatur, die sich mit der Aufstandsvorbereitung befaßt, fällt es auf, daß in ihr mit wenigen allgemeinen, exakte Hinweise vermissen lassenden Sätzen über Absprachen zwischen FE-Führern und Militärs hinweggegangen wird. Bestätigt finden wir mit Anbruch des Bürgerkrieges lediglich, daß die Falange sich als geschlossene Gruppe am Kampf beteiligt, was dann zu ständigen Reibereien zwischen FE-Führern und militärischen Stellen führen wird. Offen muß auch die Frage bleiben, ob überhaupt die Befehle José Antonios, die er aus dem Gefängnis heraus erließ, die Falangegruppen erreichten. Wir können aber, wenn wir uns die ungestüme Aktivität der Falange vor Augen halten, wohl annehmen, daß bei der fehlenden straffen Führung durch die Verhaftung der alten Par-

teispitze in Madrid und in den Provinzen jener Drang, nun in einem größeren militärischen Rahmen überhaupt mitwirken zu können, die eigenen Zielsetzungen bei einem Teil der jungen Falangisten zurückdrängt. Doch wie immer auch junge Falangisten auf die Vorbereitung des Aufstandes gegen das Verbot oder in Unkenntnis der Richtlinien der Führung reagieren, es bleibt die Tatsache bestehen, daß der Führer der Falange ein bloßes »Mitmachen« verwirft und daß seine Reserve zum Aufstand resultiert aus dem Programm, das er der Partei gegeben hatte, und aus der politisch noch aussichtslosen Position der Falange.

Das wird besonders deutlich an den letzten Äußerungen, die wir von ihm kennen. Am gleichen Tage, 29. Juni, an dem die interimistische Führung in Madrid die Paktbedingungen bekanntgibt, sendet José Antonio an die militantes von Madrid einen Brief, der seine Niedergeschlagenheit und seine Ansicht zu erkennen gibt, daß dieser Aufstand zu früh ausbricht und nicht seinen Wünschen und Vorstellungen entspricht. Es heißt: »Unser Enthusiasmus zieht (zwar) den Kampf der langen Vorbereitung vor. Aber das, was wir erstreben, ist zu groß, als daß wir uns daran wagen sollten, ohne es vorzubereiten. Wir müssen unsere Methoden verbessern, steigert eure Anstrengungen im Kampfe, verdoppelt euer Vertrauen in die Führung und laßt euch nicht auf halbe Abenteuer ein... Mit Gottes Hilfe werde *ich* euch führen in das versprochene Land unseres einigen, großen und freien Spaniens¹¹⁾.«

Und in einem Brief vom 12. Juli an Giménez Caballero, in dem sich José Antonio mit den Auswirkungen einer Erhebung befaßt, heißt es: »Eins der schrecklichsten Dinge würde die national-republikanische Diktatur sein. Ein anderer falscher Versuch, den ich befürchte, ist die... Herrschaft eines falschen konservativen Faschismus, ohne revolutionären Mut und junges Blut¹²⁾.« Die gleiche bittere Reserve dem Aufstand gegenüber findet sich in dem letzten Manifest, daß er von Alicante aus am 17. Juli zum Beginn des Aufstandes an die Falange erläßt. José Antonio nennt nur mit einem einzigen Satz die Initiatoren des Aufstandes: »Eine Gruppe von Spaniern, einige von ihnen Soldaten, andere Zivilisten«¹³⁾, und beschreibt dann ausführlich die Zerrissenheit Spaniens, das Fehlen eines gemeinsamen Wollens. Er fährt dann fort: »Wenn wir danach trachten, eine Partei durch eine andere, eine Tyrannei durch eine andere zu ersetzen, dann sind wir nicht wert... uns dem Wagnis dieses höch-

sten Entschlusses hinzugeben... Unser Triumph darf nicht der einer reaktionären Gruppe sein, noch darf er für das Volk den Verlust irgendeines Vorteils bedeuten...« Wir finden in diesen Zeilen die Skepsis José Antonios wieder. Mit ihr ist er in den Tod gegangen.

José Antonio wurde von einem Volkstribunal am 18. November im Schnellverfahren zum Tode verurteilt und am 20. November erschossen. Die letzte Äußerung von ihm findet sich in einem Interview mit Jay Allen vom »News Chronicle«, der ihn noch am 24. Oktober in seiner Zelle besuchen konnte. Laut Allen¹⁴⁾ erklärte José Antonio: »Sie haben ja das Programm unseres National syndikalismus gelesen, unserer Agrarreform und all' dies... Ich weiß aber schon heute, daß ich mich mit der Falange zurückziehen werde, wenn diese Erhebung gelingt und es sich dann herausstellt, daß sie nichts anderes als reaktionär ist. Dann werde ich innerhalb weniger Monate in dieses oder in ein anderes Gefängnis zurückkehren.«

NEUNTES KAPITEL

Das Vereinigungsdekret vom 19. April 1937

Als der Bürgerkrieg begann, waren die Kräftegruppen, die auf der Seite der aufständischen Offiziere standen, verschieden in ihren Zielsetzungen wie in den Uniformen, die ihre Milizverbände trugen. Die Requetés, die etwa 30 000 Mann stellten, nannten den Aufstand ihren »Kreuzzug für Christus gegen den Anarchisten« und hielten an ihrem historischen Kampfzweck fest. Von der »Renovación Española«, der Partei Calvo Sotelos, strebten den Aufständischen als kleinere Milizgruppen ebenso junge Monarchisten zu wie von der rechtsrepublikanischen »Acción Popular« junge kämpferische Katholiken. Die Falange zog unter ihrer revolutionären schwarz-roten Fahne mit. Was sie alle verband, war die Negation des linken Spaniens, – in ihren eigenen Motivationen über diese Frontstellung hinaus unterschieden sie sich.

Daß die Falange, die doch immer laut verkündet hatte, beide Spaniens vereinen zu wollen, auf der Seite der Aufständischen stand, überrascht nicht. Ihrem Herkommen nach gehörte sie vornehmlich dem bürgerlichen Spanien an. Zudem sahen wir, daß sie sich jahrelang mit denen herumgeschlagen hatte, gegen die sie jetzt der große militärische Aufstand richtete. Ihre Entschiedenheit gegen das linke Spanien war ausgeprägter als gegen das rechte. Ihrem ungestümen Draufgängertum entsprach es, sich von dem Aufstand mitreißen zu lassen.

Wir konstatieren für den Beginn des Bürgerkrieges ein volles Einschwenken der Falange in die Front der Aufständischen. Daß es sich

zu Beginn reibungslos vollzogen, ist aber nicht nur aus psychologischen und soziologischen Gründen sowie der allgemeinen Turbulenz der ersten Etappe zu erklären. Gefördert wurde dies auch durch die mangelnde Geschlossenheit aufgrund der Befehlsverhältnisse: der führende Kreis der Falange saß in Madrider Gefängnissen oder in anderen, der Volksfront sicheren Städten, wo sie zum Tode verurteilt wurden. Zudem wirkte sich auf die innere Geschlossenheit die zur gleichen Zeit anwachsende Stärke der Partei ungünstig aus. Ihr strömten neue Mitglieder zu, sicherlich nicht ohne die indirekte stimulierende Wirkung, die die Hilfestellung gerade jener ausländischen Mächte für die Aufständischen auslösen mußte, die das erklärte Vorbild der Falange waren. Zu Beginn des Bürgerkrieges zählt die Falange doch schon rund 10 000 militantes¹⁾. Sehen wir das plötzlich einsetzende, schnelle Anwachsen der Partei in Zusammenhang mit der mangelnden Führung der weitgehend auf sich gestellten, zudem in verschiedenen Regionen kämpfenden Falangeverbände und der das Gemeinsame doch mehr als das Trennende herausstellenden allgemeinen Aufstandsbewegung, dann scheint es verständlich, daß mit dem Wachsen der Partei zugleich eine ideologische Aufweichung verbunden war.

Daß die während des Bürgerkrieges relevant werdenden Gegensätzlichkeiten zwischen der Falange und den die Zielsetzung des Aufstandes bestimmenden Kräften dann immer nur von einem Teil der Falange und nicht von der Falange als geschlossener Potenz ausgetragen werden, ist aus dieser mangelnden ideologischen und strukturellen Geschlossenheit zu erklären.

Es ist nicht zu verkennen, daß nach dem schwunghaften Beginn für die alten Falangisten eine Ernüchterung einsetzen mußte. Zeigte sich doch, daß die Maßnahmen zur Legalisierung einer politischen wie zur Sicherung einer militärischen Ordnung den Stempel der tatsächlichen Machthaber trugen, die die Falange nun in den Gehorsam zwangen. Am 24. Juli 1936 konstituierte sich in Burgos ein Militär-Direktorium aus sieben höheren Offizieren, das »alle Machtvollkommenheiten« an sich zog²⁾. Aus ihm ging nach der Vereinigung des nördlichen mit dem südlichen Aufstandsgebiet dann am 29. September der General Franco als »Chef des spanischen Staates und Oberbefehlshaber der gesamten nationalen Streitkräfte« hervor. An die Stelle des Militärdirektoriums trat ein »Technischer Ausschuß des Staates« (Junta Técnica del Estado), von Franco mit der

praktischen Regierungsarbeit nach seinen Weisungen beauftragt. Auch die Junta Técnica ist ein militärisches Vollzugsorgan; diese provisorische Regelung wird erst am 30. Januar 1938 durch die Schaffung eines regulären Ministerialkabinetts beendet werden.

Was die militärische Führung in den ersten Monaten des Bürgerkrieges beschließt, läßt keinen neuen Ansatz erkennen. Die republikanische Verfassung wird für ungültig erklärt; die Maßnahmen des Direktoriums wie der unter Francos Führung arbeitenden Junta Técnica sind in ihren Gesetzestexten an der vorrepublikanischen Zeit, d. h. restaurativ orientiert. So wird mit Dekret vom 20. August, das gleichzeitig das Heer als den einzigen entscheidenden und verantwortlichen Träger der Aufstandsbewegung nennt, die traditionelle rot-gelbe Fahne wieder eingeführt, der dann auch die Wiedereinführung der alten spanischen Nationalhymne »Marcha Granadera« folgt. Für die Falange bedeutet dies, daß damit ihre schwarz-rote Fahne, unter der sie zu ihrer nationalen Revolution antrat, wie auch ihre eigene Hymne »Cara al Sol« abgewiesen ist. Dann werden in einer Reihe von Einzeldekreten der Kirche und den Geistlichen alle Privilegien, die die Republik ihnen genommen hatte, zurückgegeben. Für ungültig erklärt werden alle staatlichen Bodenbeschlagnahmungen und Landverteilungen. Alle Parteien werden verboten; die Ahndung von Verstößen obliegt den Militärbehörden. Deren Suprematie allen zivilen und paramilitärischen Stellen gegenüber bestätigt Franco noch einmal ausdrücklich durch ein Dekret vom 16. Februar 1937.

Wie sich die Falange zu diesen, in den Verordnungen der Führung erkennbar werdenden Tendenzen verhält, können wir aus einigen Äußerungen schließen, die dann durch die Reaktion des Staatschefs voll bestätigt werden. Wir hören, daß es nach den ersten Wochen des Aufstandes zu Unbotmäßigkeiten gegen die militärische Führung kommt. Sie zeigen sich in Eigenmächtigkeiten von FE-Verbänden, die ihren Krieg wie die Liquidierung von Gegnern nach eigenem Maßstab führen, die aus einem jungenhaften Gefallen an ihrer Wichtigkeit Paraden abhalten und deren Führer »wie Fürsten« leben und befehlen³⁾. Es ist in Teilen der Falange ein latentes Mißtrauen gegenüber der Aufstandsführung vorhanden, gestärkt wird es durch Herkunft, Gesinnung und Handlungen der militärischen Führer. Die Eigenmächtigkeiten wie die Auseinandersetzungen, die Falangeverbände mit militärischen Stellen und anderen Milizorganisationen haben, sind aber auch der Ausdruck politischer Resistenz gegen das

Eingeständnis, nur beteiligt zu sein, nicht aber zu führen. So vermeiden es Falangisten, von Franco als dem Chef oder dem Caudillo der Aufstandsbewegung zu sprechen. Sie nennen ihn Generalissimus, eine an sich gebräuchliche Anrede, bei den Falangisten jedoch mit der Absicht verwandt, äußerlich dadurch Francos Kompetenz auf das Militärische des Aufstandes beschränken zu wollen; politische Führerschaft wollen sie ihm nicht zuerkennen⁴⁾. Was sie jahrelang propagierten, bleibt weiterhin ihr Ziel: die politische Führerschaft in einem »Neuen Staat«.

Eigenmächtigkeiten und Unbotmäßigkeiten veranlassen denn auch Franco, den Milizverbänden ihre Rechte und Freiheiten zu nehmen. Am 20. Dezember 1936 unterwirft er sie dem Militärstrafgesetzbuch und unterstellt sie damit voll dem militärischen Oberbefehl. Es wird ihnen untersagt, sich von einem ihnen übertragenen Dienst abzuwenden; Offiziere des Heeres werden ihnen vorgesetzt. Dieses Dekret richtet sich vor allem gegen die Falange. Militärisch wird sie damit fest an die größere Einheit der Aufstandsbewegung gebunden; die politische Anpassung wird Francos Vereinigungsdekret vom 19. April 1937 bringen, das alle Kräftegruppen in einer Staatspartei zusammenfügen wird.

I. Voraussetzungen des Dekrets

Ehe wir uns dem für die politische Struktur Spaniens so bedeutsamen Vereinigungsdekret zuwenden, müssen wir uns fragen, welche Überlegungen Franco dazu veranlassen konnten. Seine Hoffnungen, in einem schnellen Ansturm die Aufstandsbewegung zum Sieg zu führen, erfüllen sich nicht. Madrid wird, zuerst durch die Abzweigung der Truppen zur Befreiung des Alcázars in Toledo, dann durch das Erscheinen der Internationalen Brigaden im November 1936 zur Verteidigung der Hauptstadt, nicht bezwungen. Auch der Norden Spaniens mit Asturien, Santander und den baskischen Provinzen – industrielles Schwerpunktgebiet – wie der ganze Südosten und Osten bleiben in Besitz der Volksfront. Für Franco bedeutet dies, sich auf eine langfristige Planung des Feldzuges einzustellen, für die ihm eine politische Stabilisierung des von ihm beherrschten Gebietes nur ratsam erscheint.

Zudem hat er die die Volksfront lähmenden Gegensätzlichkeiten

vor Augen. Sie erleichtern das sowjetische Bestreben, die eigene Position unter Ausnutzung der Zwistigkeiten im Lager der Volksfront auszubauen. Die Volksfront unterliegt der Belastung heterogener Zielsetzungen. Der wachsende Einfluß der bisher kleinen kommunistischen Partei durch die Infiltrationsarbeit der spanischen Sektion der G.P.U. zielt auf die Ausschaltung der anderen spanischen Parteien der Linken. Andrés¹⁾ hat nachgewiesen, daß der Kulminationspunkt dieser Hegemoniebestrebungen mit dem Blutbad vom April/Mai 1937 in Katalonien erreicht ist, wo Anarchosyndikalisten, Sozialisten und spanische Trotzlisten der P.O.U.M. sich, getrieben von den Kommunisten, in Straßenkämpfen und Streiks gegenüberstehen, und daß danach die kommunistische Vorrangstellung gesichert ist. Wir finden, wenn auch in wesentlich schärferer Form, im Lager der Volksfront eine ähnliche Problematik wie im Lager der Aufständischen: Einigkeit besteht insofern, als die Aufständischen der gemeinsame Feind der Volksfront-Parteien sind, aber daneben gibt es den erbittert geführten Richtungsstreit verschieden orientierter Kräfte.

Daß auch diese Geschehnisse auf der Gegenseite Franco in dem Gedanken bestärken, seine militärische Basis politisch abzusichern, dürfte für ihn um so naheliegender gewesen sein, als das mit ihm sympathisierende rechte Spanien doch bei seinen Verschiedenheiten sich in einigen Grundthesen zumindest tangiert: Die Parteien der Rechten fühlen sich nationaler spanischer Geschichte verpflichtet, sie betonen katholisches Bewußtsein, sie sind vorwiegend antiparlamentarisch eingestellt, sie fordern eine autoritäre Staatsspitze und eine auch vom Beruf her bestimmte Gesellschaftsordnung. Freilich, die Interpretationen dieser Grundthesen weisen, wie wir gesehen haben, große Differenzen auf, und sie haben mit den Zielen der Falange sogar nur noch die Ähnlichkeit gewisser Formulierungen gemein. Andererseits stehen sie alle wieder unter dem Eindruck der Hilfe der beiden totalitären Staaten, deren politische Systeme in Kreisen des rechten Spanien zumindest wohlwollend diskutiert worden und das erklärte Vorbild der Falange waren.

Der entscheidende Anstoß für das Unifikationsdekret dürfte schließlich in der Absicht Francos gelegen haben, dem Staat, dem er nun vorstand, einen politischen Inhalt zu geben. In einer Unterredung Francos mit dem Gesandtschaftsrat der deutschen Vertretung in Portugal, Graf Du Moulin, die am 6. Oktober 1936 in Salamanca stattfand, wies Franco bereits auf die Notwendigkeit der »Unifi-

zierung der Ideen« hin. Du Moulin schrieb an das Auswärtige Amt, daß Franco gesagt habe: »Es müsse unbedingt daran gearbeitet werden, eine gemeinsame Ideologie unter den Mitkämpfern am Befreiungswerke: der Armee, den Faschisten und den monarchistischen Organisationen sowie der katholischen C.E.D.A. zu schaffen. Dabei werde man aber mit zarter Hand vorgehen. Notwendig sei es . . . , die Grundlinien des zukünftigen Staatsapparates schon jetzt festzulegen . . . 6)«

Daß die Staatsform nach den explosiven Erfahrungen der letzten Jahre nicht eine Demokratie sein sollte, entsprach ebenso den Absichten aller in Francos Lager stehenden Kräften wie seinen eigenen Anschauungen und den aktuellen Erfordernissen. Wichtig erschien eine Politik, in der die taktische Absicht, zuwiderlaufende Kräfte innerhalb der Aufstandsbewegung in einer einheitlichen Disziplin zusammenzufassen, sich mit der Herausstellung des gemeinsamen Wollens verbinden konnte. Und da es gemeinsame, oder doch ähnlich gelagerte politische Impulse innerhalb der Aufstandsbewegung gab, bot sich für Franco die Möglichkeit, der Konzentration der Kräfte, an der ihm liegen mußte, einen ideologisch-politischen Gehalt zu geben. Inwieweit er mit dieser Ansicht Zustimmung fand, erwies dann die Reaktion auf sein Unifikationsdekret.

2. Die Beschlüsse von Salamanca

Am 19. April verliet Franco vom Balkon des Bischofspalastes in Salamanca, wo er seinen Generalstab eingerichtet hatte, das Unifikationsdekret⁷⁾. Es beginnt mit einer langen Einleitung, in der Franco die Notwendigkeit, zusammenstehen zu müssen, konfrontiert mit dem Streit der Parteien und politischen Organisationen, »die, ob schon sie – alle – edelmütig zum höheren Wohle Spaniens kämpfen, ihre besten Kräfte verschwenden für die eigene Vorherrschaft, oder, was noch schlimmer ist, für Fragen persönlicher Art, die kleinliche Streitereien innerhalb der Verbände Platz greifen lassen und so die alte politische Intrigenwirtschaft wiedererwecken. Sie bringen damit die Verbände und Kräfte, deren Scharen bewegt sind von den reinsten Idealen, in die Gefahr des Auseinanderfallens.« Franco erinnert an die Opfer, die der Krieg fordert, beschwört die Gemein-

samkeit des Wollens und erklärt dann, daß es jetzt nicht darauf ankäme, ein Konglomerat verschiedener Gruppen zu bilden, sondern eine echte politische Einheit, »ein Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft«. Er fährt dann, sich der Falange und den Requetés zuwendend, fort: »Wie in anderen Ländern mit totalitärem Regime gelangt nunmehr auch in Spanien die traditionelle Kraft dahin, sich wesentlich mit einer neuen Kraft zu verbinden: Die Spanische Falange brachte mit ihrem Programm junge Massen ein, die werbende Kraft einer neuen Haltung, eine politische und heroische Form, die unserer Zeit entspricht, und eine Verheißung der Erfüllung Spaniens. Die Requetés verbinden mit ihrem kriegerischen Geist das heilige Unterpfand der spanischen Tradition. Sie erhielten sie standhaft in den wechsellvollen Zeiten samt ihrer katholischen Geistigkeit, die ein grundlegendes Gestaltungselement unserer Nationalität war und an deren ewigen Prinzipien der Moral und der Gerechtigkeit sie sich stets auszurichten haben wird.«

Franco erklärt dann, daß Falange und Requetés nun im Einsatz für das Vaterland vereinigt seien. »Ihre programmatische Norm ist gesetzt durch die 26 Punkte der Falange. Dabei muß jedoch festgehalten werden, daß, – genau wie die Bewegung, die wir führen, viel mehr als ein Programm bedeutet – dieses selbst nicht starr und statisch sein kann, sondern stets offen bleiben muß für Revisionen und Verbesserungen, die die Wirklichkeit erfordert.« Zum Schluß erklärt Franco: »Wir verschließen uns auch nicht der Möglichkeit, der Nation jene alt-ehrwürdige Herrschaftsform wiederzugeben, die die Einheit und historische Größe der Nation geschmiedet hat.«

Es folgen nach dieser Einleitung die drei Artikel des Dekrets:

ARTIKEL I

Die Spanische Falange und die Requetés werden . . . unter meiner Führung in einer einzigen politischen Einheit . . . zusammengefaßt. Sie nennt sich ab sofort »Falange Española Tradicionalista y de las J.O.N.S.«. Ihr gehören alle Inhaber von Mitgliedsausweisen der Falange und der Comución Tradicionalista an.

ARTIKEL 2

Chef dieser politischen Körperschaft ist der Staatschef; ihm untersteht ein Sekretariat oder ein politischer Ausschuß und der Nationalrat.

ARTIKEL 3

Die Milizen der Falange und der Requetés werden zu einer Nationalmiliz vereinigt . . . Die Miliz ist Hilfstruppe des Heeres. Ihr unmittelbarer Vorgesetzter wird ein General des Heeres sein, dem zwei militärische Vertreter der vereinigten Kräfte sowie zwei politische Beiräte durch Ernennung beigegeben werden.

So sehr dieses Dekret auch, ohne Erläuterung der Vorgeschichte, als Anerkennung der von der Falange verfolgten Ziele erscheint⁸⁾, so bedeutet es doch tatsächlich die Eliminierung der Falange in ihrer alten Form. Sie hört als Partei auf zu existieren und ist fortan nur noch ein Teil einer größeren Einheit, wie es sich auch in der Erweiterung ihres Namens ausdrückt. Auch die Milizen der Renovación Española und der Acción Popular werden, wenn sie auch im Dekret nicht ausdrücklich genannt sind, in die neue Einheit übergeführt.

Die Entwicklung der nächsten Monate wird den Kreis der Mitglieder weiter vergrößern und damit zugleich die alte falangistische Richtung noch mehr begrenzen. Auf einen Führungsanspruch kann sich die alte Falange fortan nicht mehr berufen. Der Punkt 27 ihres Programms ist gestrichen, zudem steht an ihrer Spitze nun nicht mehr einer der ihren, sondern der Staatschef. Er neutralisiert die alte Falange durch die von ihm befohlene Erweiterung, und er drosselt damit die spezifische Dynamik der Falange ab. Auch dies wird an der kommenden Entwicklung, die der spanische Staat unter Franco nimmt, sichtbar werden. Sie kündigt sich schon darin an, daß im Dekret zwar auf das Programm der Falange Bezug genommen wird, dies aber nicht als politisches Dogma, sondern viel unverbindlicher als programmatische Norm bezeichnet wird⁹⁾.

Die 26 Punkte sind kein Gesetz, dessen Berücksichtigung vor einem Gericht verlangt werden könnte. Das Dekret läßt zudem, auch darin im Gegensatz zur Falange, in seiner Präambel die Frage der Staatsform offen; die Rückkehr zur Monarchie, zu der von der Falange verneinten Monarchie, wird jedoch als Möglichkeit ausdrücklich hervorgehoben. Die allgemein gehaltene Form des Dekrets löst denn auch weder bei den Militärs, die es schon aus Gründen der besseren militärischen Disziplin bejahen, noch bei den kleineren Milizen wie bei den zahlenmäßig ja am stärksten in Erscheinung tretenden Requetés Widerspruch aus. Die eigentlich Betroffenen sind die um ihr Programm gebrachten Falangisten. Wie reagieren sie?

3. Die Niederschlagung falangistischer Opposition

Daß es in der Falange zu Unruhen kommt, ist eine verständliche Reaktion: Jahrelang hat die Falange ihre eigene nationale Revolution propagiert, die Konzeption ihres »Neuen Staates« vertreten und ein Paktieren mit anderen Kräften nur für akzeptabel gehalten, wenn sie sich ihrer Führung unterwerfen. Erst der beginnende Bürgerkrieg führt sie aus ihrer Isolierung heraus, zwingt sie, ihre eigene Lage bescheidener zu beurteilen und Maßnahmen zu respektieren, die ihr stolzes Selbstverständnis empfindlich treffen mußte. Das Unifikationsdekret schließlich bedeutete für die Falange, in einer größeren, von ihr nicht gesetzten Einheit aufzugehen. Aus der richtigen Erkenntnis, daß damit der Verlust ihres Führungsanspruches, ihrer Konzeption überhaupt verbunden ist, rebellieren Teile der Falange und bringen, da sie auch auf Widerstand in den eigenen Reihen stoßen, die Partei der Auflösung nahe. Um das deutlich zu machen, müssen wir die Unifikation noch einmal in der Perspektive der Falange beleuchten.

Die erste falangistische Reaktion erfolgt, als Ende März die Vereinigungsabsicht Francos bekannt wird. Aufgrund vorbereiteter Gespräche, die sowohl der Staatschef, vor allem aber sein beauftragter Schwager, Ramón Serrano Suñer, mit dem seit Beginn des Bürgerkrieges mit der interimistischen Führung der Falange beauftragten Manuel Hedilla Larrey führen, kommt es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei¹⁰). Sie ist in gegensätzliche Flügel gespalten. Auf der einen Seite ist es Hedilla selbst, der in seinem wichtigsten Verhandlungspartner, Serrano Suñer, der bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges als Abgeordneter der »Acción Popular« den Cortes angehörte¹¹), eine treibende Kraft erkennt, die eine bedingungslose Unterwerfung der Falange fordert und schon durch die Härte des Auftretens schockiert¹²). Andererseits erhebt sich in der Falange ein radikaler Flügel, der sowohl Franco die Fähigkeit politischer Führung abspricht¹³), jede Form der Vereinigung ablehnt, als auch Hedilla den Vorwurf macht, sich von Franco und Serrano Suñer übertölpeln zu lassen und »die Falange an Franco zu verkaufen«¹⁴).

Es kommt zur offenen Rebellion gegen Hedilla. In der Nacht vom 14. zum 15. April wird ein Falangist der Hedilla-Gruppe hinterrücks erschossen. Am 16. April ziehen sich Milizverbände vor Salamanca zu-

sammen. Ihre Absicht, die Falange-Zentrale zu besetzen, wird durch die Verhaftung einzelner Rebellen durch Militärkommandos zunichte gemacht¹⁵).

Dies ist die verworrene innere Situation der Falange, als Franco am 19. April sein Dekret verkündet. Unter diesen Ereignissen gewinnen die harten Vorwürfe der Uneinigkeit und des Strebens nach Vorherrschaft, die Franco in der Präambel seines Dekrets erhebt, eine besondere Bedeutung. So wie die Unterstellung der Milizen unter das Militärstrafgesetzbuch (20. Dezember 1936) eine Reaktion Francos auf die Eigenmächtigkeiten falangistischer Milizen gewesen war, so erscheint in dem Licht der Vorgänge, die dem Vereinigungsdekret unmittelbar vorausgingen, auch dieses selbst als eine gegen die Falange gerichtete Handlung: Franco macht sich zwar die revolutionäre Begeisterung der Falange zunutze, aber er zügelt sie und neutralisiert sie zugleich, indem er sie an sich bindet und sie in einer größeren politischen Einheit verschmelzen läßt.

Beim Unifikationsdekret steht die Falange als eine zerrissene und geschwächte Partei da. Aber auch der befohlene Übergang in die neue Partei¹⁶) geht nicht ohne weitere Erschütterungen vonstatten. Es bleibt auf Seiten der Staatsführung eine mißtrauische Reserve der Falange gegenüber, wie umgekehrt. Die Position der Falange ist auch insofern geschwächt, als die Staatsführung durch Falangisten, die die Vereinigung rückhaltlos gutheißen, über interne Vorgänge informiert bleibt. So wird aus Kreisen der Falange gemeldet, daß in ihr eine Anti-Franco-Propaganda forciert werde¹⁷). Die plötzliche Abreise von Falangeführern aus Salamanca in die Provinzen schürt ebenso das Mißtrauen wie ein Telegramm des Politischen Ausschusses der Partei an die Provinzchefs, in dem ausdrücklich auf die Befehlshoheit der Falangeführung hingewiesen wird, obwohl laut Dekret ein neues Sekretariat oder ein politischer Ausschuß an seine Stelle treten sollte¹⁸).

In der mißtrauischen und gespannten Atmosphäre schlägt daraufhin die Staatsführung zu. Zwanzig führende Falangisten, an ihrer Spitze der Chef der Partei, Hedilla, werden am 24./25. April verhaftet und wegen konspirativer Tätigkeit vor ein Kriegsgericht gestellt. Als vorbeugende Maßnahme wird Falangisten das Betreten der Stadt Salamanca verboten. Hedilla und drei weitere Falangisten werden zum Tode verurteilt, die Urteile dann aber in Freiheitsstrafen umgewandelt. Erst nach diesem harten Durchgreifen, mit dem

der Falange wiederum ein Teil ihrer Führerschaft genommen wurde, vollzieht sich die Integrierung ohne wesentliche Reibungen.

Mit der von Franco geführten, erweiterten Partei beginnt eine neue Ära spanischer Parteipolitik. Der »Neue Staat«, dem sie dient, entspricht nicht mehr der Konzeption der Falange¹⁹).

ZEHNTES KAPITEL

Schlußbetrachtung

Die »alte« und die »neue« Falange

Mit dem Vereinigungsdekret legt Franco den Grundstein zu einer innerpolitischen Entwicklung, die zwar allein orientiert bleibt an seiner Autorität und der von ihm befohlenen Richtung, die aber in ihrer inneren Struktur sein Bestreben erkennen läßt, eine Koalition verschiedener, ja sogar gegensätzlicher Kräfte in einer Partei zu binden und auszubalancieren. Wenn zum Schluß versucht werden soll, dies an einigen Fakten aufzuzeigen, dann geschieht dies, um daran die Verschiedenartigkeit der »Falangen« vor und nach dem Vereinigungsdekret zu verdeutlichen. Verbunden damit ist aber auch die Erkenntnis, daß es eine allzu bequeme Formel ist, die spanische Staatspartei als einen homogenen Organismus anzusehen. Sowenig sie dies je war, sowenig auch besaß sie je den Charakter einer Monopolpartei. Da sie weder ideologisch geschlossen ist noch der Absicht dient, den Staat zu durchdringen, widerspricht sie den Grundthesen der alten Falange.

Die neue Staatspartei widerspricht der alten Falange auch in den Vorstellungen ihrer Führer. José Antonio stützte sich auf die freiwillige Nachfolge seiner jungen Leute; er war einer der ihnen. Franco ernennt sich selbst zum Chef einer Partei; er befiehlt deren Akklamation, und er versteht sie nicht als einen straff ideologisch geformten Block, sondern als eine Sammlung patriotischer Kräfte, die in ihren Zielsetzungen weiterhin variieren dürfen.

Wie weit er diese Tendenz legalisiert, verdeutlichen die am 4. August 1937 erlassenen Statuten für die Einheitspartei¹⁾. Franco bestätigt sich erneut als ihr Führer. Er hat das Recht, den Nationalrat, bestehend aus 50 bis 75 Mitgliedern, zu ernennen. Der politische Ausschuß der Partei wird mit zwölf Mitgliedern besetzt. Sechs unterliegen Francos freier Wahl, weitere sechs dürfen von dem – von Franco ernannten – Nationalrat gewählt werden. Hier wird das Nominierungsprinzip der alten Falange übernommen, aber die Übereinstimmung ist nur noch formaler Art, da die Partei selbst Kräfte vereinigt, die in ihrer Zielsetzung verschieden bleiben. Franco unterstreicht diese Tendenz durch die Bestimmung in den Statuten, daß nun auch alle Offiziere und Beamten Mitglieder der Partei sind. Mit dieser automatisch zustandekommenden Mitgliedschaft erweitert er – durch Verfügung, nicht durch die freiwillig-politische Entscheidung des einzelnen – die Partei wiederum und führt weiter von der orthodoxen Linie der alten Falange ab.

Die Statuten verankern Francos politische Omnipotenz, doch sie bestätigen zugleich seine Ausgleichsabsichten. Sie finden in der Zusammensetzung von politischem Ausschuß und Nationalrat ihren sichtbaren Ausdruck. Gebunden an Franco haben sie nur beratende Funktion. Ihr Wert ist demonstrativer Art in der Koalition von Requetés und Alt-Falangisten, von Generalen und Offizieren, von Zivilisten monarchistischer Observanz oder auch ungebundener Persönlichkeiten, die Franco wegen ihrer fachlichen Qualitäten auszeichnet – und die jetzt alle »Falangisten« heißen.

Auch die erste Regierung, die Franco am 1. Februar 1938 bildet, läßt die gleiche Tendenz erkennen. Franco beruft zwölf Fachminister, bei denen nun unter seiner Autorität das Schwergewicht der politischen Arbeit liegt. Das Kabinett demonstriert die Sammlung verschiedener politischer Meinungsrichtungen. Dem widerspricht nicht, daß alle, die zur Regierung gehören, zwangsweise und offiziell Parteimitglieder sind. Bei der Mehrzahl von ihnen ist die Mitgliedschaft nur nomineller Art²⁾. Zwei Altfalangisten – Raimondo Fernández Cuesta als Landwirtschaftsminister und Pedro Sáinz Rodríguez als Minister für nationale Erziehung – sind in ihm vertreten, und es ist bezeichnend, daß Sáinz Amt nach seinem baldigen Austritt aus der Regierung verwaltet wird durch den Mitbegründer der Falange, Professor García Valdecasas, der sich von ihr 1934 wieder abgewandt hatte und ins monarchistische Lager übergewechselt war.

Was sich nach dem Vereinigungsdekret in der Personalpolitik Francos als den Intentionen der alten Falange widersprechend erweist, finden wir auch bestätigt in dem politischen Kurs, den Franco einschlägt. Es zeigt sich in der Fortsetzung der mit Beginn des Bürgerkrieges begonnenen Kirchenpolitik, die nicht, wie es der Konzeption der alten Falange entsprach, die Suprematie des Staates vor der Kirche durchzusetzen gedenkt, sondern sie gerade wieder als respektierte Macht und Stütze des Regimes in ihre vollen Rechte einsetzt³⁾, und einen einstweiligen Abschluß dann im Konkordat des Jahres 1953 finden wird.

Es zeigt sich in der Behandlung der Staatsform. Auch im »Dekret über die zentrale Staatsverwaltung« vom 30. Januar 1938 wird sie ausdrücklich offengelassen. Das monarchistische Lager erfährt nach dem ersten Hinweis im Vereinigungsdekret schon bald eine weitere Genugtuung dadurch, daß die Bürgerrechte des Königs und seiner Familie wieder anerkannt und die volle Rückgabe ihrer Vermögen beschlossen werden. Einfluß und Bedeutung der monarchistischen Richtung werden ebenso in den Persönlichkeiten, die Franco zur Mitarbeit heranzieht, wie in solchen Handlungen sichtbar. Sie zeichnen den Weg bereits vor, der dann zum Nachfolgesetz vom 6. Juni 1947 mit der Anerkennung der Monarchie als Staatsform führen wird⁴⁾.

Die Verschiedenartigkeit der Konzeptionen tritt besonders schroff auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik hervor. Auf ihm wird nun völlig der sozial-revolutionäre Impetus der alten Falange eingedämmt. Sie propagierte ihre »soziale Gerechtigkeit« mit ihrer Lehre von den Syndikaten, mit der Verstaatlichung von Bank- und Kreditwesen und der für die Allgemeinheit wichtigen Betriebe. Sie entwarf ein gewaltiges Agrarprogramm, das die Boden- und Besitzverhältnisse grundlegend umgestalten sollte. Auf die in vielen Punkten hypertrophen Vorstellungen ihres Wirtschafts- und Sozialprogramms braucht hier nicht mehr eingegangen zu werden. Festzuhalten aber bleibt, daß sie nicht nur auf ein vernünftiges und mögliches Maß reduziert, sondern auf eine der falangistischen Lehre widersprechende Linie gebracht werden.

Von dem falangistischen Programm erfüllt sich, und auch das lediglich annähernd, nur die *Form* einer syndikalistischen Wirtschaftsordnung. Syndikate werden zum Zweck der staatlichen Wirtschaftslenkung aufgebaut⁵⁾, ohne indes die von der Falange gewollte Totalität zu erreichen. Sie proklamierte die Erfassung aller arbeitsfähigen

gen Spanier; die Syndikate des Franco-Regimes beschränken sich auf die wichtigsten Industrien⁶). Den Syndikaten der alten Falange lag die Idee des National syndikalismus, der politischen Durchdringung der an ihrem Arbeitsplatz Erfassten zugrunde. Diese ideologisch-politische Grundlage wird den Syndikaten entzogen. Es geschieht dadurch, daß der Partei, in ihrer Struktur ja ohnehin schon grundlegend verändert, zwar die Organisationsform der Syndikate vorbehalten bleibt. Diesem Zweck dient ein »Ministerium für Organisation und Aktion der Syndikate«. Doch ist die Steuerung des Syndikatwesens rein technischer Art: gebunden ist es an Planung und Lenkung des Primär-Ministeriums für Handel und Industrie und erweist sich somit als rein technisches Vollzugsorgan staatlicher Wirtschaftslenkung.

Am augenfälligsten wird der Unterschied durch das am 9. März 1938 dekretierte »Grundgesetz der Arbeit«, das die programmatischen Normen des Franco-Regimes für die Wirtschafts- und Sozialpolitik enthält. Hier fällt nun jeder Bezug auf die radikalen Forderungen der alten Falange weg. Das Grundgesetz identifiziert sich nicht mehr mit dem bei der Falange doch so eminent wichtigen Punkt 14 des Programms, der die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens und der für die Allgemeinheit wichtigen Betriebe forderte. Es schwächt den schroffen Punkt 16 des Programms, der alle Spanier zur Arbeit verpflichtete und den Müßiggang reicher Leute verwarf, zu dem vagen Satz ab, daß es Pflicht jedes Spaniers sei, »die nationale Erzeugung zu schützen, zu bessern und zu mehren«. Und es streicht schließlich das umfangreiche und revolutionäre Agrarprogramm der Falange auf die Versicherung zusammen, daß die künftige Gestaltung des Landarbeitsrechtes bessere Arbeitslöhne verheißt und daß der Staat auch den Pächtern Hilfe verspricht, das Land zu erhalten, was sie bebauen⁷).

Wir finden in diesen Fakten die These erhärtet, daß mit dem Vereinigungsdekret und unter der Führung Francos in der spanischen Innenpolitik eine Entwicklung einsetzt, die der Konzeption der alten Falange nicht mehr entspricht. Ihr Name wurde zwar zum gebräuchlichen Wort für die neue Partei, doch erwies sie sich als eine Sammlung politischer Richtungen, zu denen auch, ohne mehr als ein Teil zu sein, die alte Falange gehörte. Der Führer der Partei, der Staatschef, machte sich das Falange-Programm nicht zu eigen.

Der Falange verblieb nur eine kurze Zeitspanne freier Entwicklung, und sie war über ihr ungestümes, ungezügelter Anfangsstadium noch nicht hinaus, als Franco ihr befahl, in einer größeren Einheit aufzugehen. Als dies geschah, stand Franco-Spanien in engen Beziehungen zu dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland – zu jenen Staaten also, die das Vorbild der alten Falange gewesen waren. Ihr war es bei dem Mangel an Bedeutung, Ansehen und Mitteln versagt geblieben, über die bloße literarische und optische Inspiration hinaus in direkten Kontakt mit den Bewegungen dieser Staaten zu treten. Er begann erst während des Bürgerkrieges, zu einer Zeit also, als die alte Falange bereits dem Willen des Staatsherrn unterlag. So fiel in die Zeit der Zusammenarbeit Franco-Spaniens mit den totalitären Staaten in Spanien selbst die Auflösung gerade jener dynamischen Formation, die ihnen nachgeeifert hatte.

In der Rückschau auf diese Jahre, in denen die alte Falange sich entwickelte, um dann von Franco aufgefangen und »entschärft« zu werden, bestätigt sich ein Satz José Antonios. Er schrieb: »Immer ist es der Stärkere, der Fähigere, dem es gelingt, den Schwächeren zu vereinnahmen«⁸⁾. Freilich: als er dies schrieb, war er erfüllt von dem Gedanken, sich mit seinen jungen Falangisten als der Stärkere zu erweisen, weil er glaubte, nun auch für Spanien den Ansatz gefunden zu haben, um die widerstreitenden Teile in einem neuen Geist zu versöhnen. Wir wissen, daß es gerade an diesem Geist fehlte, daß die Falange, inspiriert von ausländischen Vorbildern eines politischen Extremismus, dem Andersdenkenden keinen Platz einräumte.

Mit dieser Exklusivität des Denkens und Tuns fügte sie sich allerdings auch in das größere politische Geschehen Spaniens ein, in dem sich seit mehr als einem Jahrhundert die »beiden« Spanien, unwillig, gemeinsam zu herrschen, gegenseitig verneinten. Im Bürgerkrieg fand diese Auseinandersetzung mit dem Tod von nahezu fünfhunderttausend Menschen einen erschreckenden Höhepunkt. Was das Franco-Regime tat, um die Nation auf den Weg eines einigen Spaniens hinzuführen, steht noch dahin.

Los 27 Puntos

NACIÓN · UNIDAD · IMPERIO

1

Creemos en la suprema realidad de España. Fortalecerla, elevarla y engrandecerla es la apremiante tarea colectiva de todos los españoles. A la realización de esa tarea habrán de plegarse inexorablemente los intereses de los individuos, de los grupos y de las clases.

2

España es una unidad de destino en lo universal. Toda conspiración contra esa unidad es repulsiva. Todo separatismo es un crimen que no perdonaremos.

La Constitución vigente, en cuanto incita a las disgregaciones, atenta contra la unidad de destino de España. Por eso exigimos su anulación fulminante.

3

Tenemos voluntad de Imperio. Afirmamos que la plenitud histórica de España es el Imperio. Reclamamos para España un puesto preeminente en Europa. No soportamos ni el aislamiento internacional ni la mediatización extranjera.

Respecto de los países de Hispanoamérica, tendemos a la unificación de cultura, de intereses económicos y de Poder. España alega su condición de eje espiritual del mundo hispánico como título de preeminencia en las empresas universales.

4

Nuestras fuerzas armadas – en la tierra, en el mar y en el aire – habrán de ser tan capaces y numerosas como sea preciso para asesturar a España en todo instante la completa independencia y la jerarquía mundial que le corresponde. Devolveremos al Ejército de Tierra, Mar y Aire toda la dignidad pública que merece, y haremos, a su imagen, que un sentido militar de la vida informe toda la existencia española.

5

España volverá a buscar su gloria y su riqueza por las rutas del mar. España ha de aspirar a ser una gran potencia marítima, para el peligro y para el comercio. Exigimos para la Patria igual jerarquía en las flotas y en los rumbos del aire.

ESTADO · INDIVIDUO · LIBERTAD

6

Nuestro Estado será un instrumento totalitario al servicio de la integridad patria. Todos los españoles participarán en él al través de su función familiar, municipal y sindical. Nadie participará al través de los partidos políticos. Se abolirá implacablemente el sistema de los partidos políticos con todas sus consecuencias: sufragio inorgánico, representación por bandos en lucha y Parlamento del tipo conocido.

7

La dignidad humana, la integridad del hombre y su libertad son valores eternos e intangibles.

Pero sólo es de veras libre quien forma parte de una nación fuerte y libre.

A nadie le será lícito usar su libertad contra la unión, la fortaleza y la libertad de la Patria. Una disciplina rigurosa impedirá todo intento dirigido a envenenar, a desunir a los españoles o a moverlos contra el destino de la Patria.

8

El Estado Nacional-sindicalista permitirá toda iniciativa privada compatible con el interés colectivo, y aun protegerá y estimulará las beneficiosas.

ECONOMÍA · TRABAJO · LUCHA DE CLASES

9

Concebimos a España, en lo económico, como un gigantesco sindicato de productores. Organizaremos corporativamente a la sociedad española mediante un sistema de sindicatos verticales por ramas de la producción, al servicio de la integridad económica nacional.

10

Repudiamos el sistema capitalista, que se desentiende de las necesidades populares, deshumaniza la propiedad privada y aglomera a los trabajadores en masas informes, propicias a la miseria y a la desesperación. Nuestro sentido espiritual y nacional repudia también el marxismo. Orientaremos el ímpetu de las clases laboriosas, hoy descarriadas por el marxismo, en el sentido de exigir su participación directa en la gran tarea del Estado nacional.

11

El Estado Nacionalsindicalista no se inhibirá cruelmente de las luchas económicas entre los hombres, ni asistirá impasible a la dominación de la clase más débil por la más fuerte. Nuestro régimen hará radicalmente imposible la lucha de clases, por cuanto todos los que cooperan a la producción constituyen en él una totalidad orgánica. Reprobamos e impediremos a toda costa los abusos de un interés parcial sobre otro y la anarquía en el régimen del trabajo.

12

La riqueza tiene como primer destino — y así la afirmará nuestro Estado — mejorar las condiciones de vida de cuantos integran el pueblo. No es tolerable que masas enormes vivan miserablemente mientras unos cuantos disfrutan de todos los lujos.

13

El Estado reconocerá la propiedad privada como medio lícito para el cumplimiento de los fines individuales, familiares y sociales, y la protegerá contra los abusos del gran capital financiero, de los especuladores y de los prestamistas.

14

Defendemos la tendencia a la nacionalización del servicio de Banca y, mediante las corporaciones, a la de los grandes servicios públicos.

15

Todos los españoles tienen derecho al trabajo. Las entidades públicas sostendrán necesariamente a quienes se hallen en paro forzoso. Mientras se llega a la nueva estructura total, mantendremos e intensificaremos todas las ventajas proporcionadas al obrero por las vigentes leyes sociales.

16

Todos los españoles no impedidos tienen el deber del trabajo. El Estado Nacional Sindicalista no tributará la menor consideración a los que no cumplen función alguna y aspiran a vivir como convidados a costa del esfuerzo de los demás.

TIERRA

17

Hay que elevar a todo trance el nivel de vida del campo, vivero permanente de España. Para ello adquirimos el compromiso de llevar a cabo sin contemplaciones la reforma económica y la reforma social de la agricultura.

18

Enriqueceremos la producción agrícola (Reforma económica) por los medios siguientes:

Asegurando a todos los productos de la tierra un precio mínimo remunerador.

Exigiendo que se devuelva al campo, para dotarlo suficientemente, gran parte de lo que hoy absorbe la ciudad en pago de sus servicios intelectuales y comerciales.

Organizando un verdadero Crédito Agrícola Nacional, que al prestar dinero al labrador a bajo interés con la garantía de sus bienes y de sus cosechas le redima de la usura y del caciquismo.

Difundiendo la enseñanza agrícola y pecuaria.

Ordenando la dedicación de las tierras por razón de sus condiciones y de la colocación de los productos.

Orientando la política arancelaria en sentido protector de la agricultura y de la ganadería.

Acelerando las obras hidráulicas.

Racionalizando las unidades de cultivo, para suprimir tanto los latifundios desperdiciados como los minifundios antieconómicos por su exiguo rendimiento.

19

Organizaremos socialmente la agricultura por los medios siguientes: Distribuyendo de nuevo la tierra cultivable para instituir la propiedad familiar y estimular enérgicamente la sindicación de labradores.

Redimiendo de la miseria en que viven las masas humanas que hoy se extenuan en arañar suelos estériles, y que serán trasladadas a las nuevas tierras cultivables.

20

Emprenderemos una campaña infatigable de repoblación ganadera y forestal, sancionando con severas medidas a quienes la entorpezcan e incluso acudiendo a la forzosa movilización temporal de toda la juventud española para esta histórica tarea de reconstruir la riqueza patria.

21

El Estado podrá expropiar sin indemnización las tierras cuya propiedad haya sido adquirida o disfrutada ilegítimamente.

22

Será designio preferente del Estado Nacional Sindicalista la reconstrucción de los patrimonios comunales de los pueblos.

EDUCACIÓN NACIONAL · RELIGIÓN

23

Es misión esencial del Estado, mediante una disciplina rigurosa de la educación, conseguir un espíritu nacional fuerte y unido e instalar en el alma de las futuras generaciones la alegría y el orgullo de la Patria. Todos los hombres recibirán una educación premilitar que les prepare para el honor de incorporarse al Ejército nacional y popular de España.

24

La cultura se organizará en forma de que no se malogre ningún talento por falta de medios económicos. Todos los que lo merezcan tendrán fácil acceso incluso a los estudios superiores.

25

Nuestro Movimiento incorpora el sentido católico – de gloriosa tradición y predominante en España – a la reconstrucción nacional. La Iglesia y el Estado concordarán sus facultades respectivas, sin que se admita intromisión o actividad alguna que menoscabe la dignidad del Estado o la integridad nacional.

REVOLUCIÓN NACIONAL

26

Falange Española de las J.O.N.S. quiere un orden nuevo, enunciado en los anteriores principios. Para implantarlo, en pugna con las resistencias del orden vigente, aspira a la revolución nacional. Su estilo preferirá lo directo, ardiente y combativo. La vida es milicia y ha de vivirse con espíritu acendrado de servicio y de sacrificio.

27

Nos afanaremos por triunfar en la lucha con sólo las fuerzas sujetas a nuestra disciplina. Pactaremos muy poco. Sólo en el empuje final por la conquista del estado gestionará el mando las colaboraciones necesarias, siempre que esté asegurado nuestro predominio.

Anmerkungen

ZUM ERSTEN KAPITEL

- 1 Eduardo Aunós Pérez: Itinerario histórico de la España contemporánea 1808–1936, Barcelona 1940, S. 160
- 2 Madariaga: Spanien, Stuttgart 1955, 2. Aufl. S. 58
- 3 Die unter dem politischen Aspekt wichtigsten Vertreter der um die Jahrhundertwende aufkommenden literarischen Bewegung sind Joaquim Costa, Angel Ganivet, Ramiro de Maeztu und José Ortega y Gasset. In der »Generation der Achtundneunziger« sind deutlich zwei Richtungen zu erkennen. Die eine: Costa, Ortega, fordert die Erneuerung Spaniens durch eine forcierte Europäisierung. Die andere Richtung: Ganivet, Unamuno, Maeztu, betont vor allem die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf die eigentliche Substanz Spaniens. Über die Generation der Achtundneunziger allg.: Hans Jeschke: Die Generation von 1898 in Spanien. Halle 1934; Pedro Lain Entralgo: La Generación del 98, Madrid 1949
- 4 Madariaga, a. a. O. S. 20f., deutet die politischen Wesenszüge seines Volkes aus dem Individualismus wie aus dem Hang zum Extremismus. »Der Spanier empfindet Patriotismus so, wie er Liebe empfindet, als eine Passion, durch die er sich den Gegenstand seiner Liebe einverleibt, sich zu eigen macht. Nicht so sehr er gehört seinem Land, wie sein Land ihm gehört.« Schon darin klingt der Hang zum Extremismus an; es fehlt eine ruhige Mittellage —. Ramón Menéndez Pidal, der Nestor der Geschichts- und Litera-

- turwissenschaft im spanisch-iberoamerikanischen Bereich, hat in »Los Españoles en la Historia y en la Literatura«, Buenos Aires 1951, die Begründung für dieses bewußt die eigene Nation in den Mittelpunkt stellende Geschichtsverständnis gegeben. S. 109 ff.
- 5 Marcelino Menéndez y Pelayo: *Historia de los Heterodoxos Españoles*, Madrid 1946–1948. Bd. VI. S. 7 f.
 - 6 Ramiro de Maeztu: *Defensa de la Hispanidad*, Madrid 1954, S. 11, 13 ff.
 - 7 Ortega y Gasset: *España invertebrada*, in: *Obras Completas*. Bd. III. Madrid 1947, S. 37–130
 - 8 Dazu: Rafael Calvo Serrer: *Teoría de la restauración*, Madrid 1952 und: *El fin de la época de las revoluciones*, Arbor XII (1949) S. 1–9; Manuel García Morente: *Idea de la Hispanidad*, 3. Aufl. Madrid 1947
 - 9 Von den spanischen Historikern seien erwähnt: Federico Suárez Verdaguer: *La formación de la doctrina política del carlismo*, in: *Revista de Estudios Políticos XIV*. (1946) S. 43–83. Génesis del liberalismo política español, in: *Arbor VII* (1947) S. 349–395. Vincente Rodríguez Casado: *La revolución burguesa del XVIII español*, in: *Arbor XVIII* (1951), S. 5–30. L. Sánchez Agesta: *Sentido sociológico y político del siglo XIX*, in: *Revista de Estudios Políticos L I* (1954) S. 37; M. Fernández Almagro: *Orígenes del régimen constitucional en España*, Barcelona 1928
 - 10 Madariaga, a. a. O. S. 58 ff. Für Lain Entralgo ist dies der Ausgangspunkt seines Buches: *España como problema*, Madrid 1951
 - 11 Zahlreiche Belege dafür sind zusammengefaßt in: Joachim Fernández: *Spanisches Erbe und Revolution*, Münster 1957. Zum spanischen Liberalismus siehe auch: Juan Bardina: *Orígenes de la Tradición y del Régimen liberal*. Barcelona 1916. Hans Gmelin: *Studien zur Spanischen Verfassungsgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts*, Stuttgart 1905
 - 12 Zur Geschichte des Aufstandes und der Cortes von Cádiz: Menéndez Pelayo, a. a. O. Bd. VI, S. 40 ff. Almagro, *Orígenes...* a. a. O. S. 31 ff.; ders.: *Las cortes del siglo XIX y la práctica electoral*. *Revista de Estudios Políticos* (1948). Adolfo Posada: *Evolución legislativa del Régimen local en España 1812–1909*. Madrid 1910, S. 22–66. Federico Suárez Verdaguer: *La intervención extranjera en los comienzos del régimen liberal*. *Revista de Estudios Políticos VII* (1944) S. 409 ff.

- 13 Verdaguer: La formación . . . a. a. O. S. 57
- 14 Verdaguer: Génesis . . . a. a. O. S. 362
- 15 Carmelo Viñas y Mey: La Reforma agraria en España en el siglo XIX. In: Boletín de la Universidad de Santiago de Compostela, num. 16 (1932) S. 3–65
- 16 Verdaguer spezifiziert diese Aufstände. Génesis . . . a. a. O. S. 366 ff. Madariaga, a. a. O. S. 91: »Der Kern der Sache, der den spanischen Liberalen so unschmackhaft ist, daß sie ihn vergessen machen wollen, ist ihre zahlenmäßige Geringfügigkeit.«
- 17 Aunós Pérez, a. a. O. S. 114 f.
- 18 Caciquismo bezeichnet das Gebrechen des parlamentarischen Systems in Spanien, hervorgerufen durch Parteien und Verwaltung. Caciquismo entspricht im Deutschen etwa dem Wort Bonzentum. Costas Buch: Oligarquía y caciquismo erschien 1901
- 19 Das Vermögen der Kirche schrumpft stark im neunzehnten Jahrhundert. Siehe dazu: E. Allison Peers: Spain, the church and the orders, London 1945, S. 26, 73 f. Franz Borkenau: The Spanish Cockpit, London 1937, S. 8 f.
- 20 Die Behandlung Kataloniens macht dies deutlich: 1822 wird das katalanische Strafgesetz, 1825 die katalanische Unterrichtssprache, 1829 das katalanische Handelsrecht, 1837 das Münzrecht verboten; 1833 wird Katalonien endgültig, dem französischen Departementalsystem entsprechend, in mehrere Madrid unterstellte Verwaltungsprovinzen aufgeteilt. Die Sondergerichte verschwinden 1834. 1835 wird die katalanische Behördenorganisation aufgelöst. Vergl. dazu das Werk des Theoretikers des katalanischen Nationalismus A. Rovira i Virgili: Resum d' Historia del Catalanisme, Barcelona 1936, S. 51 ff.
- 21 In dem Manifest wird u. a. zur Begründung der republikanischen Auffassungen hingewiesen »auf das wunderbare Beispiel, das eine überseeische Macht bietet, erst gestern geboren, heute beneidet und bewundert in aller Welt«. Gmelin, a. a. O. S. 47
- 22 »K. Chr. Friedrich Krause war geboren den 6. Mai 1781 zu Eisenberg im Herzogtum S.-Altenburg . . . Krause hat alle Teile der Philosophie bearbeitet und versucht, den Pantheismus des Identitätssystems zu einer All-in-Gott-Lehre oder den Panentheismus umzugestalten, indem er glaubte, die Vereinigung des Subjektivismus Kants und Fichtes mit dem Absolutismus Schellings und Hegels gefunden zu haben. Das Wesentliche seines Systems ist die

reine, ganze, ungeteilte Grunderkenntnis oder Grundanschauung: Gott oder Wesen, und die Wissenschaft davon ist Wesenlehre oder Gotteslehre. In der Ethik hat er mit seiner Betonung des Satzes, daß das Gute als Gutes gewollt und getan werden soll und mit seiner Hervorhebung der Freiheit viel Ähnlichkeit mit Kant. Der Zweck der Menschheit ist ein allgemeiner Menschheitsbund, ein Ideal, das erst ganz und rein erkannt sein, von einigen gepflegt sein muß in inniger Freundschaft, bis sich der Verein über Familien, Stämme und Völker verbreitet. Die Verbreitung und die genauere Kenntnis der Ansichten Krauses ist durch seine eigentümliche Terminologie . . . sehr beschränkt worden. In außerdeutschen Ländern, namentlich in Spanien, war Krause lange Jahre viel bekannter als in seinem Vaterlande.« Aus: Überweg, Grundriß der Geschichte der Philosophie, IV. Teil von T. K. Oesterreich: Die deutsche Philosophie des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart; 13. Aufl. Tübingen 1951, S. 104 f.

- 23 »... die spanischen Krausisten (waren) ... großartige Leute und schlechte Musikanten. Sie haben ziemlichen und wohlgesinnten Einfluß auf das spanische Leben ausgeübt, kannten aber von Deutschland nur Krause. Nicht einmal von Kant oder den romantischen Zeitgenossen Krauses besaßen sie klare Vorstellungen. Der Leser begreift, daß eine Begegnung in einer Einöde mit dem merkwürdigen Krause – ganz unvermittelt, isoliert, ohne Vorläufer, ohne Folge, ohne Begleiterscheinungen – eine über die Maßen drollige Szene ist.« José Ortega y Gasset: Vorwort an die deutschen Leser zum »Aufstand der Massen«, Stuttgart 1957, S. 17 f.
- 24 Giner de los Rios schuf die »Institución Libre de Enseñanza«, die »zum Sauerteig im pädagogischen und kulturellen Leben« wurde. Ihr folgte 1907 die »Junta para Ampliación de Estudios«, die sich große Verdienste durch ihre Studienvermittlung im Ausland erwarb. Beides beeinflusste die große literarische Bewegung der Acht- und neunziger.
- 25 Cánovas wird 1897 ermordet, Canalejas 1912. In der Zeit von 1917 bis 1923 gibt es in Spanien 3380 Streiks, in Barcelona allein 70 im Jahre 1917. Die Zahl der Toten in Straßenkämpfen beträgt in Barcelona 1920 nahezu 400. Von 1903 bis zum Diktaturbeginn Primo de Riveras, 1923, erfolgen 32 Regierungswechsel. Vergl. Galindo Herrero: Los partidos monárquicos bajo la Segunda Re-

- pública, S. 15 ff.; Duque de Maura y M. Fernández Almagro: Por qué cayó Alfonso XIII? Madrid 1948, 2. Aufl. S. 363 f.
- 26 Aunós Pérez, a. a. O. S. 84
- 27 Die Geschichte der Requetés beginnt mit dem ersten Karlistenkrieg. Mehr als »guerilleros« denn als Milizverbände kämpfen sie für Don Carlos. Ihr Wahlspruch: Dios, Patria, Fueros y Rey (Gott, Vaterland, die alten Rechte und der König) wird zum traditionellen Kampfruf der Karlisten. Sie sind vor allem im bäuerlichen vasconavarrischen Raum, im alten Kastilien und in Aragon beheimatet. Erst mit dem dritten Karlistenkrieg beginnt die Geschichte der Requetés als militärisch geschlossener Freiwilligenverbände. Vergl.: Luis Redondo y Juan de Zavala: El Requeté, Barcelona 1957. José Maria Azcona: Zumalacárregui/Estudio crítico de las fuentes históricas de su tiempo. Madrid 1951
- 28 Eine systematische Übersicht über die Lehren des spanischen Traditionalismus gibt Marcial Solana: El tradicionalismo político español y la ciencia hispánica. Madrid 1951. Vergl. dazu die kritische Wertung bei Fernández, a. a. O. S. 43–83. Zum Traditionalismus und Karlismus: Roman Oyarzun: Historia del Carlismo, Bilbao 1939. Juan Donoso Cortés: Obras completas 2. Bd. Madrid 1946. Juan Vasquez de Mella y Fanjul: Obras completas, Bd. VIII »Discursos parlamentarios«. Madrid 1949
- 29 E. Allison Peers: Spain, the church and the orders, London 1945. S. 22, 26. Vergl. José Guenechea SJ: Pobreza del culto y clero en España. Bilbao 1916, S. 67 ff. Franz Borkenau, ein gewiß unverdächtig Beobachter, bestätigt diese Aussage: »Das Gerede, die Kirche sei der größte Landeigentümer, ist eine Legende.« The Spanish Cockpit, London 1937, S. 8 f.
- 30 Pattee-Rothbauer: Spanien / Mythos und Wirklichkeit, Graz 1954, S. 93
- 31 Das erste sozialistische Organ war die 1843 in Madrid erscheinende Zweimonatszeitschrift »La Atracción«. 1856 folgte in Barcelona »El Eco«, eine Zeitschrift, die die Thesen Fouriers vertrat. – Einen materialreichen Überblick gibt Adolfo Posada: Literatura y problemas de la sociología, Madrid 1919. Eine spezielle Studie über den Einfluß des »Krausismo« auf die soziale Bewegung legt Pierre Jobit vor: Les éducateurs de l'Espagne contemporaine: Les Krausistes, Paris 1936
- 32 Chronik über die Zeit von 1868–1874: José Juan Morato, Historia

- de la sección española de la Internacional, Madrid 1930, knapper, deskriptiver Überblick bei Elie Halevy, *Histoire du Socialisme européen*, Paris 1948, S. 190 ff. Juan José Morato: *El Partido Socialista*, Madrid 1931
- 33 Aus Protest gegen eine verfehlt Militärlpolitik gegen die Rifstämme in Spanisch-Marokko, zu deren Niederwerfung katalanische Reserven im Juli 1909 einberufen wurden, brach ein Generalstreik aus, der in Barcelona zu blutigen Straßenkämpfen, Attentaten, Kirchen- und Klösterstürmen führte. Er wurde vom Anarchosyndikalismus geschürt. Sh. E. Allison Peers: *Catalonia Infelix*, London 1937, S. 158 ff. In der nicht abreißenen Kette gewalttätiger Demonstrationen ragt als zweiter Höhepunkt der Generalstreik vom August 1917 heraus, der – mit den Nachrichten aus Rußland vor Augen – wiederum von Barcelona ausgeht, das ganze Land erfaßt und in den Industriezentren 700 Tote und Verwundete zurückläßt.
- 34 a. a. O. S. 98 f.
- 35 Franz Borkenau: *Der europäische Kommunismus*, München 1952, S. 151
- 36 Diego Sevilla Andres: *Historia política de la zona roja*, Madrid 1949, S. 143 ff.
- 37 1859/60 Feldzug O'Donnells in Marokko; fortan konnte Spanien nur noch den status quo verteidigen. 1861/62 Beteiligung an der mexikanischen Expedition. 1865/66 Krieg mit Peru, Chile, Bolivien, Ecuador.
- 38 Selbst in der monarchistisch gesinnten Literatur ist die Klage nicht zu überhören, der Monarch habe mit seiner Bevorzugung der Armee selbst auch zur Untergrabung der Kabinettsautorität beigetragen und damit indirekt auch das Prestige der Krone aufs Spiel gesetzt. So beanspruchte der König z. B. das Recht, sich mit den Armeekommandeuren über den Kopf seiner Minister hinweg in Verbindung zu setzen – eine verfassungswidrige Praxis, die die Politiker schwächlich duldeten. Sowohl das Kompetenzgesetz wie die juntas de defensa waren unter dem Drängen des Königs zugelassen worden. Vergl. Maura-Almagro, a. a. O. S. 348 ff. Conde de Romanones: *Notas de una vida (1912–1931)*, Madrid 1947, S. 217, 230; Galindo Herrero, a. a. O. S. 22
- 39 Im Zusammenhang mit den von der ersten republikanischen Regierung im Juni 1931 angestregten Prozessen gegen die Mitver-

antwortlichen für die Diktatur wird Primo de Rivera neben Mussolini gestellt und als Faschist bezeichnet – ein Vorwurf, der jeder Grundlage entbehrt. Primo de Rivera ging es um die Sicherung alter Institutionen, nicht um die Schaffung eines neuen Staates mit Hilfe einer dynamischen, plebiszitären Bewegung. Faschistische Kennzeichen weisen weder die von ihm 1925 gegründete, bedeutungslos gebliebene Union Patriótica noch seine Comites paritarios (im Sinne faschistischer Korporationen) auf. Es ist bezeichnend, daß sein Sohn, José Antonio, der Gründer der Falange, in aller Öffentlichkeit immer wieder darauf hinweisen wird, daß es der Fehler seines Vaters war, dem Alten verhaftet geblieben zu sein. Vergl. dazu: Aunós Pérez, a. a. O. S. 365 ff. Galindo Herrero, a. a. O. S. 27 ff. – Mit der Erläuterung des von Primo de Rivera 1929 vorgelegten Verfassungsentwurfes, der sich eng an die Verfassung von 1876 anlehnt, wird ebenfalls bewiesen, daß der General auf dem traditionellen Boden des 19. Jahrhunderts blieb. Dazu: Hans Gmelin: Die Entwicklung des Verfassungsrechtes in Spanien von 1913–1932. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts. Bd. 21 (1933/34), Tübingen 1934

- 40 Am 12. April 1931 hatten Gemeindewahlen stattgefunden, die zwar ein monarchistisches Übergewicht erkennen ließen, aber auf Grund überwältigender antimonarchistischer Ergebnisse in den Städten einem aus den wichtigsten republikanischen Parteien zusammengesetzten Revolutionskomitee die Möglichkeit boten, eine provisorische Regierung zu bilden. Erleichtert wurde ihr Vorhaben durch die schnelle Resignation von Kabinett und Monarch. – Zur Entstehung der Zweiten Republik: José Pla: Historia de la Segunda República Española. 4 Bde. Barcelona 1940, 1. Bd.; Melchor Fernández Almagro: Historia de la República Española, Madrid 1940, S. 7–37; Alejandro Lerroux: La pequeña historia, Buenos Aires 1945, S. 18 ff.; E. Allison Peers: The Spanish Tragedy, London 1936, S. 25 ff.
- 41 »Die führenden Männer übersahen die verschiedenen geographischen Bedingungen, den anders gearteten Charakter der Menschen, die unterschiedliche Wirtschaft und die letzten Erfahrungen im Ausland. Daraus ergab sich eine spanische Republik, die so unspanisch wie nur möglich war.« Lerroux, a. a. O. S. 29 f.
- 42 Madariaga, a. a. O. S. 254

ZUM ZWEITEN KAPITEL

- 1 Unter den Partei-Neugründungen von 1930 befand sich auch die »Nationalistische Spanische Partei« (Partido Nacionalista Español) des berühmten Mediziners und Forschers Dr. Albiñana. Sie rief besonders die Studentenschaft zum Eintritt als »Legionarios de España« auf. Über eine geringfügige Anhängerschaft kam die Partei nicht hinaus. Ganz auf die Person des monarchistisch eingestellten Gründers zugeschnitten, zerstreute sich die Anhängerschaft nach der Deportation Dr. Albiñanas (August 1932). Reste gingen in den Requetés der Traditionalisten auf. Bemerkenswert bleibt an diesem Parteiversuch, daß die Mitglieder als erste den römischen Gruß zelebrierten und Blauhemden trugen. Eine Anlehnung an den Faschismus ist nicht zu verkennen. Der äußeren Anlehnung jedoch widersprachen ihre Ziele: Ihnen ging es, vage formuliert, »um ein mutiges Einstehen für die Sache der Monarchie«. – Der kurze Lebensweg dieser Partei ist noch nicht untersucht. Kontakte zwischen der Vorhut der Falange und der späteren Falange lassen sich, abgesehen von einigen späteren Übertritten, jedoch nicht nachweisen. Redondo-Zavala, a. a. O. S. 389; Galindo Herrero, a. a. O. S. 50, 132, 156. Zur Person Albiñanas: Espasa-Calpe, Apendice 1, S. 290 f.
- 2 Sein Name wird, obwohl er die Mitgliedsnummer 1 der späteren Falange trägt, weder in der Biographie von Espasa-Calpe noch in der dort veröffentlichten kurzen Geschichte der Falange erwähnt. Quellenmaterial über ihn hat die zeitgeschichtliche Forschung spanischer Historiker noch nicht vorgelegt. – Zur Orientierung über ihn dienen persönliche Informationen in Spanien und das zugänglich gewordene zeitgenössische Schrifttum jener Jahre. – Ledesma wurde zu Beginn des Bürgerkrieges als »Faschist« verhaftet und – obwohl er nichts mit der konkreten Vorbereitung des Aufstandes gegen die Volksfrontregierung zu tun gehabt hatte – auf einem Gefangenentransport erschossen.
- 3 In einem Vortrag vor dem Ibero-amerikanischen Institut in Hamburg am 4. März 1940 weist Prof. Dr. Lain Entralgo, damals Referatsleiter für Schrifttum und Verlagswesen im spanischen Innenministerium, auf den Aufenthalt Ledesmas in Deutschland und die ihm zukommende Bedeutung für Ledesmas politischen Weg hin. Nach Lain Entralgo soll Ledesma damals eine Begegnung mit

Adolf Hitler gehabt haben. Diese Angabe war nicht nachprüfbar. Sollte die Begegnung stattgefunden haben, so wäre sie wohl schwerlich im Sinne einer »Aussprache« des damals politisch bedeutungslosen 24jährigen Spaniers mit Adolf Hitler zu verstehen. – Wiedergabe des Vortrages in »Hamburger Fremdenblatt« vom 5. März 1940.

- 4 Die letzte mir bekanntgewordene Nummer datiert vom 24. Oktober 1931. Francisco Martínez Bravo schreibt, die Ausgabe vom 10. Oktober 1931 sei »eine der letzten« gewesen. *Historia de Falange Española de las J.O.N.S.*, Madrid 1940, S. 11
- 5 Die Anregung dazu ging von Aparicio aus; Joch und Pfeile gehören zum Wappen seiner Geburtsstadt Guadix. Sie schmückten auch die Capilla Real in Granada. Almagro, a. a. O. S. 212; Julián Pemartin: *Teoría de la Falange*, Madrid 1947, S. 43
- 6 Ledesma bleibt nur konsequent, wenn er 1935 nach seinem Bruch mit der Falange, die in »Conquista del Estado« entwickelten Gedanken aufnimmt und nun ohne eine erforderliche Rücksichtnahme auf katholische Gesinnungsfreunde, wie es z. B. Giménez Caballero war, die Kirche unverblümt davor warnt, sich gegen Ungläubige zu wenden, deren politisches Credo die Größe Spaniens ist. Er fährt fort: »Es ist mehr als nur ein (langgehegter) Verdacht, daß ein Patriotismus, der aus der Kirche schöpft, falsch, schwächlich und wurmstichig ist. Joch und Pfeile, als Sinnbild des Kampfes, ersetzen vorteilhaft das Kreuz, um den Etappen der nationalen Revolution voranzustehen.« Ramiro Ledesma Ramos: *Discurso a las juventudes de España*, Barcelona 1939, 3. Aufl. (1. Aufl. 1935), S. 131
- 7 Onésimo Redondo: *Caudillo de Castilla*, Valladolid 1937, S. 15
- 8 »Libertad« vom 10. August 1931
- 9 Redondo, a. a. O. S. 22. Es findet sich allerdings kein Anhaltspunkt für einen Zusammenhang des »geschichtlichen Augenblicks« mit besonderen, Valladolid betreffenden Lokalereignissen. Auf einen bestimmten Bezug wird in dem Flugblatt nicht hingewiesen. Es ist anzunehmen, daß für Redondo die allgemeinen Verhältnisse maßgebend waren und in einer für »Libertad« bezeichnenden jugendhaften Frische das Datum für das Erscheinen der Junta besonders wirkungsvoll unterstrichen werden sollte. – Zur politischen Situation: Am 28. Juni hatten die Wahlen zu der verfassungsgebenden Cortes der Linken einen überwältigenden Sieg (bei

- teils bedenkenlosen Wahlmanipulationen) gebracht. Am 6. Juli wurde das liberale Verfassungsprojekt, am 13. Juli das vorge-sehene, Katalonien weitgehend Unabhängigkeit von Madrid ge-währende »Estatudo de Cataluña« veröffentlicht. Vergl. Galindo Herrero, a. a. O. S. 113 ff.; Almagro, a. a. O. S. 26 ff.
- 10 Die hier wiedergegebenen Einzelheiten decken sich mit eigenen Informationen. Danach betrug die Mitgliederzahl der Junta im Herbst 1931 rund 25 Studenten und einige Angestellte und junge Landleute. Über die Treffen und Aktionen ausführlich bei Redondo, a. a. O. S. 25-44
 - 11 Daß Ledesma Redondo gegenüber mißtrauisch war, bestätigte er 1935. Ihn habe die Hoffnung bewogen, den Valladolider Kreis allmählich an seine Auffassungen heranführen zu können – was bei der spontanen, gefühlsbetonten Art dieses jungen Kreises sicherlich nicht abwegig zu denken war. Ledesma, a. a. O. S. 93
 - 12 »La Conquista del Estado« vom 10. Oktober und 24. Oktober 1931; Libertad vom 12. Oktober 1931
 - 13 Ledesma, a. a. O. S. XII. An den Beginn der J.O.N.S. mit einem rein studentischen Kern erinnert der Mitbegründer der Falange, Julio Ruiz de Alda in einem Artikel in J.O.N.S., Órgano teórico de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista, Mai 1934.
 - 14 Daß die 16 Punkte voller Widersprüche stecken, zudem schon vom Formalen her durch einen konfusen Zorn gezeichnet sind (unlogische Übergänge, Wiederholungen, die Dominanz von Worten wie: »unversöhnlich«, »Kampf«, »Bestrafung«, »Ausmerzungen«, »radikal«, »verräterisch«), braucht nicht erläutert zu werden. Hin-gewiesen sei nur auf den Widerspruch von Punkt 5 mit Punkt 7, 8, 9, oder den allem politischen Kalkül abholden Punkt 4. Be-zeichnend der lapidare Satz: Der Klassenkampf wird für illegal erklärt.
 - 15 Ledesma, a. a. O. S. 110, 131 f. Sowohl Sotomayor wie Montero Diaz gehören 1933 dem consejo nacional der J.O.N.S. an. Bravo, a. a. O. S. 16
 - 16 Es fällt auf, daß Redondo nicht von einem nationalsyndikalisti-schen Staat, sondern von einem nationalen Staat spricht. (Unter dem Titel »El Estado nacional«, Valladolid 1938, werden dann auch Teile seiner Zeitungsartikel als Buch veröffentlicht). Das be-deutet nicht, daß Redondo dem Syndikalismus keinen Wert zu-mißt. Die Artikel, die er 1931/1932/1933 veröffentlicht, lassen

keinen Zweifel zu. Wohl aber ist aus ihnen zu entnehmen, daß Redondo dem Nationalen einen höheren Platz zuweist. Man hat den Eindruck, daß er den Syndikalismus als eine technische Notwendigkeit ansieht, als ein Mittel. Das Nationale ist ihm Prinzip. Bei Ledesma dagegen sind Nationalismus und Syndikalismus zu einer untrennbaren, prinzipiellen Einheit verschmolzen. Den zweifellos klügeren Ledesma beschäftigen Massenprobleme – gesehen aus der Großstadt. Redondo dagegen bleibt in der altkastilisch-traditionellen Sphäre der kleinbäuerlichen Betriebe, wie sie sich südöstlich León erstrecken.

- 17 Es geschieht dies in einer Folge kurzer Artikel in »Libertad« vom 29. Februar, 7. März, 14. März 1932, deren Inhalt auf die Feststellung hinausläuft, ein antikatholischer Nationalismus sei ein Widerspruch in sich. Der Unterschied zu Ledesmas Auffassungen ist horrend.
- 18 Wie für die ganze zahlenmäßige Entwicklung der J.O.N.S., so liegen auch für Redondos Gruppe keine Zahlen vor. Jedoch gibt es Anhaltspunkte: In »Libertad« vom 4. Januar 1932 heißt es, daß in diesem Jahr noch »milicias« aufgestellt werden sollen – bei der sonstigen Forschieht Redondos eine recht bescheidene Äußerung. Für Anfang 1932 heißt es ebenfalls, daß »unsere kleinen (!) Gruppen sich Pistolen kaufen und schießen üben« (Redondo, a. a. O. S. 41). Von ernst zu nehmenden Aktionen wird jedoch nicht berichtet. – Nach eigenen Informationen betrug die Schar Redondos bis August 1932 knapp hundert »jugendliche Sympathisierende«.
- 19 Galindo Herrero, a. a. O. S. 158
- 20 Mit dem Sanjurjo-Aufstand wurde »Libertad« verboten. An ihre Stelle trat ab November 1932 »Igualdad«, ein nicht über Valladolid hinausgreifendes Blatt.
- 21 Sporadisch tauchen zwar in Barcelona, Valencia, Saragossa und Santiago de Compostela J.O.N.S.-Blätter auf, aber sie kommen nicht über einen flugblatt-ähnlichen Charakter hinaus.
- 22 Ledesma sitzt im Herbst 1932, dann im Januar/Februar 1933 ein. Im Juli wird in Madrid eine ganze Gruppe – Ledesma spricht von 90, allerdings einschließlich mitverhafteter, den J.O.N.S. aber nicht angehörenden jungen Leuten, die »faschistischer Aktivität« verdächtigt werden – eingesperrt. – Am 2. April 1933 wird eine Versammlung, in der Ledesma, angetan mit schwarzem Hemd und roter Krawatte, über das Thema »Faschismus gegen Marxismus«

- zu sprechen versucht, aufgelöst. Am 25. Mai erfolgt nach einem Zusammenstoß politischer Jugendgruppen ein örtliches Verbot der J.O.N.S. in Valladolid. Ledesma, a. a. O. S. 94 ff.
- 23 Hinweise fehlen sowohl in den zeitgeschichtlichen Beiträgen spanischer Historiker wie auch in der seit 1938 mit der Billigung Francos erscheinenden Falange-Literatur. Espasa-Calpe klammert die J.O.N.S. ganz aus. Vergl.: Supl. anual 1936–1939, Primera Parte, S. 517f. Die Gründe erklären sich zum Teil aus der bewußt nach dem Sieg Francos vollzogenen Distanz den revolutionären Ursprüngen der Staatspartei gegenüber, deren Motive die vorliegende Untersuchung erschließt. Zum anderen ist auch nicht zu übersehen, daß in den fehlenden Angaben schon ein Hinweis auf die zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit der J.O.N.S. gesehen werden kann.
- 24 Ledesma, a. a. O. S. 94
- 25 Diese Zahl kann nur als ungefährender Anhaltspunkt zu verstehen sein. Nach mir zugänglich gewordenen Informationen (Unterlagen in meinem Besitz) blieb der Valladolidener Kreis auf etwa 80 eingeschriebenen Mitgliedern stehen, Madrid erreichte etwa 70, der Rest verteilte sich auf die angegebenen Städte. Bemerkenswert ist, daß die ausländische Presse, die unter dem Eindruck der Erfolge Hitlers und der Entwicklung in Portugal das politische Feld Spaniens nach »Faschisten« abtastet, zum ersten Male erst 1933 überhaupt die J.O.N.S. erwähnt – »als Anzeichen einer faschistischen Bewegung«. Die Konstituierung der J.O.N.S. wird dabei in das Jahr 1933 verlegt, dazu mit einer beträchtlichen Differenz in der Angabe des Gründungsmonats. »Kölnische Volkszeitung« vom 2. Juli 1933; »Neue Zürcher Zeitung« vom 3. April 1933; »Deutsche Allgemeine Zeitung« vom 15. November 1933; »New York Times« vom 27. Juli 1933.
- 26 In »Igualdad« vom 6. Februar 1933 und vom 20. Februar 1933 feiert Redondo den Sieg Hitlers. »Es wird gut sein, Freunde, daß wir, je gründlicher je besser, Faschismus und Hitlerismus studieren.« – Auch das ab Mai 1933 erscheinende Heft »J.O.N.S.« bringt laufend Auszüge aus Reden von Hitler und Mussolini und bezieht sich in seinen Artikeln auf nationalsozialistische und faschistische Theorien. Beliebig viele Beispiele ließen sich anführen. »Freiheit? Wir antworten ... mit dem entscheidenden Satz Gentiles: Auch der Faschismus gewährt den Staatsbürgern Freiheit, aber eine Freiheit innerhalb des Staates, gemäß dem Willen und

dem allgemeinen Einverständnis der Nation.« – »J.O.N.S.«, Madrid, Juni 1933. In »J.O.N.S.« vom November 1933 spricht Ledesma von den Pseudofaschisten Dollfuß und Salazar und stellt ihnen Nationalsozialismus und Faschismus als die wahren Träger eines nationalen Gedankens entgegen.

ZUM DRITTEN KAPITEL

- 1 »... stark beeinflusst durch den italienischen Faschismus und den nationalsozialistischen Triumph in Deutschland. Jener Kreis (der diese Zeitung herausgab) verkörperte die Sympathie für die neuen europäischen Strömungen, die das Nationale mit dem Sozialen zu verbinden trachteten und sich des gewaltigen Instrumentes des alles umfassenden Staates (del Estado totalitario) und der disziplinierten Begeisterung der Mehrheit des Volkes bedienten, geführt von einer machtvollen Persönlichkeit, die das Volk zu großen geschichtlichen Aufgaben inspiriert.« Bravo, a. a. O. S. 12. – Juan Aparicio, Mitglied der Redaktionsgemeinschaft von »El Fascio«, schreibt in einer Rückbesinnung vom 20. November 1938: »Wer erinnert sich nicht jener bewegenden Daten des Jahres 1933, als der endgültige Triumph Hitlers die Massen, die die Hand zur Faust ballten, bestürzte, aber die Augen der Jungen weitete angesichts der Schwingungen einer neuen Welt...? Sie wurden spürbar in den jubelnden Parademärschen der Nationalsozialisten... während der Reichstag brannte und die morschen Burgen zu stürzen begannen.« Dolor y Memoria de España, Barcelona 1939, S. 255. – Das Buch ist eine Zusammenstellung der Gedenkartikel für José Antonio, die im November 1938 zum ersten Male in der spanischen Presse erschienen. Im folgenden zitiert als »Dolor...«
- 2 Dolor..., a. a. O. S. 255; Sancho Dávila – Julián Pemartín: Hacia la Historia de la Falange, Jerez 1938, S. 22. Im folgenden zitiert als »Dávila«.
- 3 Delgado war ein Bekannter José Antonios, der die verlagstechnische Seite der neuen Wochenzeitung betreute. Nach dem Fiasko mit »El Fascio« spielt er politisch keine Rolle mehr. 1934 ist er Verlagsdirektor der monarchistischen Madrider Zeitung »La Nación«. Sein Name taucht noch einmal bei der Verhandlung gegen die Falange im April 1936 auf. Delgado wird als Zeuge vernommen, er

ist nicht angeklagt wie die gesamte Führung der Falange. Vergl. José Antonio Primo de Rivera: *Obras Completas*, Madrid 1942, S. 1121. Im folgenden zitiert als O. C. – Die Frage, wie »El Fascio« finanziert wurde, ist nicht einwandfrei zu klären. Bei Felipe Ximénez Sandoval findet sich der Hinweis, daß José Antonio zu Beginn seiner politischen Aktivität 1933 von Monarchisten Zuwendungen erhielt. Der Verwendungszweck wird nicht angegeben. »José Antonio.« Barcelona 1941, S. 428

- 4 Dieser ehemalige Artillerieoffizier, Jahrgang 1897, hatte sich als Flieger durch den zusammen mit General Francos Bruder Ramón erfolgten »Plus Ultra-Flug« von Spanien nach Argentinien (1926) einen Namen gemacht. Ruiz de Alda kannte sowohl Ledesma wie José Antonio und hatte zum Leserkreis der »Conquista« gehört. Er war jedoch nicht Mitglied der J.O.N.S. In »El Fascio« erscheint ein Interview von Giménez Caballero mit ihm, in dem Ruiz de Alda sich zu den Zielen der Zeitung bekennt. Das Interview ist farblos, es findet sich wieder in: Ruiz de Alda: *Obra Completa*, Barcelona 1939, S. 205 ff. Ruiz de Alda trat nach der Gründung der Falange im Oktober 1933 weder als Redner noch als Schreiber in der Falange weiter sonderlich hervor. Bei den Massenerschießungen im Carcel Modelo von Madrid am 22. August 1936 wurde auch er ein Opfer der willkürlichen Strafjustiz der Volksfrontregierung.
- 5 O. C., a. a. O. S. 601 ff.
- 6 O. C., a. a. O. S. 1057 f.
- 7 Über ihn sind zahllose Aufsätze und Reden veröffentlicht worden, die Zahl der Biographien ist beträchtlich. Soweit es sich nicht um reine unpolitische Porträts handelt, halten nur die wenigsten einer kritisch-historischen Betrachtungsweise stand. Die erste Broschüre über ihn erschien 1937 – in italienischer Sprache, von einem faschistischen Journalisten geschrieben. Manlio Barilli: *José Antonio Primo de Rivera, Precursore ed Eroe*, Roma, o. J. (1937). Für Spanien brachte das bereits erwähnte Buch »Dolor y Memoria« mit seiner Zusammenstellung aller Zeitungsberichte, die Bekannte und Freunde über José Antonio anlässlich der Bekanntgabe seines Todes im Jahre 1938 geschrieben hatten (er wurde am 20. November 1936 in Alicante erschossen), die erste Porträtierung des Gründers der Falange. Alle anderen Bücher erschienen erst nach dem Sieg Francos. Als wichtigste sind neben den bereits erwähnten

noch zu nennen: Eugenio Montes: *La estrella y la estela*, Madrid 1953; Julián Pemartín: *José Antonio*, Madrid 1956. G. Mauger: *José Antonio*, Paris 1955. Vergl. auch Espasa Calpe, *Supl. anual 1936–1939, Primera Parte*, S. 517 f.

- 8 »Der General wird in den Cortes 400 Ankläger, aber keinen Verteidiger haben. Die anderen Angeklagten können zumindest den bezeichnen, der sie verteidigen soll, mein toter Vater kann das nicht. Ich wäre feige oder gefühllos, wenn ich ruhig schlafen würde, während man in den Cortes, vor aller Öffentlichkeit, fortfährt, Anklagen gegen das geheiligte Gedenken an meinen Vater zu schleudern... Nur deshalb (ohne aber daneben meine Pflichten gegenüber Madrid und meinen Wählern zu mißachten – ich werde sie erfüllen) wünsche ich in die Cortes zu gehen...« »ABC« vom 29. September 1931
- 9 Die Agrarreform wurde nur verneint, bessere Pläne wurden nicht entwickelt; es gibt wenig Anhaltspunkte dafür, daß die monarchistischen Gruppen in den Jahren 1931/32 ihre restaurativen Vorstellungen auf Grund der Erscheinungsformen der Zweiten Republik überprüften. »Linke und Rechte – sie blieben... blind, mit der Besonderheit, daß die Rechte, die mehr zu verlieren hatte, deshalb mit doppelter Blindheit geschlagen war.« Aunós Pérez, a. a. O. S. 475
- 10 »ABC« vom 22. und 23. März 1933. – José Antonio verwahrte sich in einem Brief an Luca de Tena gegen »die oberflächliche Art«, in der in »ABC« in einem Kommentar zum Verbot von »El Fascio« der Faschismus abgetan wurde. Er bat um die Veröffentlichung seiner Stellungnahme, woraus sich der Disput dann entwickelte. Dávila, a. a. O. S. 13 f.
- 11 Dávila, a. a. O. S. 22, sagt, José Antonio habe ihn am 24. März 1933 aufgefordert, Anhänger in Sevilla zu suchen; er hielte es jetzt für seine Pflicht, eine totalitäre Bewegung aufzubauen. »... la creación de un movimiento totalitario, de tipo fascista...«
- 12 Über die Gründe, die beide bewogen, ihre Anhängerschaft nicht zu vereinigen, liegen keinerlei Unterlagen vor. Bravo und Dávila sparen die Zeitspanne der vorbereitenden Gespräche ganz aus und leiten dann von der Gründungsversammlung der Falange am 29. Oktober unmittelbar zu der im Februar vollzogenen Verschmelzung der beiden Parteien über. Sandoval, a. a. O. S. 173, begnügt sich als einziger mit dem Hinweis, José Antonio sei »von Anfang

- an« davon überzeugt gewesen, daß das Triumvirat der J.O.N.S. ein Fehler sei. Die Gründe liegen aber wohl tiefer. Sie sind nicht allein aus einem Prioritätsanspruch José Antonios zu erklären. Schon das bisher entwickelte Bild von Ledesma zeigt den bedeutenden Unterschied zu José Antonio. Ein allgemeiner Zweifel an der Durchhaltekraft José Antonios und seiner Anhängerschaft dürfte ebenso von einem sofortigen Zusammengehen mit ihm abgehalten haben wie die Sorge, seinen eigenen Anhang damit zu konsternieren.
- 13 Sein Bericht über die Audienz ist eine einzige Huldigung an den »jefe«, den »héroe«. »Jene Unterredung ließ mich den italienischen Faschismus besser verstehen als die Lektüre vieler Bücher.« O. C., a. a. O. S. 522
- 14 Endgültig wird der Name erst zwei Tage später festgelegt. Um dem Vorwurf der Imitation zu entgehen, wird auf Vorschlag von Ruiz de Alda dieser Name anstelle von »Fascio Español« akzeptiert. Sandoval, a. a. O. S. 102; Pemartín, S. 58
- 15 Peers, Spanish Tragedy, a. a. O. S. 144
- 16 Vergl. die Rede in Cádiz vom 12. November 1933; O. C., a. a. O. S. 149 ff. Dagegen heißt es in seiner Gründungsrede zur Falange vom 29. Oktober ebenso geringschätzig wie kokett: »Dort, bei den Glasurnen, ist nicht unser Platz . . . Ich glaube, ich bin ja auch auf der Kandidatenliste, aber ich bin ein Kandidat ohne Glauben und Achtung. Und das sage ich jetzt offen, auch wenn es mich alle Wählerstimmen kosten kann. Es liegt mir nichts daran. Wir wollen den Stammgästen nicht die schäbigen Reste eines schmutzigen Gelages streitig machen. Unser Platz ist draußen . . .« O. C., a. a. O. S. 27
- 17 Darin ist José Antonios Haltung im Parlament eindeutig zu belegen aus seinen Parlamentsreden. Zwei Beispiele: Am 28. Februar 1934 begründet er, warum das Parlament mit ihm gegen ein baskisches Regionalstatut stimmen muß; am 11. Dezember 1934 fordert er vom Parlament in der Stimmabgabe die Annullierung des katalanischen Statuts. O. C., a. a. O. S. 299 ff., 399 ff.
- 18 Sie fand im »Teatro de la Comedia« statt; den Saal hatte ihm ein Freund seines Vaters kostenlos zur Verfügung gestellt. Neben José Antonio sprachen kurz Ruiz de Alda und Alfonso García Valdecasas, ein Freund, junger Wissenschaftler der Philosophischen Fakultät Madrids, der Ortega nahe stand und Mitglied seiner

- »Agrupación al Servicio del Estado« gewesen war. Neben der Anhängerschaft José Antonios waren Ledesma Ramos mit seinem Kreis, sowie Mitglieder der alten Partei Albiñanas erschienen. Sandoval, a. a. O. S. 117
- 19 Die Rede José Antonios in: O. C., a. a. O. S. 23 ff.
- 20 Bravo, a. a. O. S. 39, 49; Pemán, a. a. O. S. 16
- 21 »F. E.«, Nr. 7 vom 22. Februar 1934
- 22 José Antonio, O. C., a. a. O. S. 261
- 23 Zur endgültigen Beschlußfassung tagte der Nationalrat der J.O.N.S. am 12. und 13. Februar in einer Dachkammer eines Hauses in der Gran Via heimlich; die J.O.N.S. unterlagen zu dieser Zeit einem Versammlungsverbot, gegen Ledesma Ramos lag ein Verhaftungsbefehl vor. Am 13. Februar wurden als Vertreter der Falange José Antonio und Ruiz de Alda hinzugezogen. Zum Zusammenschluß vergl.: Bravo, a. a. O. S. 17–21; Redondo II, a. a. O. S. 86–89; »J.O.N.S.« vom Januar und Februar 1934, Nr. 8 und 9; »F. E.«, Nr. 7 vom 22. Februar 1934 und José Antonio, O. C., a. a. O. S. 667–670
- 24 »F. E.«, Nr. 7 vom 22. Februar 1934
- 25 Redondo II, a. a. O. S. 88; »J.O.N.S.« Nr. 9, Februar 1934
- 26 In Nr. 1 der »F. E.« vom 7. Dezember 1933 (O. C., a. a. O. S. 553 ff.) veröffentlicht José Antonio seine »Puntos iniciales«, in denen er den Inhalt seiner Rede zur Falange-Gründung gedrängt in neun Punkten wiedergibt. Nur in zwei Sätzen wird auf »sindicatos y gremios«, Syndikate und Genossenschaften (oder auch Zünfte) hingewiesen; sie werden als »unmittelbare Glieder« des Staates bezeichnet. Aber weder erklärt José Antonio das Verhältnis von Syndikaten oder Zünften zueinander, noch sagt er etwas über deren spezifische Strukturen aus. Breiten Raum nehmen dagegen in den puntos iniciales wie auch in weiteren in »F. E.« veröffentlichten Artikeln die Erläuterungen ein, in denen begründet wird, warum der Klassenkampf überwunden werden muß. Aber auch hier wird die allgemeine Formel von der »justicia social«, die an die Stelle des unbarmherzigen Klassenkampfes zu treten habe, nicht konkretisiert.
- 27 Sandoval, a. a. O. S. 140 – In einer Privatinformation heißt es: »Valdecasas Aktivität in der F. E. war gut gemeint, aber als reiner Intellektueller wurde er von den meisten Falangisten nicht geschätzt.«

- 28 Diese Bezeichnung war in den eigenen Reihen sehr gebräuchlich. Selbst in den beiden Interviews, die »Ahora« (16. Februar 1934) und »ABC« (11. April 1934) mit José Antonio inszenierten, spricht dieser vom »fascismo español«.
- 29 Im folgenden wird das Wort »Falange« benutzt, wie es nach dem Zusammenschluß mit den J.O.N.S. üblich wurde. Der volle Name »Falange Española de las J.O.N.S.« wird auch von der Partei selbst nur in offiziellen Schreiben angewandt.
- 30 Das von der C.O.N.S. herausgegebene Heft »Informaciones« bleibt völlig unbedeutend und erscheint nur sporadisch. »Haz«, ein Studentenblatt, wird erst im März 1935 aufgelegt, doch kommt es über Flugblattcharakter und sporadisches Erscheinen nicht hinaus.
- 31 In Nr. 4 vom 25. Januar 1934 erscheint ein Artikel unter der Überschrift »Señoritismo«, in dem José Antonio sich deutlich von den señoritos absetzt. Dem señorito, als Degeneration des señors, des hidalgo, beschrieben, wird vorgeworfen, er verleugne den Gedanken des Dienens und des Opfernens, dem sich die Falange weihe. »Wenn wir triumphieren, dann werden mit uns auf keinen Fall die señoritos triumphieren.«
- 32 Von José Antonio erscheint eine Serie von Glossen, in denen er Minister und Abgeordnete karikiert und Reden und Stimmabgaben belacht: »El parlamento visto de perfil«, Nr. 3 vom 18. Januar 1934; »Necrología«, Nr. 4 vom 25. Januar; »Marina«, Nr. 5 vom 1. Februar; »Vamos tirando«, Nr. 6 vom 8. Februar; »Veteranía, Variedades«, Nr. 12 vom 26. April 1934
- 33 Diario de Sesiones vom 6. Juni 1934; O. C. a. a. O. S. 321
- 34 So sagt Bravo, a. a. O. S. 26: »Era en realidad el primer acto fascista puro.« Das Treffen endete mit einer Schießerei, die einen Toten und etliche Verwundete kostete. Ein Jahr später weist José Antonio in einer Rede an der gleichen Stelle, Calderon-Theater von Valladolid, am 3. April 1935, auf dieses erste Treffen der mit den J.O.N.S. vereinigten Falange hin und sagt: »Jene Tat war die erste ihrer Propaganda und sie endete mit der Heftigkeit aller kraftvollen Handlungen, mit Schüssen.« O. C. a. a. O. S. 41
- 35 Redondo II, a. a. O. S. 91 f. José Antonio: O. C., a. a. O. S. 36
- 36 Bravo, a. a. O. S. 56 ff.
- 37 »Sie spielten in dieser Bewegung keine wesentliche Rolle, aber aus ihr ging die einzige populäre kommunistische Führergestalt hervor, Dolores Ibarruri« (sie wird bekannt unter dem Namen »La

- Pasionaria«). Franz Borkenau: Der europäische Kommunismus, a. a. O. S. 151
- 38 Bravo, a. a. O. S. 63 f.
- 39 Galindo, a. a. O. S. 248; Almagro, a. a. O. S. 123 bestätigt ihn in den Einzelheiten, wenn er auch fälschlicherweise den Kongreß der »F. E.« auf den 7. Oktober beschränkt.
- 40 Bravo, a. a. O. S. 74
- 41 Pemán, Teoría . . ., a. a. O. S. 60. Sandoval, a. a. O. S. 256. Dolor . . ., a. a. O. S. 260
- 42 Bravo, a. a. O. S. 70
- 43 »Der italienische Faschismus gab sich als Uniform das ›Schwarzhemd‹. Und als José Antonio die Falange gründete, schuf er eine politische Bewegung, die die universalen Werte des Faschismus aufnahm, um sie für die spanische Nation anzuwenden . . . Auch die Uniform der Falange ist ein Hemd.« Pemán, Teoría, a. a. O. S. 42. – Ledesma Ramos schreibt im Mai 1934: »Die national-syndikalistische Falange, die wir bildeten, benötigt eine schlichte, einfache Uniform; wir haben das Beispiel Mussolinis, der als Uniform ein Hemd wählte.« Ledesma Ramos, a. a. O. S. 85

ZUM VIERTEN KAPITEL

- 1 Es ist daran zu erinnern, daß die Falange zu dieser Zeit publizistisch ausgeschaltet ist; das Programm kommt als hektographiertes Schreiben zu den lokalen Gruppen. Die spanische Presse nimmt keine Notiz, was weder aus einer bewußten Brückierung noch aus Zensurmaßnahmen der Regierung nach dem Oktober-Aufstand, sondern aus der Bedeutungslosigkeit der Falange zu erklären ist. Auch in den November-Ausgaben der »Neuen Zürcher Zeitung«, der »Frankfurter Zeitung«, des »Deutschen Nachrichtenbüros« und der »Times« findet sich kein Hinweis.
- 2 Der Marqués de la Eliseda begründet in einer von »ABC« am 30. November 1934 veröffentlichten Notiz damit seinen Austritt. – Schon am 13. Oktober hatte José Antonio ein Rundschreiben versandt, in dem allen Falangisten unter Androhung des Ausschlusses jegliche Zusammenarbeit mit politischen Gruppen und staatlichen Exekutivorganen verboten wurde – ein Befehl, der im übrigen im Gegensatz zu dem gerade noch bewiesenen kämpferischen Eifer

- steht, den die Falange ja mit ihrem »Hilfsangebot« während der Revolutionstage zugunsten der Regierung an den Tag gelegt hatte. José Antonio, O. C., a. a. O. S. 682 f.
- 3 So kommt es zu tumultuarischen Szenen im Parteibüro der Falange; Falangistische Arbeiter titulieren José Antonio als »señorito de cabaret«; Schmähungen wie »fuera los señoritos« – »weg mit den Herrchen« – werden ausgestoßen. Sandoval, a. a. O. S. 283. Nach mir vorliegenden Berichten eines Altfalangisten kam es zu Handgemengen, in denen Ledesma José Antonio mit der Pistole bedrohte.
 - 4 Am 16. Februar 1935 gibt Ledesma Ramos eine neue Wochenschrift »La Patria libre« heraus. Die »Verleugnung des Proletarischen« durch José Antonio gibt er als Hauptargument für seinen Bruch mit der Falange an. Nr. 1 vom 16. Februar 1935.
 - 5 Bravo, a. a. O. S. 86; Sandoval, a. a. O. S. 283 spricht von etwa zehn Prozent, die mit Ledesma die Partei verließen. Ledesma versuchte daraufhin, eine neue faschistische Partei mit ausgesprochenem Arbeitercharakter aufzubauen, blieb damit jedoch im Ansatz stecken. Seine neue Zeitung »La Patria libre« – die erste Nummer erschien am 16. Februar, die zweite am 2. März 1935 – mußte bald aufgegeben werden. In den ersten beiden Nummern (vier kleinformatige Seiten; andere Ausgaben waren mir nicht erreichbar) polemisiert Ledesma gegen die Falange, die eben wegen ihrer Bürgerlichkeit nicht faschistisch wäre. Sie sähe die Arbeiterschaft als eine Herde, eine unwissende Masse an. Der Falange wird außerdem ein Prozeß wegen der »gestohlenen, unrechtmäßig geführten Embleme und Fahnen« angedroht. Ledesma distanziert sich auch von seinem früheren Mitkämpfer, dem Schriftsteller Ernesto Giménez Caballero, der mit seiner katholischen Interpretation eines spanischen Faschismus zu weit gegangen wäre. Einen zweiten Versuch, politisch aktiv zu werden, unternimmt Ledesma 1936. Am 11. Juli 1936 bringt er die erste und einzige Nummer einer neuen Zeitung »Nuestra Revolución« heraus – sechs Tage später beginnt der Bürgerkrieg.
 - 6 Störung von Filmveranstaltungen, Demolierung von Gewerkschafts- und Parteilokalen, Schlägereien mit Sozialisten und Anarchosyndikalisten – die Zahl getöteter Falangisten beläuft sich bereits auf 19. Verhaftungen im Gefolge der Aktionen wie auch wegen illegaler Zusammenkünfte werden ständig vorgenommen. Bravo, a. a. O. S. 96 f.

- 7 Die erste Nummer erscheint am 21. März 1935, die letzte am 5. März 1936; insgesamt werden in diesem Zeitraum nur 34 Ausgaben herausgebracht. Vom 11. Juli bis zum 31. Oktober 1935 bleibt »Arriba« verboten.
- 8 Bravo, a. a. O. S. 98. Pemán, Teoría . . ., a. a. O. S. 65
- 9 Zu Kontakten zwischen FE und Militär, die wegen einer Erhebung im Jahre 1935 aufgenommen wurden, fehlt es an Hinweisen. Die mit dem Sieg Francos einsetzende Literatur über die Vorbereitung des Aufstandes und den Aufstand selbst hätte, wären sie erfolgt, solche Kontakte um so eher herausgestellt, als dadurch eine schon frühe Zusammenarbeit bewiesen worden wäre. So schweigen auch die Standardwerke des Aufstandes und seiner Vorbereitung über die falangistische Zusammenkunft in El Parador de Gredos. Vergl.: Estado Mayor Central, *História de la Guerra de Liberación (1936–1939)* Madrid 1945, 2 Bde. Felix B. Maiz: *Alzamiento en España / De un diario de la Conspiración*, Pamplona 1952.
- 10 »Arriba«, Nr. 20 vom 21. November 1935, Beschlüsse des Kongresses werden von Nr. 20 an fortlaufend in »Arriba« veröffentlicht.
- 11 O. C., a. a. O. S. 128
- 12 O. C., a. a. O. S. 142
- 13 Es sind: Madrid, Valladolid, Cáceres, Toledo, Santander, Sevilla, Huesca und Zaragoza.
- 14 a. a. O. S. 151
- 15 Dávila, a. a. O. S. 125
- 16 Vom 16. Februar bis zum 2. April 1936 wurden über 50 politische Zentren zerstört, 72 öffentliche oder private Gebäude und 33 Einzelwohnhäuser. Von 106 in Brand gesetzten Kirchen wurden 50 völlig vernichtet. Raub und Überfälle forderten im gleichen Zeitraum 345 Verwundete und 74 Tote. *Diario de Sesiones. Parlamentsdebatte* vom 15. und 16. April. Vergl. Madariagas Schilderung der Zeit nach dem Sieg der Volksfront, a. a. O. S. 294–296; Almagro, a. a. O. S. 170–175
- 17 Bis zum Mai 1936 beläuft sich die Zahl der Toten der FE auf 40. Das grausamste Beispiel für die Art der Auseinandersetzungen, wie sie in jenen Monaten praktiziert werden, dürfte wohl der Zusammenstoß in Carrión sein. Dort wurde der Lokalchef der Falange in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. In der folgenden Nacht hängten Falangisten den Präsidenten des sozialistischen »Volks-

heimes« und zwei andere Sozialisten an Bäumen der Hauptstraße »als Vergeltung für das Verbrechen« auf. Bravo, a. a. O. S. 191. Kurz vorher waren auch in Madrid vier Falangisten auf offener Straße erschossen worden. Almagro, a. a. O. S. 172

18 a. a. O. S. 90

19 O. C., a. a. O. S. 1103 ff.

ZUM FÜNFTEN KAPITEL

- 1 Der der Übersetzung zugrunde liegende spanische Text ist im Anhang S. 163 ff. beigefügt. Er ist entnommen den »Obras Completas« von José Antonio, die im Jahre 1942 erschienen, a. a. O. S. 589–597. In dieser Fassung, wie in allen Fassungen, die nach der Schaffung der Staatspartei durch Franco, 19. April 1937, erschienen, ist jedoch der 27. Punkt des Programms nicht mehr enthalten. Für diesen Punkt wurde auf eine mir zugänglich gewordene Fassung des Programms aus dem Jahre 1934 zurückgegriffen, die, wie erinnerlich, als hektographiertes Schreiben an die Provinz- und Lokalgruppen versandt worden war.

Abgesehen von dem gestrichenen 27. Punkt ist der Wortlaut des FE-Programms nicht verändert worden. Dies bestätigt ein Textvergleich mit der ersten Fassung, wie auch mit den nach 1942 erfolgten weiteren Auflagen der »Obras Completas«. Vergl. auch: »Revolución Nacional« (Puntos de Falange). Textos de José Antonio, seleccionados y ordenados por Agustín del Río, Madrid 1957

- 2 Der Schwund des politischen Einflusses, der Anruf, ihn wiederzugewinnen, gehört ja zu den Axiomen der Falange. José Antonio, geschmeidiger und beherrscher in seinen Formulierungen als etwa Ledesma Ramos und Onésimo Redondo, legt sich nicht auf konkrete Ziele fest; bezeichnend ist jedoch, daß er nicht einen Verlust eines geistig-moralischen, sondern eines machtpolitischen Einflusses z. B. in Südamerika beklagt. »Spanien hat darauf verzichtet, sich die atlantischen Seewege freizuhalten. Es entsagt damit seinem Führungsanspruch.« »Arriba«, Nr. 5 vom 18. April 1935. In einer Parlamentsdebatte über die gegen Italien verhängten Sanktionen im abessinischen Konflikt bejaht er ausdrücklich den »Kolonisationszug« Mussolinis. »In diesem Sinne zu kolonisieren ist eine

- Mission, nicht nur ein Recht, sondern sogar eine Pflicht für Kulturvölker.« *Diario de Sesiones* vom 2. Oktober 1935. Onésimo Redondo erklärt 1935: »So wie Hitler-Deutschland sich die Saar wieder einverleibt hat und früher oder später die Zuneigung Österreichs erobern wird, so wird das National syndikalistische Spanien das Imperium wieder herstellen, in dem alle spanisch sprechenden Nationen vereint sind.« Redondo II, a. a. O. S. 140
- 3 Zwar fehlt es aus erklärlichen Gründen an Reaktionen anderer Staaten auf das FE-Programm in den Jahren 1935/36, und insofern bleibt diese Anmerkung hypothetisch, aber der Schluß liegt nahe, daß sich das empfindliche Nationalbewußtsein südamerikanischer Staaten getroffen fühlen mußte.
- 4 O. C., a. a. O. S. 47 f., 80 f.
- 5 O. C., a. a. O. S. 120
- 6 »Arriba«, Nr. 6 vom 25. April 1935 – José Antonio spricht allgemein vom Abbau kapitalistischen Eigentums; Großindustriebetriebe sollen übergeführt werden in das »Eigentum der Syndikate« – also in Staatsbesitz. O. C., a. a. O. S. 93
- 7 Es sei vor allem verwiesen auf die grundlegende Arbeit von Hannah Arendt: *The origins of totalitarianism*, New York 1946; herangezogen wurde hier die deutsche Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955, vor allem 3. Teil, *Totalitäre Bewegung und totale Herrschaft*. Ferner Otto Stammer: *Die totalitären Herrschaftssysteme in »Soziologie«*, herausg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Düsseldorf-Köln 1955, 3. Aufl., S. 290–302
- 8 Pemán, *Teoría . . .*, a. a. O. S. 36
- 9 O. C., a. a. O. S. 550 f.
- 10 Pemán, a. a. O. S. 41
- 11 Sandoval, a. a. O. S. 275 f.
- 12 Kannte José Antonio diese Enzyklika? Die Frage ist nur indirekt zu beantworten, da Stellungnahmen der Falange dazu aus den Jahren 1933/36 nicht vorliegen. In seinen Reden spricht José Antonio vom Dreiklang: Person, Familie, Stand. Punkt 8 des Programms nennt Familie, Gemeinde, Stand als jene Lebenskreise, durch die der Spanier am Staate teilhaben soll. Daß diese Äußerungen José Antonios jedoch höchstens in formaler, nicht aber in inhaltlicher Beziehung zu den Sozialenzykliken der Päpste stehen, ergibt sich aus den oben angeführten und hier folgenden Gegensätz-

lichkeiten des Programms zur katholischen Soziallehre. Bestätigt wird dies auch durch die Einstellung der Falange zu sozialpolitischen Ansätzen in anderen Parteien, die eine Umformung des Staates unter Zugrundelegung der Sozialenzykliken anstreben. Sie werden in diesen Jahren sowohl im rechtsrepublikanischen Lager wie bei den Monarchisten beider Richtungen propagiert. Die Falange verwirft die Vorschläge beider Lager als unzureichende Lösungen. Die Rechtsrepublikaner der CEDA unter Führung des exponierten Verfechters eines modernen, katholischen Sozialstaates, Gil Robles, bezeichnet José Antonio als »unterwürfige Mittelsmänner des Vatikans« (instrumentos sumisos del Vaticano). »Arriba«, Nr. 27 vom 9. Januar 1936

ZUM SECHSTEN KAPITEL

- 1 So verwirft José Antonio in einer Mussolini verherrlichenden Rede vor dem Parlament die Sanktionen des Völkerbundes wegen des Angriffs auf Abessinien. *Diario de Sesiones* vom 2. Oktober 1935. Bravo erklärt unter Hinweis auf dieses »cäsarische Unternehmen«: »Unsere begeisterte Zustimmung war auch deshalb groß, weil die Falange sich sagte, daß ein Scheitern des Duce vielleicht den Zusammenbruch ähnlicher Doktrinen in anderen Ländern und die Katastrophe... für unsere eigenen nationalsyndikalistischen und totalitären Träume bedeutet hätte«, a. a. O. S. 100
- 2 Die Bücher »España invertebrada« wie »La rebelión de las masas« sind zusammenkomponierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Soweit nicht anders angegeben, liegt den folgenden Erörterungen die spanische Gesamtausgabe seiner Werke zugrunde: José Ortega y Gasset: *Obras Completas*, Band I–VI, Madrid 1946–47.
- 3 Daß Ledesma Ramos ihn als seinen Lehrer bezeichnete, wurde bereits gesagt, ebenfalls auf den Kontakt des Mitbegründers der Falange, des jungen Professors García Valdecasas mit Ortega hingewiesen. Siehe S. 185¹⁸. Ruiz de Alda, der dritte Mitbegründer der Falange, bekennt, daß er Sympathien für das politische Gedankengut Ortegas hatte. O. C., a. a. O. S. 27. José Antonio war ein aufmerksamer Leser Ortegas. Sandoval, a. a. O. S. 85. Agustín de Foxá schreibt im *Diario Regional*, Valladolid, vom 20. November 1938: »Künftige Gelehrte werden die geistige Entwicklung

José Antonios studieren, die Quellen, aus denen er schöpfte . . . , die Vorfahren seiner Lehre, und sie werden dabei untersuchen, was davon den J.O.N.S. und was Ortega gehört.«

- 4 5. Februar 1930: »La decencia nacional« in: »La redención de las provincias y la decencia nacional«, Madrid 1931, S. 187 f.
- 5 In einer Parlamentsrede, in der José Antonio die Notwendigkeit einer nationalen Revolution zu begründen versucht, beruft er sich ausdrücklich auf das »denkwürdige Manifest« Ortegas (vom 10. Februar 1931), das davon »sprach, mit der Kraft aller neue Ziele anzustreben und uns alle in einem neuen, glänzenden und beneidenswerten Unternehmen zu vereinigen«. *Diario de Sesiones* vom 6. Juni 1934
- 6 »Das Leben des heutigen Spanien ist ein krasses Beispiel eines solchen Partikularismus. Spanien ist nicht mehr eine Nation, es ist ein Haufen isolierter Zellen.« *España invertebrada*, O. C. III S. 74
- 7 »Alles läuft auseinander wie ein Gewebestück, das wieder aufgetrennt wird.« José Antonio, O. C., a. a. O. S. 114
- 8 *España invertebrada* Bd. III, a. a. O. S. 69
- 9 O. C., a. a. O. S. 40
- 10 O. C., a. a. O. S. 93 f.
- 11 Über die rechte Interpretation Ortegas diskutierten auf dem ersten Kongreß vor allem Ledesma Ramos, José Antonio, Sánchez Masas und Giménez Caballero. Bravo, a. a. O. S. 61 f.
- 12 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 258 f.
- 13 *La política por excelencia*, Bd. III, a. a. O. S. 452
- 14 J.O.N.S. Nr. 15, April 1934; O. C., a. a. O. S. 659
- 15 *España invertebrada*, Bd. III, a. a. O. S. 73
- 16 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 268
- 17 J.O.N.S. *Antología*, a. a. O. S. 205
- 18 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 145
- 19 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 245
- 20 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 181 Fußn. I
- 21 José Antonio, O. C., a. a. O. S. 101, 102 f.
- 22 *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 222
- 23 »In den schweren Stunden, die . . . heraufziehen, ist es möglich, daß sie, plötzlich verängstigt, einen Augenblick lang den guten Willen haben werden, in gewissen, besonders drückenden Angelegenheiten die Führung überlegener Gruppen anzunehmen. Aber selbst dieser gute Wille wird scheitern. Denn die Grundverfassung

- ihrer Seele ist Unzugänglichkeit und Unbelehrbarkeit, es ist ihr angeborener Fehler, nichts zu berücksichtigen, was außerhalb ihres Horizontes ist, seien es Tatsachen, seien es Personen. Sie werden einem Führer zu folgen wünschen und werden es nicht können. Sie werden hören wollen und entdecken, daß sie taub sind.« *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 184
- 24 Andrés, a. a. O. S. 63, schreibt, daß die härteste Kritik gegen Ortega aus dem sozialistischen Lager kam. »Er war ein Modephilosoph. Seine Reden waren ein Teil des Tagesprogramms der ›großen Welt‹ . . . Sein Auditorium . . . beiderlei Geschlechts, aber mit starkem weiblichen Einschlag . . . personifizierte sich schon mit der Doktrin von den auserwählten Minderheiten, die sie so oft vom Meister hörte. Außerhalb der Vorlesungsstätten blieb die gemeine Masse.« Luiz Araquistarín, in *Leviatán* Nr. 8, 1935, zit. nach Andrés, ebenda.
- 25 »Der Massenmensch wäre verloren, wenn er sich in Diskussionen einließe. Das Neuste ist daher in Europa, ›mit den Diskussionen Schluß zu machen‹; man verabscheut jede Form geistigen Verkehrs, die, vom Gespräch über das Parlament bis zur Wissenschaft, ihrem Wesen nach Ehrfurcht vor objektiven Normen voraussetzt . . . Die Unzugänglichkeit seiner Seele, die ihn . . . anstachelt, sich in alle öffentlichen Angelegenheiten zu mischen, führt ihn auch unausweichlich zu einem einzigen Interventionsverfahren: der direkten Aktion.« *Rebelión*, Bd. IV, a. a. O. S. 190
- 26 Artikel in »Haz«, zit. nach José Antonio: O. C., a. a. O. S. 581–587
- 27 *Genio* . . . a. a. O. S. 10
- 28 *Genio* . . . a. a. O. S. 250f.
- 29 *Genio* . . . a. a. O. S. 134
- 30 *Genio* . . . a. a. O. S. 142, 227ff. *La nueva catolicidad*, a. a. O. S. 170
- 31 *Genio* . . . a. a. O. S. 162
- 32 *Genio* . . . a. a. O. S. 196
- 33 Wie in seinem ganzen Buch hält sich Giménez auch hier nicht mit Einzelheiten und der Belegung von Fakten auf. Für ihn steht Spanien, seit die Bourbonen auf dem Habsburger Thron sitzen, unter Frankreichs Befehl. »Frankreich will ein schwaches Spanien. Bewunderungswürdiges Frankreich. Bewunderungswürdiger Feind.« Das ist eine immer wieder angewandte Formel Giménez'. *Genio* . . .

a. a. O. S. 209 ff. So wie Frankreich Spanien, so habe England Portugal an sich gekettet. Insgesamt dokumentiere sich darin der Tiefstand der Iberischen Halbinsel. Genio . . . a. a. O. S. 217

- 34 Genio . . . a. a. O. S. 291 f.
- 35 Genio . . . a. a. O. S. 317
- 36 La nueva catolicidad, a. a. O. S. 181
- 37 Genio . . . a. a. O. S. 328
- 38 Genio . . . a. a. O. S. 266
- 39 La nueva catolicidad, a. a. O. S. 179
- 40 La nueva catolicidad, a. a. O. S. 194 f.
- 41 La nueva catolicidad, a. a. O. S. 210

ZUM SIEBTEN KAPITEL

- 1 Zur Geschichte der »Acción Española« vergl.: »Acción Española, Antología«, tomo XVIII, Burgos 1937. Galindo Herrero, a. a. O. S. 148 ff., 307 ff.
- 2 Maeztu wurde 1874 in Vitoria geboren, seine Mutter war Engländerin. In Kuba, wo sein Vater geboren worden war, erlebte er entscheidende Jugendjahre (1891–1894). Von 1905 bis 1919 ist er als der erste spanische Korrespondent in London tätig. 1927 entsendet ihn General Primo de Rivera als Botschafter nach Argentinien. In der »Acción Española« ist Maeztu die treibende Kraft. 1933 löst er den Marqués de Quintanar als Leiter der Zeitschrift ab. Zu Beginn des Bürgerkrieges wird er – 63jährig – verhaftet und am 29. Oktober 1936 auf noch nicht geklärte Weise ermordet. Seine Hauptwerke sind: »Hacia otra España« (1899); »La crisis del humanismo« (1916); »Defensa de la Hispanidad« (1934). Vergl. Espasa Calpe, Supl. 1936–1939, Primera Parte, S. 474. Vicente Marrero: »Maeztu«, Madrid 1955; Ramiro de Maeztu: Frente a la República, Selección y estudio preliminar de Gonzalo Fernández de la Mora, Madrid 1956
- 3 Jurist, 1893 in Orense geboren. 1921–1922 Zivilgouverneur von Valencia. Seit 1925 Finanzminister unter General Primo de Rivera. Calvo Sotelo flieht bei Ausrufung der Republik nach Portugal. Von 1932 bis Mai 1934 lebt er in Paris, greift aber auch während der Zeit seines Exils publizistisch stark in die spanische Politik ein. Erst die Amnestie ermöglicht ihm die Rückkehr nach

- Spanien. Er ist dann der parlamentarische Führer der monarchistischen Opposition. Am 13. Juli 1936 wird er aus politischen Gründen meuchlings ermordet; sein Tod ist der Anlaß zum Aufstand gegen die Volksfrontregierung. In seinem Buch »Mis servicios al Estado«, Madrid 1931, rechtfertigt er seine Mitarbeit während der Diktatur. Vgl. Aurelio Joaniquet: Calvo Sotelo / Una vida fecunda, Madrid 1939; Eduardo Aunós: Calvo Sotelo y la política de su tiempo, Madrid 1941; Eugenio Vegas Latapié: El pensamiento político de Calvo Sotelo, Madrid 1941
- 4 Defensa . . ., a. a. O. S. 195
 - 5 Zum Gedanken der Contrarrevolución bei Maeztu und über die Beziehungen zum französischen Traditionalismus des 19. Jahrhunderts vergl. die vorzügliche Untersuchung von Gonzalo Fernandez de la Mora, in: Maeztu, Frente a la República . . . a. a. O. S. 93–105
 - 6 In »ABC« vom 11. Juni 1934 schreibt er, Hitlers Werk würde erst dann wahrhaft groß, wenn es ihm gelingen würde, das nationale Wollen mit dem katholischen Geist zu verbinden. Er wendet sich später gegen Hitler, nicht der Macht, sondern des Rassenwahn wegen. Gonzalo Fernandez, in: Maeztu, Frente . . ., a. a. O. S. 98, Marrero, a. a. O. S. 596
 - 7 Vgl. Galindo Herrero, a. a. O. S. 296 ff., Almagro, a. a. O. S. 200 ff., Aunós, Calvo Sotelo . . ., a. a. O. S. 176 ff.
 - 8 »ABC« vom 30. November 1934. José Antonio, O. C., a. a. O. S. 1065. Sandoval, a. a. O. S. 423
 - 9 Victor Pradera: El Estado Nuevo, 2. Aufl. Burgos 1937. Das Buch setzt keine neuen Akzente in der traditionalistischen Lehre, insofern ist auch die Kritik an ihr für dieses Buch zutreffend.
 - 10 Jurist, geb. 1898 in Salamanca. Vergl. Juan Arrabal; José María Gil Robles, Madrid 1933
 - 11 Rede vom 15. Oktober 1933, zit. nach »Acción Española«, Nr. 42 vom 1. Dezember 1933, S. 513
 - 12 Er nennt sie »Nationale Diktaturen«. »... ein Regime, das basiert auf der Vergöttlichung des Staates, auf der Annullierung des Individuums, widerspricht den religiösen Prinzipien, auf die sich meine Politik gründet.« Diario de Sesiones vom 19. Dezember 1933
 - 13 José Antonio, O. C., a. a. O. S. 100, 118. – Mit Verachtung spricht José Antonio von den »Kontrarrevolutionären«, die nicht begriffen hätten, daß die Zeit revolutionäre Taten erfordere.

»Arriba«, Nr. 2 vom 28. März 1935. Gil Robles und seine »Acción Popular«, die der Rechtsregierung angehören, die ja die Falange ebenso bekämpft wie die vorausgegangene Linksregierung, werden besonders scharf angegriffen – einmal ihrer Mitarbeit am System – »Knechte des Systems« – zum anderen der »Blutarmut« ihrer Ideen wegen. So in »Arriba« Nr. 13 vom 13. Juni 1935 und Nr. 24 vom 19. Dezember 1935

ZUM ACHTEN KAPITEL

- 1 Vgl. Estado Major Central del Ejército, a. a. O.; Historia de la Cruzada Bd. I und Bd. II, a. a. O.; Felix B. Maís, a. a. O.; Antonio Lizarza Iribarren, a. a. O. Soweit nicht anders angegeben, liegt dem folgenden die übereinstimmende Schilderung der hier angeführten Literatur zugrunde.
- 2 Franco hatte sich bis dahin der Republik gegenüber loyal verhalten, ohne indes seine monarchistische Einstellung zu revidieren. Unter dem Kriegsminister Gil Robles war er Chef des Generalstabs und stellvertretender Vorsitzender des Kriegsrates gewesen. Seine Bestrebungen in dieser Zeit, Offizierkorps und Heer zu reformieren, wie die unter seinem militärischen Kommando erfolgte Niederschlagung der asturischen Revolte im Oktober 1934 hatten ihn für die Linke untragbar gemacht. Er wurde auf die Kanarischen Inseln versetzt. Franco, einer der fähigsten und jüngsten Generale, war bekannt und berühmt geworden als Mitbegründer und späterer Chef des »Tercio Extranjero«; sein ungebrochener Einfluß auf diese beste Truppe Spaniens machten ihn dann auch zu einem für das Gelingen der Rebellion entscheidenden Exponenten. Almagro, a. a. O. S. 221; Estado Mayor Central, a. a. O. S. 429. Besonders erwähnenswert unter den zahlreichen Franco-Biographien ist das Buch von Joaquin Arraras: Francisco Franco, Sevilla 1937, dtsh. Hamburg 1939; im folgenden zit. nach der deutschen Ausgabe.
- 3 Die »Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939«, Serie D, Bd. III., Baden-Baden 1951, (im folgenden zit. als »Akten III«), bestätigen dies ebenso wie A. J. Toynbee-V. M. Boulter: Survey of International Affairs, 1937, Vol. II, London 1938 und die bereits angeführte Literatur.

- 4 Estado Mayor Central, a. a. O. S. 429. Vergl. den Brief Sanjurjos an seinen Vertreter in Spanien, General Mola vom 9. Juli 1936, bei Galindo a. a. O. Fußn. S. 334 ff.
- 5 Bravo, a. a. O. S. 166
- 6 Die Falangisten lagen auf der sogenannten »Galería de políticos«, sie waren nicht in Zellen, sondern in einer Reihe von größeren Zimmern untergebracht. Jeder durfte täglich eine halbe Stunde lang Besuche empfangen. Die lockere Disziplin ermöglichte ihnen eine umfangreiche Kontaktpflege. Dolor y . . ., a. a. O. S. 228 f., 284
- 7 José Antonio, O. C., a. a. O. S. 1108; Bravo, a. a. O. S. 182
- 8 Anfang Juni wurde ein Teil der Falangeführer auf andere Gefängnisse verteilt, um ihre Kontakte abzuschneiden. José Antonio wurde am 5. Juni nach Alicante verlegt.
- 9 José Antonio, O. C., a. a. O. S. 1112
- 10 Bravo, a. a. O. S. 206 ff.
- 11 Sandoval, a. a. O. S. 575
- 12 ebenda, S. 581
- 13 José Antonio, a. a. O. S. 773 ff.
- 14 zit. nach Sandoval, a. a. O. S. 587 f.

ZUM NEUNTEN KAPITEL

- 1 In einem Artikel über die Falange im »Völkischen Beobachter«, Berliner Ausgabe, vom 11. Februar 1943 heißt es, sie hätte bei Ausbruch des Bürgerkrieges rund 50 000 Mitglieder gehabt – eine Zahl, die in keinem unwahrscheinlichen Verhältnis zu der der »militantes« steht.

Die gleiche Zahl – »50 000 Mann« – nennt Hugh Thomas in seinem während der Drucklegung dieser Arbeit erschienenen Buch »The Spanish Civil War«, London 1961; dtsh. Ausgabe: Der Spanische Bürgerkrieg, Frankfurt 1962. Auch Thomas verweist auf das sprunghafte Anwachsen der Falange nach Ausbruch des Bürgerkrieges durch die sogenannten »Neuhemden«. Zum Teil handelte es sich dabei um Männer, die, im Hoheitsgebiet der Aufständischen wohnend, im Beitritt zur Falange die Chance sahen, etwaigen Verfolgungen und Bestrafungen wegen ihrer früheren Sympathien für die Linksparteien zu entgehen. – Auch die Zah-

- lenangaben von Thomas beruhen auf ungefähren Schätzungen, allerdings unterscheidet er nicht zwischen »militantes« und den bloß Sympathisierenden, so daß seine Zahlenangaben durchaus nicht im Gegensatz zu den von mir ermittelten »rund 10 000 militantes« zu stehen brauchen. Auf die innere Geschichte der Falange geht Thomas in seiner sonst gründlichen Studie nicht ein. Indirekt bestätigt er aber die politische Schwäche der Falange in seinem Bericht über die Entstehung der Militär-Junta, die sich Ende Juli 1936 in Burgos als oberste Gewalt über das sogenannte »nationale« Spanien konstituierte; der Falange räumten die putschenden Generäle keinen politischen Einfluß ein. Thomas, a. a. O. S. 148 ff.
- 2 Boletín Oficial vom 25. Juli. Die Chronologie der Gesetzestexte von 1936/37 in: Legislación del Gobierno Nacional, Avila 1937. Legislación Española, San Sebastián, o. J. (nach Sachzusammenhängen). Resumen Legislativo del Nuevo Estado, Barcelona 1939 (ftlfd. Serie von 1936–1939).
 - 3 A. Alcázar de Velasco: Serrano Suñer en la Falange, Barcelona-Madrid 1941, S. 73 ff.
 - 4 Borkenau, Cockpit . . ., a. a. O. S. 279
 - 5 a. a. O. S. 331 ff. Vgl. auch Borkenau, Kommunismus, a. a. O. S. 156 ff.; ders. Cockpit, a. a. O. S. 193 ff.
 - 6 Akten III, Nr. 96, S. 91
 - 7 B. O. vom 20. April 1937. Legislación del Gobierno Nacional, a. a. O. Bd. I, S. 510 f. Resumen Legislativo del Nuevo Estado, a. a. O. S. 371 f.
 - 8 Von diesem Dekret aus nimmt denn auch die politische Literatur, die sich mit der Bewegung befaßt, erst ihren Ausgang. General Franco erscheint dann als »Vollstrecker des Willens José Antonios« (Pemartin). Miguel Primo de Rivera schreibt in einem Artikel in »Volk und Reich« Heft 2, 1941, Berlin: »Franco, der Chef des Heeres und das Oberhaupt des Staates, wurde ganz für die Sache (die der Falange) gewonnen und machte die Falange zur einzigen Bewegung des Regimes.« Bei den Feierlichkeiten in Burgos am 20. November 1938 zum Gedenken an den Tod José Antonios, wie auch in den zahllosen Gedenkartikeln, die zu diesem Tag ab 1938 erscheinen und José Antonio erst einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen, ist die Identität des Wollens bei Franco und José Antonio der beherrschende Tenor aller Verlautbarungen. In einem gregorianischen Gesang der Benediktiner von Burgos werden beide

als »Führer des Vaterlandes« gefeiert. Dolor . . ., a. a. O. S. 76 f. Es bleibt jedoch zu beachten, daß die gradlinig dargestellte Entwicklung der Falange von José Antonio zu Franco als dem Führer der Staatspartei aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit erfolgt, bei der die Verschiedenartigkeit der »Falangen« vor und nach dem Unifikationsdekret übergangen wird.

- 9 In der Literatur erscheint denn auch fortan das auf 26 Punkte reduzierte FE-Programm, das für José Antonio und seine Falangisten ein unabdingbares Dogma war, unter dem wesentlich einschränkenden Titel »Normas programáticas«.
- 10 Serrano Suñer: Zwischen Hendaye und Gibraltar, Zürich 1948, S. 34. Serrano Suñer spricht von »freundschaftlichen Beziehungen« – eine Formulierung, die Hedilla in einer brieflichen Erwiderung nach dem Erscheinen des Buches von Serrano Suñer als »Verfälschung der Tatsachen« bezeichnet. Er schreibt: »Niemals gab es eine Freundschaft zwischen Ihnen und mir . . . Ich erinnere mich genau, daß unsere Unterhaltungen alles andere als freundschaftlich waren.« Brief Hedillas vom 26. Mai 1947. Auf Grund der Buchveröffentlichung entwickelte sich zwischen Serrano Suñer und Altfalangisten im Frühjahr 1947 eine brieflich ausgetragene Polemik, die für die Erhellung der Vorgänge bei der Unifikation aufschlußreich ist. Wo im folgenden auf diesen Briefwechsel Bezug genommen wird, ist er unter dem Sammelbegriff »Carta« näher gekennzeichnet.
- 11 Eine Tatsache, die Serrano Suñer in seinem Buch nicht genügend klarstellt. Er bezeichnet sich als politischen Gesinnungsfreund José Antonios und »als Falangist« – eine insofern irreführende Formulierung, da er erst »Falangist« nach der auch von ihm bewirkten Unifikation ist. A. a. O. S. 27, 39
- 12 Schon die Tatsache, daß ein der Falange gänzlich fernstehender Mann die Unifikationsverhandlungen betrieb, mußte Hedilla gegen ihn einnehmen. Der Falange war Serrano Suñer unbekannt. Die Aversion steigerte sich, als er sich den Wünschen der Falange unzugänglich zeigte. Hedilla wirft ihm vor, sich in einer Besprechung Ende März entschieden dagegen ausgesprochen zu haben, in den Austausch von Gefangenen zwischen den Fronten auch den Generalsekretär der Falange, Fernández Cuesta, einzubeziehen. Diese Anschuldigung wird von Serrano Suñer nicht dementiert. »Carta« vom 25. Mai 1947 und 31. Mai 1947. Auch Sandoval

- weist auf die Feindschaft zwischen Fernández Cuesta und Serrano Suñer hin. A. a. O. S. 591. Zudem konnte Hedilla auch eine Mißachtung darin sehen, daß Serrano Suñer über seinen Kopf weg die für das politische Sekretariat der vereinigten Partei vorgesehenen Stellenbesetzungen vornahm. »Carta« vom 18. Juni 1947
- 13 Serrano Suñer erinnert Hedilla daran, daß der Satz: »Franco ist nur gut für eine Division« gebräuchlich in Teilen der Falange war. »Carta« vom 31. Mai 1947.
- 14 Hedilla kam aus dem Arbeiterflügel der Partei. Die Wortführer der gegen ihn gerichteten Gruppe sind Intellektuelle aus dem Freundeskreis José Antonios, die sogenannte »Sevillaner Schule«. A. Alcázar de Velasco, a. a. O. S. 56 f., 62. »Carta« vom 10. Juni 1947. Serrano Suñer spricht, damit das tatsächliche Geschehen vor der Öffentlichkeit bemäntelnd, »vom Zusammenstoß zwischen zwei falangistischen Gruppen, die um die Führung der Partei kämpfen«, a. a. O. S. 38. Daß das zentrale Problem dabei die Unterstellung der Falange unter Franco war, bestätigt er erst in der internen Polemik. »Carta« vom 31. Mai 1947
- 15 A. Alcázar de Velasco, a. a. O. S. 60. Serrano spricht von zwei Todesopfern, a. a. O. S. 38. Eine ausführliche Schilderung gibt Victor de la Serna in »Carta« vom 10. Juni 1947
- 16 Madariaga versucht ihre Zusammensetzung feuilletonistisch klarzumachen: »Franco... mußte... versuchen, die amorphe Masse seiner Anhänger zu einer wenigstens äußerlich einheitlichen Form in der ›Falange Española Tradicionalista y de las J.O.N.S.‹ zusammenzuschweißen; es war ungefähr so, wie wenn der Präsident der Vereinigten Staaten eine republikanisch-sozialistisch-kommunistische Liga der ›Töchter der amerikanischen Revolution‹ organisiert hätte, in der Erwartung, die politischen Meinungen... auf einen Nenner zu bringen.« A. a. O. S. 345 f.
- 17 Serrano Suñer, a. a. O. S. 47. Im gleichen Sinne berichtet Faupel an das A. A. am 1. Mai 1937, Akten III, Nr. 248, S. 236
- 18 Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: »Um möglichen Falsch-Interpretationen des Vereinigungsdekrets vorzubeugen, hast du keine anderen Befehle als die durch die oberste Führung gegebenen zu befolgen«; »Carta« vom 7. Mai 1947
- 19 Der Begriff des »Neuen Staates« wird beibehalten; er wurde ja, wie wir gesehen haben, auch von traditionalistischen Theoretikern wie Victor Pradera und Politikern wie Calvo Sotelo und Gil Rob-

les verwandt. Bezeichnenderweise erscheint von José Pemartín 1940 ein Buch »Qué es ›Lo Nuevo‹? / Consideraciones sobre el momento español presente« (Was ist das Neue? / Betrachtungen über die spanische Gegenwart). Pemartín bemüht sich, traditionalistisches und falangistisches Gedankengut zusammenzufügen und den Unterbau für eine neue modern-traditionalistische Monarchie zu liefern. Rafael Calvo Serrer wird mit seinen Arbeiten denselben Weg einschlagen. Auch an diesen literarischen Äußerungen erweist sich die Vordergründigkeit, Spanien als »falangistisch« im Sinne der alten Falange zu bezeichnen.

ZUM ZEHNTEN KAPITEL

- 1 Boletín Oficial vom 20. August 1937. Im folgenden zit. als B. O.
- 2 Unter Francos Kabinettsmitgliedern monarchistischer Richtung, die in keiner seiner nächsten Regierungen fehlen werden, ragen besonders hervor: Graf Jordana, erster Vizepräsident und Außenminister (ehemaliger Adjutant des Königs), Graf Rodezno, Justizminister (Traditionalist) und Andrés Amado, Finanzminister (Renovación Española).
- 3 Zur Verdeutlichung dieses Kurses sei auf folgende Gesetze verwiesen: Wiedereinführung aller alten religiösen Feiertage (B. O. vom 6. Mai 1937). Wiedereinführung der Ehrenbezeichnungen vor Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen, vor dem Altarsakrament und verschiedenen Marienbildnissen (B. O. vom 14. November 1937). Aufhebung der Zivilehe, Wiederezulassung des Jesuitenordens, Wiedereinsetzung der Orden in ihre Güter und wirtschaftliche Verfügungsfreiheit, Grundsteuerfreiheit für Kirchen, Seminare, Ordens- und Kongregationsgebäude (B. O. vom 21. März 1938). Bezahlung des Klerus durch den Staat (B. O. vom 17. November 1939).
- 4 Das Nachfolgegesetz sieht die Restauration der Monarchie vor, läßt aber noch die Person des Königs offen und verschiebt die Berufung »bis die äußeren und inneren Verhältnisse es gestatten«. Vergl. dazu: Manuel Fraga Iribarne: Así se gobierna España, Madrid 1949, S. 46 ff.
- 5 Das erste Rahmengesetz dazu erging am 26. Januar 1940; von dann an erfolgt ein langsamer Aufbau der Syndikate, der bis 1943 24 Produktionsgruppen erfaßt.

- 6 Es ist bezeichnend, daß selbst der Kongreß der Falange des Jahres 1953 in seinem 23 Punkte umfassenden Aktionsprogramm noch in Punkt 10 auf das Gesetz über die Syndikate vom 26. Januar 1940 verweist und fordert, dieses Gesetz ganz in Kraft zu setzen. »La Vanguardia Española« vom 29. Oktober 1953, Barcelona.
- 7 Kap. V des »Fuero del Trabajo« (Grundgesetz der Arbeit). – Daß die Franco-Regierung dann ab 1940 ein eigenes Landprogramm entwirft, steht auf einem anderen Blatt. Festzustellen ist dabei jedoch, daß auch dieses Programm den Grundintentionen der Falange entgegengesetzt ist: Weder Enteignung, Beschneidung von Großbesitz, noch Rentenentziehung für Verpächter und Neuverteilung bereits bebauten Bodens, also insgesamt Aktionen, die von der Falange im Sinne einer Umformung der Sozialstruktur gefordert wurden, werden vorgenommen. In der Landpolitik Franco-Spaniens liegt der Ton nicht auf »Agrarreform«, sondern auf »Besiedelung«. Am 13. Januar 1940 (B. O. vom 14. Januar 1940) wurde das erste »Rahmengesetz zur Besiedelung großer Zonen« erlassen. Es ist verständlich, daß bei der Komplexität des Landwirtschaftsproblems überhaupt Verbesserungen nur langsam bewerkstelligt werden können. Daß die Vorstellungen der Falange gerade beim Grund- und Boden-Problem gleißnerisch waren, bedarf keiner Erwähnung mehr.
- 8 »La Nación« vom 11. Januar 1934; O. C., a. a. O. S. 849

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen

1) GESETZESTEXTE, DOKUMENTE, AKTEN, PARLAMENTSPROTOKOLLE

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939. Serie D, Bd. III, Baden-Baden 1951
Boletín Oficial (Gesetzesblatt), ab Juli 1936
Constitución de la República Española. o. O. 1931
Diario de Sesiones. (Sitzungsprotokolle der Spanischen Cortes) 1931 bis 1936, Madrid
Gaceta de la República. Madrid 1931–1936
Legislación del Gobierno Nacional. Avila 1937
Legislación Española. San Sebastián o. J.
Papst Leo XIII.: Rerum Novarum – Papst Pius XI.: Quadragesimo Anno. Lat. und dtsch. Text. Autor. Ausgabe. Freiburg 1947
Pérez Serrano, Nicolás: La Constitución Española. Madrid 1932
Resúmen Legislativo del Nuevo Estado. Barcelona 1939
Rojo Villanueva, Antonio: La constitución de 9 de diciembre de 1931, con glosas jurídicas y apostillas políticas. Madrid o. J. 1932

2) MEMOIREN, POLITISCHES SCHRIFTTUM,
REDEN

- Calvo Sotelo, José: Mis servicios al Estado. Madrid 1931
 ders.: La voz de un perseguido. Madrid 1933
 Dolor y Memoria de España. En el segundo aniversario de la muerte de José Antonio. Barcelona 1939
 Donoso Cortés, Juan: Obras Completas. Bd. II. Madrid 1946
 Eliseda, Marqués de: Fascismo, Catolicismo y Monarquía. Madrid 1935
 Ferrer, Melchor: Documentos de Don Alfonso Carlos de Bourbon y Austria-Este, Duque de San Jaime. Madrid 1950
 Giménez Caballero, Ernesto: Notas maruecas de un soldado. Madrid 1923
 ders.: En torno al casticismo de España. Madrid 1929
 ders.: Genio de España. Madrid 1932
 ders.: La nueva catolicidad. Madrid 1933
 ders.: España y Franco. o. O. 1938
 Ledesma Ramos, Ramiro: Antología. Selección y Prólogo por Antonio Macipe López. Madrid 1940
 ders.: Discurso a las juventudes de España. Barcelona 1939, 3. Aufl.
 Maeztu, Ramiro de: Hacia otra España. Madrid o. J. (1. Aufl. 1899)
 ders.: La crisis del Humanismo. Barcelona 1932 (1. Aufl. 1916)
 ders.: Defensa de la Hispanidad. Madrid 1954 (1. Aufl. 1934)
 ders.: Frente a la República. Selección y estudio preliminar de Gonzalo Fernández de la Mora. Madrid 1956
 Mussolini, Benito: Über den Korporativstaat. Firenze 1936
 Ortega y Gasset, José: Obras Completas. Bd. I bis V. Madrid 1946/1947
 ders.: La redención de las provincias y la decencia nacional. Madrid 1931
 Palabras del Caudillo. Barcelona 1939
 Pemartín, José: Que es »Lo Nuevo«? Madrid 1940
 Pemartín, Julián: Teoría de la Falange. Madrid 1947. 2. Aufl.
 Pradera, Victor: El Estado Nuevo. Burgos 1937
 Primo de Rivera, José Antonio: Obras Completas. Madrid 1942. 2. Aufl.
 Redondo, Onésimo: Caudillo de Castilla. Valladolid 1937
 ders.: El Estado Nacional. Valladolid 1938
 Revolución Nacional: Puntos de Falange. Textos de José Antonio, seleccionados y ordenados por Agustín del Río. Madrid 1957

- Ruíz de Alda, Julio: *Obra Completa*. Barcelona 1939
 Serrano Suñer, Ramon: *Entre Hendaya y Gibraltar*. Madrid 1947
 Dtsch.: *Zwischen Hendaye und Gibraltar*. Zürich 1948
 Vázquez de Mella y Fanjul: *Obras Completas*. Bd. VIII. *Discursos parlamentarios*. Madrid/Barcelona 1949

3) UNGEDRUCKTE QUELLEN

Cartas cruzadas entre D. Manuel Hedilla Larrey y D. Ramón Serrano Suñer, con motivo de la publicación del libro »Entre Hendaya y Gibraltar«, del Sr. Serrano Súner. (Briefe von Altfalangisten aus dem Jahre 1947 anlässlich des Erscheinens des Buches von Ramon Serrano Suñer.)

Privatkorrespondenz mit Altfalangisten zu Fragen der Geschichte der J.O.N.S. und der Falange.

Rundschreiben, Dienstanweisungen, Flugblätter der J.O.N.S. und der Falangeführung aus den Jahren 1931–1936.

4) ZEITUNGEN, ZEITSCHRIFTEN

a) J.O.N.S. UND FALANGE

- »Arriba« (Madrid) März 1935 – März 1936
- »Falange Española« (Madrid) Dezember 1933 – Juli 1934
- »Haz« (sporadisch)
- »Igualdad« (Valladolid) 1932–1933
- »Informaciones« (sporadisch)
- »J.O.N.S.« Antología. Madrid 1943
- »J.O.N.S.« Órgano teórico de la Juntas de Ofensiva Nacional-Sindicalista 1933–1935
- »La Conquista del Estado« (Madrid) 1931
- »Libertad« (Valladolid) 1931–1932; 1933–1935

b) ALLGEMEINE SPANISCHE PRESSE

- »ABC«
- »Acción Española« 1931–1936
- »Acción Española«, Antología. Bd. XVIII. Burgos 1937
- »Ahora«
- »Claridad«
- »Diario Regional«
- »El Debate«
- »El Imparcial«
- »El Socialista«
- »El Sol«
- »Informaciones«
- »La Nación«
- »La Vanguardia Española«
- »Luz«

c) AUSLÄNDISCHE PRESSE

- »Deutsches Nachrichtenbüro« (DNB)
- »Frankfurter Zeitung«
- »Hamburger Fremdenblatt«
- »Kölnische Zeitung«
- »Neue Zürcher Zeitung«
- »New York Times«
- »Times«
- »Völkischer Beobachter«
- »Volk und Reich«

B. Literatur

- Acedo Colunga, General Felipe: José Calvo Sotelo. Barcelona 1959
- Alcázar de Velasco, A.: Serrano Suñer en la Falange. Barcelona/Madrid 1941
- Angulo, Enrique de: Diéz horas de Estat Catalá. Barcelona o. J.
- Arauz de Robles, José Maria: Plan/Obra Nacional Corporativa. Burgos 1937
- Arendt, Hannah: The origins of totalitarianism. New York 1946.
Dtsch.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt 1955

- Armas, Antonio Rumeu de: Historia de la previsión social en España. Cofradías, Gremios. Hermandades, Montepíos. Madrid 1944
- Arrabal, Juan: José María Gil Robles. Madrid 1933
- Arraras Iribarren, Joaquín: Francisco Franco. Sevilla 1937. Dtsch.: Franco. Hamburg 1939
- Arraras Iribarren, Joaquín: Historia de la Segunda República Española. Madrid 1956
- Arraras, Joaquín (Herausgeber): Historia de la Cruzada Española, 35 Bde.. Madrid 1939-1943
- Arrese, José Luiz de: El estado totalitario en el pensamiento de José Antonio. Madrid 1945
- Aunós Pérez, Eduardo: Itinerário histórico de la España contemporánea 1808-1936. Barcelona 1940
- ders.: Calvo Sotelo y la política de su tiempo. Madrid 1941
- Azaña y Díaz, Manuel: Memorias Intimas. Madrid 1939
- Azcona, José María: Zumalacárregui. Estudio crítico de las fuentes históricas de su tiempo. Madrid 1951
- Aznar, Manuel: Historia militar de la Guerra de España 1936-1939. Madrid 1940
- Aznar, Severino: Las encíclicas ›Rerum Novarum‹ y ›Quadragesimo Anno‹: precedentes y repercusiones en España. Madrid 1949
- Bahamonde y Sanchez de Castro, Antonio: Memoirs of a Spanish Nationalist. London 1939
- Bardina, Juan: Orígenes de la Tradición y del Régimen liberal. Barcelona 1916
- Barilli, Manlio: José Antonio Primo de Rivera. Precursore ed Eroe. Roma o. J. (1937)
- van den Berg, Hans Joachim: Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 2. Weltkrieges auf Grund der Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes. Phil. Diss. Masch. Würzburg 1953
- Bernárdez Romero, B.: Calvo Sotelo/Destellos y Sombra de su Obra. Vigo 1937
- Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. München 1952
- ders.: The Spanish Cockpit. London 1937
- Bravo Martínez, Francisco: Historia de la Falange Española de las J.O.N.S. Madrid 1940
- Bravo Martínez, Francisco: José Antonio/El Hombre, el Jefe, el Camarada. Madrid 1940

- Brenan, Gerald: *The Spanish Labyrinth*. New York 1943
- Buber-Neumann, Margarete: *Von Potsdam nach Moskau*. Stuttgart 1957
- Calvo Serrer, Rafael: *Teoría de la Restauración*. Madrid 1952
- ders.: *El fin de la época de las revoluciones*. In: *ARBOR XII* (1949)
- Cambridge Modern History*. Cambridge University Press. 1907. Bd. X
- Carrión, Pascual: *La reforma agraria, problemas fundamentales*. Madrid 1931
- ders.: *La reforma agraria en España*. Madrid 1932
- Castro Albarrán, A. de: *Este es el Cortejo. Héroes y Mártires de la Cruzada Española*. Salamanca 1938
- Dávila, Sancho-Pemartín, Julián: *Hacia la Historia de la Falange*. Jerez 1938
- Del Valle, Florentino: *Las reformas sociales en España*. Madrid 1948
- Espasa Calpe, *Enciclopedia Universal Ilustrada*. Bd. 5, 7, 17, 18, 21, 63, 67; Apéndice Bd. 1, 5, 7, 8; Suplemento anual 1936-1939, Primera Parte.
- Estado Mayor Central del Ejército: *Historia de la Guerra de Liberación 1936-1939*. 2 Bde. Madrid 1945
- Farmborough, Florence: *Life and People in Nationalist Spain*. London 1938
- Fernández Almagro, Melchor: *Las Cortes del siglo XIX y la práctica electoral*. *Revista de Estudios Políticos V* (1943)
- ders.: *Historia de la República Española (1931-1936)*. Madrid 1940
- ders.: *Orígenes del régimen constitucional en España*. Barcelona 1928
- Fernández, Joachim: *Spanisches Erbe und Revolution*. Münster 1957
- Figuerra y Torres, Conde de Romanones, A. de: *Las Responsabilidades Políticas del Antiguo Régimen de 1875 a 1923*. Madrid o. J. 3. Aufl.
- Fraga Iribarne, Manuel: *Así se gobierna España*. Madrid 1949
- Friedrich, Carl J.: *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart 1957
- Galindo Herrero, Santiago: *Donoso Cortés en la última etapa de su vida*. *ARBOR XXIV* (1953)
- ders.: *Los Partidos Monárquicos bajo la Segunda República*. Madrid 1956
- García Escudero, José María: *De Cánovas a la República*. Madrid 1951

- García Marti, Victoriano: El Ateneo de Madrid (1835–1935). Madrid 1948
- García Morente, Manuel: Idea de la Hispanidad. Madrid 1947
- Gmelin, Hans: Die Entwicklung des Verfassungsrechts in Spanien von 1913–1932. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts. Bd. 21 (1933–34). Tübingen 1934
- ders.: Studien zur Spanischen Verfassungsgeschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Stuttgart 1905
- González Oliveros, W.: Falange y Requeté. Valladolid 1937
- González Ruano, César: El General Primo de Rivera. Madrid 1954
- Guenechea, José: Pobreza del culto y clero en España. Bilbao 1916
- Guerrero de la Iglesia, R. (Pseudonym eines Landpriesters): Campesinos: Contra la ciudad. Avila 1935
- Halevy, Elie: Histoire du Socialisme européen. Paris 1948
- Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 9. Stuttgart 1952
- Hernández-Rubio, José María: Sociología y Política en Ortega y Gasset. Barcelona 1956
- Historia de la Cruzada Española. Dirección: Joaquín Arraras. Madrid 1939–1944. 8 Bde.
- Jato, David: La rebelión de los estudiantes. Madrid 1953
- Jeschke, Hans: Die Generation von 1898 in Spanien. Halle 1934
- Joaniquet, Aurelio: Calvo Sotelo. Una vida fecunda. Madrid 1939
- Jobit, Pierre: Les éducateurs de l'Espagne Contemporaine: Les Krau-sistes. Paris 1936
- Lain Entralgo, Pedro: España como problema. Madrid 1951
- ders.: La Generación del 98. Madrid 1949
- Larra, José Fernando: La sociedad española a través del teatro del siglo XIX.
- Legaz y Lacambra, Luiz – Aragón Gómez, Bartolomé: Cuatro Estudios sobre Sindicalismo vertical. Zaragoza 1939
- Lerroux, Alejandro: La pequeña historia. Buenos Aires 1945
- Lizarza Iribarren, Antonio: Memorias de la conspiración. Pamplona 1953
- Loveday, A.: World War in Spain. London 1939
- Madariaga, Salvador de: Anarquía o Jerarquía. Madrid 1935
- ders.: Spanien, Wesen und Wandlung. 2. Aufl. Stuttgart 1955
- Maíz, Félix B.: Alzamiento en España. Pamplona 1952
- Marrero, Vicente: Maeztu. Madrid 1955
- Marvaud, Angel: La question sociale en Espagne. Paris 1910

- Mauger, G.: José Antonio. Paris 1955
 Maura, Duque de, – Fernández Almagro, Melchor: Por qué cayó Alfonso XIII. Madrid 1948
 McCullagh, Francis: In Franco's Spain, London 1937
 Menéndez y Pelayo, Marcelino: Historia de las Heterodoxos Españoles. Bd. IV, V, VI; Santander 1947–1948
 Menéndez Pidal, Ramón: Los Españoles en la Historia y en la Literatura. Buenos Aires 1951
 Mola y Vidal, General Emilio: Obras Completas. Valladolid 1940
 Montes, Eugenio: La estrella y la estela. Madrid 1953
 Morato, José Juan: Historia de la sección española de la Internacional. Madrid 1930
 ders.: El Partido Socialista. Madrid 1931
 ders.: Pablo Iglesias. Madrid 1931
 Morón, Guillermo: Historia política de José Ortega y Gasset. (Ortega als Politiker.) Als Manuskript gelesen. Noch nicht veröffentlicht.
 Orizana, G./ Montin Liébana, J. M.: El Movimiento Nacional, Valladolid o. J.
 Ortega y Gasset, José: Der Aufstand der Massen. Erweiterte Neuauflage Stuttgart 1957. Darin das Vorwort: »Ein Wort zuvor an meine deutschen Leser«.
 Oyarzún, Román: Historia del Carlismo. Bilbao 1939
 Pattee, R. – Rothbauer, A. M.: Spanien, Mythos und Wirklichkeit. Graz o. J. (1954)
 Peers, E. Allison: Bakunin and Spanish Anarchism. In: »Studies« Dublin, March 1938
 ders.: Catalonia Infelix. London 1937
 ders.: Spain, the church and the orders. London 1939
 ders.: The Spanish Tragedy. London 1936
 Peirats, J.: La CNT en la revolución española. Bd. I, II, III. Tolosa de Francia 1951
 Pemartín, Julián: José Antonio. Madrid 1956
 Pestaña, Angel: El sindicalismo, qué quiere y adonde va. Barcelona 1933
 Pla, José: Historia de la Segunda República Española. Bd. I–IV. Barcelona 1940
 Poncims, Leon de: Histoire secrète de la révolution espagnole. Paris 1937

- Posada, Adolfo: Evolución legislativa del régimen local en España (1812-1909). Madrid 1910
- Posada, Adolfo - Sangro y Ros de Olano, Pedro: La reforma social en España. Madrid 1908
- Priego, Juan: Historia Militar Contemporánea. Madrid 1944
- Ramis Alonso, Miguel: En torno al pensamiento de José Ortega y Gasset. Madrid 1948
- Ramos Oliveira, Antonio: La revolución española de octubre. Madrid 1935
- Ramos Oliveira, A.: Politics, Economics and Men of Modern Spain 1808-1946. London 1946
- Redondo, Luiz - Zavala, Juan de: El Requeté. Barcelona 1957
- Richter, Lutz: Die faschistische Arbeitsverfassung. Berlin 1933
- Rodríguez Casado, Vicente: La Revolución burguesa del XVIII español. ARBOR XVIII (1951)
- Romanones, Conde de: Notas de una vida (1912-1931) Madrid 1947
- Rovira i Virgili, Antoni: Resum d'Història del Catalanisme. Barcelona 1936
- ders.: Catalunya i la república. Barcelona 1931
- Salaya, Guillén: Historia del sindicalismo español. Madrid 1941
- Salvo Miquel, Francisco: Francisco Franco. Barcelona 1959
- Sanchez Agesta, L.: Sentido sociológico y político del siglo XIX. Revista de Estudios Políticos LI (1954)
- ders.: Introducción al pensamiento español del despotismo ilustrado. ARBOR XVII (1950)
- Schempp, Otto: Das autoritäre Spanien. Leipzig 1939
- Schmitt, Carl: Der unbekannte Donoso Cortés. In: Hochland XXVII (1929) Neudruck in: Positionen und Begriffe. Hamburg 1940
- Scholz, Wolfgang: Die Lage des spanischen Staates vor der Revolution. Unter Berücksichtigung ihres Verhältnisses zum italienischen Fascismus. Diss. Leipzig/Dresden 1932
- Sevilla Andrés, Diego: Historia política de la zona roja. Madrid 1949
- Silió, César: En torno a una revolución. Madrid 1933
- Simon, O. K.: Hitler en Espagne. Paris 1938
- Solana, Marcial: El Tradicionalismo político y la ciencia hispánica. Madrid 1951
- Solas García, J.: La Nación en la Filosofía de la Revolución Española. Madrid 1940
- Solis Ruiz, José: Nuestro Sindicalismo. Madrid 1955

- Stammer, Otto: Die totalitären Herrschaftssysteme. In: Soziologie; hersg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky. Düsseldorf/Köln 1955
- Stoye, Johannes: Spanien im Umbruch. Leipzig 1943
- Suárez Verdaguer, Federico: La crisis política del antiguo régimen en España (1800-1840) Madrid 1950
- ders.: Balmes y el pensamiento político de su tiempo. ARBOR VIII (1949)
- ders.: La formación de la doctrina política del Carlismo. In: Revista de Estudios Políticos. Madrid XIV (1946)
- ders.: Génesis del liberalismo político español. ARBOR VII (1947)
- ders.: La intervención extranjera en los comienzos del régimen liberal. Revista de Estudios Políticos. VII (1944)
- Thomas, Hugh: The Spanish Civil War. London 1961
- Toynbee, A. J. - Boulter, V. M.: Survey of International Affairs, 1937, Bd. I. II. London 1938. Survey of International Affairs, 1938, Bd. I, II. London 1941
- Urrutia, Federico de: El Nacionalindicalismo es así. Sevilla 1938
- Valdesoto, F. de: Francisco Franco. Madrid 1943
- Vegas Latapié, Eugenio: El pensamiento político de Calvo Sotelo. Madrid 1941
- Vinas y Mey, Carmelo: La reforma agraria en España en el siglo XIX. In: Boletín de la Universidad de Santiago de Compostela, núm. 16 (1932)
- Ximénez de Sandoval, Felipe: José Antonio. Barcelona 1941
- Zugazagoitia, Julián: Historia de la Guerra de España. Buenos Aires 1940

Personen- und Sachregister

- Acción Española 66, 131 ff., 138, 141
Acción Nacional 136
Acción Popular 94, 136, 137, 138,
147, 154, 155
Action Française 135
Albiñana, José María 67
Alcázar 150
d'Alembert, Jean Lerond 21
Alfons XII. 24
Alfons XIII. 24, 31, 35
Alfonso Carlos, Don 31, 131
Allen, Jay 146
Amadeo, König 24
Anarchismus 37, 38, 59
Anarchosyndikalismus 37, 38, 39, 49,
59, 73, 84, 91, 93, 130, 151
Aparicio, Juan 51, 67, 69
Aparisi, Antonio 29
Asociación Militar Republicana 43
Azaña, Manuel 46, 47, 54, 93
- Bakunin, Michail 36, 37, 38, 45
Balbo, Italo 129
Balmes, Jaime 28, 29, 132
Besteiro 49
Blanc 35
- Cabet, Étienne 35
caciquismo 23
Calvo Serrer 17
Calvo Sotelo, José 132, 134 ff.,
140, 147
Cara al Sol 149
- Carlismo 27, 28
Carlos de Bourbon y Austria Este
(Carlos VII.) 28, 31
Castelar 25, 26, 49
Central Obrera Nacionalsindicalista
(C. O. N. S.) 81, 90
Comunión Tradicionalista Carlista
131
Confederación Española de Derechas
Autónomas (C. E. D. A.) 85, 136,
152
Confederación General de Trabajo
(C. G. T.) 37
Confederación Nacional del Trabajo
(C. N. T.) 38, 39, 59, 62, 93
Cortes von Cádiz 19, 20, 31, 43, 48
Costa, Joaquim 16, 17, 23
Costamagna, Prof. 136
- Delgado Barreto, Manuel 67
Direkte Aktion 38, 45, 51, 54, 59,
60, 63, 64, 77, 92, 99, 139
Donoso Cortés, Juan 28, 29, 132
Du Moulin, Graf 151
- Eliseda, Marques de la 90
- Fabianismus 133
Fal Conde, Manuel 131
Faschismus 54, 66, 67, 68, 69, 70, 71,
72, 84, 85, 112, 116, 117, 124, 127,
128, 129, 136
Federación Anarquista Ibérica
(F. A. I.) 39, 59, 61, 62, 93

- Federación Nacional de Agricultores 38
 Federación Universitaria Española (F. U. E.) 81, 83
 Ferdinand VII. 20, 21, 27, 32
 Fernández Cuesta, Raimondo 159
 Fourier, Charles 35
 Franco, Francisco 140, 141, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162
 Frente Nacional 94, 95, 96, 98
 Frente Popular 93, 94, 98, 100, 140, 148, 150, 151
 Ganivet, Angel 16
 García Morente, Manuel 17
 García Valdecasas 80, 159
 Generation der Achtundneunziger 15, 16, 41, 117, 126, 132
 Gil Robles, José Maria 136 ff.
 Gildensozialismus 133
 Giménez Caballero, Ernesto 51, 57, 58, 66, 67, 68, 70, 125 ff., 133
 Giner de los Rios 26, 49
 Göring, Hermann 129
 GPU 151
 Hedilla Larrey, Manuel 155, 156
 Hitler, Adolf 50, 54, 56, 57, 64, 66, 71, 126, 128, 129, 134
 Inquisition 21
 Internationale Brigaden 150
 Isabella, Königin 24, 25, 28, 31
 Jaime de Bourbon (Jaime III.) 31, 70
 Joseph I. 21
 Junta Castellana de Actuación Hispánica 56, 57
 Junta Técnica del Estado 148, 149
 Juntas de Ofensiva Nacional-sindicalista (J. O. N. S.):
 Entstehung 57
 Programm 59 ff.
 Direkte Aktionen 56, 62, 63, 77
 Verschmelzung mit der Falange 78
 Abwendung von der Falange 80, 90 ff.
 Karl IV. 17
 Karl V. 128
 Karlisten 23, 25, 28, 32, 70, 131, 141
 Karlistenkriege 28, 33, 34
 Kommunismus 39, 40, 93, 112, 151
 Konkordat 160
 Krause, Karl Christian 26
 Krausismo 26, 52
 Largo Caballero 49, 65, 73, 86, 91, 93, 94
 Ledesma Ramos, Ramiro 50, 51, 52, 55, 56, 57, 58, 59, 61, 62, 64, 67, 72, 79, 80, 84, 90, 91, 92, 127
 Liberalismus 16, 17, 21, 22, 26, 28, 29, 35, 44, 45, 71, 84, 126
 Luca de Tena, Marques de 71
 Madariaga, Salvador de 15, 38
 Maeztu, Ramiro de 16, 17, 132 ff., 137
 Maistre, Joseph de 134
 Manuilskij 40
 Marañon 119
 Marcha Granadera 149
 Marx, Karl 36, 45
 Mateo 61
 Maurras, Charles 135
 Menéndez y Pelayo, Marcelino 17, 49
 Menéndez Pidal, Ramon 17
 Montero Diaz 61, 80
 Montes, Eugenio 66
 Montesquieu, Charles de 21
 Mussolini, Benito 54, 57, 64, 66, 67, 68, 69, 72, 75, 126, 127, 129, 134, 135, 136
 Napoleon I. 19
 Narváez, General 25
 Nationale Front, siehe Frente Nacional
 Nationale Revolution 53, 74, 139
 Nationalsozialismus 69, 112, 116, 117, 127, 136
 Neuer Staat 51, 54, 56, 57, 61, 64, 68, 70, 72, 75, 79, 93, 111, 112, 113, 115, 124, 135, 137, 138, 150, 155, 157
 Oktoberrevolution 85
 Olaya 61
 Ortega y Gasset, José 16, 17, 50, 66, 117 ff., 126, 128, 129
 Pablo Iglesias 37, 38

- Parador de Gredos 92
 Partido democrático socialista obrero 36
 Partido obrero de Unificación marxista (P. O. U. M.) 39, 151
 Pemán, José Maria 135
 Pérez de Ayala 119
 Philipp V. 18
 Pi y Margall 25, 26
 Ponte, Muguél 63
 Pradero, Victor 135
 Prieto, Indalecio 49
 Primo de Rivera, José Antonio:
 Betätigung 67 ff.
 Berufl. Werdegang, Persönlichkeit 69 ff.
 Kontroverse mit Luca de Tena 71
 Erste Kontakte mit den J. O. N. S. 72
 Gründung der Falange 72, 74 ff.
 Parlamentarische Betätigung 74, 83 f.
 Zusammenschluß mit den J. O. N. S. 78
 Reden 74, 78, 84, 88, 96, 110, 113
 Wahl zum Falange-Führer 87
 Putschversuche 1935 92 f.
 Nationale Front 94 f.
 Verhaftung 98, 142
 Verhältnis zu Ortega 117 ff.
 Verhältnis zu Giménez Caballero 126, 129, 145
 Zur Aufstandsvorbereitung 142 ff.
 In Alicante 143, 144, 145
 Hinrichtung 146
 Primo de Rivera, Miguel 31, 37, 39, 42, 43, 49, 62, 67, 72, 112, 129, 131, 132, 134, 135
 Pronunciamientos 23, 24, 25, 33, 42
 Proudhon, Pierre Joseph 35

 Quadragesimo anno 114

 Redondo Ortega, Onésimo 55, 56, 57, 58, 59, 62, 63, 64, 84, 91, 127
 Renovación Española 147, 154
 Republik, Erste 22, 23, 24

 Republik, Zweite 38, 40, 43, 44, 46, 48, 50, 119, 130
 Requetés 28, 131, 141, 142, 143, 147, 153, 155, 159
 Restauration 23, 34, 40
 Ruíz de Alda 67, 79, 129

 Sainz Rodriguez 159
 Salaya, Guillén 61
 Salazar, Alejandro 142
 Salazar, Dr. Antonio 136
 Salmerón 25, 26, 49
 Sánchez Masas 66, 67, 69, 70, 82
 Sánchez Róman 66
 Sanjurjo, General 63, 65, 140, 141
 Sanz del Rio 26, 34, 49
 Serrano Suñer 155, 156
 Sindicato Español Universitario (S. E. U.) 81
 Sindicato único 39, 59
 Sorel, Georges 38
 Sotomayor 61
 Syndikate (der Falange) 108 f., 112, 160, 161

 Staatspartei 150, 158

 Totaler (totalitärer) Staat 112, 114, 116, 117
 Totalitäre Herrschaft 112, 114
 Traditionalismus 16, 17, 22, 28, 35, 44, 52, 132
 Traditionalistische Lehre 29 ff., 131, 133, 134, 135

 Unamuno, Miguel de 50, 66, 126
 Unifikationsdekret, siehe Vereinigungsdekret
 Unión General de Trabajadores (U. G. T.) 36, 93
 Unión Militar Española 140
 Unión Socialista Catalana 37

 Vázquez de Mella 29, 132
 Vereinigungsdekret 150, 151, 152, 155, 156, 158, 160
 Volksfront, siehe Frente Popular
 Voltaire, François Marie 21